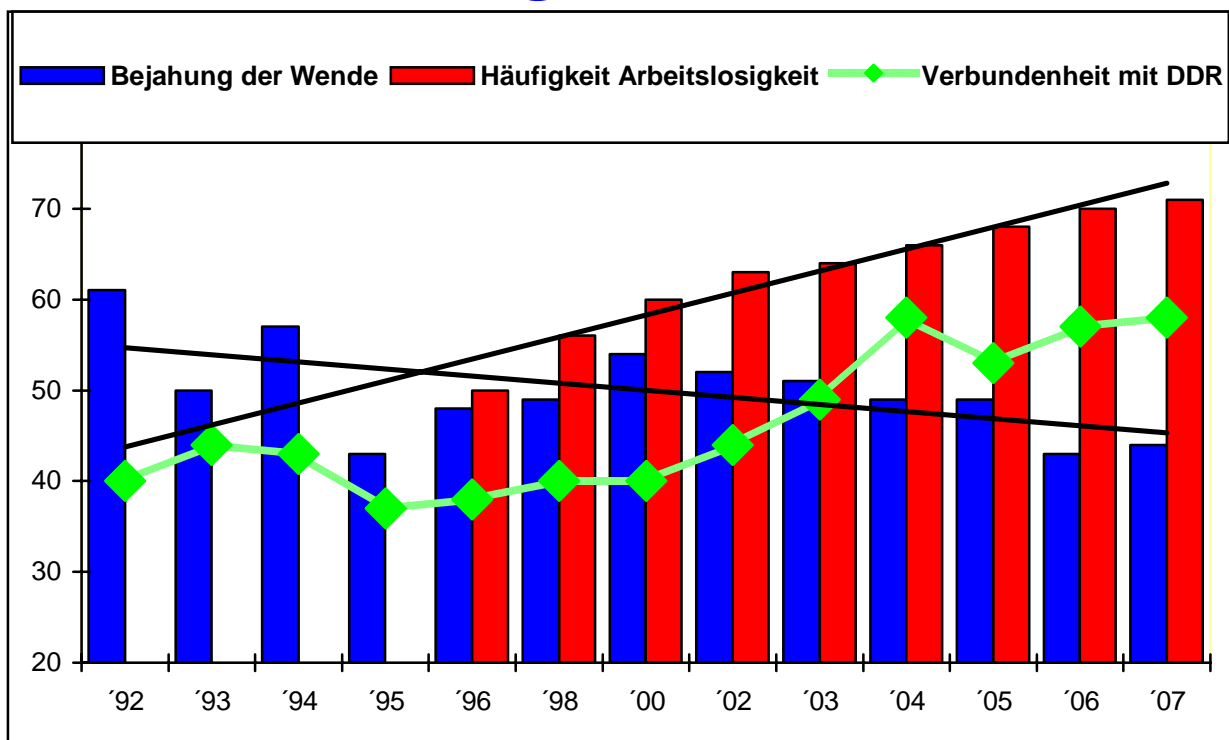


## **Folgen der Arbeitslosigkeit: Bei den Mittdreißigern im Osten ist die Bejahung der Wende abgestürzt, die Identifikation mit der DDR aber hat zugenommen**



**Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie begleitet seit 1987  
rund 400 junge Ostdeutsche auf ihrem Weg aus dem realen  
Sozialismus in den realen Kapitalismus**

**Arbeitsbericht über wesentliche Ergebnisse der 21. Welle 2007**

Forschungsleiter und Verfasser: Peter Förster, Leipzig  
Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Unter Mitarbeit von Hendrik Berth und Yve Stöbel-Richter  
Leipzig, 10. September 2008 (präzisierte Fassung)

**Die Sächsische Längsschnittstudie konnte 2007 den 20. Jahrestag ihres Starts im Jahre 1987 begehen. Mit dem Ende der DDR schien auch ihr Ende gekommen zu sein. Es gelang jedoch, dieses einzigartige Projekt unter schwierigen Bedingungen fortzusetzen.**

**Wir danken allen Einrichtungen, die diese Studie seit 1990 gefördert haben, d. h.**

**der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)**

**dem Leipziger Institut für praktische Sozialforschung (LIPS)**

**der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Leipzig; Zentrale Berlin)**

**der Fachhochschule Erfurt**

**der Hans-Böckler-Stiftung**

**der Otto-Brenner-Stiftung**

**und insbesondere der Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit deren Unterstützung es gelungen ist, diese Untersuchung nach 2002 fortzusetzen.**

**Wir bedanken uns auch bei allen Panelmitgliedern, den Jugendlichen bzw. inzwischen jungen Erwachsenen, die uns in den zwei Jahrzehnten seit 1987 einen unverstellten und vertrauensvollen Einblick in ihr Denken und Fühlen gewährt haben, in ihr Erleben und in ihre Bewertungen des von ihnen hautnah erfahrenen Systemwechsels vom realen Sozialismus zum realen Kapitalismus.**

\*\*\*\*\*

**„Arbeitslosigkeit verändert die Lebenssituation der von ihr betroffenen Frauen und Männer viel umfassender, als dies auf den ersten Blick zu erkennen ist. Lebenszusammenhänge, Gewohnheiten und Sicherheiten werden aufgelöst, körperliche und seelische Belastungen sind ebenso die Folge wie wirtschaftliche Bedrückungen, gesellschaftliche Stigmatisierung oder die Furcht davor. Arbeitslosigkeit isoliert und zerstört, sie wirkt ähnlich wie Haft.“**

**Dr. Regine Hildebrandt**

**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg**

**(vgl. Systemumbruch, Arbeitslosigkeit und individuelle Bewältigung in der Ex-DDR. Herausgegeben von Thomas Kieselbach und Peter Voigt. Deutscher Studien Verlag Weinheim, 2. Auflage 1993, S. 11).**

<b>Inhaltsübersicht:</b>	<b>Seite</b>
<b>0. Vorbemerkungen</b>	<b>3</b>
<b>0.1 Hauptaussagen der Studie</b>	<b>5</b>
<b>0.2 Angaben zur Studie</b>	<b>10</b>
<b>1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels vor und nach der Wende</b>	<b>17</b>
<b>1.1 Kritik an der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR</b>	<b>17</b>
<b>1.2 Keine Zukunft im Osten</b>	<b>21</b>
<b>1.3 Die Bejahung der Wende ist bei den Mittdreißigern deutlich abgestürzt</b>	<b>35</b>
<b>1.4 Gehört eigentlich zusammen, was zusammenwachsen soll?</b>	<b>41</b>
<b>1.5 Die Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem nimmt weiter zu</b>	<b>66</b>
<b>1.5.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik</b>	<b>66</b>
<b>1.5.2 Noch immer nur geringe Bereitschaft zur politischen Partizipation</b>	<b>80</b>
<b>1.5.3 Nur eine Minderheit glaubt noch an die Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus und an seine Zukunftsfähigkeit</b>	<b>84</b>
<b>1.5.4 Die Entwicklung im Osten: Fortschritt oder Rückschritt?</b>	<b>90</b>
<b>1.6 Nur eine Minderheit der 34-Jährigen hat noch Vertrauen zu den Parteien</b>	<b>95</b>
<b>1.7 Aktuelle Erfahrungen werten das zu DDR-Zeiten vermittelte politische Wissen auf</b>	<b>108</b>
<b>1.8 Ein Gespenst geht um in Deutschland, genannt „DDR-Nostalgie“<sup>114</sup></b>	
<b>1.8.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger</b>	<b>114</b>
<b>1.8.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab</b>	<b>128</b>
<b>1.9 Sozialismus – eine gute Idee, bisher nur schlecht ausgeführt</b>	<b>136</b>
<b>1.10 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und die Bindung an das jetzige System erheblich</b>	<b>142</b>
<b>2. Einige Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem und des Entstehens von Existenzängsten</b>	<b>155</b>

<b>2.1 Arbeitslosigkeit als größte Wunde des jetzigen Systems</b>	<b>155</b>
2.1.1 Arbeitslosigkeit und Lebenssituation	166
2.1.2 Arbeitslosigkeit und Zukunftszuversicht	169
2.1.3 Arbeitslosigkeit und Alltagsängste	176
2.1.4 Arbeitslosigkeit und politische Orientierungen	179
<b>2.2 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung</b>	<b>184</b>
<b>2.3 Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit</b>	<b>187</b>
<b>2.4 Das Erleben wirtschaftlicher Zwänge</b>	<b>190</b>
<b>2.5 Die Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden</b>	<b>191</b>
<b>2.6 Kritische Wahrnehmung der Politik der USA bei der weltweiten Verbreitung von Demokratie und Freiheit</b>	<b>192</b>
<b>Anhang 1: Arbeitslosigkeit zerstört die Persönlichkeit</b>	<b>198</b>
<b>Anhang 2: Fragen und Meinungen der 34-Jährigen 2007 im O-Ton</b>	<b>201</b>
<b>Anhang 3: Identifikation mit der DDR bzw. der BRD 1988</b>	<b>215</b>
<b>Anhang 4: Vergleich grundlegender Merkmale von DDR und BRD kurz vor der Wende</b>	<b>216</b>

## **0. Vorbemerkungen**

### **01. Hauptaussagen der Studie**

Die Sächsische Längsschnittstudie dokumentiert in wohl einmaliger Weise den massiven Wandel, der sich bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1973 zwischen ihrem 14. und 34. Lebensjahr (2007) in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat, ausgelöst durch das Ende der DDR und des realen Sozialismus, die schockartigen Veränderungen in der Wendezeit und das unmittelbare Erleben des realen Kapitalismus, den sie bisher nur aus den Medien und ihren Lehrbüchern kannten. Damit ist der weitaus größte Teil ihres bisherigen bewussten Lebens von weit reichenden und tiefgehenden Umbrüchen beeinflusst worden, deren Folgen für ihre weitere Persönlichkeitsentwicklung heute noch nicht absehbar sind.

Die wichtigsten Trendlinien des politischen Einstellungswandels im Untersuchungszeitraum 1987 bis 2007 lassen sich wie folgt zusammenfassen.

**1.** Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) widerspiegeln die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger deutlich zurück. An der Politik der SED wurde deutliche Kritik geäußert. Von diesen regressiven Tendenzen faktisch ausgenommen war jedoch ihre Überzeugung, in der DDR eine sichere Zukunft zu haben. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für faktisch alle TeilnehmerInnen der Untersuchung feststand, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Sie hatten eine sichere berufliche Perspektive, für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bestand kein Anlass. Arbeitslosigkeit war für sie ein Begriff aus einer anderen Welt.

Diese und weitere sozialen Grunderfahrungen im stark prägenden Kindes- und Jugendalter wirken nachhaltig bis in die Gegenwart und bilden den Kern einer noch immer bestehenden, seit Jahren sogar erneut zunehmenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Sie sind auch aufschlussreich für das Verstehen gegenwärtiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik und der Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

**2.** Viele Jahre bestand bei diesen jungen Leuten des Jahrganges '73 Ost Konsens darüber, dass die Wende richtig war. Diese generelle Bejahung ist seit Beginn des Jahrzehnts erheblich zurückgegangen. Die politischen Verhältnisse in der DDR wollen sie (von einer Minderheit abgesehen) zwar nicht zurück, die meisten bezweifeln aber in zunehmendem Maße, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' vom Herbst '89 erreicht wurden. Sehr viele stellen auch in Frage, dass die Ostdeutschen damit die erhoffte Freiheit errungen haben, vor allem dann, wenn sie längere Zeit arbeitslos waren, mehr und mehr mit früher unbekanntem

Existenzängsten zu kämpfen haben und sich erhebliche Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder machen.

**3.** Das formell geeinte Deutschland ist für die meisten von ihnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

Allerdings ist in der jüngsten Zeit ein Rückgang der Zustimmung zu beobachten. Außerdem bejaht 2007 nur die Hälfte dieser jungen Erwachsenen die elementare Frage, ob denn überhaupt zusammen gehört, was zusammenwachsen soll, die andere Hälfte ist sich darüber nicht im klaren (37 %!) oder verneint die Frage sogar (12 %).

Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wurde von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft hinaus geschoben, sie wird für sie mehr und mehr zu einer Utopie - Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses.

Als „Gewinner“ der Einheit versteht sich knapp die Hälfte der Panelmitglieder, allerdings die wenigsten davon (15 %) ohne Einschränkung. Wie bei kaum einer anderen grundsätzlichen Frage springen in dieser Beziehung die gegenüber den jungen Männern durchgehend kritischeren Auffassungen der jungen Frauen ins Auge: Mehr oder weniger als „Gewinner“ sehen sich 62 % der Männer, aber nur 38 % der Frauen!

**4.** Aus den langjährigen Trends geht klar hervor: Die grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch reichlich anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich kritisch oder ablehnend betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz.

Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und – damit eng zusammenhängend - das politische System in der Bundesrepublik.

Die ohnehin geringe Zufriedenheit mit beiden Seiten ging schon am Ende der Kohl-Ära stark zurück, nach einem kurzzeitigen Anstieg nach dem Regierungswechsel 1998 und den damit verbundenen neuen Hoffnungen hat sie danach erneut mehr als zuvor abgenommen. Nur Minderheiten sind zufrieden mit der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik und der Lohnpolitik in Ostdeutschland.

Besonders schwerwiegend für das kritische Verhältnis der jungen Frauen und Männer zum jetzigen System ist ihre mehrheitliche Unzufriedenheit mit der Demokratie. Das von Anfang an auffällige Defizit an persönlich erfahrenen Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung konterkariert die ihr zugeschriebene fundamentale Bedeutung für die jetzige Gesellschaft.

**5.** Die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und geht gegen Null. Diese Orientierung, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende keinen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

Auch der starke Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der jetzigen Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist vor allem die Erfahrung, als Ostdeutscher nach wie vor nur geringe Chancen zu haben, in die vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden - ein generelles Problem der ostdeutschen Gesellschaft, an dem sich seit Jahren nichts geändert hat.

**6.** Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist generell kaum vorhanden. Die Trends belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. Die geäußerten Parteipräferenzen sagen erstaunlich wenig über den Grad tatsächlich bestehender Vertrauensbeziehungen aus. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat sich der Anteil der jungen Erwachsenen, die zu keiner der etablierten Parteien Vertrauen haben, ständig erhöht. Länger anhaltende Bindungen an die Parteien bestehen nur bei Minderheiten.

Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die äußerst kritische Sicht der 34-Jährigen auf die politische Klasse und die Wirtschaftsführer. Die meisten meinen, dass die heute herrschenden Politiker in erster Linie die Politik der Reichen und Mächtigen vertreten, im Hinblick auf Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern werden sie auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt. Vertrauen zur Regierung haben 2007 lediglich 15 %, 85 % äußern das Gegenteil. Politik und Vertrauen schließen sich für sie offenbar immer mehr aus.

**7.** Die deutliche Kritik am kapitalistisch verfassten System äußert sich darin, dass viele Panelmitglieder der jetzigen Gesellschaft heute Merkmale zuschreiben, die ihnen in der Schule Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt wurden. Das betrifft insbesondere die Existenz von Ausbeutung und von Klassenkampf. Die übergroße Mehrheit vertritt seit Jahren den Standpunkt, es sei nicht alles falsch gewesen, was sie in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben, was zugleich eine Aufwertung früherer politischer Bildung und Erziehung bedeutet.

Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur weniger als 10 % glauben daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls weniger als 10 % hoffen, dass das jetzige System für immer erhalten bleibt, die meisten wünschen das Gegenteil. Und nur ein kleiner Teil bejaht, dass im Kapitalismus Freiheit existiert und die Menschenrechte geachtet werden. Der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende als Fortschritt bewerten, ist deutlich zurückgegangen. Besonders diese Ergebnisse lassen auf eine inzwischen tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, deren Quellen vor allem in den gegenwärtigen Erfahrungen dieser jungen Frauen und Männer liegen, aber vermutlich auch weit in ihre zu DDR-Zeiten erfahrene, nachhaltig wirkende Sozialisation zurückreichen.

**8.** Die anwachsende Kritik des größten Teils der Panelmitglieder an ihrem gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld geht zeitgleich mit teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Einstellungen einher. Sie äußert

sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein äußerst langwieriger Prozess mit ungewissem Ausgang erweist. Bei den meisten dieser 34-Jährigen ist ziemlich konstant eine „Doppelidentität“ festzustellen: Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben. Selten zuvor gab es eine derart breite emotionale Bindung an die DDR, die dazu von Jahr zu Jahr zugenommen hat!

Absehbar ist, dass beim Jahrgang '73 Ost die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt je zustande kommt. Dagegen spricht auch, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik sehr schwach ausgeprägt ist mit negativer Tendenz.

**9.** Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR in sozialer Hinsicht nicht schlechter, sondern von Jahr zu Jahr besser ab – eine nach dem mittlerweile fast zwei Jahrzehnte zurückliegenden Untergang eines Landes vermutlich historisch einzigartige Erscheinung. Das gilt nachweislich in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich u. a. jene Gebiete des Lebens, auf denen bei den 34-Jährigen nach wie vor positive Erinnerungen an die DDR überwiegen und denen massive Bindekräfte innewohnen. Mit hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR um so positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen des Systemwechsels und der Vereinigung sind.

Diese positiven Erinnerungen stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine „ideologische Verklärung“ der DDR.

Zahlreiche TeilnehmerInnen halten in ihren Notizen an der Kritik fest, dass es ein grundsätzlicher Fehler der Vereinigungspolitik war und ist, faktisch keine der ihrer Meinung nach „guten Seiten“ der DDR in das vereinte Deutschland zu übernehmen. 2007 spielten dabei die Kindereinrichtungen und die Schulbildung in der DDR eine besondere Rolle. Hartnäckig und häufig voller Wut wird gefragt, warum heute neu erfunden bzw. für neu ausgegeben wird, was es doch früher in bewährten Formen schon einmal gab.

**10.** Die ansteigende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht außerdem mit einer deutlich zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Die 21. Welle bestätigt: Sozialistisches Gedankengut ist trotz des fast zwei Jahrzehnte zurückliegenden Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass die überwiegende Mehrheit den Sozialismus für eine gute Idee hält, die bisher nur schlecht verwirklicht wurde. Die grundsätzliche Frage „Kapitalismus oder Sozialismus?“ ist für sie offensichtlich noch nicht endgültig beantwortet. Dass die sozialistischen Gesellschaftsideale sich eines Tages durchsetzen werden, glauben gegenwärtig allerdings ebenso wenige wie das jetzige Gesellschaftsmodell für zukunftsfähig halten.



**11.** Die persönliche Zukunftszuversicht der 34-Jährigen – zugleich aussagekräftiges Kriterium dafür, wie sie die Zukunft der Gesellschaft beurteilen – hat nach der Wende und der deutschen Einheit nicht zugenommen, sondern erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 34-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden. Vor der Wende ging bei ihnen der Glaube an eine gesicherte Zukunft in der DDR nur unwesentlich zurück. Nach der Wende stürzte die individuelle Prognose, in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, geradezu ab - Echo der realen wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland und der zunehmend pessimistischen Erwartungen für deren Entwicklung in absehbarer Zeit, insbesondere mit Blick auf den „Arbeitsmarkt“. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die Einstellung zur Wende, zur Wirtschaftsordnung und zur Legitimität des politischen System, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Letzteres kündigt 2007 rund ein Drittel dieser jungen Erwachsenen an, die im Osten verblieben sind! Etwa ein Viertel dieser jungen Erwachsenen ist bereits abgewandert und hat sich dort integriert; fast alle wollen auch dort bleiben.

Auch die Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder, ohnehin schwach entwickelt, ist in den letzten Jahren abgestürzt, eine Tendenz, die das Verhältnis der Panelmitglieder zur Gesellschaftsordnung zusätzlich negativ beeinflusst.

**12.** Die Zukunftszuversicht vieler Panelmitglieder, ihre Lebensgrundstimmung insgesamt wurde durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgingen. Angst vor der Zukunft in dieser Gesellschaft wurde zu einem Grundgefühl auch dieser jungen Leute. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage (fast von der Wende an erfasst), vor den Auswirkungen von „Hartz IV“ sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der bestehenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System, an einer verbreiteten Angst vor dem heutigen Kapitalismus. Bei sehr vielen ist über Jahre hinweg ein „Stau“ negativer Gefühle entstanden. Ein besonderes Alarmsignal ist, dass rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen sich bereits im Alter von 34 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen!

**13.** Dank der spezifischen Anlage der Untersuchung als Längsschnittstudie bei einer identischen Population junger Leute über die Wende hinweg konnten aus der Vielfalt der realen individuellen Lebensumstände der Panelmitglieder einige wesentliche Einflussfaktoren nachgewiesen werden, die hinter den erwähnten Trends stehen. Sie lassen sich überwiegend auf den gemeinsamen Nenner der persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem bringen.

**13.1** Entscheidender Einflussfaktor ist die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen, bis 2007 bereits 71 % von ihnen gemacht haben! Der Anteil derer, die bereits mehrfach Arbeitslosigkeit erlebt haben und bei denen ihre ernstesten negativen Auswirkungen besonders deutlich sichtbar werden, hat sich zwischen 1996 und 2007 von 17 % auf 40 % mehr als verdoppelt!

Die Arbeitslosigkeit, von führenden, volksverbundenen Politikern und Politikerinnen in der Bundesrepublik schon längst als „größte Wunde der Gesellschaft“ erkannt

(Bundespräsident Johannes Rau, 2004), oder als Situation, die ähnlich wirkt wie eine Haft (Regine Hildebrandt, 1992), geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie nährt Ängste gegenüber dem gegenwärtigen kapitalistisch verfassten System, bestärkt Zweifel an seiner Zukunftsfähigkeit und erhöht die Protestbereitschaft, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die physische und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen.

Entscheidend ist, dass diese negativen Auswirkungen mit wachsender Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit des einzelnen Betroffenen in vieler Hinsicht nachweislich kumulativ zunehmen, eine Tatsache, die nur aus langfristig erhobenen individuellen Daten, nicht jedoch aus den amtlichen Statistiken ablesbar ist. Besonders hier liegt auch der Neuigkeitswert unserer Ergebnisse. So geht mit zunehmender Dauer eigener Arbeitslosigkeit kontinuierlich die Zukunftszuversicht der jungen Erwachsenen zurück und steigt ihre Angst vor einer persönlichen Notlage stark an. Auch die Bejahung der Wende und selbst die Zahl der gewünschten Kinder nimmt signifikant ab! Diese latenten psychosozialen Folgen werden von der Politik völlig unterschätzt, klein geredet oder kaschiert.

Die übergroße, zunehmende Mehrheit meint, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems ist, Angst vor der Zukunft macht, den Menschen ihr Selbstbewusstsein und ihre Lebensfreude nimmt, Verlust an individuellen Freiheiten bedeutet und die Menschen arm und krank macht. Nahezu alle lehnen es ab, sich mit Arbeitslosigkeit abzufinden. Bei weit mehr als der Hälfte von ihnen haben sich die langjährigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit inzwischen zu der Auffassung verdichtet, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch die indirekten Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister/enge Freunde), sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch diese Wirkungen werden viel zu gering eingeschätzt. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die geringe Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die in ihren psychischen Auswirkungen denen von erfahrener Arbeitslosigkeit nachweislich faktisch gleichzusetzen ist.

Weiter stellte sich heraus, dass nur wenige Panelmitglieder die deklarierte Demokratie tatsächlich erleben, ein großer Teil die verkündete Chancen- bzw. Verteilungsgerechtigkeit vermisst und noch immer die Erfahrung machen muss, von vielen Westdeutschen als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden.

**13.2** Die in der DDR erfahrene Sozialisation der 34-Jährigen hat bis in die Gegenwart nachweisbare Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem die damaligen Alltagserfahrungen in sozialer Hinsicht, insbesondere die als Kind oder Jugendlicher selbst erlebte soziale Sicherheit. Aber auch die damalige politische Sozialisation ist nicht wirkungslos geblieben. Das äußert sich in besonderem Maße in einer kontinuierlich zunehmenden Identifikation mit sozialistischem Gedankengut, eines der wichtigsten Untersuchungsergebnisse, sowohl in sozialisationstheoretischer als auch in praktisch-politischer Hinsicht. Langzeitwirkungen früherer politischer Bindungen treten insbesondere bei denen hervor, die gegenwärtig überwiegend negative Erfahrungen mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem machen.

## **Fazit:**

Die bis 2007 vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen nennenswerten Teil der jetzt 34-Jährigen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem und seine Werte, Perspektiven und Verheißungen einzunehmen. Wesentlich ist dabei: Sie haben sich diesem System gegenüber nicht etwa „entfremdet“, sondern stehen ihm faktisch schon von der Wendezeit an mehrheitlich skeptisch oder ablehnend gegenüber, Ergebnis ihrer damaligen unmittelbaren, häufig traumatischen Erfahrungen mit der Politik der „Schöpferischen Zerstörung“ im Osten. Damit wurden bei einem beträchtlichen Teil von ihnen anfängliche positive Erwartungen in Frage gestellt oder diskreditiert. Diese kritische Haltung verstärkte sich bereits am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb, den kurzfristig wachsenden Hoffnungen nach dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün folgte ein noch stärkerer Absturz als zuvor, der sich auch nach den jüngsten Bundestagswahlen 2005 fortsetzt.

Das äußert sich besonders augenfällig in der signifikant zurückgehenden Bejahung der Wende, dem bisher folgenreichsten politischen Ereignis im Leben dieser jungen Ostdeutschen, nachweislich vor allem hervorgerufen durch die stark gestiegene persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Sie hat maßgeblich zu einer „Entzauberung“ der Verheißungen des Kapitalismus beigetragen. Die große Mehrheit der 34-Jährigen will das jetzige System wieder loswerden! Das betrifft in besonderem Maße die jungen Frauen, die der jetzigen Gesellschaft von Anfang an noch kritischer gegenüberstehen als die jungen Männer.

Abgesehen von den angeführten inhaltlichen Trends und Zusammenhängen verstehen wir diese Ergebnisse auch als eine Art Plädoyer für den verstärkten Einsatz von Längsschnittstudien in der Forschung. Dazu ist es heute noch nicht zu spät, stehen doch mittel - und langfristig gesehen weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse an, für deren Analyse und darauf aufbauender Prognose diese prozessorientiert Art sozialwissenschaftlicher Untersuchung der „Königsweg“ (Thomae) ist und bleibt.

## **0.2 Angaben zur Sächsischen Längsschnittstudie**

Bei dieser Untersuchung handelt es sich nicht um eine (ein- oder mehrmalige) Meinungsumfrage, sondern um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie (Panelstudie). Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, begonnen und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei einer identischen Population junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und (2007) 34. Lebensjahr.

Dass diese Studie immer noch existiert und 2007 den 20. Jahrestag ihres Starts begehen konnte, verdankt sie einem glücklichen Umstand vor der Wende: Im Frühjahr 1989, etwa ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR, endete eine Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel bei älteren SchülerInnen, die zwischen 1987 und 1989 in Zusammenarbeit des damaligen Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig (ZIJ), der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau durchgeführt wurde. Zu Beginn der Studie besuchten die Panelmitglieder die 8. Klasse und waren 14 Jahre alt, am Ende verließen sie die 10. Klasse im Alter von 16 Jahren.

Da die damaligen Ergebnisse (wie generell bei der DDR-Jugend, vgl. W. Friedrich/P. Förster/ K. Starke 1999) einen deutlichen Rückgang der politischen Grundeinstellungen zum Sozialismus signalisierten, wurden die Panelmitglieder im Rahmen der letzten Befragung in der 10. Klasse im Frühjahr 1989 gebeten, auch nach dem Verlassen der Schule (als Lehrling, Student, Arbeiter) weiter an ähnlichen Forschungsprojekten teilzunehmen. Dazu erklärte sich erfreulicherweise freiwillig rund jeder zweite von ihnen (genaue Zahlen s. u.) bereit, mit Angabe ihrer damaligen Adressen.

Nach der Wende bemühten wir uns intensiv darum, diese nunmehr etwa 17-Jährigen im Frühjahr 1990 für die Fortsetzung der Befragungen unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen, eine einmalige Chance sozialwissenschaftlicher Forschung zum „Groß-Experiment Deutsche Einheit“. Das ist bei einem statistisch hinreichend großen Teil von ihnen gelungen.

Entscheidend für die Aussagekraft der Daten ist, dass es sich bei dem 1987 gebildeten Panel um eine Zufallsauswahl der 14-Jährigen des Jahrganges 1973 aus 72 8. Klassen in 41 Schulen der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) gehandelt hat, die repräsentativ für die 14-Jährigen in der DDR insgesamt war. Wie Berechnungen nachweisen, sind die nach der Wende erfassten Teilpopulationen wiederum eine Zufallsauswahl aus der damaligen Gesamtpopulation, sie können ebenfalls als repräsentativ für die genannte Altersgruppe gelten (ausführlicher Nachweis vgl. Förster 2002, S. 13 f.).

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989, d. h. in der Endzeit der DDR) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Abbau des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit der 4. Welle im Frühjahr 1990) begleitet sie nun den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die generelle Forschungsfrage ist, wie sie mit dem gegenwärtigen kapitalistischen System zurecht kommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in ihm auch eine politische Identifikation mit diesem System und seinen Zielen, Werten und Zukunftsvisionen bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt, hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule (POS) als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR geprägt worden. Zugleich waren sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des kapitalistischen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen.

Wir ergänzen diese allgemeinen Angaben durch konkrete Zahlen:

In die drei Untersuchungswellen vor der Wende waren **1281** SchülerInnen einbezogen. Im Frühjahr 1989 erklärten sich im Rahmen der (schriftlichen) Befragung

zur 3. Welle **587** TeilnehmerInnen freiwillig schriftlich bereit, auch nach dem bevorstehenden Schulabschluss weiter mitzuarbeiten. Allerdings konnten nach dem Ende der Schulzeit und der wenig später folgenden politischen Wende nicht gleich alle von ihnen einbezogen werden. Viele hatten erst einmal damit zu tun, mit den gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen der Wende zurecht zu kommen, die insbesondere ihre Eltern, aber auch sie selbst betrafen. Doch schon im Frühjahr 1990, an der ersten Etappe nach dem Zusammenbruch der DDR, beteiligten sich immerhin N = 276 gleich 48 % der nunmehr etwa 17-jährigen potenziellen TeilnehmerInnen. Danach gingen die Teilnehmerzahlen noch einmal zurück, die Abwanderungswelle gen Westen machte keinen Bogen um die Studie. Viele Briefe kamen mit dem Vermerk zurück „Absender unbekannt verzogen“. Damals stand buchstäblich auf der Kippe, ob die Studie überhaupt eine Zukunft hat. Durch mühevollen Recherchen (z. T. auf grotesken Wegen) gelang es allmählich, zahlreiche der zeitweilig „verschollenen“ Panelmitglieder wieder aufzufinden und für eine weitere Mitarbeit zurück zu gewinnen. Schon seit 1993 beteiligte sich ein statistisch hinreichend großer Teil an den bisher 18 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

**Die 21. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mai bis Oktober 2007 statt. 383 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück, das sind 65 % derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten (N = 587), eine statistisch betrachtet hinreichend hohe Quote.**

(Dabei muss berücksichtigt werden, dass – soweit wir wissen - mindestens 8 ehemalige Panelmitglieder verstorben sind, von wenigstens 10 weiteren fehlt jede Spur. Die tatsächliche Zahl der verbliebenen potenziellen Panelmitglieder kann deshalb zur Zeit nicht genau ermittelt werden, sie liegt auf jeden Fall deutlich unter der Anzahl jener, die sich 1989 bereit erklärt hatten, weiter mitzumachen.)

Tabelle 0.1: Tätigkeitsstatus und weitere Merkmale 2007 (21. Welle)

<b>Status:</b>	<b>Gesamt</b>	<b>männlich</b>	<b>weiblich</b>
<b>Angestellte</b>	<b>45</b>	<b>37</b>	<b>52</b>
<b>Arbeiter</b>	<b>20</b>	<b>33</b>	<b>9</b>
<b>Elternzeit</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>13</b>
<b>Selbstständiger</b>	<b>11</b>	<b>14</b>	<b>7</b>
<b>Arbeitslos</b>	<b>6</b>	<b>4</b>	<b>7</b>
<b>Beamte</b>	<b>5</b>	<b>6</b>	<b>4</b>
<b>Lehrling, Student</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>
<b>Etwas anderes</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>6</b>

**(Spaltenprozente)**

- 65 % waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig (m = 70 %, w = 61 %).
- 11 % haben sich selbstständig gemacht, darunter 14 % der jungen Männer, aber nur 7 % der jungen Frauen.

- Durchschnittsalter 34,2 Jahre
- männlich: 46 %; weiblich 54 %
- 92 % haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen
- 34 % haben studiert (darunter 7 % ohne Abschluss)
- 78 % leben mit einem/einer Partner/Partnerin zusammen
- 45 % sind verheiratet (männlich 37 %; weiblich 52 %); 4 % sind geschieden (männlich 2 %, weiblich 5 %)
- Eltern sind 67 %, darunter 59 % der jungen Männer bzw. 74 % der jungen Frauen
- Von allen TeilnehmerInnen leben 26 % im Westen (n=96) bzw. 3 % (n=10) im Ausland Das ermöglicht zusätzlich aufschlussreiche regionale Ost-West-Vergleiche der Lebenslage und des Mentalitätswandels.
- **Bis 2007 waren bereits 71 % der jungen Frauen und Männer ein- oder mehrmals arbeitslos!**

Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, ab 1995 zwischen rund 350 und 400.

Wie in allen vorhergehenden Populationen handelt es sich bei den Panelmitgliedern der 21. Welle nicht um eine politische Auswahl derer, die sich vor der Wende (Frühjahr 1989) zu einer weiteren Teilnahme bereit erklärt hatten. Wir belegen das anhand differenzierter Berechnungen des „härtesten“ politischen Indikators vor der Wende (3.Welle):

Tabelle 0.2: Bereitschaft der Panelmitglieder, Mitglied der SED zu werden, differenziert für a) jene, die sich bei der 3. Welle 1989 zur Teilnahme bereit erklärt hatten, es aber aus den verschiedensten Gründen nicht taten; bzw. b) zur Teilnahme bereit erklärt hatten und auch an der 21. Welle 2007 mitgearbeitet haben:

„Wie stark werden Sie sich künftig in folgender Hinsicht engagieren?

- mich durch aktive Mitarbeit in der FDJ darauf vorbereiten, einmal Mitglied der SED zu werden.“

1 sehr stark ... 5 überhaupt nicht 0 Darüber bin ich mir noch nicht im klaren.

	1	2	3	4	5	0	n
Nichtteilnehmer der 21. Welle	6	11	15	15	33	20	200
Teilnehmer der 21. Welle	6	13	10	15	34	22	365

Contingency Coefficient: .07500; Approximate Significance: .66977

Beide Untergruppen unterscheiden sich statistisch nicht.

(vgl. hierzu auch weitere Berechnungen bei Förster 2002, S.13 ff.)

**Die folgenden Ergebnisse können mit einer statistischen Fehlertoleranz von plus/minus 6 % für junge Ostdeutsche der Altersgruppe der (2007) 34-Jährigen (Geburtsjahrgang 1973) verallgemeinert werden, unabhängig davon, ob sie im Osten oder Westen leben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Sie widerspiegeln sozusagen im Kleinen wichtige Aspekte des Prozesses der deutschen Einheit, seiner Licht- wie Schattenseiten für die Menschen. Repräsentativität für Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht.**

Der Autor ist Forschungsleiter der Studie seit 1987, vor der Wende im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Die Studie steht hinsichtlich Anlage und Auswertung in der Tradition der Längsschnittforschung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), das zwischen seiner Gründung 1966 und seiner „Abwicklung“ 1990 fast 20 Untersuchungen dieser Art durchgeführt hat (vgl. Müller 1999, S. 491, 566).

Seit 2002 besteht eine enge inhaltliche Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Elmar Brähler und Dr. Yve Stöbel-Richter (Leiter der Selbstständigen Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie an der Universität Leipzig bzw. Juniorprofessorin in dieser Abteilung), und Dr. Hendrik Berth (Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Universitätsklinikum Dresden) im Hinblick auf die Untersuchung der Familienbildung bei den Panelmitgliedern, die Zusammenhänge von Arbeitslosigkeit und Gesundheit sowie weitere wichtige psychologische, psychosoziale und soziologische Fragestellungen.

Die Auswertung der Daten insgesamt wie auch dieser Welle ist noch nicht abgeschlossen. Auf einige Forschungsgegenstände wie z. B. die Lebensorientierungen, kollektive Identitäten, Nachwirkungen der DDR-Sozialisation, Einfluss der Westsenderrezeption vor der Wende u. a. kann hier nicht ausführlich eingegangen werden bzw. sie sind erst noch „aufzuarbeiten“.

Dieser aufwändige Prozess (schon allein bezüglich der umfangreichen statistischen Berechnungen) wird generell noch einige Jahre dauern, stellen sich doch z. B. schon seit einiger Zeit die damals in der Wendezeit gewonnenen Ergebnisse zur Identifikation mit der DDR und der BRD bzw. mit den beiden Gesellschaftssystemen und ihren Werten in einem neuem Lichte dar. Das zeigt sich besonders auffällig daran, dass die Verbundenheit der jungen Leute mit der DDR mit wachsendem Abstand zu ihrem Untergang nicht abgenommen, sondern im Gegenteil zugenommen hat, eine Tatsache, die anfangs nicht sichtbar war, auch nicht erwartet wurde. Das gilt ebenso für die zunehmende Identifikation mit den sozialistischen Idealen.

Insofern handelt es sich jedes Jahr „nur“ um eine vorläufige Zwischenauswertung. Zwar ändern sich die bisherigen empirischen Befund nicht, ihre Interpretation kann bzw. muss sich angesichts neuer Daten und Trends verändern, besonders mit Blick auf bestimmte schwerwiegende Einflussfaktoren wie die sich unaufhaltsam in der

## Population ausbreitende Arbeitslosigkeit mit ihren irreversiblen Folgen bis hin zur Ablehnung des kapitalistischen Systems.

Diese noch anstehende Aufarbeitung gilt auch für die Fülle der qualitativen Daten (Antworten auf offene Fragen), die seit 1990 vorliegt, auch für 2007. In dieser Hinsicht ist über die Jahre (besser: zwei Jahrzehnte!) ein bisher kaum erschlossener Fundus sozialwissenschaftlicher „Fakten im O-Ton“ entstanden, deren Akteure meist noch heute mitarbeiten (siehe Anhang 1).

Bei den folgenden Ergebnissen handelt es sich nur um eine Auswahl wesentlicher Trends, aus denen die Grundrichtung des politischen Einstellungswandels besonders deutlich hervorgeht. Auf breite Interpretationen kann meist verzichtet werden, da die dargestellten Daten für sich selbst sprechen.

Stärker als in den vorangegangenen Berichten präsentieren wir diesmal Korrelationen in ihren konkreten Strukturen (Matrix, ggf. zusammengefasst), um die (meist wechselseitige) Verbundenheit der Gegenstände zu demonstrieren, die in nicht wenigen Untersuchungen leider mit der nackten Angabe bestimmter Koeffizienten abgetan wird.

Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert. Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft ( $\alpha = 0.05$ ). Die entsprechenden Koeffizienten (auch Regressionskoeffizienten) werden nur mitgeteilt, wenn es sachlich erforderlich ist, Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt. Auf die bei Panelstudien berechenbaren (und häufig auch berechneten) Längsschnittkoeffizienten können wir aus Gründen des Umfangs des Berichtes nicht eingehen.

Auf eine komplette Darstellung des politischen Mentalitätswandels bei den Panelmitgliedern vor der Wende, zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr, müssen wir in dieser Information – von einigen besonders wichtigen Aspekten im Abschnitt 1.1 abgesehen - verzichten. Diese Trends werden vom Verfasser ausführlicher beschrieben in den Publikationen:

*Peter Förster: „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende.“ Verlag Leske + Budrich, Opladen 2002 (ISBN 3-8100-3452-5)*

*Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler, Yve Stöbel-Richter: „Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie von 1987 bis 2006.“ Psychosozialverlag Gießen 2007.*

Außerdem liegt eine große Anzahl von Publikationen in Fachzeitschriften vor, in denen seit vielen Jahren über die grundsätzlichen Trends informiert wird, auch über jene brisanten, die aus unserer Sicht für die Politik besonders wissenswert sein könnten.



Anzumerken ist noch, dass es sich bei diesem Text nicht um eine völlige Neufassung der vorangegangenen Berichte handelt. Die seit Jahren praktizierte inhaltliche Gliederung hat sich grundsätzlich bewährt. Wenn sich Trends und deren Interpretationen auf der Grundlage der aktuellen Daten verändert haben (und das ist vielfach der Fall, z. B. in Bezug auf die Haltung der Panelmitglieder zur Wende bzw. zur DDR), wird das natürlich thematisiert.

Um die Panelmitglieder zeitmäßig nicht zu überfordern, werden übrigens nicht alle Fragestellungen in allen Wellen eingesetzt, sondern alternierend.

\*\*\*\*\*

## **1. Haupttendenzen des politischen Einstellungswandels beim Jahrgang '73 Ost vor und nach der Wende**

### **1.1 Kritik an der Herrschaft der SED, jedoch ein starker Glaube an eine sichere Zukunft in der DDR**

#### **Vorbemerkung:**

Über die in den ersten drei Jahren (1987 bis Frühjahr 1989) erhobenen Daten haben wir in den letzten Jahren – mehr oder weniger ausführlich – berichtet. Wir müssen sie auch im Rahmen dieses Berichtes erneut dokumentieren und ergänzen.

Der Grund dafür ist: Ohne hinreichende Kenntnisse über das damalige Denken und Fühlen der Panelmitglieder sind ihre heutigen Einstellungen, ihre zunehmende Kritik am Kapitalismus, ihr nahezu ungebrochenes Lob für die selbst erlebten sozialen Leistungen der DDR (das mit „Verklärungen“ nichts zu tun hat), ihre Ängste und andere negative psychosoziale Erscheinungen nach der Wende überhaupt nicht zu verstehen. Darin besteht ein generelles Problem der Transformationsforschung, das bisher kaum thematisiert wurde.

Dieses (ob gewollt oder nicht) Ausblenden eines wesentlichen und untrennbaren Teils der Lebensgeschichte der Ostdeutschen führt zu teilweise skurrilen „Erkenntnissen“ über den Transformationsprozess im Osten und die von ihm betroffenen „Objekte“, auf die wir hier nicht näher eingehen können. Es genügt ein Verweis auf die absurden und hilflosen (für die Akteure häufig auch peinlichen) Präsentationen und Diskussionen in verschiedenen Medien im Zusammenhang mit dem Thema „DDR-Nostalgie“.

Das gilt gleichfalls für einen Teil der Publikationen zu diesem Thema, die sich lediglich durch Unkenntnis und/oder politische Ignoranz gegenüber der

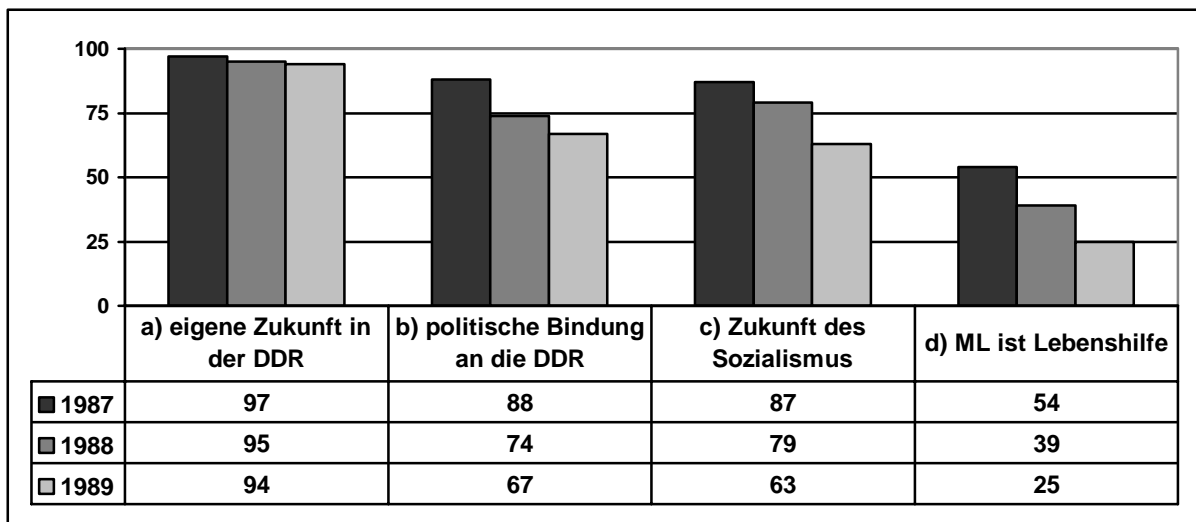
**damaligen Situation der Menschen in der DDR auszeichnen, ihnen damit das Recht einer selbstbestimmten Beurteilung ihrer eigenen Vergangenheit nehmen und von den wahren Ursachen für „DDR-Nostalgie“ ablenken wollen – offensichtlich weil nicht sein kann, was nicht sein darf!**

Ein entscheidender Vorzug dieser Studie besteht darin, dass wir uns bei den Analysen zum Wandel der politischen Einstellungen und der Zukunftszuversicht auch auf Daten stützen können, die bei denselben Panelmitgliedern bereits vor der Wende gewonnen wurden. Anliegen der ersten Phase der Untersuchungen war es unter anderem, die Entwicklung der politischen Grundeinstellungen, der Lebensorientierungen und der Zukunftserwartungen bei den damaligen SchülerInnen zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr bzw. zwischen der 8. und 10. Klasse der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule zu analysieren. Diese Analysen waren und sind noch heute insofern sehr interessant, da sie zwischen 1987 und Frühjahr 1989 vorgenommen wurden, d. h. in den letzten Jahren der DDR, 1989 rund ein halbes Jahr vor ihrem Zusammenbruch.

Einige der damals gestellten Fragen konnten auch nach der Wende fortgeschrieben werden, u. a. zu Lebenszielen wie z. B. der Bereitschaft zur politischen Aktivität, zur persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Zu diesen Fragen liegen mittlerweile spannende Daten über den gesamten Zeitraum zwischen 1987 und 2007 vor. So wird mit ihnen für eine identische Population belegt, dass die persönliche Zukunftszuversicht dieser jungen Leute unmittelbar nach der Wende nicht zugenommen, sondern im Gegenteil deutlich abgenommen hat! Wir kommen darauf zurück. Aber auch alle anderen Daten zu politischen Problemstellungen bilden einen soliden Hintergrund für die korrekte Beurteilung von Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation zu DDR-Zeiten. Wir stellen deshalb bewusst einige der damaligen Ergebnisse voran.

Die Ergebnisse aus der ersten Phase dieser Studie vor der Wende (1987 - Frühjahr 1989) belegen zunächst die damaligen Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom damaligen „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück:

Abbildung 1.1.01: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und (Frühjahr) 1989 - Zusammengefasste Anteile sehr starker (Antwortposition 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder (N = 1.275)



Fragetexte: a) „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“  
 b) „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“  
 c) „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“  
 d) „Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.“

Antwortmodell: Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Die Trends sind eindeutig: Die Überzeugung von der Bedeutung des „ML“ als Lebenshilfe (schon 1987 nur noch schwach ausgeprägt), die politische Identifikation mit der DDR, der Glaube an den Sieg des Sozialismus nahmen in dieser Zeit immer mehr ab. Die Diskrepanzen zwischen der politischen Rhetorik der SED einerseits und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen andererseits wurden immer größer. Schon damals hatten sie gelernt, zwischen Worten und Taten, Versprechungen und Realität zu unterscheiden, Widersprüche kritisch zu hinterfragen. Ein „Nullpunkt“ der Identifikation mit dem Sozialismus war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Diese Tatsache gewinnt angesichts der verbreiteten Rückbesinnung auf die positiven Seiten der DDR noch an Bedeutung.

Ablesbar ist aber auch: Das Vertrauen darauf, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, blieb faktisch bis kurz vor der Wende erhalten. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94 % an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62 % ohne Einschränkung. Selbst jene Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, dass sie ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Ein völliger Zusammenbruch des von ihnen zunehmend kritisch bewerteten Staates wurde auch von ihnen nicht erwartet. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals übrigens signifikant positiver als die männlichen, ein aus heutiger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System fast durchgehend signifikant negativer.

Diese Zuversicht der Panelmitglieder in eine gesicherte Zukunft hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, sie war kein ideologisches Bekenntnis zur SED. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle von ihnen (99 %) fest stand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weitergeht. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an der folgenden Erweiterten Oberschule (EOS) oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wussten, dass sie ein

Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden. Für Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit und Altersarmut bestand kein Anlass.

Klare Belege für eine sehr differenzierte Bilanz der Panelmitglieder vor der Wende sind in ihren Antworten auf eine im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse gestellte offene Frage (d.h. ohne Antwortvorgaben) danach zu finden, „Was an der DDR gefällt bzw. nicht gefällt.“ Diese bemerkenswerten Ergebnisse ihrer „persönlichen DDR-Bilanz“ sollen hier erneut knapp als „Denkhilfen“ angeboten werden. Wir stützen uns dabei auf die Angaben der damaligen Gesamtgruppe dieser Untersuchung.

Zunächst zu den Ergebnissen des ersten Teiles der Frage, d.h. danach, „was an der DDR besonders gefällt“. Sie wurde von 987 Befragten gleich 90 % beantwortet. Von ihnen wurden insgesamt 2.186 einzelne Angaben gemacht, das waren im Durchschnitt 2,2 Angaben pro Befragungsteilnehmer.

Tabelle 1.1.02: Anteile verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den 16-jährigen Teilnehmern der Studie im Frühjahr 1989 „an der DDR besonders gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (offene Frage, 2186 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens- /Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in %</u>
Die gesicherte berufliche Perspektive	22,0
Die soziale Sicherheit und Geborgenheit	18,7
Sichere Zukunft allgemein	12,3
Die Friedenspolitik der DDR	7,4
Die besondere Förderung der Jugend	6,6
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Vergabe und der Mietpreise	6,1
Stabile Preise für Grundnahrungsmittel	4,1
Leichte Verbesserungen der Reisemöglichkeiten	3,3
Das kulturelle Angebot	2,2
Die Förderung des Sports	1,6
Sonstiges	15,7

Über die Hälfte der Nennungen (53 %) entfielen auf die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft in der DDR!

Einige typische Angaben im Wortlaut:

#### **> Gesicherte berufliche Perspektive:**

*„Dass jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist.“*

*„Man hat seinen Beruf sicher, ich fühle mich geborgen.“*

*„Dass es ein Recht auf Arbeit und Erholung gibt.“*

*„Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“*

*„Beste Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“*

*„Dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt.“*

#### **> Soziale Sicherheit und Geborgenheit**

*„Die soziale Unterstützung, die jeder bekommt.“*

*„Die vielfältigen Stützungen durch den Staat.“*

*„Kostenloser Arztbesuch bzw. Krankenhausaufenthalt.“*

*„Das Gefühl der Geborgenheit.“*

*„Gute soziale Errungenschaften.“*

„Keine Armut und Obdachlosigkeit.“  
 „Soziale Sicherheit für alle.“  
 „Kinderfreundlicher Staat.“  
 „Ich fühle mich hier wohl.“

**> Sichere Zukunft allgemein**

„Ich habe eine gesicherte Zukunft und brauche keine Angst zu haben, mal auf der Straße zu landen.“  
 „Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“  
 „Ich weiß nicht genau, was mir gefällt oder nicht. Aber ich fühle mich in der DDR wohl und sicher und das ist für mich die Hauptsache.“

Diese positiven Urteile über bestimmte soziale Seiten der DDR gingen mit einer kritischen Bewertung anderer Aspekte einher. Das geht aus den Ergebnissen des zweiten Teils der Frage hervor, d.h. danach, „was an der DDR nicht gefällt“. Sie wurde von 96 % der Befragten beantwortet, die insgesamt 2993 einzelne Angaben machten. Das waren im Durchschnitt 2,8 Angaben pro Teilnehmer.

Tabelle 1.1.03: Anteile verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Panelmitgliedern im Frühjahr 1989 „an der DDR nicht gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (offene Frage, 2993 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens-/Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in Prozent</u>
Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen	35,5
Die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR	25,1
<i>darunter u. a.:</i>	
Ablehnung einer nicht dem Volke dienenden Innenpolitik	7,2
Unzufriedenheit mit den eingeschränkten Reisemöglichkeiten	10,7
Beschränkungen der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit	3,7
Die Mauer	1,3
Die Ablehnung der Politik Gorbatschows durch die SED	1,1
Die Vernachlässigung des Umweltschutzes	5,5
Zu wenige Jugendklubs, zu wenige Veranstaltungen für die Jugend	4,8
Allgemeine Missstände in der Wirtschaft	3,7
Die schlechten Straßenverhältnisse	3,6
Zu lange Wartezeiten auf PKW, zu hohe PKW-Preise	3,2
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Wartezeiten und der Erhaltung der Bausubstanz	2,9
Die in der DDR lebenden Ausländer, Ausländerpolitik der DDR	2,8
Ungerechte Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich	

Versorgung und Baugeschehen	2,2
Notwendigkeit von persönlichen Beziehungen bei der Alltagsgestaltung	1,9
Die Schule (Schulsystem, Unterricht, zeitliche Gestaltung)	1,6
Sonstiges	7,2

Die kritischen Aussagen der damaligen Panelmitglieder konzentrierten sich vor allem auf zwei Bereiche: Die Versorgungslage im weitesten Sinne (einschließlich Dienstleistungen) und die Politik der „Partei- und Staatsführung“ gegenüber der Bevölkerung des Landes. Wir können hier nur auf den zweiten Bereich eingehen:

Rund 25 % der Äußerungen enthielten eine zum Teil sehr deutliche Kritik der Panelmitglieder am autoritären Machtsystem der SED-Führung, das zu dieser Zeit bereits in einer tiefen Krise steckte und wenige Monate später zusammenbrach. Hauptsächlich zielte die Kritik der Jugendlichen auf eine realitätsferne, dogmatische und unehrliche Innenpolitik, auf die restriktive Handhabung des Reiseverkehrs in den Westen und auf die Beschränkung der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Von einem Teil der Befragten kamen kritische Aussagen zur Mauer sowie zur ablehnenden Haltung der SED-Spitze gegenüber der Politik Gorbatschows. Zur Kritik an der Innenpolitik wieder einige typische wörtliche Angaben:

*„Pseudodemokratie, Personenkult, politisch-ideologisches Stagnationsdenken, Selbstzufriedenheit, Selbstverherrlichung, politische Arroganz gegenüber anderen sozialistischen Staaten.“*

*„Schmalzreden von Politikern in unserem Land, die nur das Positive ansprechen, keine öffentliche Meinungsfreiheit.“*

*„Keine klaren Antworten auf politische Fragen – Ausreden.“*

*„Die Politik in unserem Land. Denn solange die alten Politiker die Regierung bilden, ändert sich nicht viel. Es müssen junge Leute mit einer anderen Weltanschauung in die Regierung.“*

*„Dass wir die Probleme, die wir im Staat haben, nicht versuchen zu lösen, sondern sie immer schlimmer machen, und nach außen so tun, als sei alles vollkommen.“*

Von den meisten Panelmitgliedern wurden sowohl positive als auch negative Aspekte genannt. Neben Angaben zur sozialen Sicherheit oder zur gesicherten beruflichen Perspektive standen sehr häufig Notizen zur kritischen Versorgungslage, zur verlogenen Innenpolitik oder zur nichtexistenten Reisefreiheit.

Diese und viele weitere damals gewonnene Daten sind sehr aufschlussreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Folgen des Beitritts und des Transformationsprozesses in Ostdeutschland.

Mehr noch: Vieles in ihrem Denken und Fühlen ist überhaupt nur auf dem Hintergrund ihrer damaligen persönlichen Erfahrungen zu verstehen. Und es ist damit zu rechnen, dass diese teilweise überraschenden Nachwirkungen bei ihnen

noch geraume Zeit anhalten oder – wie seit einiger Zeit zu beobachten - sich sogar verstärken.

Auf keinen Fall haben sie sich einfach in Luft aufgelöst. Das gilt mit Sicherheit für die gesamte „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte. Ausführlicher sind die hierzu vor der Wende gewonnenen Daten dargestellt in der erwähnten Publikation des Autors „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“ (vgl. Förster 2002, S. 33 – 45 bzw. unter „www.wiedervereinigung.de/SLS/“).

Verwiesen sei hier auch noch auf die Tatsache, dass die hier aus der Endzeit der DDR stammenden Daten zu politischen Einstellungen nicht für die gesamte Zeitspanne der Existenz der DDR gelten. Die Jugendforschung in der DDR hatte für die Zeit ab 1966 empirisch belegt nachgewiesen, dass es über viele Jahre hinweg auch signifikant zunehmende Trends der Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus gegeben hat, die zwischen 1972 und 1975 ihren Höhepunkt erreichten (vgl. dazu Friedrich/Förster/Starke 1999). Die Geschichte der DDR und ihrer Bürger kann nicht von ihrem Ende her erklärt werden.

## **1.2 Keine Zukunft im Osten!**

Werfen wir zunächst einen Blick auf die seit 1987 vorliegenden Trends zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder, um die aktuellen Daten in größere gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Bei ihnen handelt es sich um einmalige Zeitreihen über zwei Jahrzehnte und einen Systemwechsel hinweg.

Zuvor eine bemerkenswerte, aus unserer Sicht wohl noch immer gültige Verallgemeinerung der Autoren der Shellstudien:

**„ Die Einschätzung der Jugendlichen, wie optimistisch oder pessimistisch sie ihre eigene Zukunft sehen, erweist sich im Kontext der letzten Shell-Jugendstudien als eine Frage von geradezu seismographischem Charakter. Offenbar packen die Jugendlichen in ihr Urteil alle Hoffnungen und Befürchtungen hinein, wobei sie sich nicht nur an ihrer persönlichen Lebensplanung orientieren, sondern diese auf dem Hintergrund der vermuteten gesellschaftlichen Entwicklung vornehmen.“**

**Jugend 2000 – 13. Shell-Jugendstudie, S. 286**

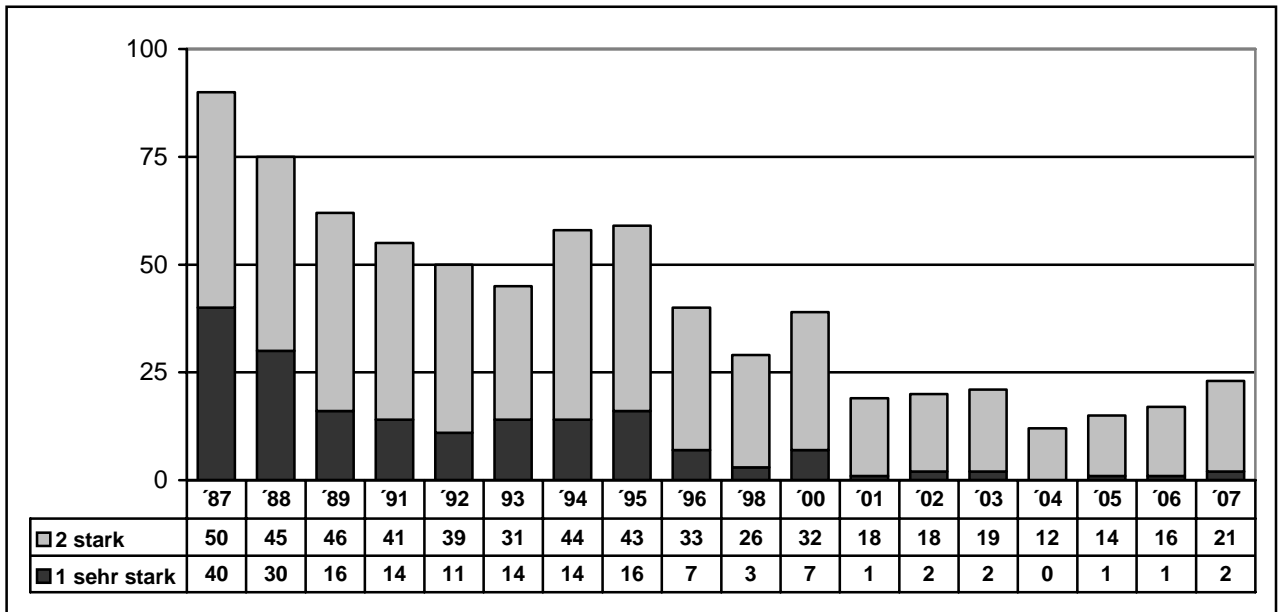
Insofern kommt Langzeitanalysen, insbesondere Panelstudien, auch die Funktion eines Frühwarnsystems zu, weil sie anhand langjähriger Trends die Richtung künftiger Entwicklungen mit hinreichender Genauigkeit abschätzen lassen und insofern für die politische Klasse besonders informativ sein könnten.

Zunächst zum Entwicklungstrend der gesellschaftlichen und der persönlichen Zukunftszuversicht, zu dem in unserer Studie mittlerweile Daten über zwei Jahrzehnte hinweg dokumentiert sind:

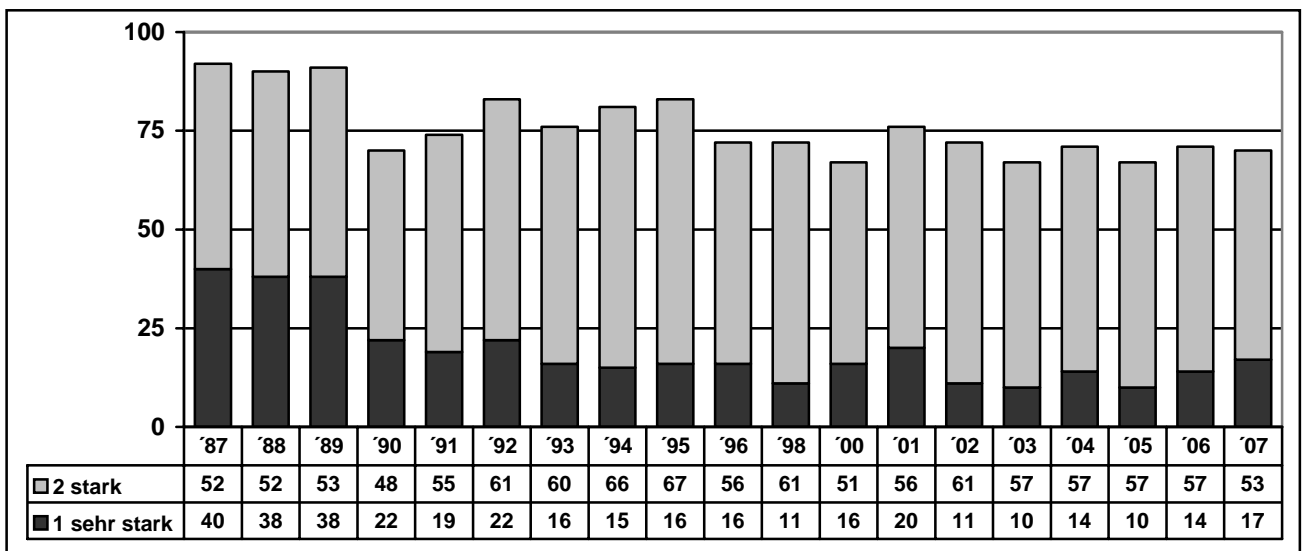
Abbildung 1.2.01: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der a) gesellschaftlichen und b) persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 2007 (zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2; nur Teilnehmer der 21. Welle)

Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft  
a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?  
b) für Sie persönlich?“  
1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

a) gesellschaftliche Zuversicht: 1987 – (Frühjahr) 1989 Entwicklung in der DDR  
ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland



b)  
persönliche  
Zuversicht:

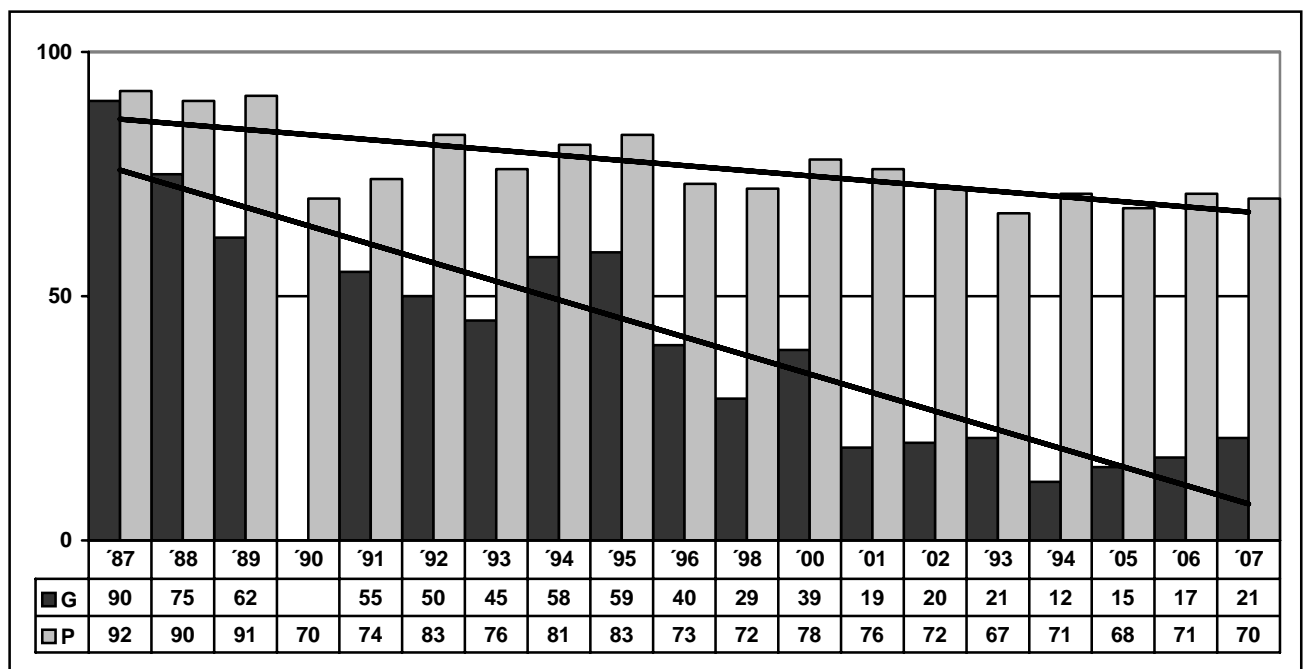


Insbesondere bei der gesellschaftlichen Zuversicht war bereits seit 1987 ein negativer Trend zu beobachten. Deutlich ist jedoch auch, dass dieser regressive Trend nach dem Systemwechsel erheblich zugenommen hat und vermutlich noch



nicht abgeschlossen ist. Das gilt nach der Wende auch für die persönliche Zuversicht! Wir fassen die positiven Angaben (AP 1+2) noch einmal zusammen:

Abbildung 1.2.02: Trend der sehr starken bzw. starken Ausprägung der gesellschaftlichen (G) und persönlichen (P) Zukunftszuversicht der Panelmitglieder zwischen 1987 und 2007 bzw. zwischen dem 14. und 34. Lebensjahr der Panelmitglieder (Identische Population)



Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft  
 - für die Entwicklung in der DDR / ab 1991: in Ostdeutschland?  
 - für Sie persönlich?“  
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

Die positiven Antwortmöglichkeiten 1 und 2 wurden hier jeweils zusammengefasst.

Diese über 20 Jahre laufenden Zeitreihen können wohl als „sozialwissenschaftliches Unikat“ angesehen werden; sie sind aus zwei Gründen sehr informativ: Erstens belegen sie für die Altersgruppe der 1973 in der DDR Geborenen (bzw. der 2007 34-Jährigen), dass nach dem Zusammenbruch der DDR keineswegs ein „euphorischer“ Trend eingesetzt hatte, sondern ein negativer. Das lässt sich in einer Panelstudie wie dieser am „Wendepunkt“ 1989 /1990 exakt nachweisen:

Von den 213 Panelmitgliedern, die sowohl an der dritten Welle im Frühjahr 1989 als auch an der vierten Welle im Frühjahr 1990 beteiligt waren, hatten nach der Wende 44 % die Ausprägung ihrer Zukunftszuversicht in negativer Richtung verändert (von den weiblichen Panelmitgliedern sogar 48 %), und nur 16 % in positiver Richtung! Der Unterschied zugunsten der negativen Veränderungen ist signifikant. Auf der 5-Punkte-Skala veränderte sich der Mittelwert ebenfalls signifikant um 0,42 Punkte von 1,7 auf 2,1, wobei die Zuversicht von der verwendeten Skala her mit ansteigenden Mittelwerten abnimmt.

Und zweitens sticht ins Auge, dass die persönliche Zuversicht in ihrer Grundrichtung (erwartungsgemäß) der gesellschaftlichen Zuversicht gefolgt ist: Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder nach dem Systemwechsel die Zukunft der Gesellschaft beurteilten, desto weniger zuversichtlich bewerteten sie auch ihre persönliche Zukunft. Spannend wird in den nächsten 10, 20 Jahren sein, wie sich diese Relationen weiter entwickeln.

Bei der generellen Bewertung der Angaben nach dem Systemwechsel muss bedacht werden, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für 99 % (!) der damals 16-Jährigen klar war, wie es nach dem Abschluss der Schule weitergehen wird. Die Wende im Herbst 1989 und die folgenden Unsicherheiten, Um- und Abbrüche im (Un-) Sinne „schöpferischer Zerstörung“ hatten jedoch die beruflichen Pläne des größten Teiles von ihnen in Frage gestellt oder gar zunichte gemacht:

1998 gaben 38 % der Panelmitglieder rückblickend an, dass sie diese Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35 % war das etwas der Fall und nur 27 % berichteten keine Veränderungen – mit signifikanten Folgen für die persönliche Zukunftszuversicht und viele weitere Merkmale (ausführlicher siehe Förster 2002, S. 49 ff. und S.156 ff). Viele beschrieben damals ausführlich die Probleme, mit denen sie sich zu Beginn ihrer Berufskarriere völlig unerwartet herumschlagen mussten und die häufig auch traumatische Reaktionen wie Hilflosigkeit und Verlust sozialer Geborgenheit auslösten. Dazu einige typische Beispiele:

*„... hört man jetzt, dass wir vielleicht sogar drei Jahre lernen müssen und dann auch noch nach dem Lehrplan der BRD. Aber man kann doch das 1. Lehrjahr nicht einfach im Winde verwehen lassen... Man weiß nicht mehr, wem man glauben soll. Einer sagt hüh, der andere hott.“ (w)*

*„Durch die Wende wird die Lehre noch schwerer. Alles geht drunter und drüber, man weiß nicht mehr, woran man ist. Die größte Sorge macht mir, dass ich höchstwahrscheinlich nach der Lehre arbeitslos werde.“ (m)*

*„Wahrscheinlich muss ich umlernen, weil ich keinen Arbeitsplatz bekommen werde. Ich habe irgendwie schon Angst vor der Zukunft. Man weiß nicht, was wird. Ich fühle mich nicht mehr geborgen.“ (w)*

*„Ich habe sehr große Angst davor, dass ich nach dem Schließen meines Betriebes arbeitslos auf der Straße stehe... Wer stellt schon einen Facharbeiter ein, der eben erst seinen Abschluss in der Tasche hat und noch keine berufliche Erfahrung besitzt.“ (w)*

*„Der Übergang ist mir sehr gut gelungen... Ich habe Angst vor der Zukunft, dass ich meine Arbeitsstelle verliere und nirgends Arbeit finde. Ich habe überhaupt Angst vor dieser ganzen Politik, man weiß gar nicht, wie es weitergehen soll.“ (w)*

*„Aufgrund mangelnder Lehrstellen wurde ich in die EDV (Elektronische Datenverarbeitung - P.F.) abgeschoben, wodurch ich jetzt einen Beruf erlerne, der mich absolut nicht interessiert. Zur Zeit ist mir alles egal und ich bin nicht die einzige, der es so geht.“ (w)*

*„Zur Zeit komme ich auch politisch überhaupt nicht mehr klar. Ich habe Angst!“ (m)*

*„Das Problem mit der Arbeitslosigkeit hätte ich mir nie träumen lassen!“ (w)*

*„Hat sich jemand bei uns vor einem Jahr mit 17 Jahren Sorgen um seine Zukunft gemacht?“ (w)*

*„Manchmal sitze ich zu Hause und denke über die politische Situation sehr stark nach. Der Umbruch war eine harte Zeit. Für alle. Meine Eltern waren völlig am Ende, und ich hatte Probleme auf Arbeit, mit denen ich meine Eltern nicht noch belasten wollte. Ich habe oft heimlich geweint und alles in mich reingefressen.“ (w)*

*„Was wird aus dem Beruf der Krippenerzieherin? Hat es noch Sinn, das Studium zu beenden?... In manchen Städten schließt man nun schon Krippen und in Zwickau bzw. Plauen sagt man den Studenten, dass es kaum noch Sinn habe. Warum sagt man uns nicht die Wahrheit?“ (w)*

*„Die Arbeitsmarktsituation ist alarmierend. Das Schlimmste ist, dass man nicht merkt, dass es in absehbarer Zeit besser wird. Es macht mir zu schaffen, für Ostdeutschland kein Vorankommen zu sehen.“ (m)*

*„Zu schaffen macht mir natürlich... die Arbeitslosigkeit. Ich werde damit nicht fertig, dass so viele Betriebe schließen müssen. Es braucht sich doch keiner zu wundern, wenn die meisten Leute in den westlichen Teil Deutschlands gehen, um arbeiten zu können und ein lebenswertes Leben zu leben.“ (w)*

*„Am meisten betroffen von der Arbeitslosigkeit sind wir Lehrlinge. Wir haben es schwer, nach unserer Lehre im Betrieb eine Arbeitsstelle zu bekommen... Meiner Meinung nach braucht das alles nicht zu sein. Es gibt genügend Arbeit, aber es ist einfach kein Geld da.“ (w)*

*„Die Arbeitslosigkeit. Man lebt ständig in der Angst, wann es einem selbst so geht.“ (w)*

*„Dass die Betriebe glauben, sie könnten mit den Azubis machen, was sie wollen, macht mich sehr wütend!“ (m)*

*„Dank der Vereinigung habe ich meinen Beruf (Lehre) wechseln müssen.“ (m)*

*„Dass die Arbeitsbedingungen an unserer Berufsschule unter aller Würde sind und wir keinerlei brauchbares Unterrichtsmaterial besitzen...Dass wir ein Jahr Zeit haben, das zu lernen, wozu Azubis in westdeutschen Bundesländern 3 Jahre Zeit haben.“ (m)*

Typisch sind die Erinnerungen einer Teilnehmerin, die sie 1993 rückschauend in einem Bericht über „Erlebnisse und Veränderungen seit dem Schulabschluss“ u. a. niederschrieb:

*„Veränderungen? Oh ja, die hat es in den letzten Jahren in meinem Leben zur Genüge gegeben. Ganz abgesehen davon, dass ich einen ganz anderen Beruf erlernen wollte, begann ich nach Schulabschluss eine Lehre als Wirtschaftskauffrau. Das erste Lehrjahr verlief sehr sozialistisch... Das zweite Lehrjahr war die reinste Katastrophe. Im ersten Halbjahr hatten wir keine Schulbücher und auch keine*

*richtigen Lehrpläne. So versuchten alle Lehrer, das Beste daraus zu machen. Aber das brachte nicht viel. Letzten Endes mussten wir den gesamten Lehrstoff, zu dessen Ziel man eigentlich nach 3 Jahren gelangen sollte, in 1 ¼ Jahren in uns reinpauken. Allerdings ist da so mancher, ich eingeschlossen, auf der Strecke geblieben. Glücklicherweise kann man nach westdeutschen Regeln eine Prüfung ja dreimal machen. Ich habe zwar nur zweimal gebraucht, aber es fiel mir doch ganz schön schwer.“*

Solche überwiegend negativen Erfahrungen prägten von Anfang stark die Haltung dieser jungen Leute zum neuen System. Alle quantitativen und qualitativen Daten unserer Studie zusammengenommen führen zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass sich bereits in der Wendezeit bei den meisten Panelmitgliedern irreversible kritische bzw. ablehnende Urteile über das „neue System“ herausbildeten und verfestigten.

Viele der damals von ihnen gestellten Fragen sind bis heute nicht beantwortet, haben sich im Gegenteil weiter zugespitzt und werden deshalb immer wieder und immer drängender gestellt, z. B. im Hinblick auf das Schulsystem, nun aber zusätzlich bezüglich der Schulbildung ihrer Kinder!

(siehe dazu auch den Anhang 2 mit „Fragen an die Politiker“ 2007)

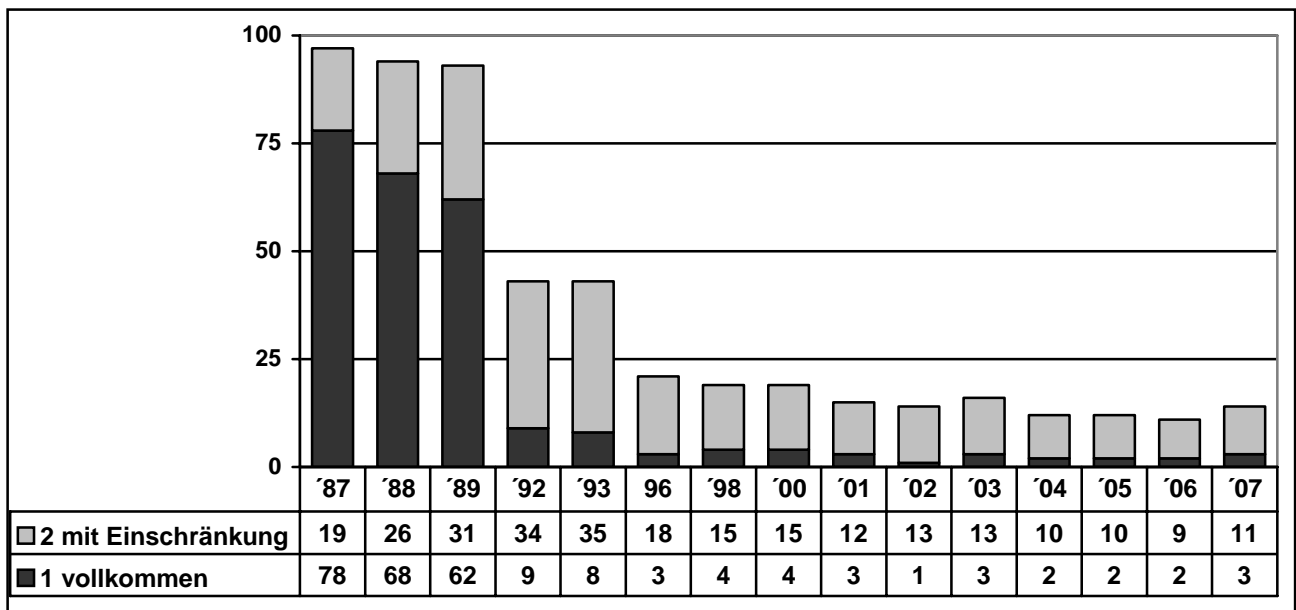
Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang weiter die Tatsache, dass ein sehr großer Teil von ihnen bei den letzten Befragungen vor der Wende (1987 – Mai 1989) zwar die politischen Verhältnisse in der DDR zunehmend kritisch beurteilt hatte, ihre Sozialpolitik jedoch bis zu ihrem Ende mehrheitlich positiv.

Oft wurde damals z. B. von ihnen gelobt, „dass es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt“, „dass jeder Arbeit hat“, „keiner auf der Straße liegt“... 1990 notierten viele derselben Jugendlichen: „Ich habe große Angst vor Arbeitslosigkeit!“ Welche psychischen Verwerfungen bis hin zu Verzweiflung, Sinnverlust, Selbstzweifel und Selbstabwertungen solche gravierenden Erfahrungen bewirkten, lässt sich nur abschätzen. Und sie wirken nachweislich bis heute nach ...

Außerdem stellt sich natürlich die Frage, ob nur diese eine Altersgruppe damals solche prägenden Erfahrungen gemacht hat?

Von diesen Entwicklungen her betrachtet überrascht nicht, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, ebenfalls eines der bedenkenswertesten Ergebnisse der Studie:

Abbildung 1.2.03: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2007



Fragetext: 1987 – 1989: „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“

Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Diese drei angeführten Trends über den Systemwechsel hinweg gehören zu den bemerkenswertesten Ergebnissen unserer Studie, weil sie die Ausgangsbedingungen vor der Wende mit in die Analyse einbeziehen, die in der Transformationsforschung (soweit noch vorhanden) nach unserer Auffassung sträflich vernachlässigt wurden, so als ob die Ostdeutschen zuvor in einem Vakuum gelebt hätten!

Auch im Hinblick auf diese Zukunftseinstellung ist es interessant, die Beziehungen zwischen den Daten der letzten Befragung vor der Wende (Frühjahr 1989) und der zu diesem Item ersten Befragung nach der Wende genauer zu untersuchen. Das war leider erst in der 8. Welle 1992 der Fall:

Tabelle 1.2.02: Beziehung zwischen der Annahme einer gesicherten Zukunft in der DDR im Frühjahr 1989 (3. Welle) und in Ostdeutschland 1992 (8. Welle); N= 160

	Gesicherte Zukunft in Ostdeutschland 1992							X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5			
Gesicherte Zukunft In der DDR im <u>Frühjahr 1989</u>									
1	11	32	(43)	37	10	10	2,8	101	
2	4	29	(33)	51	8	8	2,9	51	
3,4,5	0	88	(88)	12	0	0	2,1	8	

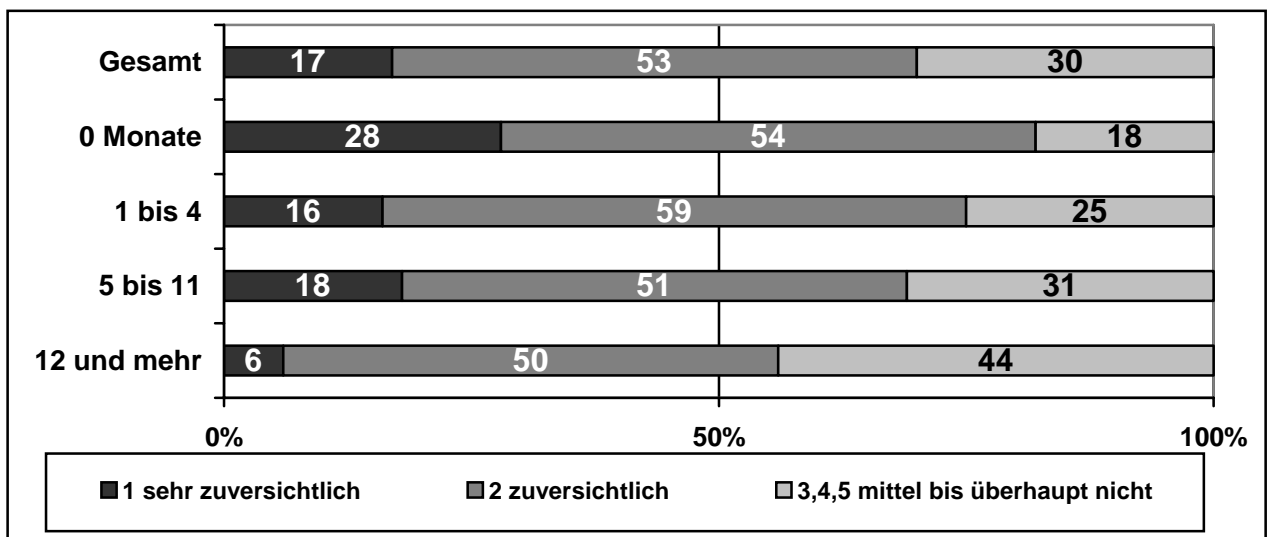
(s)

Die (hier verkürzte) Kreuztabelle bzw. ein entsprechender Test belegen, dass es bei 83 % der an beiden Befragungen beteiligten Panelmitgliedern (N= 160) signifikante

Veränderungen in ihren Einstellungen gab: darunter bei 78 % in negativer Richtung und bei nur 5 % in positiver. 17 % hatten ihre Positionen nicht verändert. Ein Absturz, der alles über die damalige Gefühlswelt der jungen Frauen und Männer aussagt und – wie der weitere Verlauf zeigt - irreversibel war und ist. 2007 erhöhte sich schließlich der Anteil derer, die ihre Zukunftserwartungen im Osten gegenüber Frühjahr 1989 zurück genommen hatten, auf 89 %!

Wie wir in den jüngsten Forschungsberichten nachgewiesen haben und auch hier weiter belegt werden, haben die Erfahrungen der Panelmitglieder mit Arbeitslosigkeit einen entscheidenden Anteil an diesen Regressionen. Diese Tatsache durchzieht die gesamte Studie. Wir führen deshalb hier im Vorgriff auf den zweiten Teil dieses Berichtes eine Abbildung an, die exakt belegt, dass die negativen Veränderungen der persönlichen Zukunftszuversicht nicht zuletzt unter dem Einfluss zunehmender Zeitdauer von Arbeitslosigkeit (multikausal) vor sich gegangen sind:

Abbildung 1.2.04: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht der Panelmitglieder 2007, differenziert nach der bisherigen (kumulierten) Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit in Monaten (N=379)



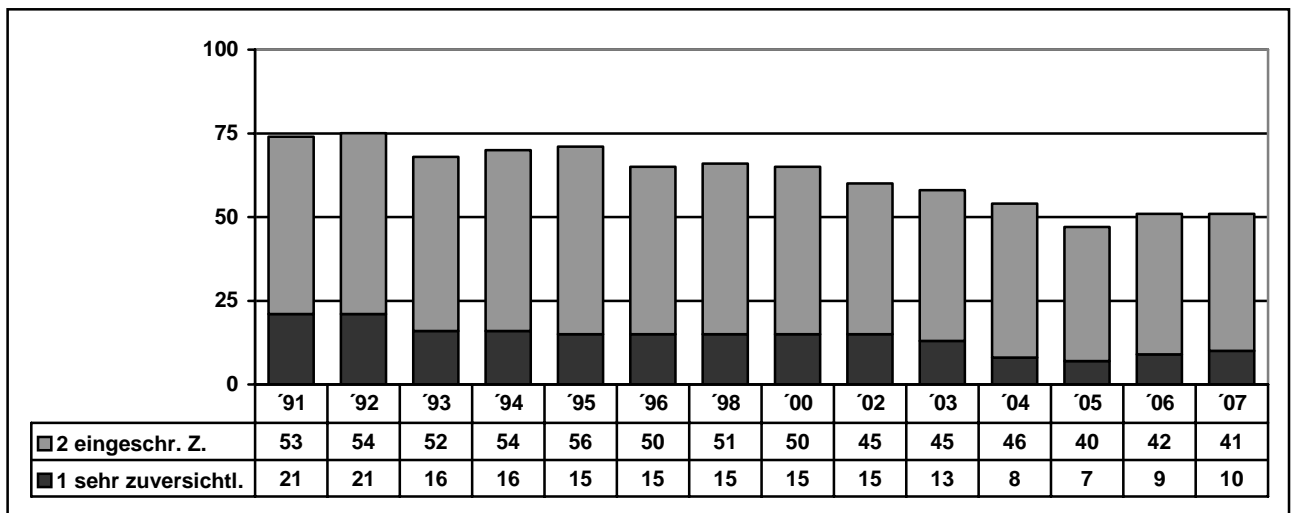
Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Sie persönlich?“  
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Hier genügt zunächst ein Blick auf die Extremgruppen: Von jenen 34-Jährigen, die im gesamten Zeitraum seit der Wende nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren („0 Monate“), äußern sich 2007 28 % sehr zuversichtlich (AP 1) und weitere 54 % (AP 2) zuversichtlich über ihre persönliche Zukunftsaussichten. Nur 18 % blicken ambivalent bis ganz ohne Zuversicht in ihre Zukunft. Bei denen, die länger als ein Jahr („12 und mehr Monate“) betroffen waren, trifft das auf 6 % bzw. 44 % zu, fast die Hälfte sieht mit gemischten oder negativen Gefühlen in die Zukunft. Das sind relevante und signifikante Unterschiede, die für sich sprechen. Auf den Einflussfaktor Arbeitslosigkeit kommen wir im zweiten Teil dieser Dokumentation ausführlich zurück.

Deutlich rückläufig entwickelte sich in diesem gesellschaftlichen Kontext auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können, die entscheidende Grundlage für die eigenen Zukunftspläne überhaupt, aber auch für ihre Akzeptanz der jetzigen Gesellschaftsordnung. Unsere generelle Forschungshypothese lautet deshalb, dass es für diese Akzeptanz mit von entscheidender Bedeutung sein wird, ob sie mit Unterstützung der Gesellschaft jene Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entwicklung fördern, frei von alltäglicher Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bzw. den des Lebenspartners (vgl. Förster 2002, S. 15).

Dazu liegen Informationen seit 1991 vor:

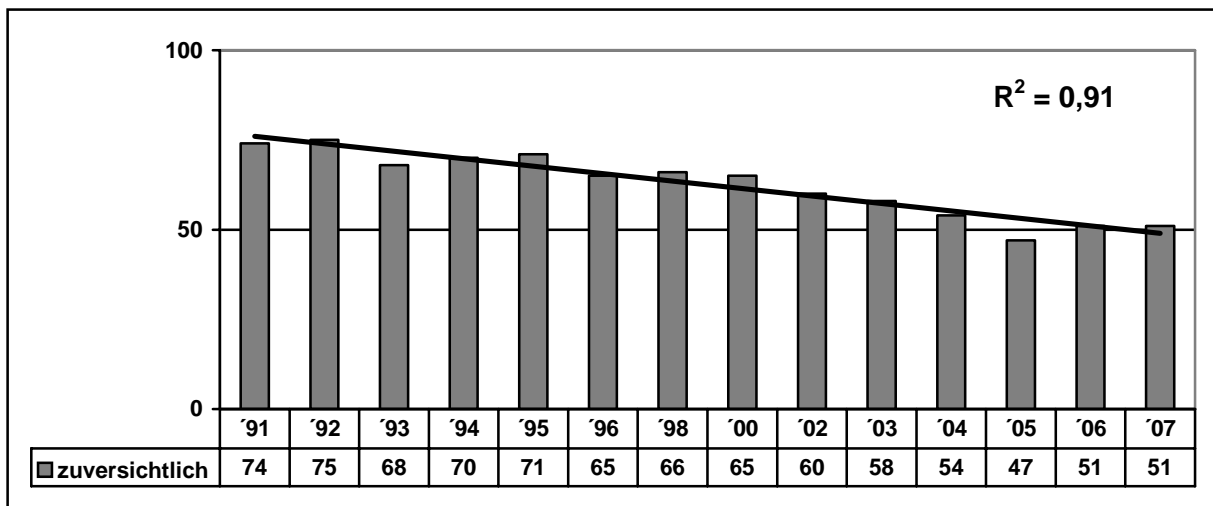
Abbildung 1.2.05: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2007



Fragetext: „Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“  
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Um den Trend genauer bestimmen zu können, fassen wir die beiden positiven Antwortmöglichkeiten (1+2) zusammen:

Abbildung 1.2.06: Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 2007; die positiven AP 1+2 wurden zusammengefasst



Der kontinuierliche Abbau dieser wichtigen Seite der Zukunftszuversicht ist deutlich zu erkennen, subjektive Widerspiegelung kapitalistischer Wirtschaftspolitik im Osten.

An dieser Stelle fügen wir eine interessante Korrelation zwischen der beruflichen und persönlichen Zukunftszuversicht ein, um die Enge der (wechselseitigen) Beziehungen zwischen beiden im Jahr 2007 zu zeigen:

Tabelle 1.2.02: Zusammenhang zwischen beruflicher und persönlicher Zukunftszuversicht 2007 (N=379)

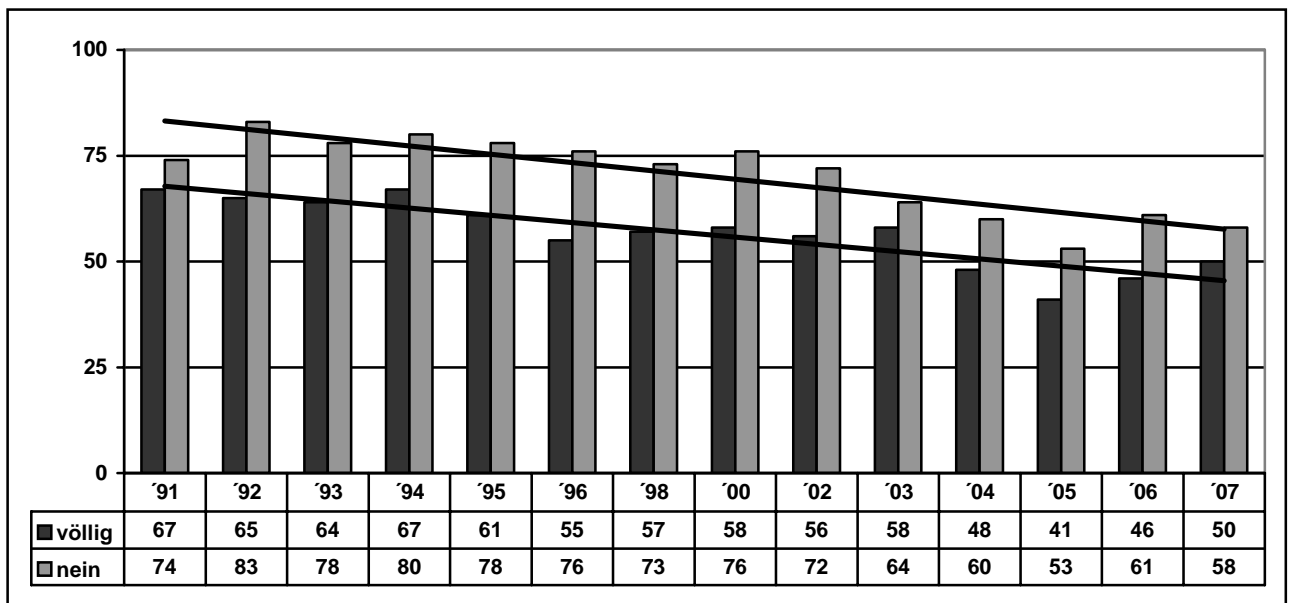
Berufliche Zuversicht 2007:	Persönliche Zuversicht:							
	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
1 sehr zuversichtlich	76	24	(100)	0	0	0	1,24	37
2	18	73	(91)	9	0	0	1,91	157
3	4	50	(54)	45	1	0	2,43	132
4	5	22	(27)	63	10	0	2,78	41
5 überhaupt nicht zuversichtlich (s)	0	17	(17)	50	8	25	3,42	12

Dieser enge Zusammenhang bestand ähnlich auch in allen vorhergehenden Wellen.

Aus dieser Sicht ist der langjährige vergleichende Trend interessant:

Abbildung 1.2.07: Vergleich der beruflichen Zukunftszuversicht der Panelmitglieder, die ihre beruflichen Pläne nach der Wende völlig bzw. nicht verändern mussten (Vergleich der Extremgruppen)





Der Rückgang der beruflichen Zukunftszuversicht galt und gilt immer noch vor allem für jene, die damals ihre Pläne völlig verändern mussten (die Unterschiede sind fast durchgehend signifikant), ein Beleg (u. a.) für die beachtliche Langzeitwirkung solcher „zerstörerischer“ Einflüsse auf die individuelle Lebensplanung über viele Jahre hinweg.

2007 ist in der Gesamtgruppe mit 51 % nur noch rund die Hälfte der 34-Jährigen zuversichtlich, von den jungen Frauen noch deutlich weniger als von den jungen Männern: 45 % gegenüber 58 %! Für den kritischen oder ablehnenden Blick dieser jungen Frauen auf das gegenwärtige System hat das erheblichen Aussagewert, spielen doch die erfahrenen beruflichen Chancen bei dessen Beurteilung eine entscheidende Rolle.

Seit 2002 fragen wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen, seit 2005 auch nach ihren Einschätzungen der Zukunft der heranwachsenden Jugendliche im Osten. Wir stellen diese in den Kontext ihrer eigenen Zukunftszuversicht:

Tabelle 1.2.03: Zukunftszuversicht für die Eltern, die (künftigen) Kinder und die heranwachsenden Jugendlichen im Vergleich mit der eigenen Zuversicht 2002 bis 2007

„Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?“  
1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<b>für Sie persönlich</b>						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0
2004	13	59	(72)	23	4	1
2005	10	57	(67)	28	3	2
2006	14	58	(72)	25	3	0

2007	17	52	(69)	28	2	1
<b>für Ihre Eltern</b>						
2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4
2004	9	45	(54)	32	10	4
2005	11	46	(57)	25	14	4
2006	10	44	(54)	30	11	5
2007	13	45	(58)	27	11	4

<b>für Ihre (künftigen) Kinder</b>						
2002	4	36	(40)	38	12	10
2003	4	32	(36)	39	15	10
2004	4	27	(31)	41	18	10
2005	2	25	(27)	45	20	8
2006	5	25	(30)	43	18	9
2007	6	28	(34)	41	19	6

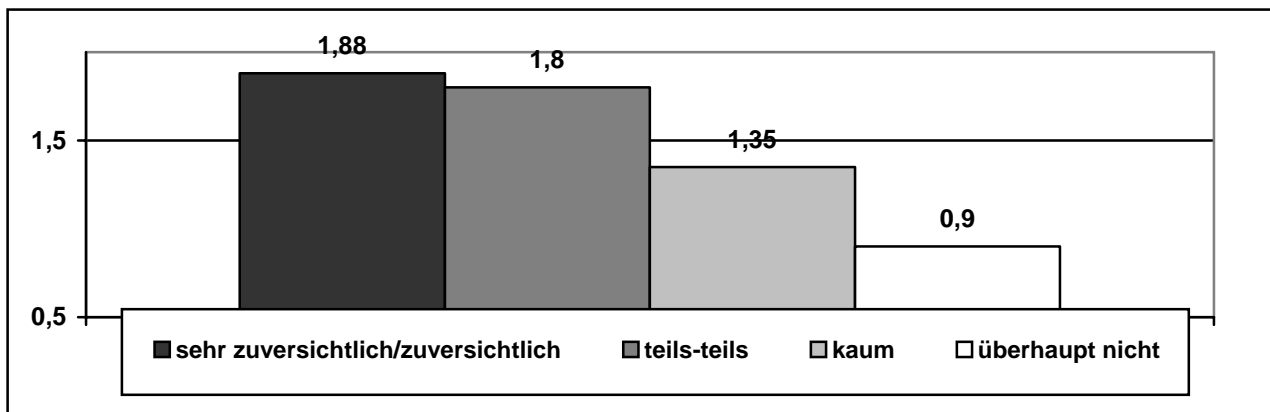
**für die Entwicklung der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten**

2005	1	4	(5)	34	46	15
2006	1	6	(7)	34	42	17
2007	1	9	(10)	36	40	14

Die Zukunft der Eltern wird nach wie vor nur von der reichlichen Hälfte der Panelmitglieder mehr oder weniger zuversichtlich gesehen, verständlich angesichts der Tatsache, dass zwischen 1990 und 2004 58 % der Väter und/oder Mütter persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, sowie der sich weiter verschlechternde Situation der Älteren bzw. der Rentner. Sich Sorgen um die Zukunft der Eltern machen zu müssen, reduziert die eigene Zukunftszuversicht erheblich, wir haben das bereits mehrfach in früheren Berichten und Publikationen nachgewiesen (vgl. Förster 2002, S.229 ff.).

Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder:

Abbildung 1.2.08: Zukunftszuversicht für die (künftigen) Kinder und Kinderwunsch 2007



Fragetext siehe Tabelle 1.2.03; die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst. Die Zahl der gewünschten Kinder gaben die Panelmitglieder im Fragebogen direkt an.

Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder beurteilen, um so weniger Kinder wünschen sie sich; der Unterschied ist enorm, insbesondere bei schwach oder gering entwickelter Zukunftszuversicht.

Auch die eigene Zukunftszuversicht ist umso pessimistischer, je weniger zuversichtlich die Zukunft der Kinder betrachtet wird (und umgekehrt). Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Studie:

Offensichtlich messen viele dieser jungen Erwachsenen das jetzige System vor allem daran, welche Zukunftschancen es ihren eigenen Erfahrungen zufolge ihren Kindern bietet. Im Verlauf der Studie wurde immer klarer: Mit der Familienbildung der Panelmitglieder und der Geburt von Kindern ist eine gewichtige neue Einflussvariable entstanden, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang schließlich auch die Angaben, wie zuversichtlich die 33-Jährigen die Zukunft der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten sehen: Nur 10 % äußern sich 2006 positiv, 36 % ambivalent und 54 % negativ. Die Zukunftsaussichten der nächsten jungen Generation sind in ihren Augen nicht besser, sondern erheblich schlechter!

### 1.3 Die Bejahung der Wende ist bei den Mittdreißigern deutlich abgestürzt

Eines der bedeutsamsten Ergebnisse der vorangegangenen 20. Welle 2006 bestand darin, dass sich der bereits seit 2000 andeutende rückläufige Trend der Bejahung der Wende signifikant durchgesetzt hat. In Anbetracht der politischen Bedeutung dieser „schleichenden Zurücknahme“ scheinbar endgültiger Entscheidungen in den Köpfen des Jahrganges '73 Ost wollen wir diesem Phänomen etwas ausführlicher nachgehen.

Wir informieren zunächst über die 2007 ermittelten Ergebnisse einschließlich einiger bemerkenswerter Zusammenhänge (Korrelationen).

Tabelle 1.3.01: Zustimmung zur Wende 2007, nach Untergruppen differenziert

„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2,3 4 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamtgruppe	44	27	(71)	20	7	2	378
<u>Geschlechtergruppen:</u>							
männlich	50	28	(78)	15	6	1	173
weiblich	37!	27	(64)	26	7	3	203
(s)							
<u>Wohnregion</u>							
Lebt im Osten	41	26	(67)	24	6	3	272
Lebt im Westen im/Ausland	48	21	(69)	25	5	1	106
<u>Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit bis 2007</u>							
Null Monate	48	29	(77)	14	6	2	110
1 bis 4 Monate	46	32	(78)	16	3	3	71
5 bis 11 Monate	42	28	(70)	23	5	2	78
12 und mehr Monate	39	21	(60)	27	11	2	119
(s)							
<u>Sicherheit des Arbeitsplatzes</u>							
Sehr sicher	74	15	(89)	7	4	0	27
Ziemlich sicher	45	29	(74)	18	6	2	255
Ziemlich unsicher	33	31	(64)	28	8	0	51
Völlig unsicher	22	17	(39)	39	13	9	23
(s)							
<u>Zugehörigkeitsgefühl zu Schichten</u>							
Oberschicht	100	0	(100)	0	0	0	5
Mittelschicht	49	20	(69)	23	6	2	307
Unterschicht	19	30	(49!!)	41	7	3	69
(s)							
<u>Angst vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit:</u>							
Stark/eher stark	39	21	(60)	27	9	4	106
eher schwach/schwach	46	29	(75)	18	6	1	272
(s)							
<u>Angst vor Armut im Alter:</u>							
stark/eher stark	40	28	(68)	22	8	2	246
eher schwach/schwach	51	26	(77)	17	5	1	132
(s)							
<u>Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben</u>							
1+2 vollkommen/etwas	74	20	(94)	6	0	0	61
3 teils-teils	47	32	(69)	17	4	0	163
4 kaum	32	26	(58)	26	13	3	80
5 überhaupt nicht	24	23	(47)	33	12	8	73

(s)

Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Lage insgesamt

Zufrieden	62	22	(84)	8	5	3	74
Eher zufrieden	44	30	(74)	18	6	2	147
Eher unzufrieden	34	30	(64)	28	5	1	105
Unzufrieden	33	17	(50)	28	17	5	36

(s)

Zufriedenheit mit der Demokratie

Sehr zufrieden/zufrieden	62	22	(84)	13	3	0	145
Weniger zufrieden	36	28	(64)	24	9	3	177
Sehr unzufrieden	20	36	(56)	28	11	5	56

(s)

Mit der ´friedlichen Revolution`... haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen

1 vollkommen	73	20	(93)	4	2	1	55
2 im großen und ganzen	51	28	(79)	14	5	2	133
3 teils-teils	33	32	(55)	25	10	0	142
4+5 kaum/überhaupt nicht	19	17	(36)	45	11	8	47

(s)

Systemverbundenheit vor der Wende

Stark	27	33	(60)	29	8	3	100 (31 %)
Mittel	44	28	(72)	19	7	2	124 (38 %)
Schwach	58	21	(79)	14	7	0	100 (31 %)

(s)

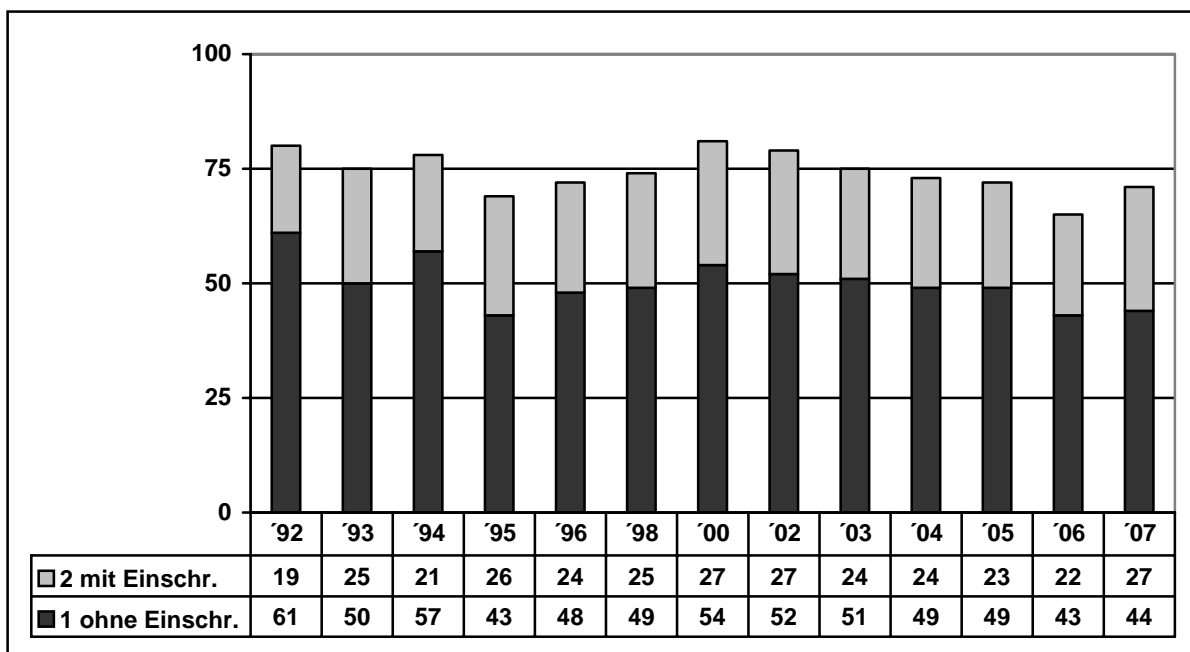
Wir stellen diese signifikanten Beziehungen/Zusammenhänge bewusst etwas breiter dar, um die Komplexität anzudeuten, in die diese Grundeinstellung eingebettet ist.

- Wie auch in den vorhergehenden Jahren unterscheiden sich die Urteile der Geschlechtergruppen: die 34-jährigen jungen Frauen äußern sich deutlich weniger zustimmend (insbesondere einschränkungslos) zu dieser historischen Zäsur als ihre männlichen Altersgefährten.
- Panelmitglieder im Osten stimmen weniger häufig zu als jene im Westen.
- Die Differenzierung nach der bisherigen, kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit belegt ihren gravierenden Einfluss: Je höher das „persönliche Gesamtkonto“ erfahrener Arbeitslosigkeit seit der Wende, desto geringer ist die Bejahung der Wende – ein brisantes Ergebnis angesichts der Zunahme von Betroffenheit und Dauer (ausführlicher Teil II). Immerhin ging die Zustimmungsrates bei denen auf rund die Hälfte (!) zurück, die ein Jahr oder länger betroffen waren.
- Kaum überraschend ist, dass von den 18 % der Panelmitglieder, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, gerade noch die Hälfte diese historische Zäsur für richtig halten.
- Auch die bestehenden Existenzängste wie die vor (erneuter) Arbeitslosigkeit bzw. vor Altersarmut (im Alter von 34 Jahren!) dämpfen die heutige Bejahung der Wende erheblich.
- Deutlich überdurchschnittlich häufig stimmen erwartungsgemäß Panelmitglieder zu, die mehr oder weniger froh darüber sind, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben. Das sind 2007 16 % aller 34-Jährigen, darunter 2 % einschränkungslos.

- Auch materielle Faktoren nehmen Einfluss, hier die Zufriedenheit mit der finanziellen Lage: von den mehr oder weniger unzufriedenen TeilnehmerInnen (rund 40 %) meinen weitaus weniger als von den zufriedenen, dass die Wende richtig war.
- Auch die frühere Bindung an das sozialistische System vor der Wende macht sich hier signifikant bemerkbar: Panelmitglieder, die sich damals mit dem Sozialismus stark oder in mittlerem Maße verbunden fühlten (das war zwischen 1987,1988 und 1989 mit erfasst worden), bejahen den Systemwechsel deutlich weniger häufig als jene, die ihn ablehnten.

Die entscheidende Aussage beruht auf der Auswertung der seit 1992 vorliegenden Zeitreihen:

Abbildung 1.3.01: Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (AP 1) bzw. eingeschränkter (AP 2) Zustimmung zur Wende im Trend 1992 bis 2007



„Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2,3 4 5 überhaupt nicht

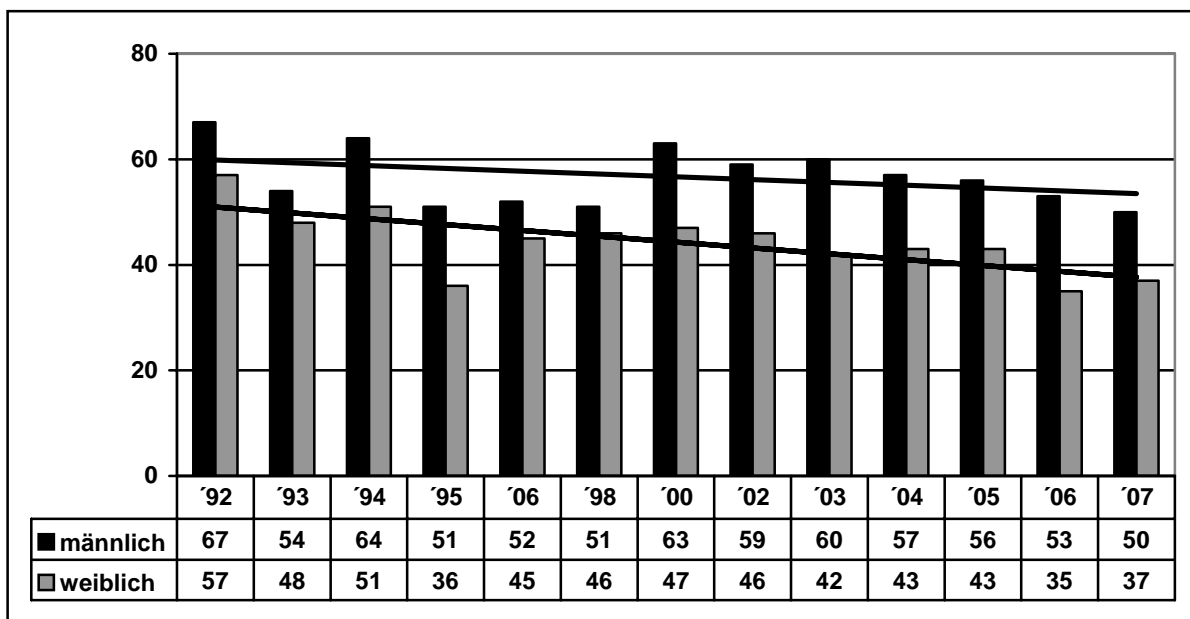
Schon zwischen 1994 und 1998 kam es zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Eine ähnliche rückläufige Tendenz ist erneut ab 2000 zu erkennen, d. h. nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün, Widerspiegelung erneut zunehmender Enttäuschungen. Mit dem Wechsel zur Großen Koalition im Herbst 2006 war diese Entwicklung nicht gestoppt, sondern verschärft worden. Die Daten von 2006 (20. Welle) und 21. Welle (2007) unterscheiden sich statistisch nicht (Mittelwerte: 2,02 2006 gegenüber 1,98 2007; T-Test : Pt = .378).

Insgesamt gesehen ist der Anteil der Zustimmungen demnach nicht gestiegen, sondern signifikant von 80 % 1992 auf 65 % 2006 bzw. 71 % 2007 zurückgegangen, darunter der einschränkungslosen Zustimmungen von 61 % auf 43 % bzw. 44 %!

Das sind erhebliche Veränderungen in den Urteilen der Panelmitglieder über dieses Ereignis von historischer Tragweite!  
 Zugleich ist es ein aufschlussreiches Beispiel für die seit der Wende bei dieser identischen Population tatsächlich so abgelaufenen latenten, „schleichenden“ Bewusstseinsprozesse. Die „Sonntagsfrage“, mag sie noch so oft gestellt werden, gab und gibt darüber keine Auskunft.

Dieser Trend in der Gesamtgruppe soll noch durch den Trend in den Geschlechtergruppen ergänzt werden:

Abbildung 1.3.02: Anteil der Panelmitglieder mit uneingeschränkter Zustimmung (Position 1) zur Wende im Trend 1992 bis 2007, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht  
 Hier nur AP 1 „vollkommen“  
 Alle Verteilungen unterscheiden sich signifikant bis auf 1992 und 1993.

Von den jungen Frauen haben in diesem Zeitraum deutlich mehr ihre einschränkungslose Zustimmung zum damaligen Systemwechsel zurückgenommen als von den jungen Männern, ebenfalls eine typische Tendenz mit hoher Aussagekraft.

Weitere Ergebnisse belegen, dass diese Zurücknahme mit erheblichen Zweifeln der Panelmitglieder daran zusammenhängt, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' im Herbst 1989 erreicht wurden bzw. die Ostdeutschen damit die Freiheit errungen haben. Diese Daten sind mit dem Blick auf die bevorstehenden Feierlichkeiten besonders aufschlussreich:

Tabelle 1.3.02: Grundeinstellungen zur Wende im Trend

Das entspricht meiner Meinung

- 1 vollkommen
- 2 im großen und ganzen
- 3 teils-teils
- 4 kaum
- 5 überhaupt nicht

1      2      (1+2) 3      4      5      (4+5) X

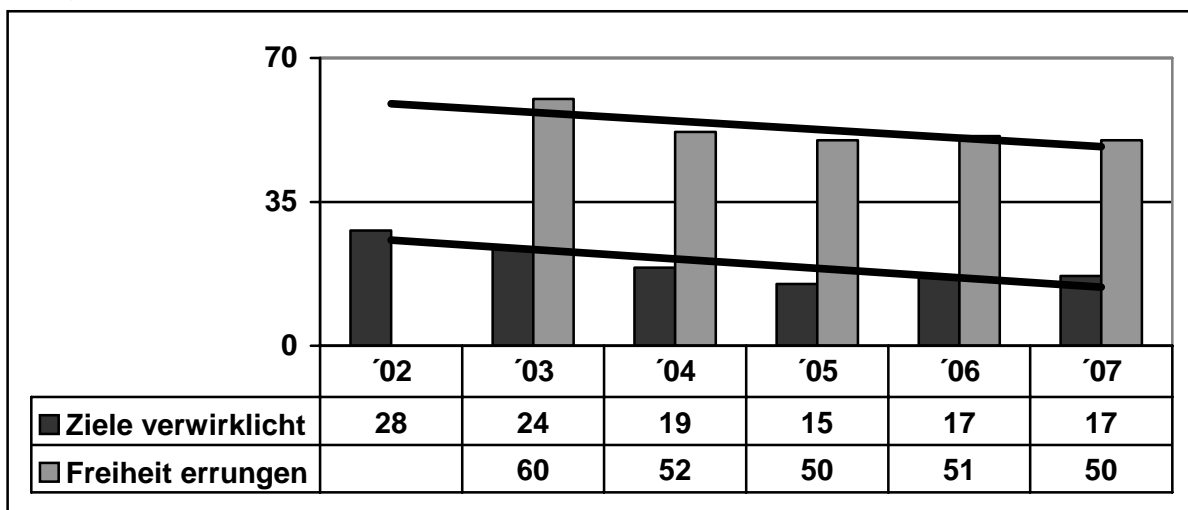
**„Die Ziele der ‚friedlichen Revolution‘ im Herbst ’89 sind heute verwirklicht.“**

2002	2	26	(28)	58	12	2	(14)	2,85
2003	1	23	(24)	58	17	1	(18)	2,95
2004	1	18	(19)	53	20	6	(26)	3,12
2005	1	14	(15)	54	25	6	(31)	3,21
2006	0	17	(17)	51	23	9	(32)	3,22
2007	1	16	(17)	57	17	9	(26)	3,16

**„Mit der friedlichen Revolution im Herbst ’89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“**

2003	15	45	(60)	33	6	1	(7)	2,33
2004	17	35	(52)	37	9	2	(11)	2,46
2005	15	35	(50)	33	11	3	(14)	2,52
2006	16	35	(51)	35	11	3	(14)	2,49
2007	15	35	(50)	38	8	4	(12)	2,52

Abbildung 1.3.03: Anteile der Panelmitglieder, die diesen Aussagen mehr oder weniger zustimmen (AP 1+2), im Trend



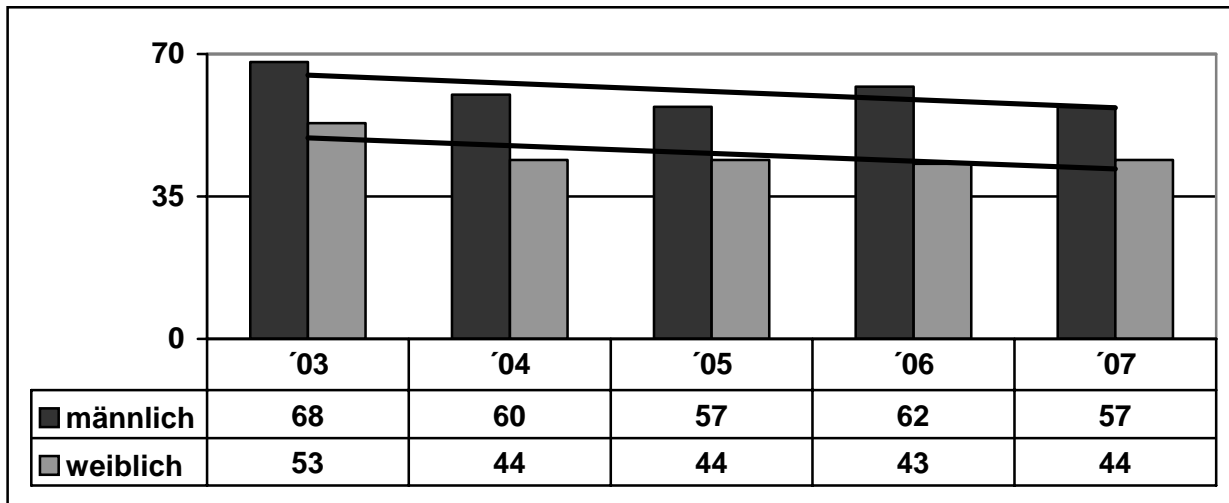
Fragetext siehe oben; die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst.  
Die Frage „Freiheit errungen?“ wurde 2002 nicht gestellt.

Die Hälfte (50 %) der 34-Jährigen stimmt 2007 zu, dass die Ostdeutschen mit der Wende die Freiheit errungen haben. Die Tendenz seit 2003 ist signifikant rückläufig. Nur noch 17 % bejahen 2007 allerdings, dass die damaligen Ziele verwirklicht wurden, 57 % äußern sich ambivalent, immerhin 26 % stellen das in Abrede. Die Tendenz der Zustimmung seit 2002 ist ebenfalls deutlich abnehmend. Bemerkenswert sind die beträchtlichen Unterschiede im Maß der Zustimmungen. Offensichtlich denken die Panelmitglieder über die „Freiheit“ hinaus an weitere Ziele, deren Verwirklichung sie vergleichsweise weniger positiv beurteilen. Vermutlich spielen in diesem Zusammenhang die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen eine Rolle, ist doch in den Notizen der Panelmitglieder häufig zu lesen, so oder ähnlich formuliert: „Für Arbeitslosigkeit und Hartz IV haben wir damals nicht demonstriert!“



Erwähnenswert ist, dass die jungen Frauen viel weniger häufig zustimmen, mit der Wende sei die Freiheit errungen worden:

Abbildung 1.3.04: Zustimmung zur These, mit der Wende haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Alle Unterschiede hinsichtlich Verteilung und Mittelwerte sind signifikant ( $P < .05$ )

Die Bejahung der Wende ist natürlich um so geringer, je mehr diese jungen Erwachsenen die Verwirklichung der Ziele der friedlichen Revolution verneinen:

Tabelle 1.3.03 : Zusammenhang (Wechselwirkung) zwischen der Beurteilung der 'friedlichen Revolution' und der Zustimmung zur Wende 2007 (N = 377)

Die Ziele ... sind verwirklicht	Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist						X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5		
(1 vollkommen	67	33	(100)	0	0	0	1,33	3)
2 im großen und ganzen	60	26	(86)	6	8	0	1,63	62
3 teils-teils	44	27	(71)	23	5	1	1,91	216
4 kaum	32	30	(62)	21	11	6	2,30	63
5 überhaupt nicht	30	21	(51)	31	9	9	2,45	33
Gesamt	44	27	(71)	20	7	2	1,97	378

Andererseits ist ihre Protestbereitschaft um so höher, je mehr sie die Verwirklichung der Ziele der friedlichen Revolution bezweifeln:

Tabelle 1.3.04: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der 'friedlichen Revolution' und der Protestbereitschaft 2007 (N = 377)

Die Ziele... sind verwirklicht	Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen.							n
	1	2	(1+2)	3	4	5	X	
(1 vollkommen)	0	0	(0)	0	0	3	5,0	3)
2 im großen und ganzen	5	15	(20)	32	24	24	3,5	62
3 teils-teils	17	23	(40)	40	15	5	2,7	216
4 kaum	40	29	(69)	17	6	8	2,1	63
5 überhaupt nicht	43	24	(67)	21	0	12	2,2	33
Gesamt	21	22	(43)	33	14	10	2,7	378

Bejahen rund 20 % derer wieder auf die Straße zu gehen, die meinen, die Ziele der 'Friedlichen Revolution' seien verwirklicht (AP 1+2), beträgt dieser Anteil 68 % jener, die kaum oder nicht dieser Meinung sind (AP 4+5 zusammengenommen). In den Köpfen besteht durchaus ein Zusammenhang, der sich unter bestimmten Bedingungen verwirklichen kann.

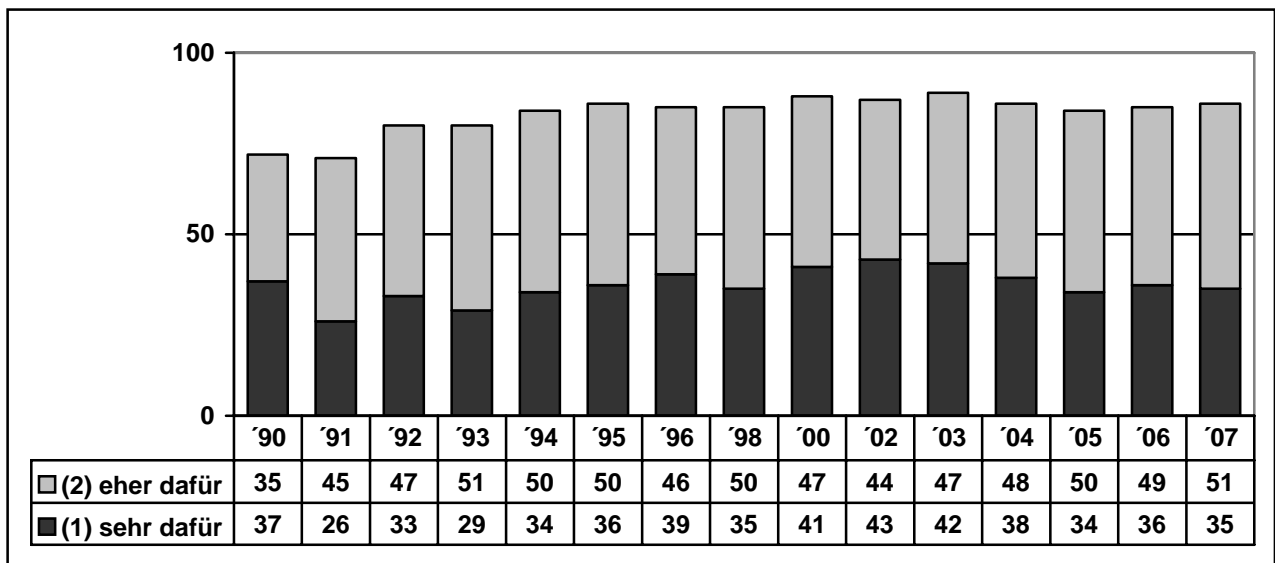
Ähnlich die Tendenz bei der Frage, ob die Panelmitglieder sich selbst an Protestaktionen beteiligen würden: Die persönliche Protestbereitschaft steigt von 33 % derer, die meinen, die Ziele sind verwirklicht, auf 67 % jener, die kaum oder nicht diese Meinung vertreten. Auf die Protestbereitschaft kommen wir noch einmal zurück.

## 1.4 Gehört eigentlich zusammen, was zusammenwachsen soll?

Die jetzt 34-Jährigen haben von dem vereinten Deutschland Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Das ist seit längerem klar, heißt jedoch nicht, dass sie gleichermaßen mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen einverstanden sind.

Zunächst die Entwicklung der Grundeinstellung zur Einheit seit Frühjahr 1990 (d. h. vor dem Beitritt):

Abbildung 1.4.01: Grundeinstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2007. Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Zustimmung



Fragetext: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten?  
Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

Ich bin ...

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Nach dem signifikanten Einbruch 1991 ist die Zustimmung bis 2003 leicht gestiegen, seit 2004 jedoch tendenziell zurückgegangen, insbesondere in ihrer starken Ausprägung.

Bei der 4. Welle im Frühjahr 1990 (also noch vor dem Beitritt) beantworteten die Panelmitglieder auch eine Frage nach dem Tempo des Beitritts:

Tabelle 1.4.01: Beurteilung des Tempos der Vereinigung (Mai 1990, 4. Welle)  
„Was meinen Sie zum Tempo, in dem die Vereinigung vor sich geht?“

1 zu langsam

2 zu schnell

3 gerade richtig

0 Dazu habe ich keine Meinung.

	1	2	3	0
Gesamtgruppe	8	49	31	12
männlich	10	43	37	10
weiblich	7	<u>53</u>	26	14

#### Einstellung zur Vereinigung 1990

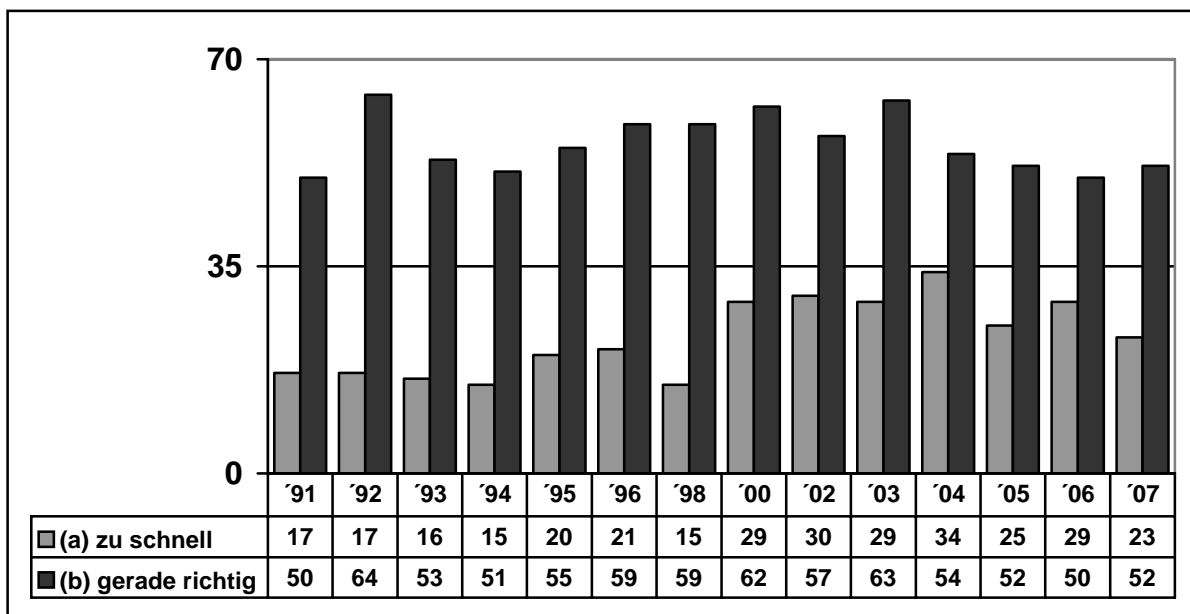
sehr/eher dafür	9	38	40	13
sehr/eher dagegen	3	83	3	11

Die TeilnehmerInnen reagierten auf diese Frage wie die Jugendlichen und die Bevölkerung der (wie es damals hieß) „Noch-DDR“ im Frühjahr 1990 generell: Rund der Hälfte war das Vereinigungstempo zu schnell (insbesondere den weiblichen Panelmitgliedern), einem Drittel war es gerade recht, nur eine Minderheit hätte es

gern noch schneller gehabt. Selbst von den Jugendlichen, die sich für eine Vereinigung aussprachen, meinten 38 %, dass alles zu schnell vor sich geht. Und von jenen, die sich einschränkungslos als Bürger der von der SED-Herrschaft befreiten DDR fühlten, äußerten sich sogar rund zwei Drittel negativ zum Vereinigungstempo. Aus den bevölkerungsrepräsentativen Umfragen des ZIJ ging übrigens hervor, dass als erwünschter Vereinigungstermin im April 1990 nur 40 % der Jugendlichen (Gesamtbevölkerung 41 %) und im Juni sogar nur 34 % (42 %) einen Termin bis Ende 1990 vor Augen hatten, die Mehrheit hielt einen späteren Zeitpunkt für wünschenswert. Auch diese Ergebnisse machen deutlich, dass die bevorstehende Selbstauflösung der DDR damals von den meisten Jugendlichen zwar grundsätzlich bejaht, von vielen aber als überhastet erlebt wurde, als ein Ereignis, dem man mit sehr gemischten Gefühlen entgegensah und das Verunsicherungen auslöste, die bis heute nachweislich nicht verschwunden sind.

Bemerkenswert ist, dass die damals von vielen Teilnehmern vertretene Auffassung, das Vereinigungstempo sei zu schnell, bis in die Gegenwart nachwirkt, sich möglicherweise verstärkt hat. Wir vergleichen dazu den Trend der Bejahung der Einheit jener, denen es zu schnell ging, und derer, die das Tempo richtig fanden (die beiden anderen Subgruppen sind für einen Vergleich zu klein):

Abbildung 1.4.02: Anteil der die Einheit einschränkungslos bejahenden (nur AP 1) Panelmitglieder im Trend 1991 bis 2007, differenziert nach ihrer Beurteilung des Tempos der Vereinigung im Jahr 1990



Zu allen Untersuchungszeitpunkten (selbst noch im Jahr 2007!) sprechen sich TeilnehmerInnen, denen das Vereinigungstempo im Frühjahr 1990 (a) zu schnell vorkam, signifikant weitaus weniger häufig einschränkungslos (nur AP 1) für die Einheit aus als jene, die das damalige Tempo richtig fanden (b). Diese Erscheinung stützt unsere These, dass die damalige gesellschaftliche Umbruchsituation (auch) bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen der Studie tiefe psychische Spuren hinterlassen hat, die auch fast zwei Jahrzehnte später ihr Denken noch nachweislich beeinflussen!

Im Rahmen der erwähnten offenen Frage der 4. Welle im Frühjahr 1990 zum gesellschaftlichen Umbruch äußerten sich fast alle TeilnehmerInnen auch zur bevorstehenden deutschen Einheit. Diese damaligen Überlegungen sind auch heute noch sehr informativ. Charakteristisch für die überwiegende Mehrheit der Aussagen war ihre stark ausgeprägte Ambivalenz: positive und negative Wertungen und Erwartungen, Hoffnungen und Sorgen, ja Ängste standen nebeneinander. Die angekündigte und am 1. Juli verwirklichte Währungsunion, die „Brücke für die Vereinigung“, der wochenlang Spekulationen vorausgingen, hatte wesentlich dazu beigetragen. Einige markante Beispiele dafür aus den Eintragungen im Fragebogen der 4. Welle vom Mai 1990:

*„Es gibt viele Fragen, die ich mir stelle. Zum Beispiel, was wird, wenn die Wiedervereinigung da ist. Wird es bald in zunehmendem Maße Drogen, Gewalt und Verbrechen geben? Werden wir mit dem neuen Geld und der Wirtschaft zurechtkommen? Es wird sicher mehr Arbeitslose geben, die dann vielleicht auf der Straße landen. Ich habe irgendwie Angst vor der Zukunft und wiederum bin ich froh über die Wiedervereinigung und die Währungsunion. Ich bin noch ziemlich verwirrt, um mir jetzt eine richtige Meinung zu bilden. Immer wieder erfährt man etwas Neues. Ich hoffe, dass alles gut wird und dass man nicht bereuen muss.“ (w)*

*„Ich bin sehr froh, dass sich vieles verändert... Aber ich habe auch ein wenig Angst vor der Vereinigung.“ (w)*

*„Obwohl man weiß, dass sich wahrscheinlich alles zum Besseren ändert, hat man einige gemischte Gefühle, denn das Unbekannte, Ungewisse kommt auf einen zu.“(w)*

Ausschließlich zustimmende Äußerungen wie diese (meist von männlichen Teilnehmern geäußert) gab es nur wenige:

*„Ich habe keine Angst vor der deutschen Einheit, bin mit den Regelungen der Währungsunion zufrieden.“ (m)*

*„Ich bin sehr froh über diesen Umbruch und hoffe, dass es so bald wie möglich zur deutschen Einheit kommt.“ (m)*

*„Ich weiß, dass im Westen auch nicht alles Gold ist, was glänzt, aber ich weiß, dass es die bessere Gesellschaftsordnung ist.“ (m)*

Wesentlich häufiger wurden (insbesondere von weiblichen Teilnehmern) demgegenüber Auffassungen gegen die Vereinigung geäußert, zum Teil in sehr drastischen Formulierungen, aus denen oft die Angst vor den Folgen der Einheit sprach:

*„Was im Herbst 89 begann, war toll. Was jetzt geschieht, macht mir Angst. Ich bin gegen die Vereinigung zum jetzigen Zeitpunkt.“ (w)*

*„Ich bin auch nicht für die Wiedervereinigung... Den Menschen muss es doch genügen, dass die Grenzen offen sind und man überallhin fahren kann, wenn man das Geld hat.“ (w)*

*„Ich frage mich, wieso die Leute so dumm sind. Ich bin für keine Wiedervereinigung, weil ich einfach Angst um unser Leben habe. Wer weiß, wie viele in zwei Jahren auf der Straße sitzen, weil immer wieder was Neues erfunden wird, das die Menschen arbeitslos macht... Kein Wunder, wenn die Leute immer aggressiver und nervöser werden bei soviel Angst ums Leben.“ (w)*

Die Ablehnung der Vereinigung war häufig von dem Zweifel durchzogen, ob die versprochenen und erhofften Verbesserungen auch tatsächlich eintreten werden:

*„Ich bezweifle sehr stark, dass die D-Mark uns den Wohlstand bringt, nach dem die meisten so lauthals geschrien haben.“ (m)*

*„Ich finde, die DDR-Bürger müssen aufpassen, dass sie nicht vor die Hunde gehen... Wir haben uns doch nicht von Honecker verabschiedet, um jetzt mit anzusehen, wie sich ein Herr Kohl u. a. das einstecken, was sich früher Erich genommen hat. Einige wenige werden ein besseres Leben führen, aber ein Großteil der Bürger wird sehr bald merken, dass sich für ihn nicht viel in positiver Richtung ändert. Ich sehe für die Zukunft schwarz.“ (m)*

*„Ich frage mich, ob die herbeigesehnte EINHEIT wirklich so gut ist. Wir als junge Menschen haben vielleicht noch eine Chance, in der kapitalistischen Gesellschaft Fuß zu fassen. Aber viele werden dann vielleicht schlechter leben als vorher... Ich setze keine Hoffnung in das zukünftige Deutschland.“ (m)*

Vielfach wurde befürchtet, dass die DDR der BRD „einverleibt“ wird, ihre Bürger zu „Bürgern zweiter Klasse“ werden:

*„Ich habe insofern Angst vor einer Wiedervereinigung, da wir - die DDR-Bürger - doch immer die ´Ossis´ bleiben und so behandelt werden.“ (m)*

*„Als DDR-Bürger sind und bleiben wir ja doch nur Deutsche 2. Klasse.“ (w)*

*„Wir als ´Brüder und Schwestern´ im Osten sind unnötiger Ballast für die Bundis und man wird es uns ewig zu spüren geben.“ (w)*

Aus vielen Notizen sprach die Sorge um den Erhalt der „wirklichen Errungenschaften“ der DDR:

*„Aber nicht alles, was es in der DDR gibt, ist schlecht. Man sollte die guten sozialen Dinge übernehmen wie z.B. das Babyjahr, die Krankenversicherung, die Kinderkrippen und Kindergärten usw. Es muss vieles geändert werden, aber es spricht nicht alles gegen die DDR.“ (w)*

*„Inzwischen ist mir klar geworden, dass es die DDR als eigenständigen, souveränen Staat bald nicht mehr geben wird. Das bedauere ich, da die DDR doch viele soziale Errungenschaften hat. Die Wende war zwar notwendig, doch der Zukunft hätte man auch andere Weichen stellen können.“ (m)*

1994 schrieb z.B. ein Teilnehmer rückblickend:

*„Zur Wiedervereinigung möchte ich noch sagen, dass das Ganze mir viel zu schnell ging. Doch man musste den Grund der Wirtschaft akzeptieren, dass diese eindeutige Verhältnisse und Gesetze für das ehemalige Ostdeutschland brauchte. Die Westwirtschaft boomte aufgrund der neuen ostdeutschen Absatzmärkte, und Ex-DDR-Betrieben ging es jetzt aus verschiedensten Gründen an den Kragen. So langsam schlich sich nun eine gewisse Ernüchterung ein. Ich spürte es relativ schnell. Mein Vater verlor seinen Job und ich bekam mein Lehrlingsentgelt vom Arbeitsamt.“ (m)*

An dieser Stelle soll als historische Hintergrundinformationen noch auf einige wissenswerte Ergebnisse zum Wandel der Einstellung zur deutschen Einheit 89/90 aus den insgesamt neun DDR-repräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ in der Wendezeit hingewiesen werden, die aus heutiger Sicht noch immer (besser: erneut) sehr informativ sind:

Tabelle 1.4.02: Einstellung zur Vereinigung von DDR und BRD zwischen November 1989 und September 1990, differenziert nach Alter und Geschlecht

„Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD ?“

- 1 sehr dafür
- 2 eher dafür als dagegen
- 3 eher dagegen als dafür
- 4 sehr dagegen

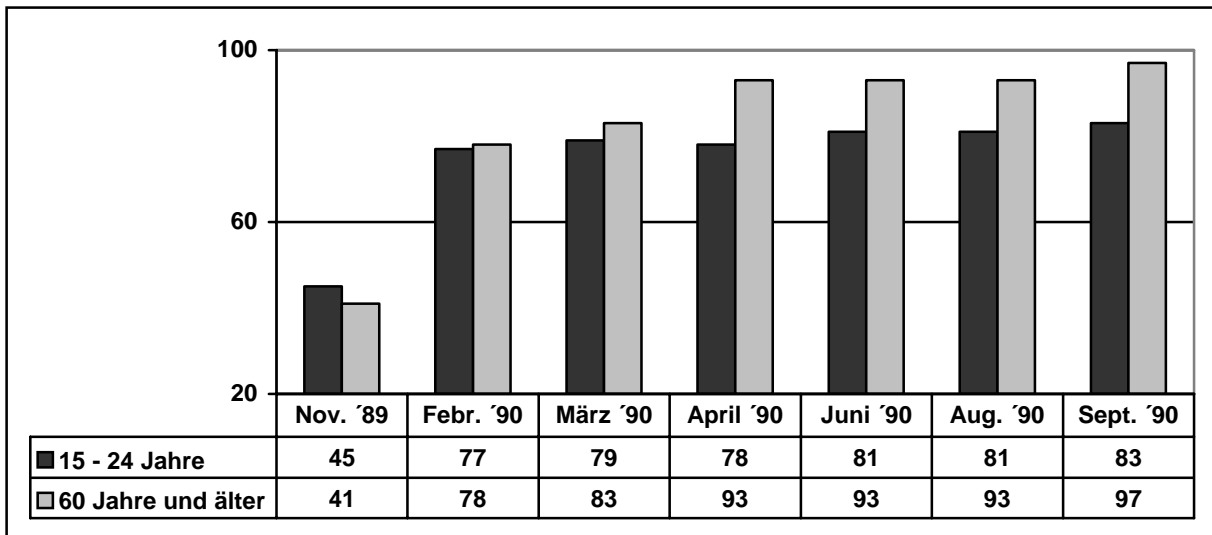
Addierte Prozentanteile der Antwortpositionen 1 "sehr dafür" und 2 "eher dafür als dagegen"

Zeitpunkt	alle Altersgruppen	15-24 Jahre	25-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
-----------	--------------------	-------------	-------------	-------------	--------------------

Gesamtgruppe

Nov. 89	46	45	43	49	51
Febr. 90	79	77	79	81	78
März 90	84	79	85	85	83
April 90	86	78	85	89	93
Juni 90	84	81	83	86	93
Aug. 90	91	81	91	93	93
Sept. 90	89	83	88	93	97

Abbildung 1.4.03 Trend des Anteils zustimmender Einstellungen zur Vereinigung zwischen November '89 und September '90 bei den jüngsten und ältesten Altersgruppen:



Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

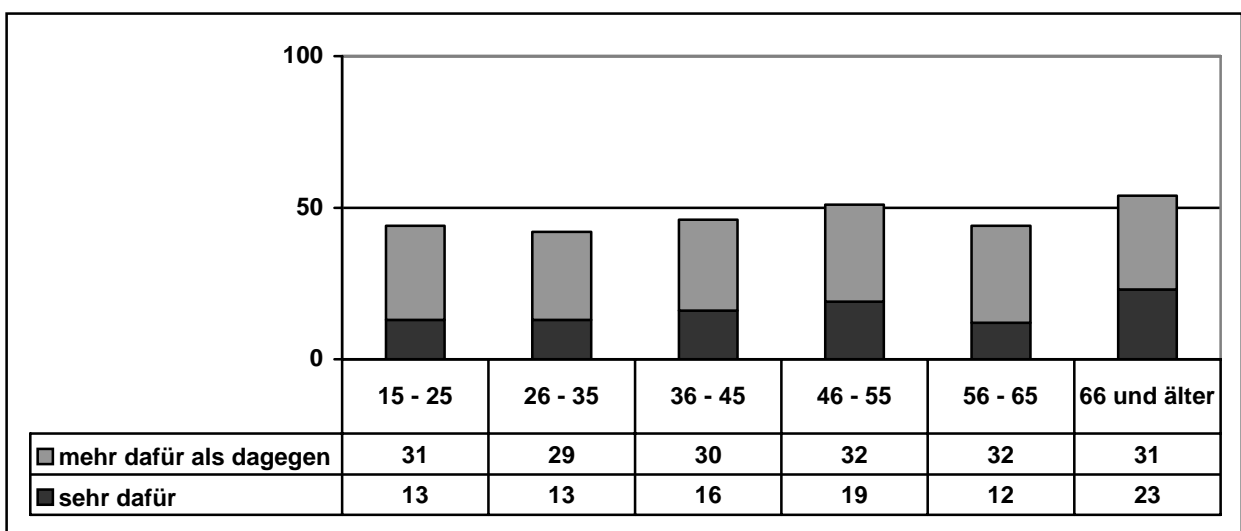
1 sehr dafür      2 eher dafür als dagegen    3 eher dagegen als dafür  
4 sehr dagegen.

Hier nur die zusammengefassten Antwortpositionen 1 und 2 in Prozent.

Wir verbleiben noch kurz bei der Situation im November 1989, die im Rahmen der ersten Meinungsumfrage des ZIJ untersucht wurde, die damals zu den ersten demoskopischen Analysen nach der Wende überhaupt gehörte (M01).

Sowohl Regressionsanalysen der konkreten Altersangaben als auch der gebildeten Altersgruppen belegt: Je älter die Befragten, desto stärker war in der Tendenz die einschränkungslose Zustimmung (AP 1).

Abbildung 1.4.04: Zustimmung zur Einheit nach Altersgruppen im November 1989, nur einschränkungslose und eingeschränkte Zustimmung



Fragetext siehe oben

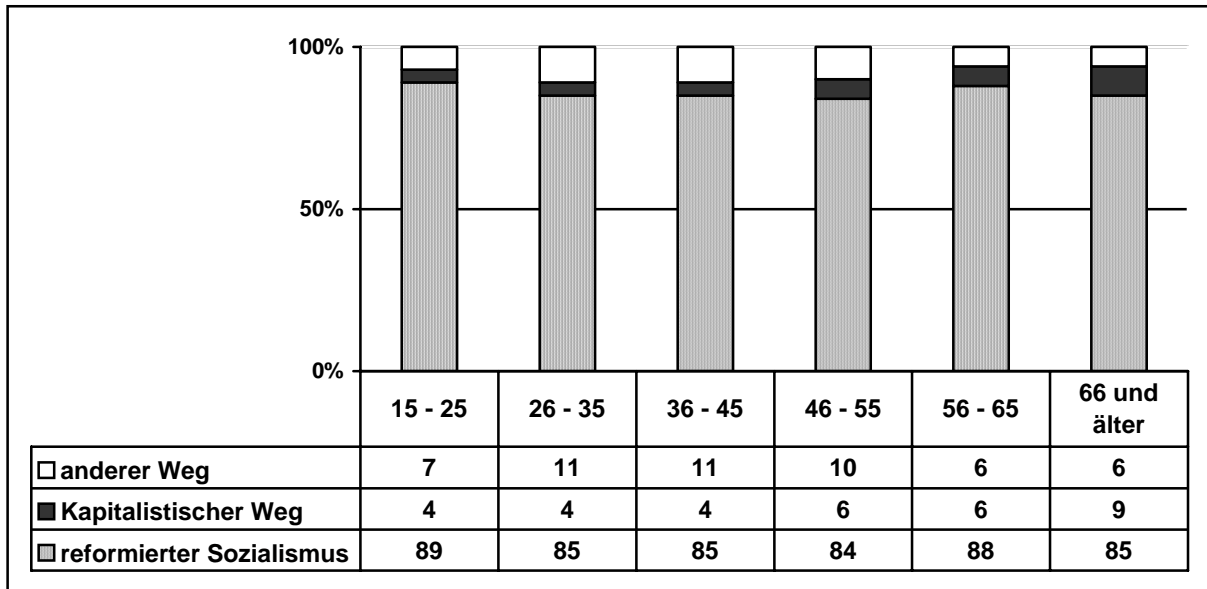
Quelle: Bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfragen des ZIJ Leipzig.



In: Friedrich/Förster/Starke: Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 bis 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Edition Ost 1999, S. 170 f.; eigene Berechnungen.

Keinen Unterschied gab es Anfang 1990 im Hinblick auf den gewünschten künftigen Entwicklungsweg der DDR:

Abbildung 1.4.05: 1990: Sozialistischer oder kapitalistischer oder dritter Weg?



Fragetext: „Welchen Entwicklungsweg sollte die DDR nach Ihrer Meinung künftig nehmen?“

- 1 den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus
- 2 einen kapitalistischen Weg
- 3 einen anderen Weg

Bei allen (auch bei der hier interessierenden Altersgruppe der 15- bis 25Jährigen) überwog zu diesem Zeitpunkt deutlich die Orientierung auf einen reformierten Sozialismus.

2005 (19. Welle) wurde diese Frage im Rahmen dieser Studie übrigens mit folgendem Ergebnis wiederholt:

- 50 % entschieden sich für den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus (m: 49 %; w: 50 %)
- 17 % für einen kapitalistischen Weg (m: 24 %; w: 10 %)
- 33 % für einen anderen Weg (m: 27 %; w: 40 %)

Die jüngere Generation war faktisch von Anfang an deutlich zurückhaltender in ihrer Bejahung des Beitritts zur BRD als die ältere. Das belegt auch ein Blick in der Ergebnisse der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M08 des ZIJ im September 1990:

Tabelle 1.4.03: Alter und Zustimmung zur Einheit im September 1990

Sehr eher  
dafür dafür

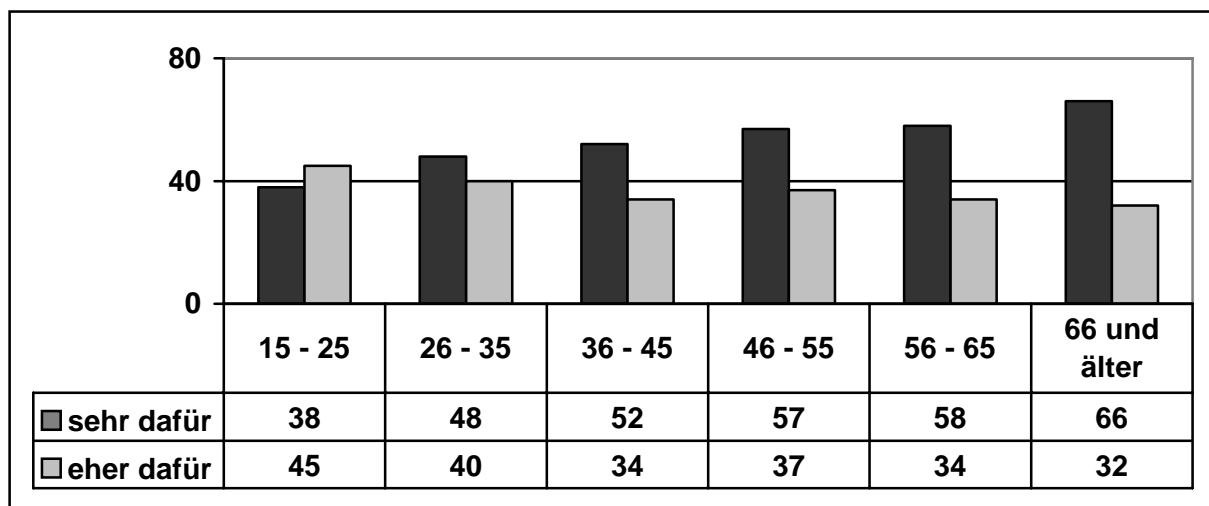
eher da-  
gegen

sehr  
dagegen

	1	2	(1+2)	3	4	X	n
Altersgruppe:							
15 – 25	38	35	(73)	13	4	1,8	380
26 - 35	48	40	(88)	11	1	1,6	268
36 – 45	52	34	(86)	11	3	1,6	181
46 – 55	57	37	(94)	5	1	1,5	206
56 – 65	58	34	(92)	6	2	1,5	162
66 und älter	66	32	(98)	2	0	1,4	94

Quelle: ZIJ-Umfrage M08, eigene Berechnungen

Abbildung 1.4.06: Bejahung der Einheit im September 1990



Je jünger die Altersgruppe, desto geringer der Anteil einschränkungsloser Zustimmungen zur Einheit. Für die weiblichen Teilnehmer galt dies tendenziell mehr als für die männlichen.

Bestätigt finden wir diese Tendenz bei einer Differenzierung nach dem Tätigkeitsstatus:

Tabelle 1.4.04: Tätigkeit und Zustimmung zur Einheit im September 1990 (Auswahl)

	1	2	(1+2)	3	4	X	n
<u>Tätigkeit:</u>							
Schüler	31	49	(80)	16	4	1,6	93
Lehrling	38	40	(78)	18	4	1,9	68
Studenten	33	44	(77)	10	13	2,0	48
-----							
Bauern	39	52	(91)	9	0	1,7	23
Angestellte	43	44	(87)	12	1	1,7	443

Arbeiter	58	35	(93)	6	1	1,5	300
Rentner	65	30	(95)	4	1	1,4	174
Selbstständige	82	18	(100)	0	0	1,2	28

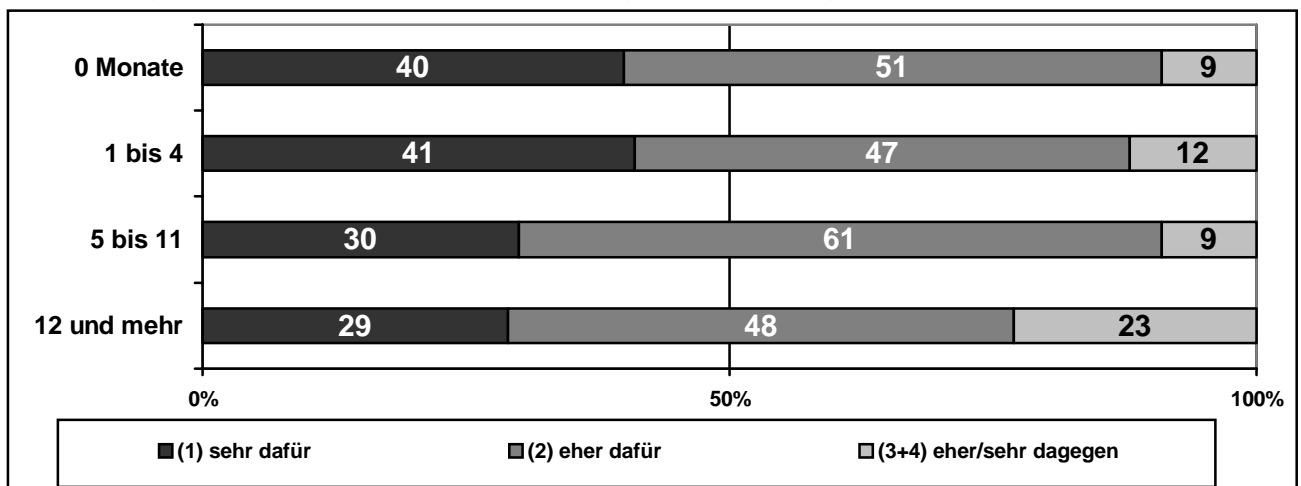
Vor allem die Schüler, Lehrlinge und Studenten äußerten überdurchschnittlich häufig eine eingeschränkte Zustimmung. Für die These, dass insbesondere die Lehrlinge und die jungen Arbeiter eindeutig die deutsche Vereinigung gewünscht hätten (vgl. u. a. Hille 1991, S. 46) waren in unseren Daten keine Belege zu finden. Es wäre sicher interessant, die damaligen Umfrageergebnisse altersdifferenziert noch einmal genauer zu betrachten.

Erwähnenswert ist in der Rückschau auch, dass die jüngeren Altersgruppen sich bei der Frage „Wenn Sie den gesamtdeutschen Bundeskanzler direkt wählen könnten und zwischen Helmut Kohl als Kandidat der CDU/CSU und Oskar Lafontaine als Kandidat der SPD zu wählen hätten: Für wen würden Sie sich dann entscheiden?“ mehrheitlich (61 %) für Oskar Lafontaine entschieden hätten (66 und älter: 41 %).

Zurück zu den aktuellen Daten von 2007:

Wie in den Vorjahren ist ein signifikanter Einfluss bisheriger Arbeitslosigkeit festzustellen:

Abbildung 1.4.07: Einfluss der kumulierten Gesamtdauer persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit seit der Wende auf die heutige Zustimmung zur Einheit (2007)



Während die deutsche Einheit heute von 40 % der Panelmitglieder ohne Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (0 Monate) einschränkungslos bejaht wird, gilt das nur für 29 % jener, die bereits 12 Monate oder länger arbeitslos waren.

2007 wurde zu diesem Thema noch eine Zusatzfrage gestellt, die auf der Randnotiz einer Teilnehmerin im Fragebogen von 2006 beruht:

Tabelle 1.4.05: „Im Vorjahr (2006) hatte hierzu eine Teilnehmerin folgende Frage an den Rand geschrieben: Gehört denn eigentlich zusammen, was zusammenwachsen soll?“

Wie würden Sie antworten?

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
Gesamtgruppe	51	12	37
Männlich	63	10	27
Weiblich	42	13	45!

(P = < .05)

Zurechtkommen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen 2007

1 vollkommen	78	4	18
2 mit Einschränkung	54	9	37
3 teils-teils	32	20	48
4+5 kaum /nicht	15	23	62

(P = < .05)

Sicherheit des Arbeitsplatzes 2007

1 Völlig sicher	67	18	15
2 ziemlich sicher	53	12	35
3 ziemlich unsicher	49	4	47
4 völlig unsicher	33	14	53

(P = .05)

Vergleich der eigenen

wirtschaftlichen Situation 2007 mit der vor zwei Jahren

1 viel besser	63	10	27
2 etwas besser	61	14	25
3 etwa gleich	48	10	42
4+5 etwas schlechter/ schlechter	40	13	47

(P = < .05)

Fühlen Sie sich als Gewinner der deutschen Einheit?

1 ja, vollkommen	78	7	15
2 ja, etwas schon	58	11	31
3 nein, eigentlich nicht	45	9	46
4 nein, absolut nicht	22	27	51

(P = <.05)

(Diese Tabellen sind natürlich auch aus der entgegengesetzten Sicht zu lesen, auf deren Darstellung wir hier verzichten müssen).

Zusammenhänge bestehen insbesondere mit der wirtschaftlichen bzw. sozialen Sicherheit.

Als „Gewinner“ der deutschen Einheit verstehen sich 2007 mit 49 % knapp die Hälfte der 34-Jährigen:

Tabelle 1.4.06: Gewinner der Einheit 2007

„Fühlen Sie sich als Gewinner der deutschen Einheit?“

1 ja, vollkommen    2 ja, etwas schon    3 nein, eigentlich nicht    4 nein, absolut nicht

---

1    2    (1+2) 3    4

Gesamt 2005	10	35	(45)	36	19
Gesamt 2006	11	36	(47)	41	12
Gesamt 2007	15	34	(49)	37	14
<u>2007</u>					
männlich	19	43	(62)	27	11
weiblich	13	25	(38!!)	46	16
<u>Wohnregion</u>					
Lebt im Osten	13	32	(45)	40	15
Lebt im Westen/im Ausland	22	41	(63)	28	9
<u>Sozialer Status (Auswahl):</u>					
Beamte	22	50	(72)	22	6
Selbstständige	33	35	(68)	25	7
Angestellte	16	34	(50)	40	10
Arbeiter	9	36	(45)	39	16
z. Zt. Arbeitslos	0	27	(27)	41	32
<u>Gefühlte Zugehörigkeit zu Schichten</u>					
Oberschicht	100	0	(100)	0	0 (n=6)
Mittelschicht	16	38	(54)	35	11
Unterschicht	6	20	(26!)	50	24
<u>Persönliches Nettoeinkommen</u>					
z. Zt. kein Einkommen	4	27	(31)	46	23
unter 500 €	11	26	(37)	53	10
500 – 999	11	21	(32)	42	26
1000 – 1499	13	39	(52)	37	11
1500 – 1999	13	43	(56)	37	7
2000 und mehr	36	35	(71)	24	5
<u>Angst vor den Auswirkungen von „Hartz IV“:</u>					
stark/eher stark	4	30	(34!)	45	21
eher schwach/schwach	19	36	(55)	34	11
<u>Bisherige kumulierte Dauer von Arbeitslosigkeit:</u>					
Null Monate	26	34	(60)	34	6
1 bis 4 Monate	17	38	(55)	30	15
5 bis 11 Monate	13	40	(53)	36	11
12 Monate und mehr	6	29	(35!)	44	21
<u>Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik</u>					
Zufrieden/eher zufrieden	33	32	(65)	27	8
Eher unzufrieden/unzufrieden	8	35	(43)	41	16
<u>Zufriedenheit mit der Leistungsgerechtigkeit</u>					
Zufrieden/eher zufrieden	24	41	(65)	27	8
Eher unzufrieden/unzufrieden	5	26	(31!!)	49	20

Haben Sie die Erfahrung gemacht,  
dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten?

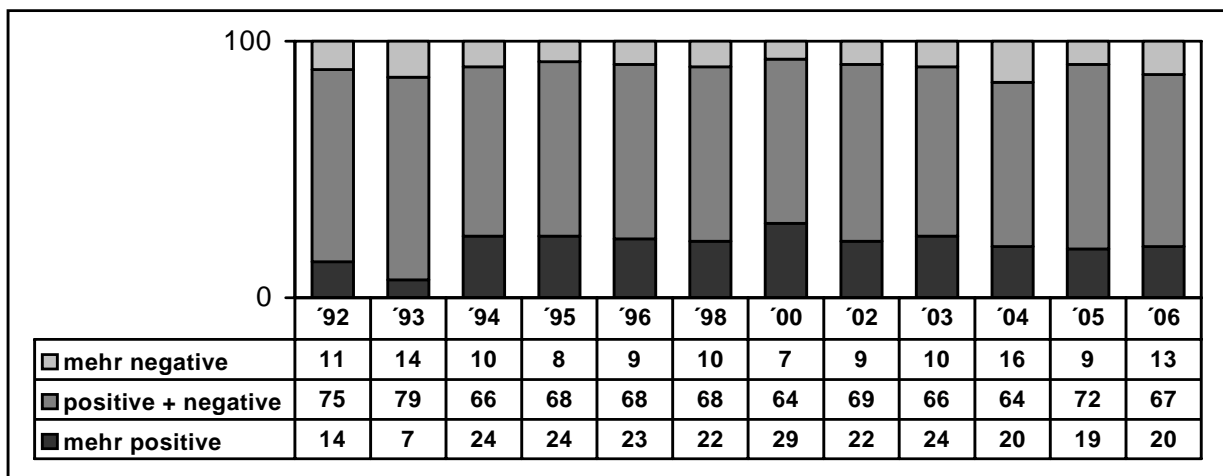
Ja	45	28	(73)	24	3
Nein	7	30	(37!!)	44	19
Schwer zu sagen	13	47	(60)	31	9

Der Zuwachs von 45 % 2005 auf 49 % 2007 ist zwar statistisch signifikant, jedoch wenig bedeutsam. Erwartungsgemäß erweisen sich der soziale Status bzw. die damit korrelierende gefühlte Schichtzugehörigkeit und das Einkommen als maßgebende Faktoren.

Wir heben hier noch hervor, dass erfahrene Arbeitslosigkeit, aber auch die verbreitete Unzufriedenheit mit der Teilhabe an der Demokratie bzw. die Unzufriedenheit mit der real existierenden Leistungsgerechtigkeit, das Gefühl, zu den „Gewinnern der deutschen Einheit“ zu gehören, signifikant einschränken.

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen noch immer ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 mit hoher Konstanz sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 1.4.08: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 2006 (2007 nicht erfragt)



Frage­text: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen      2 sowohl positive als auch negative      3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare generelle Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint gestoppt, mit Sicherheit auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland. Die Quote jener, die mehr negative Veränderungen reflektieren, schwankt zwischen 7 % und 16 %. Typisch ist jedoch durchgängig eine ambivalente Beurteilung, die zwischen 79 % und 64 % äußern.

## **Exkurs: Ambivalente Zwischenbilanz über positive bzw. negative Veränderungen unmittelbar nach dem Systemwechsel im Urteil der Panelmitglieder 1991**

In diesem Zusammenhang sind erneut die 1991 qualitativ erfassten und quantifizierten Angaben der Panelmitglieder über die Veränderungen seit der Vereinigung interessant und relevant. Sie sind ein Schlüssel dafür, die frühzeitigen Enttäuschungen der Jugendlichen über die Beitrittsfolgen zu verstehen.

Da diese Forschungsergebnisse zwar im ersten Buch über die Studie aus dem Jahr 2002 veröffentlicht wurden, nicht aber in den späteren jährlichen Berichten, holen wir das hier nach und schließen damit eine erhebliche Lücke. Wir zitieren im Folgenden unverändert den Abschnitt

### **„3.3 Ambivalente Beurteilung der Vereinigungsfolgen“**

(aus dem Buch „Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit“, 2002, S. 69 bis 83):

„Trotz der mehrheitlichen Bejahung der Vereinigung wurden und werden ihre Folgen für Ostdeutschland sehr widersprüchlich beurteilt. Das zeichnete sich bereits im Frühjahr 1991 ab. Wie der Trend der Zustimmung zur deutschen Einheit und weitere, insbesondere qualitative Ergebnisse belegen, kam es in diesem Jahr zu einem Rückgang vor allem der einschränkungslosen Befürwortung, Widerspiegelung einer verbreiteten Enttäuschung über die Realität der Vereinigung. Wachsende Sorgen und Ängste entstanden insbesondere angesichts der sich in Ostdeutschland ausbreitenden Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Durchschnitt von 433 000 im zweiten Halbjahr 1990 auf 912 800 im Jahr 1991 mehr als verdoppelt, die Arbeitslosenquote stieg von 4,9 % auf 10,3 %, eine grundlegende Verbesserung der Situation war schon damals nicht in Sicht. Hinzu kamen die Verunsicherungen infolge explodierender Kriminalität und Gewalt in Ostdeutschland.

Die sehr widersprüchliche Sicht der TeilnehmerInnen auf die ersten Monate der deutschen Einheit geht anschaulich aus ihren Antworten auf eine offene Frage nach den positiven bzw. negativen Veränderungen in dieser Zeit hervor. Wir fragten im Rahmen der 6. Welle im Frühjahr 1991:

**„Das Leben der jungen Leute im Osten Deutschlands hat sich seit der Vereinigung stark verändert. Bitte notieren Sie Ihre Gedanken zu folgenden zwei Fragen:**

**a) Welche Veränderungen empfinden Sie für sich persönlich als besonders wertvoll?**

**b) Und welche dieser Veränderungen macht Ihnen persönlich zu schaffen? Womit kommen Sie nicht zurecht?“**

Vorab ein kurzer statistischer Überblick:

Insgesamt wurden zu beiden Fragen je 218 Fragebögen ausgewertet. Zur Frage a) zu den als persönlich *positiv* bewerteten Veränderungen äußerten sich 92 % der Teilnehmer. Von diesen (als 100 % genommenen) meinten rund 11 %, dass sie keine positiven Veränderungen sehen; die anderen 89 % machten insgesamt 456 Angaben zu ihrer Meinung nach positiven

Veränderungen, **das sind durchschnittlich 2,5 Angaben**. Zur Frage b) zu den als *negativ* bewerteten Veränderungen äußerten sich 87 %. Von ihnen (gleich 100 % gesetzt) erklärten rund 6 %, keine negativen Veränderungen zu sehen; die anderen 94 % notierten insgesamt 633 Angaben zu negativ erlebten Veränderungen, **im Durchschnitt 3,6 Angaben**.

Schon aus diesen Relationen geht hervor, dass negative Angaben deutlich überwogen. Von allen 1089 Nennungen trugen 58 % ein positives, 42 % ein positives Vorzeichen. Von der überwiegenden Mehrheit wurden sowohl positive als auch negative Wertungen getroffen.

Alle Angaben wurden ihrem Inhalt nach entsprechenden Kategorien zugeordnet und ausgezählt, um eine quantitative Analyse vornehmen zu können.

Zunächst zu den positiv erlebten Veränderungen. Die folgende Tabelle gibt an, wie groß der prozentuale Anteil der Jugendlichen ist, die zu den verschiedenen Kategorien Angaben gemacht haben. Die Bezugsgröße ist jeweils die Gesamtgruppe derer, die sich zur Frage a) geäußert haben. Da Mehrfachnennungen auftreten, ergibt die Summe mehr als 100 %. Als unterste Grenze nennen wir nur jene Inhalte/Kategorien, die von wenigstens drei Prozent angeführt wurden.

Inhalte	Anteil in Prozent
Die neuen Reisemöglichkeiten	50,0
Die persönliche Freiheit (Meinungs-, Wahl- und Glaubensfreiheit)	45,5
Das Warenangebot	28,0
Verbesserungen in Beruf/Ausbildung	19,0
Die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten	16,0
Finanzielle Aspekte	9,5
Verbesserte Freizeitmöglichkeiten	5,5
Existenz einer Leistungsgesellschaft	4,5
Höheres Lebensniveau	4,0
Persönliche Kontakte zu Verwandten/Jugendlichen in Westdeutschland	3,0
Keine positiven Veränderungen	10,5

Wie aus der Tabelle ablesbar ist, dominierte unter den als positiv erlebten Veränderungen die neu gewonnene *persönliche Freiheit* in ihren unterschiedlichen Dimensionen und Aspekten. Eine Spitzenstellung nahm dabei die *Reisefreiheit* ein (meist als „neue Reisemöglichkeiten“ bezeichnet), die außerdem von zahlreichern Teilnehmern an erster Stelle genannt und häufig mit überschwänglichen Formulierungen gewürdigt wurde. Aus vielen Angaben ging die Freude darüber hervor, sich nun nicht mehr „so eingesperrt zu fühlen“, endlich die Welt, Land und Leute, ihre Kultur und Mentalität kennen lernen zu können. Zahlreiche TeilnehmerInnen haben diese neuen Möglichkeiten bereits ausgiebig genutzt, viele beschreiben ihre Eindrücke. Fast ebenso häufig wurden weitere *Freiheitsrechte wie Meinungsfreiheit, Wahl-, Gewissens- und Glaubensfreiheit genannt*. Eine besonders große Bedeutung messen die Befragten der Meinungsfreiheit zu, vor allem im Hinblick auf die eigene freie Meinungsäußerung.

Als wertvolle Veränderungen wurde von einem großen Teil der Panelmitglieder das nunmehr *vorhandene Warenangebot* genannt. Erwähnt wurden in diesem Zusammenhang vor allem Gegenstände, die junge Leute besonders interessieren wie Unterhaltungselektronik, modische Kleidung. z.T. auch Möbel, Autos u.a. Sehr oft wurde hinzugefügt, dass jetzt keine Laufereien mehr nötig sind, um bestimmte Waren zu erhalten, es keine Wartezeiten mehr gibt. Häufig



wurde allerdings auch angemerkt, dass man nicht über das Geld verfügt, um sich alle Wünsche erfüllen zu können.

Von knapp 20 % der TeilnehmerInnen wurden *Verbesserungen in der Ausbildung bzw. im Beruf* angeführt, die sich meist auf die Möglichkeit des Kennenlernens und der Nutzung moderner Technik (insbesondere Computertechnik) beziehen, auf die Vielseitigkeit der Ausbildung und die verbesserten Chancen beruflicher Karriere. Viele Befragte nannten als positive Veränderung, dass es jetzt eine größere Auswahl an Berufen bzw. Studienrichtungen gibt und außerdem mehrere Bewerbungen möglich sind.

16 % der Panelmitglieder erwähnten die *Möglichkeit persönlicher Entfaltung und Selbstbestimmung*, das Bestehen der Chance, „selbst etwas aus sich zu machen“, sich zu verwirklichen. In diesen Zusammenhang äußerte sich ein Teil der Jugendlichen kritisch über frühere negative Erfahrungen der Bevormundung und Fremdbestimmung. Aus verschiedenen Angaben ging zugleich hervor, dass die Chance selbstbestimmter Lebensgestaltung auch Probleme und Risiken in sich birgt, nicht ohne Schwierigkeiten zu verwirklichen ist.

Rund 10 % der Befragten führten als positive Veränderungen *finanzielle Aspekte* an. Meistens wurde festgestellt, dass die D-Mark eine gute, stabile Währung sei, mit der „man etwas anfangen kann“. Von einzelnen Jugendlichen wurde angegeben bzw. erhofft, dass nun bessere Verdienstmöglichkeiten bestehen würden.

Als Beispiele *verbesserter Freizeitmöglichkeiten* wurden vor allem „tolle, große Diskos“, Fitnessseinrichtungen und Spielcasinos genannt. Grundtenor der wenigen Angaben zum Bestehen einer *Leistungsgesellschaft* war die Erwartung, dass Leistung jetzt erwartet, aber auch anerkannt und belohnt wird. Die Angaben zum *höheren Lebensniveau* zielten fast ausschließlich darauf ab, dass dieses jetzt unter bestimmten Bedingungen (sicherer Arbeitsplatz, hohes Einkommen) erreicht werden kann. Einige wenige Befragte erwähnten die *engeren persönlichen Kontakte* zu Verwandten bzw. anderen Jugendlichen im westlichen Teil Deutschlands als wertvolle Veränderungen.

Aus der Fülle der Angaben haben wir zu den genannten Schwerpunkten einige typische ausgewählt, die jeweils für mehrere, in dieselbe Richtung gehende Formulierungen stehen. Sehr anschaulich gestatten sie einen informativen, noch heute interessanten Einblick in das Denken junger Leute über die Vereinigung zum damaligen Zeitpunkt.

### **Reisemöglichkeiten**

„Die Reisemöglichkeiten finde ich einfach toll, man fühlt sich nicht mehr so eingesperrt.“ (w)  
„Für mich ist es positiv, dass ich meinen Urlaub jetzt dort verbringen kann, wovon man bis jetzt nur träumen konnte. Mit der D-Mark in der Tasche fühlt man sich nicht mehr als Bettler im Ausland.“ (m)

„Als erstes muss ja die Reisefreiheit kommen. Ich habe sie schon reichlich genutzt, durch einen Großteil Westeuropas bin ich mit und ohne Eltern getourt.“ (w)

„Mein Gesichtsfeld erweiterte sich, da ich die Reisemöglichkeit nutzen konnte. So konnte ich Italien und Großbritannien Besuche abstatten und mich dort hautnah mit Traditionen, Problemen, Mentalität der Leute vertraut machen, die Landschaften bestaunen. Das alles ganz nah zu erleben, bringt natürlich viel mehr als Bücherwissen... Auf diesen Reisen lernte ich Gleichaltrige aus dem Westen Deutschlands kennen, Freundschaften entwickelten sich.“ (w)

### **Persönliche Freiheit**

„Mehr Freiheit, man braucht nicht mehr zu überlegen, was man sagen darf, z.B. über die Staatsführung; mit der Teilnahme an den Wahlen kann man seine Stimme der Partei geben, die einem am besten erscheint, nicht nur der SED wie vorher.“ (w)

„Meine größte Freude ist, dass ich nun meine Meinung sagen darf, ohne nach einem sozialistischen Maßstab beurteilt zu werden. Ich freue mich, dass nun alle, die gläubig sind, ihren Glauben offen bekennen dürfen.“ (w)

„Wertvoll ist für mich z.B. die freie Meinungsäußerung, die auch bei uns in der Schule zu spüren ist, z.B. durch den Schülerrat, der bei bestimmten Dingen mitreden kann.“ (w)

### **Warenangebot**

„Wir können modische Kleidung kaufen, die uns gefällt.“ (w)

„Die Konsummöglichkeiten (Klamotten, Elektrik, Lebensmittel, Autos) sind natürlich völlig neue Dimensionen, auch wenn dies nicht das Wichtigste im Leben sein sollte.“ (m)

„Außerdem kann man sich mit Geld, soweit es vorhanden ist, alles was das Herz begehrt, kaufen.“ (w)

„Jeder kann kaufen, was er will, keine Hetzjagd mehr nach bestimmten Artikeln.“ (w)

### **Persönliche Entfaltungsmöglichkeiten, Selbstbestimmung**

„Mehr Möglichkeiten, meine Zukunft selbst zu gestalten.“ (m)

„Jeder Mensch kann seinen eigenen Stil in Sachen Mode, Einrichtung, Weltanschauung finden.“ (w)

„Man kann jetzt endlich seine Persönlichkeit darstellen, seinen Neigungen nachgehen. Ich kann MICH realisieren!“ (w)

„Ich fühle mich freier und weiß, dass es an einem selbst liegt, wie man durchs Leben kommt und das finde ich gut.“ (w)

### **Verbesserungen in Beruf bzw. Ausbildung**

„vielseitigere Ausbildungsmöglichkeiten.“ (w)

„dass man sich seit der Vereinigung mit zeitgemäßer Technik (Arbeit am Computer) ausrüsten lassen kann. So erhält man die Chance, schneller und gezielter als bisher Aufgaben zu lösen.“ (m)

„Der berufliche Werdegang wird an die 1. Stelle gesetzt. Es gibt Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf, freie Entfaltung und schöpferisches Tätigsein.“ (w)

### **Finanzielle Aspekte**

„Ich habe ordentliches Geld in den Händen.“ (m)

„Ich verdiene wesentlich mehr Geld als zu DDR-Zeiten und kann vor allem etwas damit anfangen (Auslandsreisen, Einrichtung meines Zimmers und Erfüllung anderer persönlicher Wünsche).“ (m)

„Jeder kann durch Flexibilität, Clevernis, Intelligenz und manchmal auch durch Rücksichtslosigkeit viel Geld verdienen und sich ein schönes Leben machen. Leute, die das nicht können, landen in der Gosse oder bleiben ewig arm. Das ist eine Freiheit, die jeder selbst erkennen und nutzen muss.“ (m)

Mehrere Befragte äußerten sich über einzelne Inhalte hinaus über den

### **Einigungsprozess als Ganzes:**

„Gesamtdeutschland. Dass die deutsche Nation sich nun wieder vereinen kann, dass sich Menschen wieder sehen, denen das 40 Jahre unmöglich gemacht wurde.“ (m)

„Ich habe das Glück gehabt, die Zeit mitzerleben.“ (m)

„Ich bin froh, den Einigungsprozess mitzuerleben, da das ein besonderes historisches Ereignis ist.“ (w)

Damit wenden wir uns den Angaben der Befragten zu den ihrer Meinung *negativen Veränderungen* zu. Wir stellen auch dazu das Ergebnis der Auszählung voran:

Tabelle 3.8: Anteil der Befragten, die zu den verschiedenen Inhalten negativer Veränderungen Angaben gemacht haben (Mehrfachnennungen)	
Inhalte	Anteil in Prozent
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen	37,6
Verteuerung des Lebens	30,7
Kriminalität und Gewalt	30,2
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	27,0
Finanzielle Situation, Steuererhöhungen	24,9
Ellenbogengesellschaft	24,3
Bürokratie, neue Gesetze und Vorschriften	21,7
Politik der Regierung bzw. der Parteien	18,5
Soziale Unsicherheit	18,5
Schwierigkeiten mit der Ausbildung	14,8
Auftreten der Westdeutschen	10,6
Macht des Geldes, Verschwendung von Geld, Korruption	9,5
Art und Weise der Vereinigung	9,0
Zerstörung der Umwelt	7,9
Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit	5,3
Straßenzustand, Straßenverkehr	4,2
Alkohol, Drogen	4,2
Werbung, Sensationspresse	4,2
Existenz „alter Seilschaften“	3,7
Keine negativen Veränderungen	5,8

Als negative Veränderungen wurden von sehr vielen Befragten *wirtschaftliche und soziale Aspekte des Alltags* genannt, die in der Tabelle in die Kategorien Arbeitslosigkeit, Verteuerung des Lebens, finanzielle Situation und soziale Unsicherheit untergliedert wurden. Nahezu alle TeilnehmerInnen haben eine oder mehrere Angaben dazu gemacht, was auf das hohe Gewicht der wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland und ihrer sozialen Folgen für die Bewertung des Einigungsprozesses schließen lässt. Besonders häufig (von rund 38 % der Befragten, die diesen Teil der Frage beantwortet hatten bzw. von einem Drittel aller TeilnehmerInnen) wurde die *Lage auf dem Arbeitsmarkt*, die zunehmende Arbeitslosigkeit und die sich ausbreitende Angst vor eigener Betroffenheit als negative Veränderungen genannt, dazu meist an erster Stelle.

Einen hohen Stellenwert in den negativ erlebten Veränderungen nahm die *Verteuerung des Lebens* ein. Von zahlreichen Jugendlichen wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sie über keine oder nur geringe Einkünfte verfügen. Kritisch wird oft angemerkt, dass die Preise im Osten für viele Dinge höher sind als im Westen.

Eine große Rolle spielten *Kriminalität und Gewalt*, die insbesondere bei den weiblichen Teilnehmern stark zur Verunsicherung und zur Ausbreitung von Ängsten beitragen. Zahlreiche Mädchen, aber auch einzelne Jungen befürchteten, selbst Opfer von Gewalt zu

werden. Sehr häufig wurde festgestellt, sich vor allem abends nicht mehr allein auf die Straße zu wagen. Häufig wurde darüber reflektiert, dass Kriminalität und Gewalt gegenüber früher stark zugenommen haben.

Stark beunruhigt zeigten sich viele Befragte über Erscheinungen des *Rechtsextremismus und der Ausländerfeindlichkeit*, auch in ihrem Freundeskreis. Zahlreiche Jugendliche meinten, dass die Ursachen dafür in den unsicheren Verhältnissen zu suchen sind. Ein kleiner Teil der Befragten ließ erkennen, dass sie selbst Ausländern ablehnend oder sogar feindlich gegenüberstehen.

Zahlreiche negative Reflexionen gibt es über die *finanzielle Situation*, vor allem über den Widerspruch zwischen dem gewachsenen Warenangebot einerseits und den begrenzten eigenen finanziellen Möglichkeiten andererseits. Häufig wurde auf die Ungleichheit der Einkommen im Osten im Vergleich mit dem Westen hingewiesen, der als ungerecht erlebt wird.

Rund jeder vierte Befragte betrachtete das Entstehen einer „*Ellenbogengesellschaft*“ als Veränderung, die sie belastet, mit der sie nicht zurecht kommen. Mit großer Sorge wurde registriert, dass sich Egoismus und soziale Kälte zwischen den Menschen ausbreiten, Solidarität und Menschlichkeit verloren gehen.

Erstaunlich häufig wurden negative Erfahrungen mit den Behörden, mit der „*Bürokratie*“ angeführt, vielfach durch konkrete eigene Erlebnisse ergänzt. Nicht wenige junge Leute äußerten, dass sie erhebliche Schwierigkeiten mit neuen Vorschriften und Gesetzen haben, dass sie diese vielfach als „sinnlos“ und „belastend“ empfinden. Manche meinen, dass die Bürokratie gegenüber früher stark zugenommen habe.

Ziemlich viele Nennungen beinhalten Vorbehalte, Kritik oder Ablehnung gegenüber dem *politischen System*. Häufig wird Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechungen zum Ausdruck gebracht. Viele Befragte lassen erkennen, dass sie kein Vertrauen zur Regierung und zu den Parteien haben.

Viele TeilnehmerInnen artikulieren ihre Sorgen wegen zunehmender *sozialer Unsicherheit*. Die Rede ist von beginnender Armut und Obdachlosigkeit, von sich vergrößernden Abständen zwischen Arm und Reich, von sozialem Abstieg - Erscheinungen, die es früher nicht gegeben habe.

Rund 15 % der Befragten erwähnen *Schwierigkeiten in der Ausbildung* als negative Folgeerscheinungen der Vereinigung. Dabei geht es vor allem um die Art und Weise, wie manche Betriebe jetzt mit ihren Lehrlingen umspringen, um mangelhafte Arbeitsbedingungen, fehlendes Unterrichtsmaterial, Pannen in der Organisation der Ausbildung. Mehrmals werden zunehmender Leistungsstress und Prüfungsangst genannt; einige schreiben, dass sie infolge der Wende bzw. der Vereinigung umlernen mussten bzw. dass ihre Lehrzeit länger als ursprünglich geplant dauert.

Rund 10 % der Befragten macht das *Auftreten westdeutscher Bürger* im Osten zu schaffen. Ihr Verhalten wird häufig als „arrogant“ und „überheblich“ bezeichnet, ihnen wird Unverständnis für die Lage im Osten zugeschrieben und der Versuch, die Ostdeutschen „über den Tisch zu ziehen.“

Ebenfalls rund 10 % artikulieren ihre Sorge darüber, dass *materielle Interessen* überhand nehmen, sich alles nur noch um Geld dreht, menschliche Werte viel zu kurz kommen. Mehrmals wird in diesem Zusammenhang das Wort zitiert „Geld regiert die Welt!“, das nun wohl auch im Osten gelten wird. Kritisiert wird die immense Verschwendung von Geld, z.B. im Golfkrieg.

Fast 10 % merken schließlich an, dass sie mit der *Art und Weise des Vereinigungsprozesses* nicht zurecht kommen. Aus den Formulierungen geht meist hervor, dass die Jugendlichen diesen Prozess als „Vereinnahmung“ durch Westdeutschland ansehen. Viele Befragte nehmen außerdem Anstoß daran, dass Bewährtes und Erhaltenswertes der DDR nicht in das neue, vereinte Deutschland übernommen wird. Zahlreiche Befragte meinen, dass der Einigungsprozess viel zu schnell geht.

Bei den Angaben zur *Zerstörung der Umwelt* dominiert die Sorge um die künftigen Umweltbedingungen der eigenen Kinder; oft wird das Problem der wachsenden Müllberge genannt.

Einige Befragte formulieren ausdrücklich, dass sie *starke Angst* haben, einer sehr ungewissen Zukunft entgegenzugehen; große Angst haben, abzurutschen, Drogen oder Alkohol zu verfallen, kriminell zu werden. Einzelne Befragte schreiben, kein Ziel mehr zu haben.

Wir führen wieder typische Aussagen an:

### **Arbeitslosigkeit und ihre Folgen**

„Die Arbeitsmarktsituation ist alarmierend. Das Schlimmste ist, dass man nicht merkt, dass es in absehbarer Zeit besser wird. Es macht mir zu schaffen, für Ostdeutschland kein Vorankommen zu sehen.“ (m)

„Zu schaffen macht mir natürlich... die Arbeitslosigkeit. Ich werde damit nicht fertig, dass so viele Betriebe schließen müssen. Es braucht sich doch keiner zu wundern, wenn die meisten Leute in den westlichen Teil Deutschlands gehen, um arbeiten zu können und ein lebenswertes Leben zu leben.“ (w)

„Am meisten betroffen von der Arbeitslosigkeit sind wir Lehrlinge. Wir haben es schwer, nach unserer Lehre im Betrieb eine Arbeitsstelle zu bekommen... Meiner Meinung nach braucht das alles nicht zu sein. Es gibt genügend Arbeit, aber es ist einfach kein Geld da.“ (w)

„Die Arbeitslosigkeit. Man lebt ständig in der Angst, wann es einem selbst so geht.“ (w)

### **Verteuerung des Lebens**

„Die verteuerten Postgebühren, Bahnfahrkosten ohne zusätzlichen Komfort, eher das Gegenteil.“ (w)

„Lebenshaltungskosten enorm gestiegen!“ (w)

„Als weniger schön empfinde ich, dass vieles teurer verkauft wird als im Westteil. Die Mieten, Energiepreise und das Wassergeld werden erhöht, aber das Geld, was die Westbürger für die gleiche Arbeit bekommen, haben wir nicht.“ (w)

Sehr häufig werden außerdem Verteuerungen genannt bei: Fahrschule, Grundnahrungsmittel, Medikamente (Pille!), Kinderkleidung, Bücher, Zeitschriften.

### **Kriminalität und Gewalt**

„Was ist mit der Freiheit, wenn man sich abends nicht mal auf die Straße trauen kann?“ (w)

„Viele sind nach der Vereinigung arbeitslos geworden, kein Wunder, wenn die Kriminalität immer mehr steigt.“ (w)

„Angesichts der zunehmenden Kriminalität, Aggressivität und Gewalt habe ich Angst, dass ich einmal ein Opfer sein könnte.“ (w)

### **Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit**

„Der aufkommende und immer mehr zunehmende Rechtsradikalismus macht mich sehr betroffen. Er ist auch Ausdruck für soziale Spannungen, Zukunftslosigkeit im Osten.“ (m)

„Als störend empfinde ich die Zunahme der Neonazis, ich merke es bei unserer Clique. Viele laufen jetzt mit fast Glatze und Bomberjacke rum und schreien 'Heil Hitler'. Das bewegt mich schon. (m)

„Mir machen auch diese Neonazis zu schaffen. Die gab es vereinzelt auch zu DDR-Zeiten, aber durch die Vereinigung werden sie immer stärker und gewalttätiger.“ (w)

„Ausländer würde ich ausweisen, weil diese Wohnungen und Arbeitsplätze deutscher Menschen wegnehmen.“ (m)

### **Finanzielle Situation**

„Das Geld ist nicht da, um sich kaufen zu können, was einem gefällt.“ (w)

„Kein gleicher Lohn wie im Westen.“ (m)

„Dass Abiturienten nun überhaupt kein Geld mehr bekommen, ist eine negative Veränderung.“ (w)

Zahlreiche Studenten und EOS-Schüler stellen fest, dass sie für ihre Eltern eine mehr oder weniger starke finanzielle Belastung darstellen.

### **Ellenbogengesellschaft**

„Es enttäuscht mich, sehen zu müssen, wie der Ellenbogen mehr und mehr an Gewicht gewinnt, wo einst Solidarität gewesen ist.“ (m)

„Am meisten stört mich aber, dass sich die Ellenbogengesellschaft immer mehr ausbreitet... Echte Freunde, Kameradschaft werden seltener, Egoismus, Geiz u.ä. breiten sich aus.“ (m)

„Die gegenseitige Rücksichtnahme der Menschen lässt sehr stark nach. Jeder denkt nur noch an sich und seine Zukunft.“ (w)

### **Bürokratie, neue Gesetze**

„Mich beängstigt die starke Zunahme der Bürokratie in meinem Leben. Überall werden vollkommen neue, für mich teilweise unverständliche bürokratische Hürden aufgebaut.“ (m)

„Die kompromisslose Übernahme aller bundesdeutschen Gesetze und Bräuche. Erhaltenswertes und Gutes wird einfach mit vernichtet.“ (m)

„Mich stören die ewigen Behördengänge und der Schreibkram mit den Krankenheften sowie den Steuerkarten etc. In der DDR war in der Beziehung vieles einfacher.“ (w)

### **Auftreten der Parteien und der Politiker**

„Und die Parteien, die doch nicht halten, was sie versprechen, da sind sie doch alle gleich.“ (w)

„Man wurde von den Politikern nur belogen... Ich kann ja nichts ändern, die machen sowieso, was sie wollen.“ (w)

„Auftreten sämtlicher etablierter Parteien mit falschen Versprechungen (VerKOHLung der gesamten Bevölkerung.“(w)

„Im Moment habe ich zu keiner Partei oder Bewegung bzw. Politiker Vertrauen. Ich finde, es ist egal, ob man CDU, SPD, FDP oder sonstwas wählt, da ändert sich überhaupt nichts.“ (m)

„Egal, welche der etablierten Parteien an der Macht wären - die Ungerechtigkeit würde nicht enden, das Geld würde die Moral bestimmen.“ (w)

### **Soziale Unsicherheit**

„Sozialer Abstieg vieler Menschen im Osten.“ (w)

„Der Abstand zwischen Arm und Reich wird immer größer, die soziale Unsicherheit nimmt zu.“ (w)

„Das Elend in vielen Familien.“ (w)

„Der Verlust der sozialen Sicherheit.“ (w)

### **Schwierigkeiten in der Ausbildung**

„Dass die Betriebe glauben, sie könnten mit den Azubis machen, was sie wollen, macht mich sehr wütend!“ (m)

„Dank der Vereinigung habe ich meinen Beruf (Lehre) wechseln müssen.“ (m)

„Dass die Arbeitsbedingungen an unserer Berufsschule unter aller Würde sind und wir keinerlei brauchbares Unterrichtsmaterial besitzen...Dass wir ein Jahr Zeit haben, das zu lernen, wozu Azubis in westdeutschen Bundesländern 3 Jahre Zeit haben.“ (m)

### **Auftreten der Westdeutschen**

„Die arrogante, egoistische Art und Weise der `Wessis` belastet mich.“ (m)

„Nur über das blöde Gehabe der `Wessis` könnte ich mich aufregen. Das geht wirklich manchmal zu weit.“ (w)

„Arrogante `Wessis`, die denken, sie wären im Osten die Könige.“ (w)

„Die `Wessis` nehmen uns total aus und wir müssen es uns gefallen lassen.“ (w)

## **Macht des Geldes, Verschwendung von Geld**

*„... in einer Gesellschaftsordnung zu leben, in der Geld regiert und der Mensch an zweiter Stelle steht.“ (m)*

*„Ich habe Angst davor, dass nur noch Materielles zählt und wir die menschlichen Ideale verlieren.“ (w)*

*„Diese vielen Steuern für unnütze Dinge wie Krieg spielen am Golf.“ (m)*

## **Art und Weise der Vereinigung**

*„Es konnte in der ehemaligen DDR nicht so weitergehen wie bisher, aber wieso gleich eine Vereinigung? Wir hätten es auch alleine geschafft, ohne den 'Goldenen Westen'.“ (w)*

*„Mir gefällt nicht, dass die Errungenschaften, die es auf jeden Fall auch bei uns gab, nicht erhalten werden. Es wird soviel wie nur möglich dem westlichen 'Vorbild' nachgeahmt und nicht aus den Fehlern, die auch im Westen gemacht werden, gelernt.“ (w)*

Für die überwiegende Mehrheit der Befragten (rund 85 %) ist charakteristisch, dass sowohl positive als auch negative Veränderungen angeführt werden, Ausdruck der Widersprüchlichkeit ihrer Erfahrungen und eines Lebensgefühls, das sich zwischen Zuversicht und Angst, Freude und Enttäuschung bewegt. Diese Verflochtenheit positiver und negativer Veränderungen wird von mehreren Panelmitgliedern der Studie ausdrücklich angemerkt:

*„Direkt teilen kann man die Veränderungen nicht, sie existieren auf positiver und negativer Basis.“ (w)*

*„Durch die Vereinigung...hat sich vieles zum Positiven, aber auch zum Negativen verändert.“ (m)*

Besonders häufig stehen positive Wertungen zur Reisefreiheit neben negativen zur Arbeitslosigkeit:

*„...freue ich mich, meine langjährige Brieffreundin in Australien besuchen zu können...Mir macht die wahnsinnig große Arbeitslosigkeit zu schaffen.“ (w)*

Häufig kommt es vor, dass positive Wertungen wieder relativiert werden. Das betrifft vor allem die Reisefreiheit und das Warenangebot, mehrmals auch die politische Freiheit und die Möglichkeit selbstbestimmter Lebensgestaltung:

*„Die von allen so gelobte Reisemöglichkeit kann ich zwecks Mangel an Geld nur begrenzt in Anspruch nehmen.“ (w)*

*„Hohes Warenangebot, was mir aber mit wenig Verdienst nichts nutzt.“ (m)*

*„Es gibt jetzt viel zu kaufen, man kann sich privatisieren, man kann weit reisen, wir haben freie Marktwirtschaft. Ich glaube aber, das müssen wir teuer bezahlen. Kindergartenplätze und Schulen werden teurer, Steuern sind wahnsinnig hoch. Ich glaube, kein Mensch weiß so richtig, wie man unser Land wieder aufbauen kann.“ (w)*



*„Man kann sich nun politisch äußern, ohne etwas zu riskieren. Natürlich muss man trotzdem noch vorsichtig sein, vor allem wenn man linksgerichtet ist.“ (w)*

*„Die Selbstständigkeit ist ein Vorteil, aber auch sehr ungewohnt (eventuell kein Zurechtkommen.“ (w)*

*„Man kann zwar sein Leben allein aufbauen, aber wenn man das nicht schafft, was dann??“ (w)*

Von den Befragten, die meinen, es würde keine positiven Veränderungen geben (11 %), fügten einige dieser Feststellung noch einen Kommentar hinzu:

*„Keine! Ich sehe für mich und die Jugend überhaupt keine wertvollen Veränderungen. Würde man das Wertvolle und Nicht-Wertvolle wiegen, so würde das Nicht-Wertvolle schwerer sein!“ (w)*

*„Für mich ist nichts besonders wertvoll. Es ist eher schlimmer als vorher. Überall muss man zahlen!“ (w)*

*„Einen Vorteil hat die Vereinigung doch für mich gebracht: Ich darf jetzt den Trabbi meiner Eltern fahren!“ (w)*

*„Das einzig Notierenswerte wäre, dass ich nicht fünf Jahre auf eine Fahrschulanmeldung warten musste!“ (w)*

*„Bloß, dass ich meinen Freund kennen gelernt habe nach der Wiedervereinigung, aber die Entfernung macht uns ganz schön zu schaffen.“ (w)*

Auch von denen, die angaben, dass sie keine negativen Veränderungen sehen (6 %), kommentierten das einige mit Formulierungen wie:

*„Ich lasse alles auf mich zukommen.“ (w)*

*„Ich komme mit den Veränderungen gut zurecht.“ (w)*

*„Die Veränderungen machen mir eigentlich kaum zu schaffen... Im großen und ganzen hat sich mein Leben nur zum Positiven verändert.“ (m)*

Erwähnenswert sind einige Angaben, in denen explizit von einem beginnenden Prozess der Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse die Rede ist:

*„Ich glaube, ich werde mich anpassen, ich bin doch jung.“ (w)*

*„Ich habe mich sehr schnell an die veränderten Bedingungen im Osten angepasst.“ (m)*

*„Ich habe eigentlich keine Probleme mit der Anpassung, außer dass man sich jetzt um alles selbst kümmern muss und nichts mehr vorgeschrieben bekommt.“ (w)*

Aus mehreren Stellungnahmen der Befragten geht hervor, dass diese Jugendlichen das neue Gesellschaftssystem stark ablehnen, meist verbunden mit der Äußerung von Enttäuschung über den Verlust ihrer Ideale und Hoffnungen:

„Aber was mir zu schaffen macht, dass die BRD genau so viel Dreck am Stecken hat wie unsere ehemaligen Politiker. Nur, dass sie dies mit mehr Geld und mehr Instinkt vertuschen können.“ (w)

„Meine Heimat war die DDR. Wir wurden doch nur vereinnahmt. Ich fühle mich nicht als Bundesbürger und kann mich mit der BRD nicht identifizieren. Ich habe an meinen Staat geglaubt. Das alles ist eingestürzt. Unser System hat versagt, aber das bestehende kapitalistische System kann die globalen Fragen auch nicht lösen. Es ist aber keine echte Alternative da. Unsere ganzen Ideale wurden über den Haufen geschmissen. Woran soll ich glauben?“ (w)

„Ich denke, dass die Menschen in der DDR einen Rückschritt in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung gemacht haben, da sich die Masse von materiellen Möglichkeiten leiten ließ.“ (m)

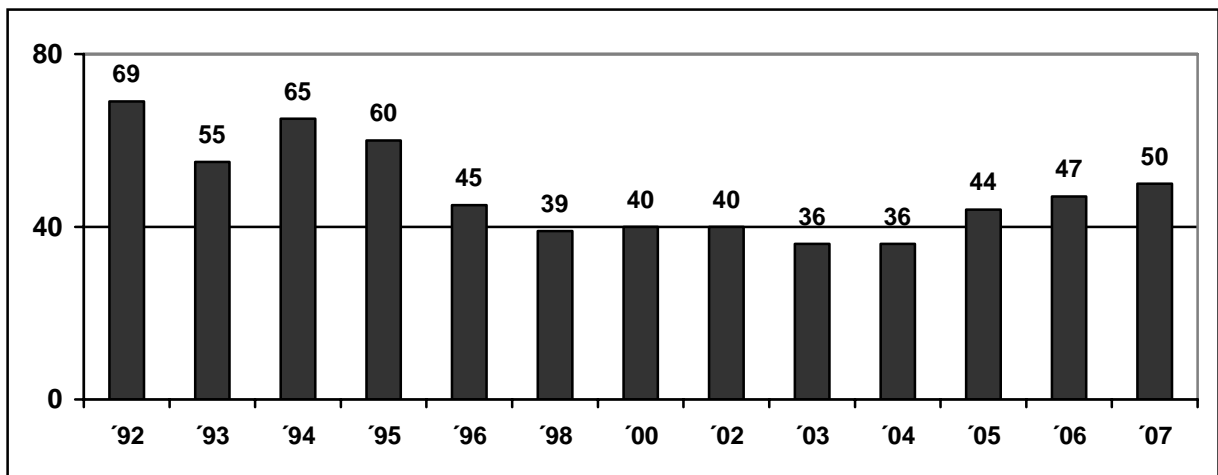
Alles in allem deutete sich zu diesem Zeitpunkt (Frühjahr 1991) eine gewisse Polarisierung der Einstellungen zum vereinten Deutschland, insbesondere zum neuen Gesellschaftssystem an, die jedoch nur Minderheiten betraf. Bei der überwiegenden Mehrheit mischen sich noch zustimmende und ablehnende Einstellungen, scheint die weitere Entwicklung in die eine oder andere Richtung noch offen zu sein.“

## Ende des Exkurses

### 1.5 Die Kritik am jetzigen Gesellschaftssystem nimmt weiter zu

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der bisherigen Analysen bei den TeilnehmerInnen der Studie lautet: Die mehrheitliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Daran hat sich bis 2007 nichts geändert. Bestand Anfang der 90er Jahre noch eine hohe positive Korrelation zwischen beiden, konnte man von der Bejahung der Einheit also auch auf eine Bejahung des Gesellschaftssystems schließen, hat sich diese Beziehung inzwischen erheblich gelockert:

Abbildung 1.5.01: Prozentquoten der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zustimmung zur Einheit (AP 1), die zugleich mit dem politischen System sehr zufrieden (AP 1) oder zufrieden (AP 2) sind, im Trend zwischen 1992 und 2007



Selbst uneingeschränkte Zustimmung der Panelmitglieder zur deutschen Einheit (nur AP 1) schließt nicht zugleich auch ihre Systemzufriedenheit ein. 1992 war das zwar noch bei 69 % der Fall, ging danach jedoch deutlich zurück. 2006 waren von jenen, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahten, lediglich 47 % zugleich sehr zufrieden bzw. zufrieden mit dem politischen System, 2007 sind es 50 %, Tendenz zunehmend; die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

### 1.5.1 Geringe Zufriedenheit mit grundlegenden Seiten der Politik

Das jetzige Gesellschaftssystem wird auch fast zwei Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit (seit Anfang des Jahrzehnts) sogar mit deutlich zunehmender Tendenz:

Tabelle 1.5.01: Zufriedenheit mit der Gesellschaft, 21. Welle 2007  
„Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

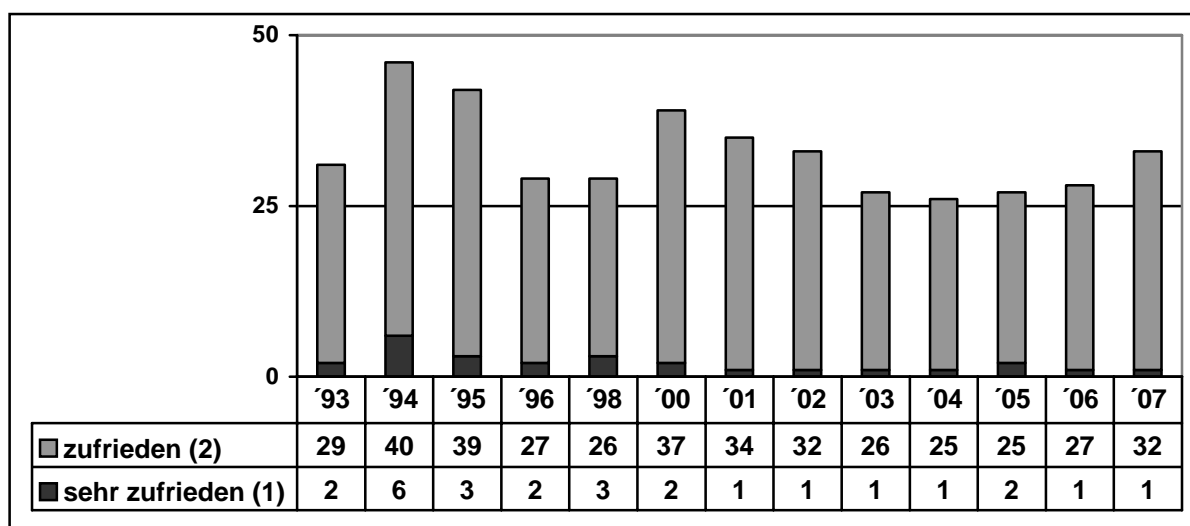
	1	2	(1+2)	3	4
mit der Demokratie	2	36	(38)	47	15
mit der jetzigen Wirtschaftsordnung	1	32	(33)	52	15
mit dem politischen System in der BR Deutschland	1	26	(27)	53	20
mit der Bildungspolitik	0	13	(13)	45	42
mit der Sozialpolitik	1	11	(12)	52	36
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	1	10	(11)	39	50
mit der Gesundheitspolitik	0	9	(9)	48	43

mit der Familienpolitik	1	13	(14)	50	36
mit der Arbeitsmarktpolitik	0	3	(3)	34	63
mit seiner Rentenpolitik	0	8	(8)	41	51
-----					
mit der Außenpolitik (2006)	4	47	(51)	37	12

Je mehr Daten mit zunehmender Dauer einer Panelstudie zur Verfügung stehen, desto klarer tritt die generelle Richtung/Tendenz der Veränderungen hervor, in diesem Falle der Urteile über die untersuchten Aspekte: Von der Außenpolitik abgesehen (zuletzt 2006 erfasst), überwiegt die Unzufriedenheit der jungen Erwachsenen bei weitem.

Das gilt in besonderem Maße für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, das politische System und die Demokratie, proklamierte Grundlagen der jetzigen Ordnung:

Abbildung 1.5.02: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend 1993 - 2007. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Zufriedenheit (AP 2)



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“

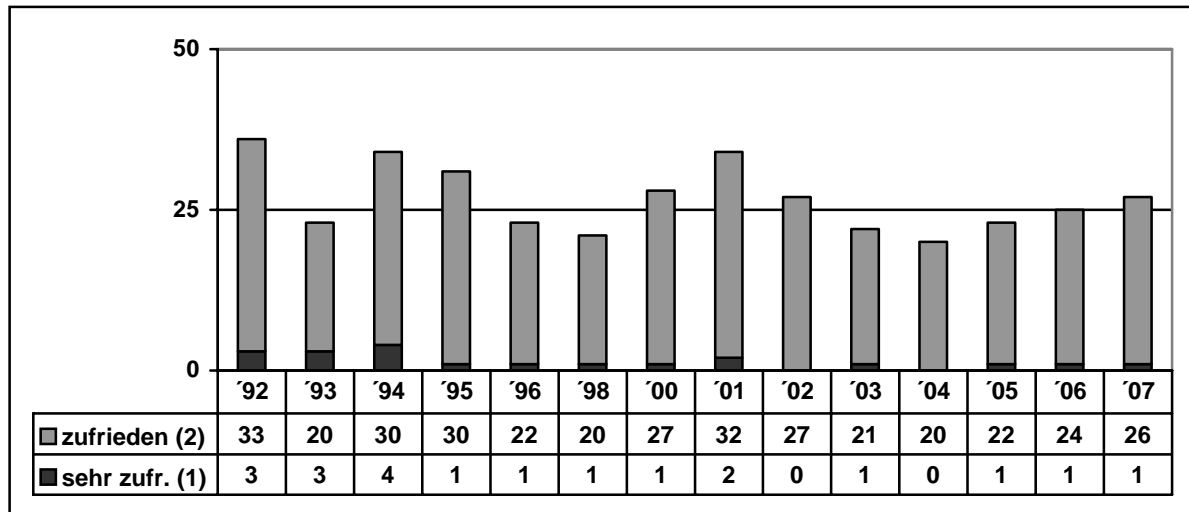
1 sehr zufrieden                      2 zufrieden      3 weniger zufrieden                      4 unzufrieden

Der Prozentanteil der mit der Wirtschaftsordnung mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder hat zu keinem Zeitpunkt die 50 %-Marke erreicht, sehr zufrieden ist faktisch keiner! Die 34-Jährigen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung nach vielen Jahren eigener Erfahrung mehrheitlich kritisch gegenüber. Außerdem fällt der erste deutliche Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 von 46 % auf 29 % auf, am Ende der Kohl-Regierung. Im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) schien dieser Abwärtstrend gestoppt zu sein, hat sich danach – auch über die Bildung der Großen Koalition hinweg - jedoch erneut durchgesetzt, nun auf einem noch niedrigeren Niveau. Seit 2004 äußerte nur noch rund ein Viertel Zufriedenheit (2006: 28 %), das sind die bisher geringsten Anteile seit Beginn unserer Erhebungen hierzu im Jahr 1993, dazu mit einem sehr geringem Anteil einschränkungsloser Zufriedenheit. 2007 hat es einen zwar signifikanten, aber

nur geringfügigen Zuwachs gegeben. Ob das der Beginn eines Trendwandels ist, ist wohl zu bezweifeln.

Sehr ähnlich verlief die Entwicklung der Zufriedenheit mit dem politischen System:

Abbildung 1.5.03: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 - 2007. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit ( 2)

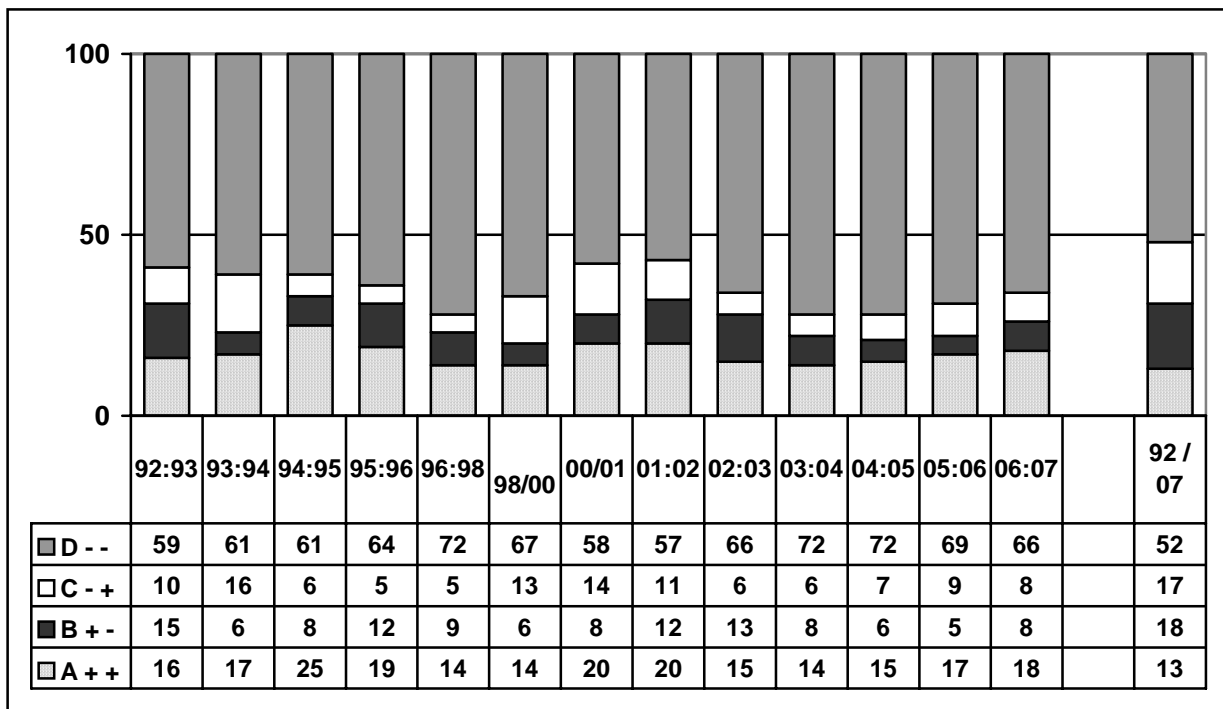


Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder ging zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, nur wenige davon sind sehr zufrieden. Das bisherige Maximum der Zufriedenheitsquote im Rahmen unserer Analysen betrug 36 % (1992). Zwischen 1994 und 1998 war ebenfalls ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen. Die erneute leichte Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht ab 2002 wieder einem deutlichen Negativtrend. 2006, nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005 sind lediglich 25 % mit dem politischen System zufrieden, davon nur ganz wenige einschränkungslos. 2007 werden 27 % erreicht, davon sind wiederum nur einzelne sehr zufrieden.

Bereits diese Daten lassen erkennen, dass keine größere Wandlungen in Richtung einer Identifikation mit dem System stattgefunden haben, sondern von Anfang an (hier ab 1992) ablehnende Wertungen überwogen.

Das wird von der folgenden Abbildung bestätigt, bei der die verwendete Skala durch die Zusammenfassung der positiven bzw. negativen AP vereinfacht wurde:

Abbildung 1.5.04: Wandlungen in den Urteilen über das politische System im Trend



Erläuterung der Legende am Beispiel von '92 zu '93 (1. Spalte):

A = Positive Bewertung 1992 (AP 1 oder 2) und positive Bewertung 1993 (AP 1 oder 2; positive Konstanz zwischen 1992 und 1993)

B = Positive Bewertung 1992 (AP 1 oder 2) und negative Bewertung 1993 (AP 3 oder 4; Negativierung zwischen 1992 und 1993)

C = Negative Bewertung 1992 (AP 3 oder 4) und positive Bewertung 1993 (AP 1 oder 2; Positivierung zwischen 1992 und 1993)

D = Negative Bewertung 1992 (AP 3 oder 4) und negative Bewertung 1993 (AP 3 oder 4; negative Konstanz zwischen 1992 und 1993)

Ablesbar ist, dass bei allen Vergleichen von jeweils zwei Untersuchungszeitpunkten ab 1992 eine negative Konstanz der Bewertung des politischen Systems erheblich überwogen hat. Zugespitzt macht das auch der Vergleich der Angaben derselben Panelmitglieder im gesamten Zeitraum von 1992 und 2007 deutlich: Eine Mehrheit von 52 % war damals mehr oder weniger unzufrieden und ist auch 2007 bei dieser Wertung geblieben. Dafür hielten lediglich 13 % an einer anfänglich mehr oder weniger zufriedenen Wertung fest.

Von ursprünglicher „Euphorie“ ist (auch) bei diesem Jahrgang kaum etwas zu bemerken. Das stellt sich aber erst bei nach einer gewissen Zeit anhand einer längsschnittlichen Analyse bei identischen Personen heraus.

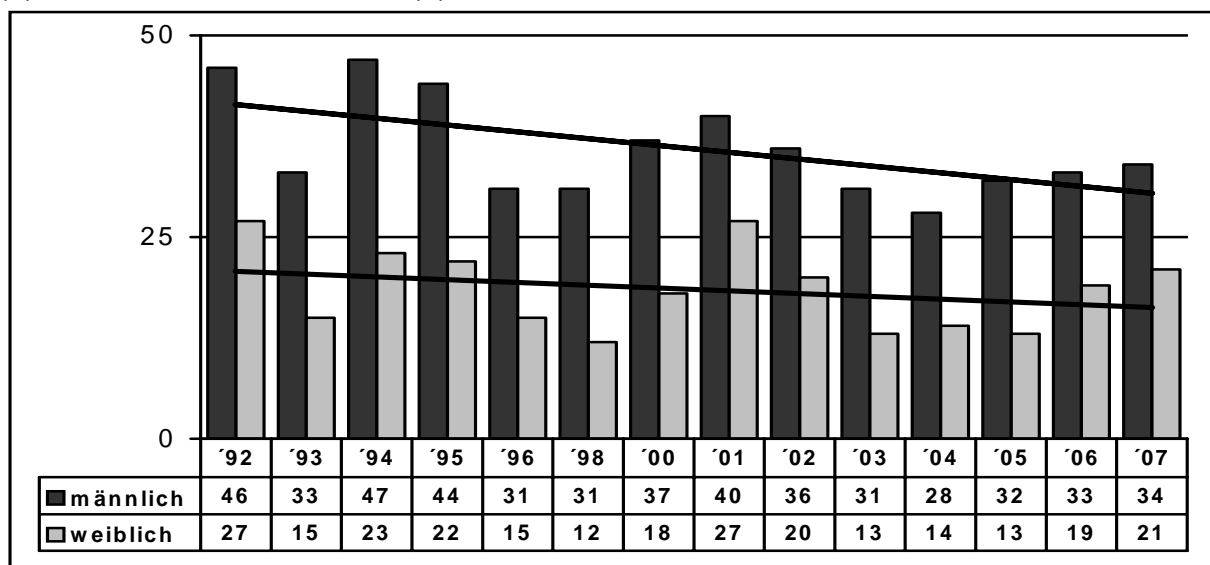
In diesem Zusammenhang ist es interessant, sich erneut der Daten zu erinnern, die von der Jugendforschung in den letzten Jahren der DDR über die Einstellungen junger DDR-Bürger zur BRD gewonnen wurden und die heute teilweise in einem ganz anderen Licht erscheinen. Auf einige davon haben wir bereits in früheren Berichten bzw. Publikationen verwiesen, angesichts ihrer Relevanz haben wir sie

nochmals in den Anhang aufgenommen. Wir vermuten, dass viele der damals von jungen Menschen in der DDR getroffenen grundsätzlichen Einschätzungen (z. B. über das Bestehen sozialer Sicherheit „hüben und drüben“) nicht völlig „vom Winde verweht“ wurden, sondern sich erhalten, vermutlich infolge negativer aktueller Erfahrungen sogar verfestigt haben.

Diese und viele andere Ergebnisse unterstreichen erneut die von uns schon mehrfach begründete Notwendigkeit, bei Untersuchungen zur Entwicklung bzw. Veränderung der Haltung Ostdeutscher zum Transformationsprozess bzw. zur DDR (einschließlich der so genannten „DDR-Nostalgie“) die Ausgangsbedingungen dieses Wandels mit einzubeziehen, d. h. auch das Denken und Fühlen der Menschen vor der Wende, sowie die für viele von ihnen katastrophalen Veränderungen infolge des Systemwechsels, so wie er letztlich stattfand.

Sowohl in Bezug auf die jetzige Wirtschaftsordnung als auch auf die politische Legitimität des Systems sind die weiblichen Panelmitglieder noch erheblich kritischer als ihre männlichen Altersgefährten. Wir belegen das anhand der Daten zum politischen System:

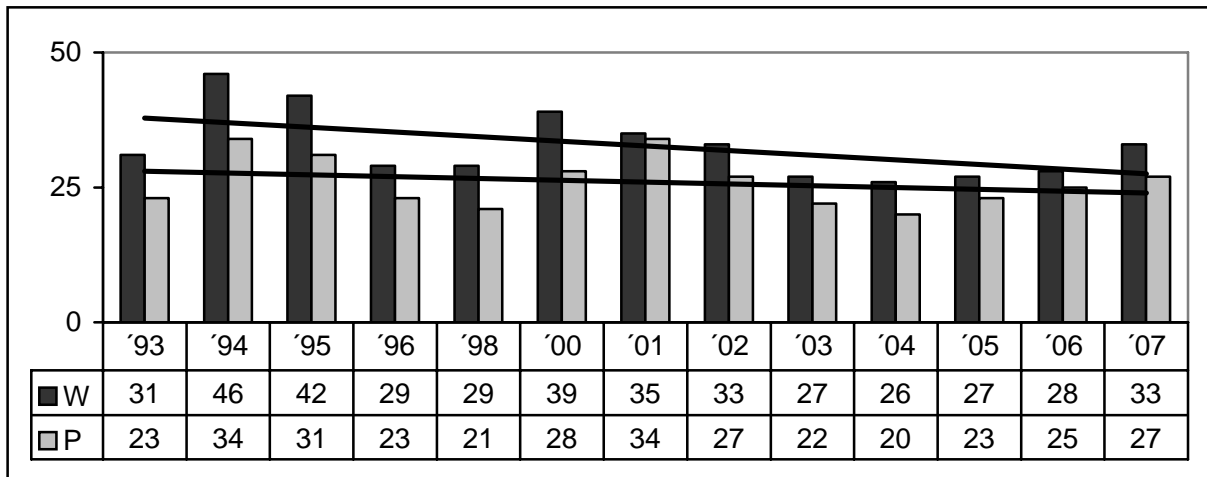
Abbildung 1.5.05: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2007 nach den Geschlechtergruppen differenziert. Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)



Die Unterschiede sind über den gesamten Zeitraum hinweg signifikant und relevant! Während bei den jungen Frauen nur Tendenzen erkennbar sind (ihre anfängliche kritische Haltung ist erhalten geblieben), ist bei den jungen Männern gegenüber Anfang der 90er Jahre eine signifikante negative Tendenz erkennbar.

Aufschlussreich ist eine zeitlich synchron verlaufende Betrachtung der Veränderungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung einerseits und dem politischen System andererseits:

Abbildung 1.5.06: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2007, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet. Die Häufigkeiten sehr zufriedener (AP 1) und zufriedener Panelmitglieder (AP 2) wurden zusammengefasst.



Anhand der empirischen Daten über die in diesem Zeitraum in dieser Weise abgelaufenen Bewusstseinsprozesse in einer identischen Personengruppe ist die durchgehende Tendenz ablesbar: die Zufriedenheit mit dem politischen System fällt um so geringer aus, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist – Widerspiegelung eines engen Zusammenhanges (Wechselwirkung) zwischen wirtschaftlichen Effektivität und politischer Legitimität des Systems. Daran wird sich vermutlich mit hoher Wahrscheinlichkeit auch künftig nichts ändern, Prognosen liegen nahe. Das belegen auch die durchgängig signifikanten Zusammenhänge zwischen beiden Aspekten (z. B. 2005:  $r = .66$ ;  $P = < .000$ ; 2006:  $r = .68$ ;  $P = 0 < .000$ ; 2007:  $r = .68$ ;  $P = < .000$ ).

Zur Veranschaulichung stellen wir hier für 2007 exemplarisch die komplette Kontingenztafel dar:

Tabelle 1.5.02: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung einerseits und dem gegenwärtigen politische System andererseits (2007):

„Wie zufrieden sind Sie mit“ ...  
 - der jetzigen Wirtschaftsordnung  
 - mit dem politischen System

1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

	1	2	3	4	n
<u>jetzige Wirtschaftsordnung:</u>	<u>Politisches System:</u>				
1	60	20	20	0	5
2	1	61	35	3	120
3	0	11	78	11	197
4	0	5	9	86	57
gesamt	1	26	53	20	379

(s)



Je zufriedener die Panelmitglieder 2007 mit der Wirtschaftsordnung sind, desto zufriedener sind sie auch mit dem politischen System; das gilt natürlich auch umgekehrt.

Aufschlussreich ist, nach dem Anteil derer zu fragen, die mit beiden grundsätzlichen Aspekten mehr oder weniger zufrieden sind (AP 1 + 2): das sind 2007 21 %.

Hierzu passen diese Daten:

Tabelle: 1.5.03 Urteile über den Kapitalismus

„Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
2006	3	5	(8)	23	30	39	(69)
2007	3	10	(13)	31	26	30	(56)
männlich	5	17	(22)	31	24	23	(47)
weiblich	2	3	(5)	31	27	37	(64)
lebt im Osten	4	10	(14)	29	24	33	(57)
lebt im Westen (nicht sign.: Pt = .663)	3	7	(10)	36	28	26	(54)
<u>Gesamtdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit seit der Wende (Extremgruppen)</u>							
Keine	5	17	(22)	30	27	21	(48)
12 Monate oder mehr	2	5	(7)	32	22	39	(61)
<u>Parteipräferenz (Sonntagsfrage)</u>							
CDU/CSU	5	19	(24)	34	19	23	(42)
SPD	5	10	(15)	46	24	15	(39)
B 90/Grüne	7	7	(14)	32	29	25	(54)
FDP	4	7	(11)	44	15	30	(45)
DIE LINKE	4	3	(7)	17	25	51	(76)
Nichtwähler	1	8	(9)	29	28	34	(62!)

Nach 17 Jahren persönlichen Erfahrungen bejahen 2007 13 % diese häufig verkündete These, 31 % äußern sich ambivalent und 56 % widersprechen. Die jungen Frauen sind noch erheblich kritischer als ihre männlichen Altersgefährten.

Auch die bisher erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt sich aus, wobei sich vor allem die Angaben derer signifikant unterscheiden, die bisher nicht bzw. ein Jahr oder länger arbeitslos waren. Von ersteren meint immerhin fast ein Viertel, dass der Kapitalismus das „beste Wirtschaftssystem“ sei, von letzteren dagegen nur 7 %, davon 2 % einschränkungslos.

Erstaunlich gering ist die Zustimmung der potenziellen Wähler der systemtragenden Parteien. Zwar stimmen Anhänger von CDU/CSU am häufigsten zu, aber auch bei ihnen betrifft das nur rund ein Viertel, 42 % weisen die Aussage zurück.

Beim Zusammenhang mit der Parteipräferenz ist übrigens auch die Umkehrung informativ: Je geringer die Zustimmung zu dieser Aussage, desto größer der Anteil derer, die nicht wählen würden! Er steigt kontinuierlich von 8 % (völlige Zustimmung, AP 1) auf 36 % (völlige Ablehnung, AP 5)! Dafür gehen die Anteile von CDU/CSU und SPD erheblich zurück!

Damit stimmen weitgehend auch ihre Auffassungen zu den „Hartz IV“ - Verordnungen bzw. zu „Alg II“ überein:

Tabelle 1.5.04: Urteile über „Hartz IV“ und „Alg II“ 2007						
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht						
	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Auch mit Alg II kann man in Würde leben“</i>						
2005	2	6	(8)	21	28	43
2006	3	9	(12)	23	33	32
2007	2	9	(11)	22	26	41
männlich	4	12	(16)	25	26	33
weiblich	0	7	(7)	19	25	49
(s)						
<i>„Hartz IV bedeutet Armut für die Betroffenen“</i>						
2005	46	23	(69)	20	8	3
2006	40	23	(63)	23	10	4

Nach wie vor wird die amtlich sanktionierte Auffassung, dass man mit dem Arbeitslosengeld II „in Würde leben könne“ (Beschluss des Berliner Sozialgerichts vom 2. August 2005) mehrheitlich zurück gewiesen.

Zur Meinung, dass „Hartz IV“ Armut für die Betroffenen bedeutet, liegen keine Angaben für 2007 vor, wir führen aber die von 2005 und 2006 hier mit an. Ablesbar ist, dass diese Urteile nicht allein materiell begründet sind, sondern sehr viel mit der Würde des Menschen zu tun haben.

Ebenfalls zu allen Zeitpunkten schwach entwickelt war die Zufriedenheit mit der Demokratie, seit 1996 untersucht. Wir führen zunächst einige wesentliche Differenzierungen an:

Tabelle 1.5.05: Zufriedenheit mit der Demokratie 2007, differenziert betrachtet „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	
	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	2	36	(38)	47	15

Männlich	4	42	(46)	42	12
Weiblich	0	31	(31)	52	17
Lebt im Osten	2	34	(36)	48	16
Lebt im Westen (s)	4	41	(45)	47	8
<u>Qualifikation (Hauptgruppen)</u>					
Hochschule/Promotion	8	47	(55)	37	8
Fachschule	0	39	(39)	47	14
Facharbeiter/in	1	28	(29)	53	18
Zählt sich zur „Mittelschicht“	2	38	(40)	46	14
Zählt sich zur „Unterschicht“	2	26	(28)	55	17

Haben Sie die Erfahrung gemacht, dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können?

Ja	5	68	(73)	20	7
Nein	1	29	(30)	52	18
Schwer zu sagen	3	48	(51)	52	7

<u>„Gewinner der Einheit“?</u>					
ja, vollkommen	8	64	(72)	26	2
ja, etwas schon	1	45	(46)	49	5
nein, eigentlich nicht	1	27	(28)	52	20
nein, absolut nicht	0	8	(8)	51	41

38 % der 34-Jährigen sind mit der Demokratie zufrieden, allerdings fast alle von ihnen mit Einschränkung. Einschränkungsfreie Zufriedenheit kommt so gut wie gar nicht vor. Die jungen Frauen äußern sich erheblich weniger positiv als ihre männlichen Altersgefährten. Panelmitglieder im Westen sind etwas zufriedener.

Höher Qualifizierte sind deutlich häufiger zufrieden als weniger Qualifizierte. Das betrifft insbesondere Panelmitglieder, die mit Abschluss studiert haben. Sehr geringe Zufriedenheit ist bei jenen festzustellen, die sich der „Unterschicht“ zurechnen!

Eine entscheidende Einflussgröße ist die eigene Erfahrung politischer Partizipation: Von denen, die diese Erfahrung gemacht haben, sind auch die meisten (73 %) mit der Demokratie zufrieden. Allerdings ist die Gruppe mit 11 % ziemlich klein. Wir kommen darauf zurück.

Besonders kritisch stehen der real existierenden Demokratie jene Panelmitglieder gegenüber, die den Sozialismus mehr oder weniger stark für eine „gute Idee“ halten (nicht dargestellt). Das lässt darauf schließen, dass auch grundsätzliche Vorstellungen von Demokratie eine erhebliche Rolle spielen, Kritik an der realen Situation fördern.

Auch erfahrene Arbeitslosigkeit spielt eine große Rolle, wir gehen noch näher darauf ein.

Demokratiezufriedenheit hat sehr viel mit damit zu tun, ob man sich zu den „Gewinnern“ oder zu den „Verlierern“ der Einheit zählt. Auch hier gilt natürlich die Umkehrung:

Tabelle 1.06: Zufriedenheit mit der Demokratie und Ausprägung des Gefühls, zu den Gewinnern der Einheit zu gehören 2007

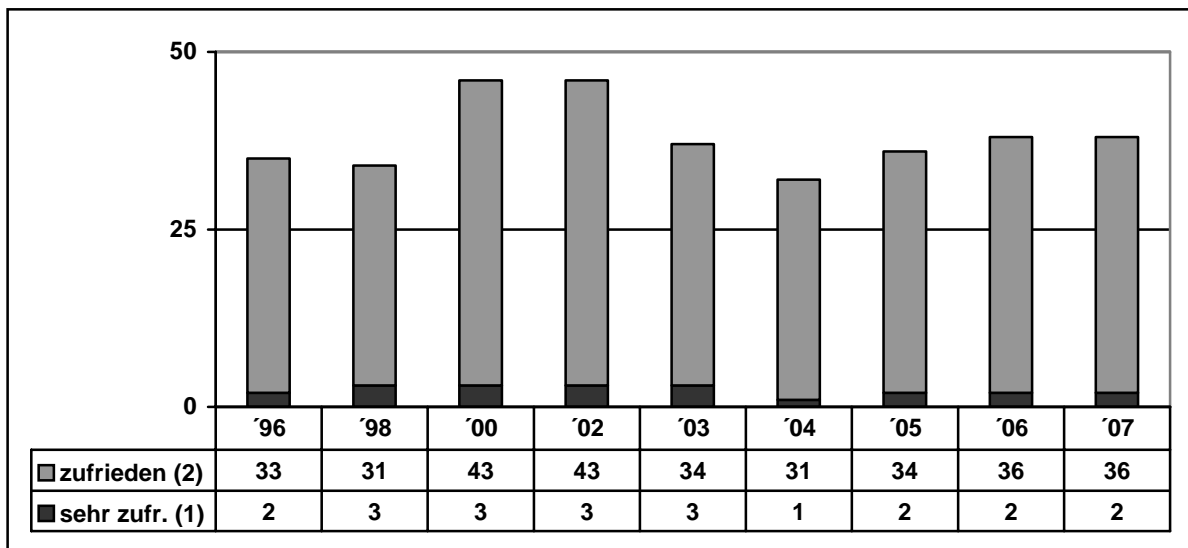
Zufriedenheit mit der Demokratie 2007: Ich fühle mich als Gewinner der Einheit 2007:

	vollkommen	etwas	eigentlich nicht	absolut nicht	n
sehr zufrieden	62	25	13	0	8
zufrieden	27	42	28	3	137
weniger zufrieden	8	36	41	15	177
unzufrieden	2	11	50	37	56

Von denen, die sehr zufrieden mit der Demokratie sind, fühlen sich faktisch alle als „Gewinner“! Allerdings handelt es sich nur um 8 Personen.

Aufschlussreich ist wiederum der Trend seit 1996:

Abbildung 1.5.07: Zufriedenheit mit der Demokratie im Trend 1996 bis 2007. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

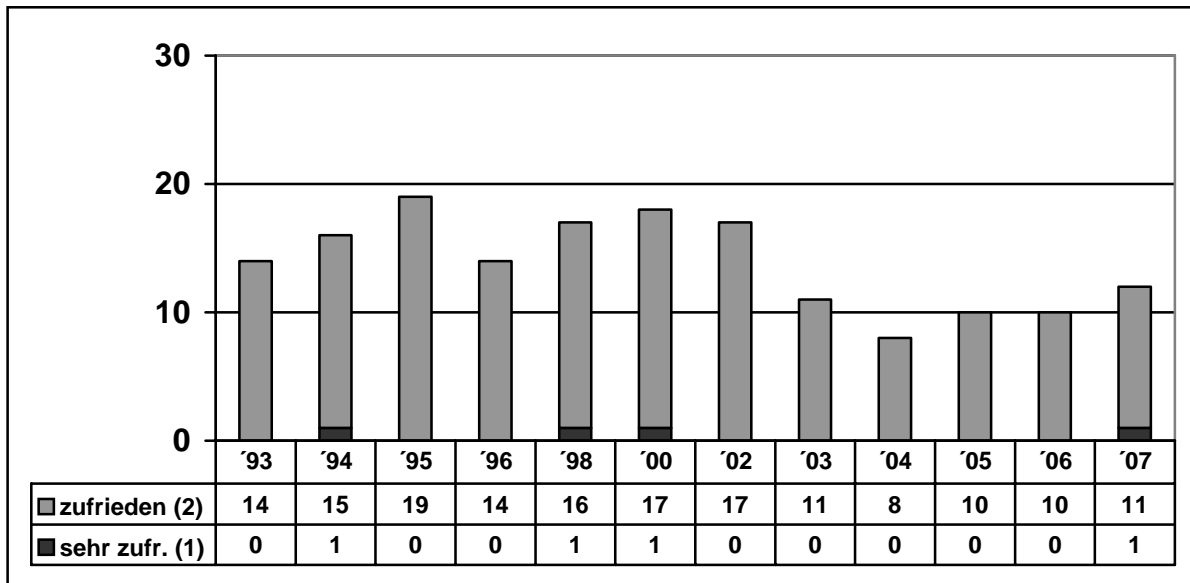
1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

Knapp die Hälfte war 2000 und 2002 bisher das Maximum derer, die sich zufrieden mit der Demokratie äußern, wobei der Anteil sehr zufriedener lediglich 2 bis 3 % beträgt. Interessant ist, dass wie in vielen anderen Politikbereichen auch im Hinblick auf die Demokratie nach dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) ein leichter „Aufschwung“ sichtbar wurde, der jedoch wohl nur Ausdruck kurzlebiger Hoffnungen

war. Danach stürzte der Anteil der alles in allem zufriedenen Panelmitglieder wieder deutlich ab, die neueren Daten deuten nicht auf eine Trendwende hin. Diese Daten passen gut in die begonnenen Diskussionen zur „Krise der Demokratie“ in Deutschland bzw. in der EU.

Nur Minderheiten äußerten sich im Untersuchungszeitraum mehr oder weniger positiv über die Sozialpolitik. Die bisher höchste Prozentquote der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19 %:

Abbildung 1.5.08: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik im Trend 1993 bis 2006. Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit ( 2)

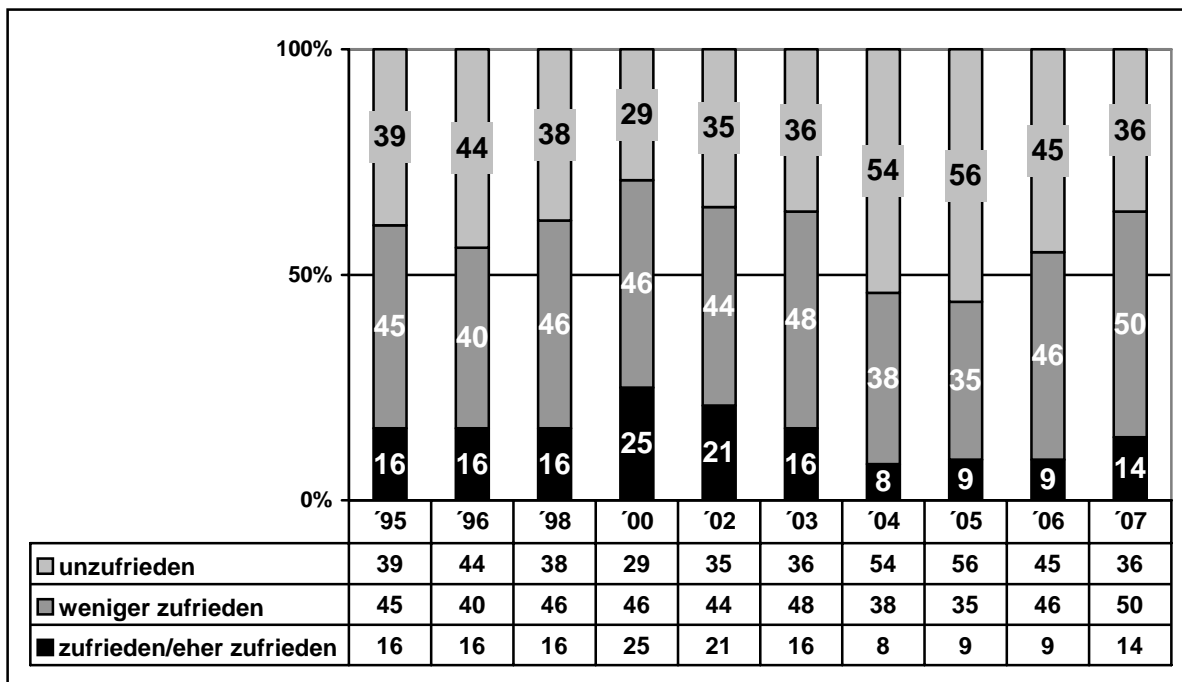


Auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 blieb die Zufriedenheitsquote gering. 2005 und 2006 wurde der bisher zweitschlechteste Wert von 10 % erreicht, der Wert von 2007 stellt statistisch keine Verbesserung dar. Nach der Bildung der Großen Koalition gab es noch keine Veränderungen.

Mit allen drei bisher dargestellten grundlegenden Bereichen der jetzigen Gesellschaft (Wirtschaftssystem, politisches System, Sozialpolitik) sind 2007 übrigens 10 % der 34-Jährigen mehr oder weniger zufrieden (AP 1+2).

Aufschlussreich ist auch der Trend zur Zufriedenheit mit der Familienpolitik, die für die 34-Jährigen seit vielen Jahren von hoher Relevanz ist. Da hier vor allem die Prozentquoten unzufriedener Panelmitglieder zugenommen hat, stellen wir deren Anteile mit dar:

Abbildung 1.5.09: Zufriedenheit mit der Familienpolitik im Trend 1996 bis 2007

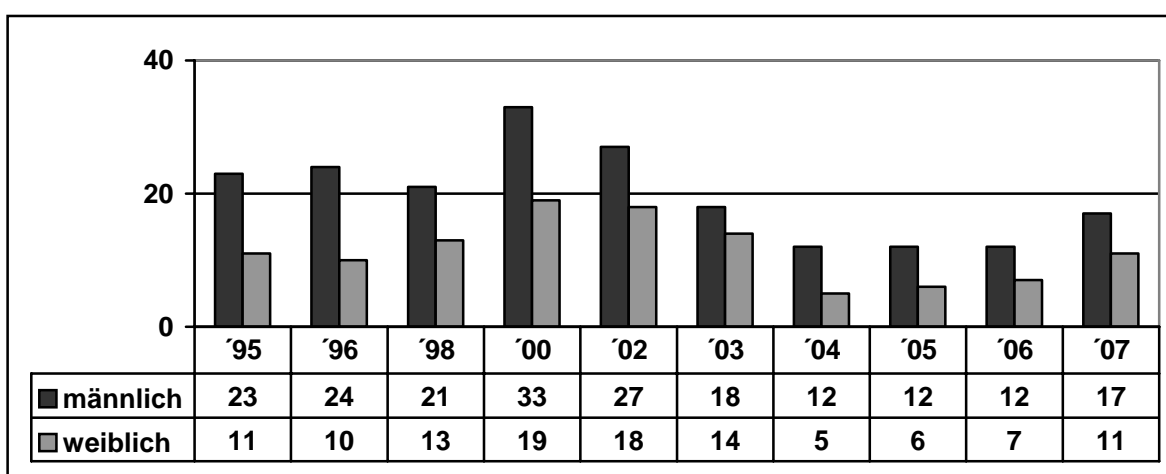


Frage­text: „Wie zu­frie­den sind Sie mit der Fa­mi­li­en­po­li­ti­k?“  
 1 sehr zu­frie­den 2 zu­frie­den 3 we­ni­ger zu­frie­den 4 un­zu­frie­den  
 (die AP 1+2 wur­den zu­sam­men­ge­fasst)

Der An­teil der mehr oder we­ni­ger Zu­frie­de­nen ist mit 14 % (darun­ter 1 % sehr zu­frie­den) wei­ter­hin ge­ring. Auch hier fällt auf, dass sich nach dem Re­gie­rungs­wech­sel 1998 (hier ab 2000) zu­nächst eine po­si­tive Ten­denz an­deu­te­te, die je­doch nicht lan­ge an­hielt.

Wir stel­len noch ein­mal die An­ga­ben der Ge­schlech­ter­grup­pen im Trend ge­gen­über:

Ab­bil­dung 1.5.10: Zu­frie­den­heit mit der Fa­mi­li­en­po­li­ti­k im Trend 1996 bis 2007, nach den Ge­schlech­ter­grup­pen dif­fe­ren­ziert

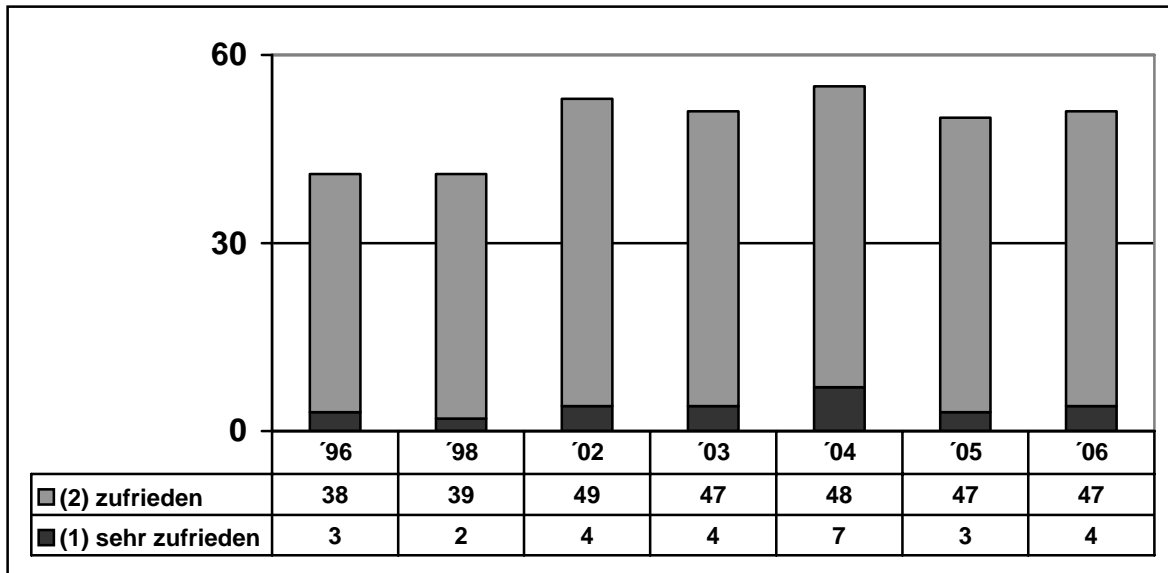


Die AP 1+2 wur­den zu­sam­men­ge­fasst.

Die er­ken­nba­ren Un­ter­schie­de sind bis auf 2003 sta­tis­tisch sig­ni­fi­kant. Die jun­gen Fra­uen schät­zen die Fa­mi­li­en­po­li­ti­k, von 2003 ab­ge­se­hen, durch­weg we­ni­ger po­si­tiv ein.

Schließlich führen wir nur knapp kommentiert die Trends der Zufriedenheitsquoten für die Gesundheitspolitik und die Lohnpolitik im Osten an:

Abbildung 1.5.11: Zufriedenheit mit der Außenpolitik im Trend 1996 bis 2006 (2007 nicht erhoben)

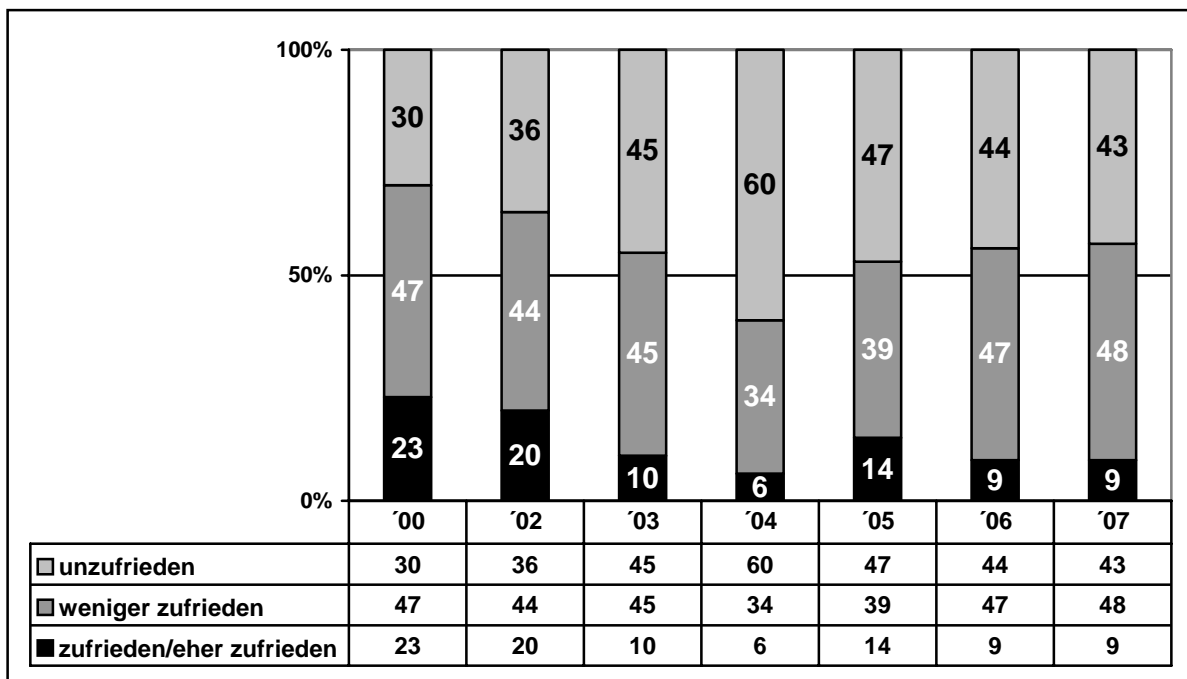


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Außenpolitik?“

1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

Bereits vor dem Regierungswechsel 1998 (hier ab 2000) war die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Außenpolitik mit Abstand höher als mit allen anderen Seiten der Politik. Danach stieg sie signifikant an und verbleibt seitdem auf einem verhältnismäßig hohem Niveau. 2007 wurde dieser Aspekt nicht untersucht.

Abbildung 1.5.12: Zufriedenheit mit der Gesundheitspolitik im Trend 2000 bis 2007

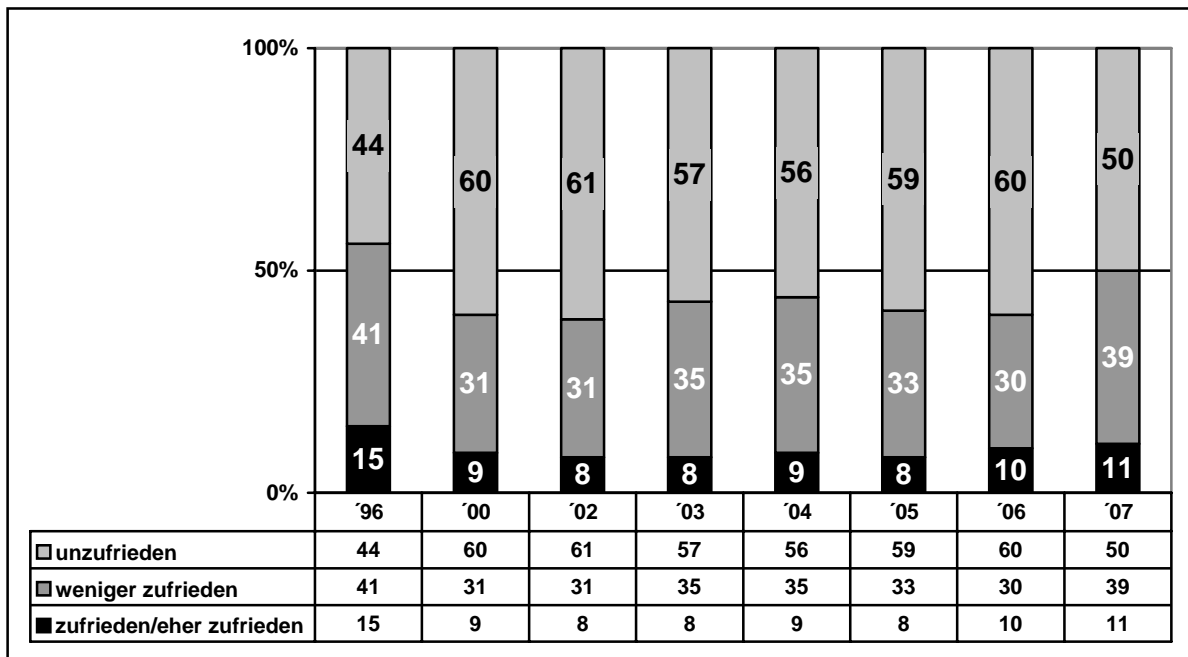


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Gesundheitspolitik?“

1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden  
(die AP 1+2 wurden zusammengefasst)

Mit der Gesundheitspolitik waren 2000 noch 23 % der damals 27-Jährigen zufrieden (darunter 1 % sehr), dann nahm dieser ohnehin geringe Anteil fast kontinuierlich ab. 2007 sind (wie 2006) 9 % mehr oder weniger zufrieden, darunter 1 % sehr.

Abbildung: 1.5.13 Zufriedenheit mit der Lohnpolitik im Osten im Trend 1996 bis 2007



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland?“

1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

Der Anteil der Zufriedenen ist durchweg sehr gering, zumal wenn man bedenkt, dass die Quote der einschränkungslos Zufriedenen bis auf 2007 ein Prozent nicht erreicht.

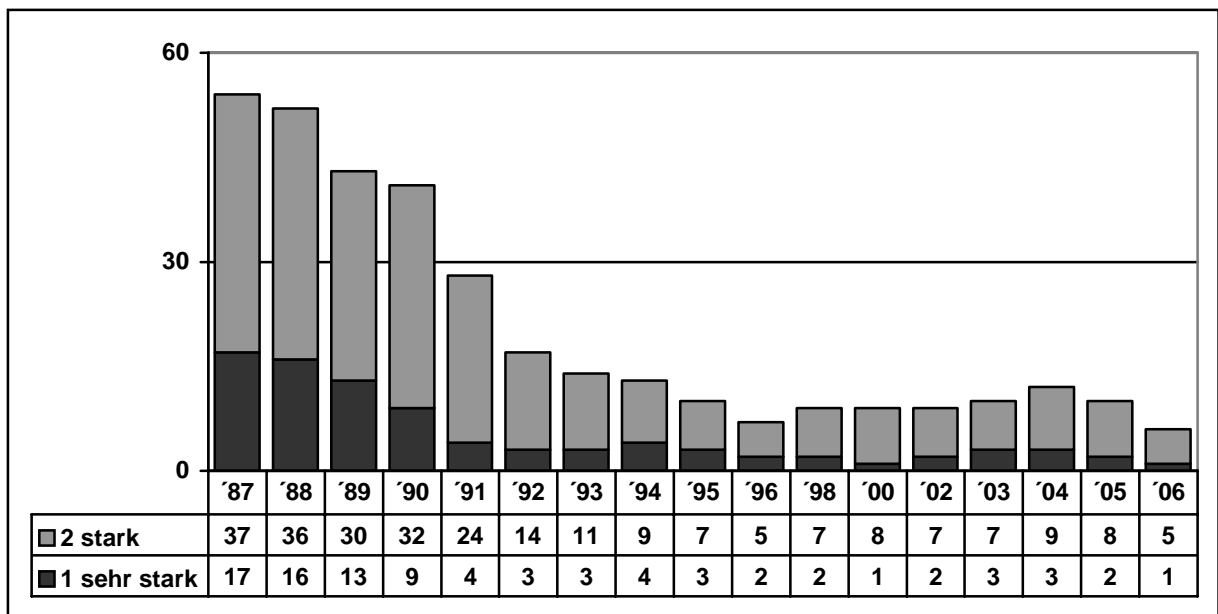
Zur Rentenpolitik liegt noch kein Trend vor. Mit ihr sind 2007 8 % der Panelmitglieder zufrieden, darunter Null % sehr.

### 1.5.2 Noch immer nur geringe Bereitschaft zur politischen Partizipation

Symptomatisch für die Veränderungen des politischen Bewusstseins der jungen Ostdeutschen ist der gravierende Rückgang ihrer Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Liste von Lebenszielen Daten seit 1987 vor, allerdings nicht für 2007:

Abbildung 1.5.14: Bedeutsamkeit der Orientierung „aktiv am politischen Leben teilnehmen“ im Trend 1987 – 2006. Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Orientierung (AP 2)





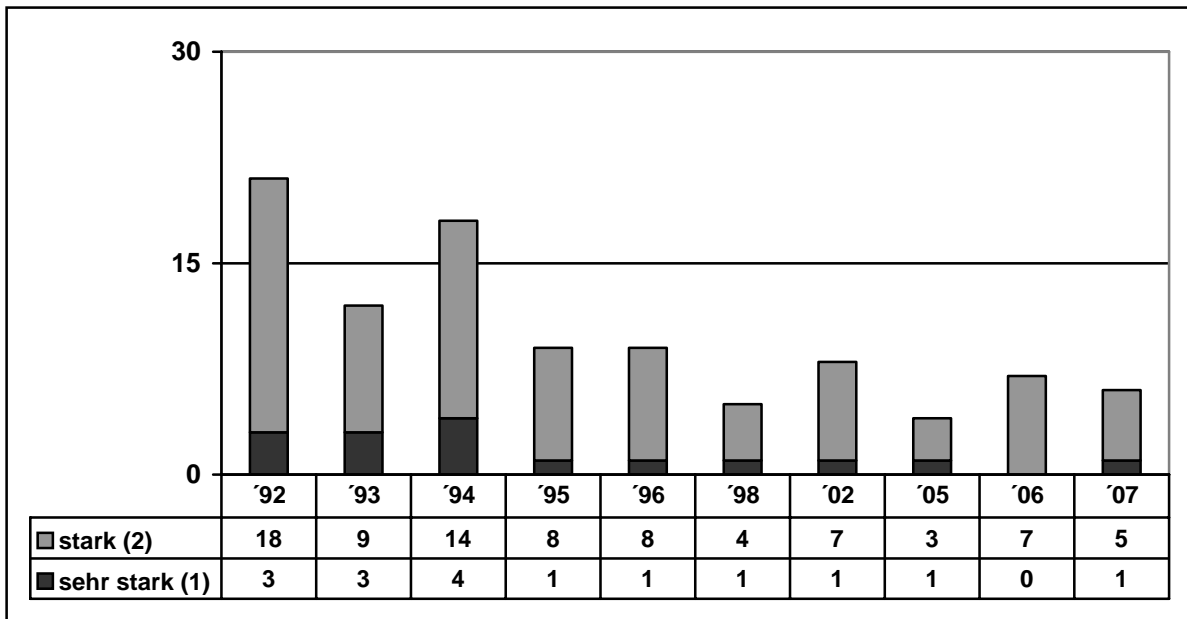
Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: aktiv am politischen Leben teilnehmen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam  
(2007 nicht erfasst)

Die Orientierung der Panelmitglieder auf eine aktive Teilnahme am politischen Leben hatte bereits vor der Wende deutlich abgenommen, Ausdruck ihrer zunehmend kritischen Haltung gegenüber dem politischen System in der DDR. Dieser Abwärtstrend ist jedoch nach der Wende (genauer ab 1991; 1990 wollten sich immerhin noch 41 % aktiv politisch betätigen, eine verspielte politische Chance!) weiter gegangen. Er hat sich sogar absturztartig verstärkt - Ausdruck erneuter Verweigerung eines großen Teils der jungen Ostdeutschen auch gegenüber dem jetzigen gesellschaftlichen System, aber zugleich auch sehr geringer Möglichkeiten zur demokratischen Aktivität.

Das belegt auch der langjährige Trend zur Unterstützung des politischen Systems:

Abbildung 1.5.16: Persönliche Bedeutsamkeit der Unterstützung des gegenwärtigen politischen Systems im Trend 1992 bis 2007



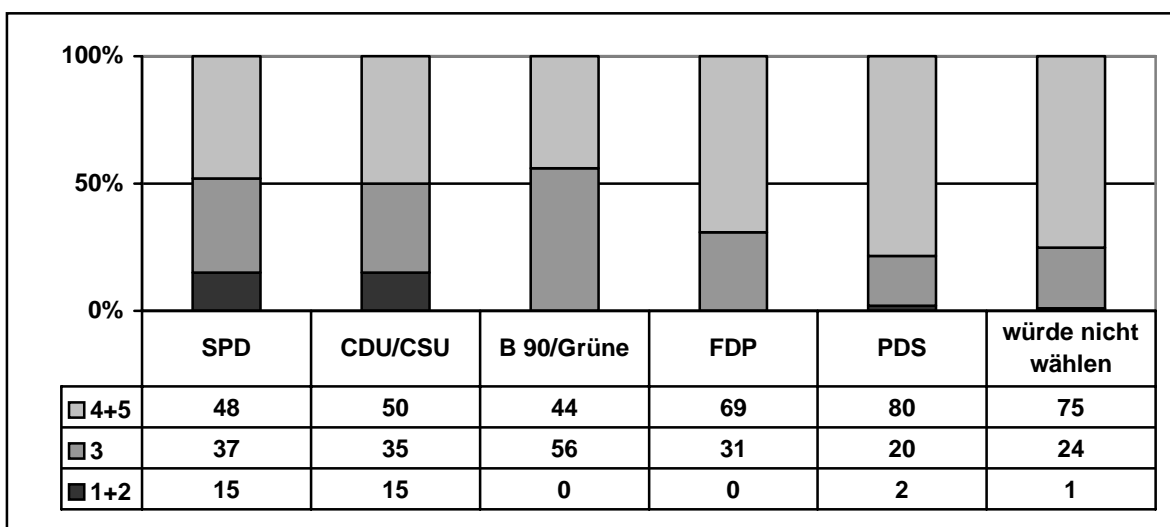
Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam

Fast von Anfang an war die Quote derer unbedeutend, für die das Engagement für das politische System einen persönlichen Wert bedeutet. Im Zeitverlauf nahm sie sogar weiter ab und geht allmählich gegen Null.

Überdurchschnittlich häufig sind laut Korrelation mit der „Sonntagsfrage“ die potenziellen Wähler von CDU/CSU bzw. der SPD zum Engagement bereit: je 15 % bzw. 15 % (FDP: 9 %; B90/Grüne Null Prozent):

Abbildung 1.516 a: Bereitschaft zum politischen Engagement 2007 bei „Wählern“ verschiedener Parteien



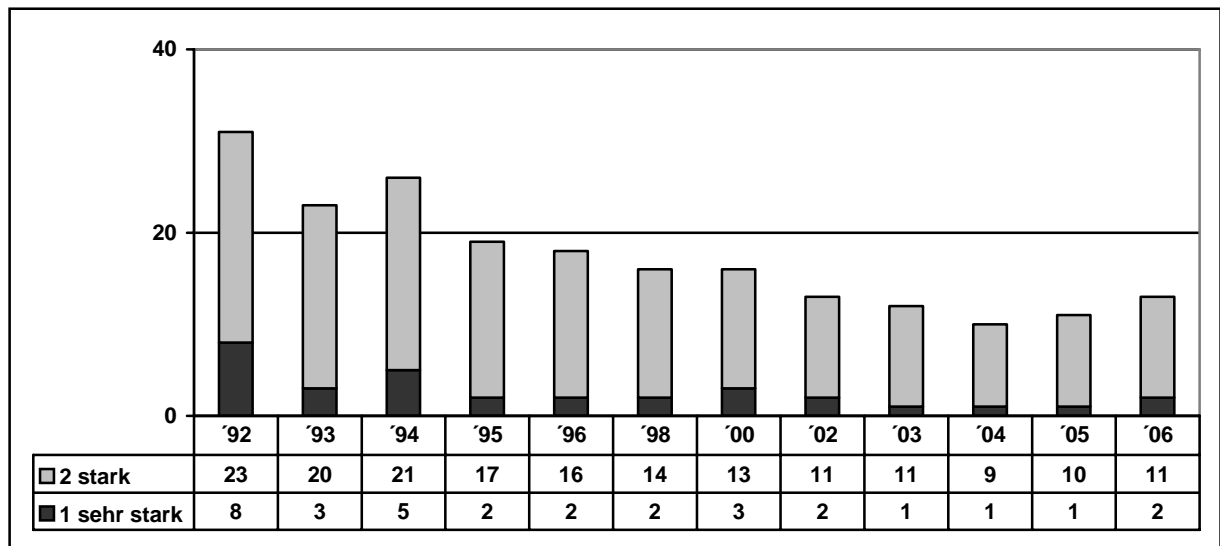
Die AP 1 + 2 bzw. 4 + 5 wurden hier zusammengefasst

Neben den aufgeführten Parteien wurden noch „rechte Parteien“ (n=13) und „eine andere Partei“ vorgegeben (n=4), die hier nicht berücksichtigt werden.

Antworten auf die „Sonntagsfrage“ sind offensichtlich sehr kurzlebig und nicht gleichbedeutend mit dem Engagement für das Gesellschaftssystem als Ganzes.

Diese politische Verweigerung äußert sich zugleich im drastischen Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufzusteigen:

Abbildung 1.5.17: Bedeutsamkeit der Lebensorientierung „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ im Trend 1992 bis 2006 (2007 nicht erhoben). Anteile sehr starker (AP 1) bzw. starker Orientierung (AP 2)



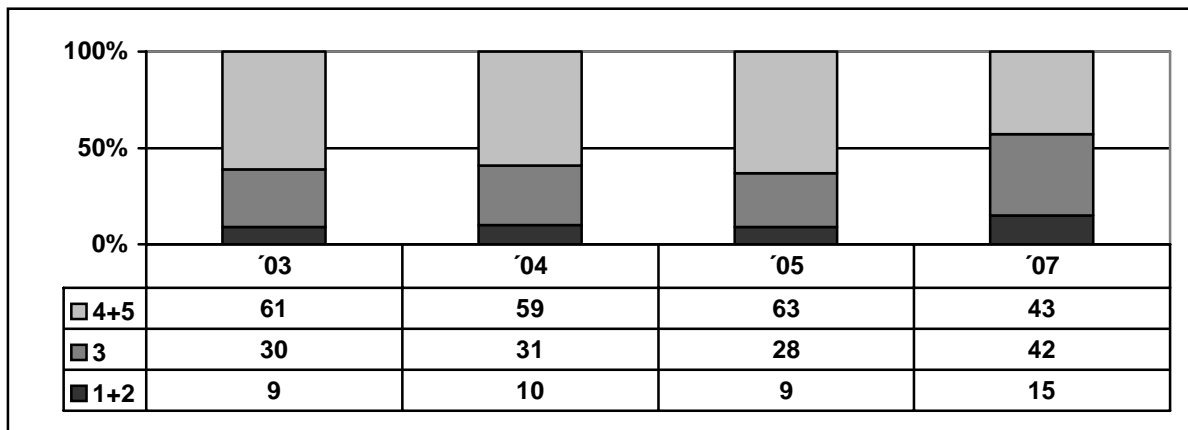
Fragetext: „Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen?“

Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam  
(2007 nicht erhoben)

Der Anteil der jungen Leute, die aufsteigen, zur „Elite“ der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig, dazu auf einem niedrigen Niveau. Wollten 1992 immerhin noch 31 % in die „oberen Schichten“ aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2006 auf 13 % (weiblich: 10 %), d. h. auf rund ein Drittel davon zurück! Eine Ursache ist eindeutig die zunehmende Distanz dieser jungen Leute gegenüber dem jetzigen System und seiner „Elite“ (ablesbar an den „Fragen an die Politiker“ die im Anhang 2 zu finden sind), aber auch die Erfahrung, als Ostdeutscher kaum Chancen zu haben, in die 18 Jahre nach der Vereinigung noch immer ausschließlich oder vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite vorzustoßen - ein grundsätzliches Problem Ostdeutschlands, seiner Integration in eine gesamtdeutsche Gesellschaft. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft, ein wahrscheinlich unterschätzter Einflussfaktor.

Zu diesen Ergebnissen passt ebenfalls, dass seit Jahren nur eine Minderheit der Panelmitglieder (maximal 10 %, davon 1 % stark) zu den „Reichen“ gehören möchte:

Abbildung 1.5.18 Ausprägung des Lebensziels „Zu den Reichen gehören“ im Trend



Fragetext: „Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam. Die AP 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst.

Diese Lebensorientierung steht in einer signifikanten positiven Wechselwirkung mit der Bejahung der jetzigen Ordnung.

### 1.5.3 Nur eine Minderheit glaubt noch an die Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus und an seine Zukunftsfähigkeit

Vor allem die seit 2000/2001 vorliegenden Ergebnisse zu grundsätzlichen Problemen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung lassen deutlich erkennen, dass diese jungen Erwachsenen nicht nur punktuell Kritik an dieser oder jener einzelnen Seite der gesellschaftlichen Wirklichkeit üben, sondern dem Kapitalismus als System misstrauisch bis ablehnend gegenüberstehen und auch keine Trendwende erkennbar ist. Das klang bereits an und soll jetzt weiter belegt werden.

Tabelle 1.5.7: Kapitalismus, Freiheit und Menschenrechte

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<b>(A) „Im jetzigen Gesellschaftssystem sind die Menschen erstmals wirklich frei.“</b>							
2004	5	23	(28)	40	22	10	(32)
2005	5	20	(25)	36	23	16	(39)
männlich	6	26	(32)	35	19	14	(33)
weiblich	3	14	(17!)	39	26	18	(44)
(2006 und 2007 nicht erfasst)							
<b>(B) „Kapitalismus bedeutet Freiheit für alle Menschen.“</b>							
2005	1	12	(13)	33	26	28	(54)
2006	3	6	(9)	28	29	34	(63)
2007	1	6	(7)	25	28	40	(68!)
männlich	1	7	(8)	30	32	30	(62)
weiblich	1	6	(7)	21	25	47	(73)

**( C ) „Im jetzigen Gesellschaftssystem werden die Menschenrechte geachtet.“**

2004	3	31	(34)	38	17	11	(28)
2005	4	25	(29)	38	20	13	(33)
2006	6	19	(25)	35	25	15	(40)
2007	5	23	(28)	43	21	8	(29)
männlich	8	30	(38)	40	18	14	(32)
weiblich	2	18	(20)	46	23	11	(34)

25 % der Panelmitglieder vertraten 2005 mehr oder weniger stark die Auffassung, dass die Menschen im jetzigen System erstmalig wirklich frei sind (A), 36 % äußerten sich dazu ambivalent, 39 % ablehnend. 2006 und 2007 wurde diese Frage nicht gestellt.

Mit 7 % stimmten 2007 noch weniger zu, dass das jetzige System Freiheit für alle bedeutet (B), 68 % verneinen das (weiblich: 73 %!). Der Trend ist negativ.

28 % stimmten 2007 zu, dass im jetzigen System die Menschenrechte geachtet werden (C) , 43 % äußern sich hierzu ambivalent, 29 % ablehnend. Auffällig sind wiederum die sehr kritischen Auffassungen der jungen Frauen hierzu. Die Tendenz von 2004 zu 2007 ist regressiv.

Diese geringe und teilweise abnehmende Zustimmung zur westlichen Menschenrechts- und Freiheitsphilosophie ist ein Politikum mit erheblicher Brisanz, zumal auf dem Hintergrund der sich global zuspitzenden Auseinandersetzungen um die Einhaltung der Menschenrechte.

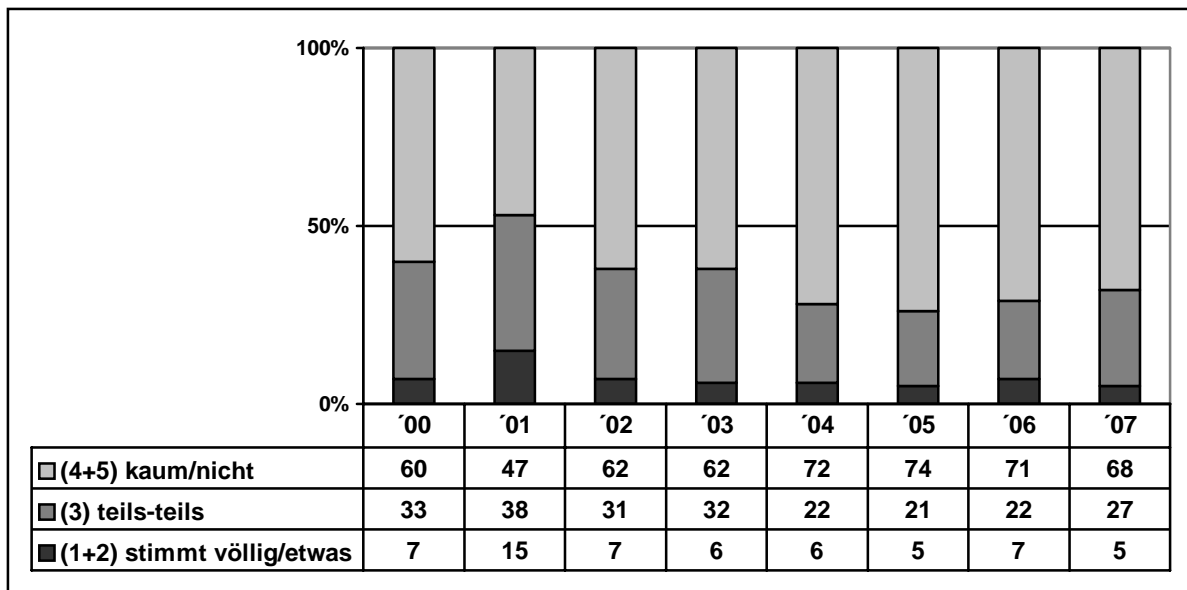
Die Distanz der 34-Jährigen gegenüber dem jetzigen System kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit und in der nur von einer Minderheit geäußerten Hoffnung, dass dieses System für immer Bestand haben möge:

Tabelle 1.5.8: Grundeinstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem im Trend  
Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<b>a) „Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</b>							
2000	1	9	(10)	30	32	28	(60)
2001	1	5	(6)	28	32	34	(66)
2002	0	5	(5)	28	34	33	(67)
2003	1	3	(4)	26	34	36	(70)
2004	0	2	(2)	17	38	43	(81)
2005	0	2	(2)	20	34	44	(78)
2006	0	2	(2)	17	36	45	(81)
2007	0	5	(5)	22	38	35	(73)
männlich	1	7	(8)	23	31	38	(69)
weiblich	0	4	(4)	19	43	34	(77)
<b>b) „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“</b>							
2000	0	7	(7)	33	29	31	(60)
2001	1	14	(15)	38	26	21	(47)

2002	1	6	(7)	31	32	30	(62)
2003	1	5	(6)	32	28	34	(62)
2004	1	5	(6)	22	30	42	(72)
2005	1	4	(5)	21	32	42	(74)
2006	1	6	(7)	22	29	42	(71)
2007	0	5	(5)	27	31	37	(68)
männlich	0	7	(7)	31	29	33	(62)
weiblich	0	3	(3)	23	34	40	(74)

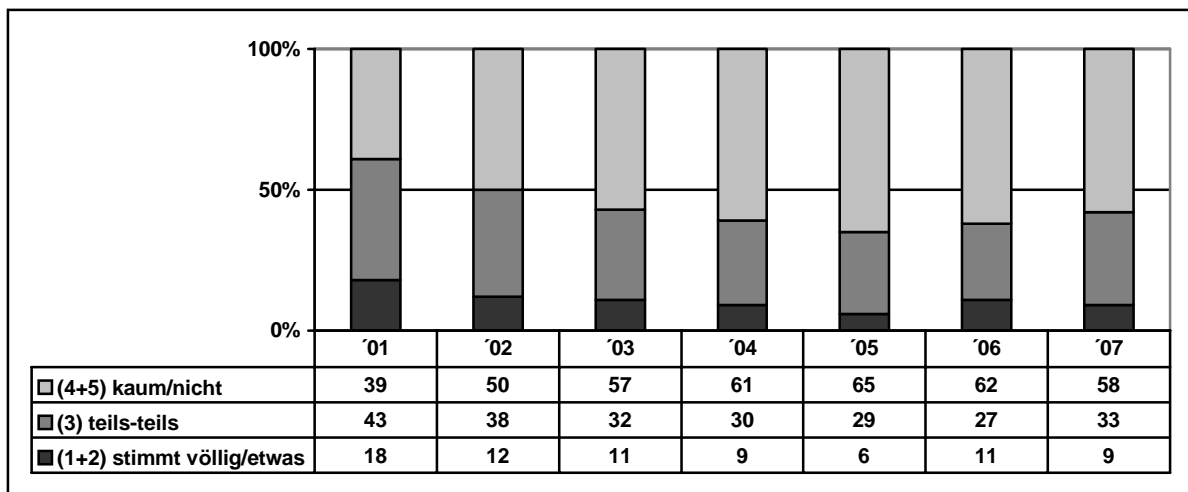
Abbildung 1.5.19: Beurteilung des jetzigen Gesellschaftssystems als einziges menschenwürdiges Zukunftsmodell im Trend 2000 bis 2007



**c) „Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“**

2001	3	15	(18)	43	21	18	(39)
2002	1	11	(12)	38	25	25	(50)
2003	1	10	(11)	32	27	30	(57)
2004	1	8	(9)	30	24	37	(61)
2005	0	6	(6)	29	27	38	(65)
2006	2	9	(11)	27	27	35	(62)
2007	0	9	(9)	33	27	31	(58)
männlich	1	12	(13)	38	22	27	(49)
weiblich	0	6	(6!!)	28	31	35	(66!!)

Abbildung 1.5.20: Ausprägung der Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer bestehen bleibt im Trend 2001 bis 2007



**d) „Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben.“**

2005	2	13	(15)	42	26	17	(43)
2006	3	12	(15)	46	22	17	(39)
2007	2	14	(16)	44	21	19	(40)
männlich	3	20	(23)	43	19	15	(34)
weiblich	0	9	(9)	44	24	23	(47)

**e) „Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.“**

2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
2006	3	5	(8)	23	30	39	(69)
2007	3	10	(13)	32	25	30	(55)
männlich	5	17	(22)	31	24	23	(47)
weiblich	2	3	(5)	31	27	37	(64)

**f) „Im Mittelpunkt des jetzigen Systems steht das Wohl der einfachen Menschen.“**

2006	0	2	(2)	11	33	54	(87)
2007	1	1	(2)	17	29	52	(81)
männlich	0	1	(1)	20	27	51	(78)
weiblich	1	1	(2)	14	30	54	(84)

**g) „Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus hat der Kapitalismus für immer gesiegt.“**

2006	5	14	(19)	39	29	13	(42)
2007	4	16	(20)	41	23	16	(39)
männlich	5	16	(21)	37	23	20	(43)
weiblich	4	17	(21)	43	23	13	(36)

**h) „Der Kapitalismus ist das gerechteste Gesellschaftssystem, das man sich vorstellen kann.“**

2007	1	2	(3)	18	28	51	(79)
männlich	2	3	(5)	21	29	45	(74)
weiblich	0	1	(1)	15	27	57	(84!)

**i) „Ich hoffe, dass auch meine (künftigen) Kinder im jetzigen System aufwachsen,“**

2006	3	12	(15)	31	27	27	(54)
2007	2	14	(16)	39	23	22	(45)

Selbst wenn wir die statistische Fehlertoleranz von +/- 6 % berücksichtigen, haben wir es hier mit ziemlich brisanten Daten zu tun:

- Auch 2007 glauben nur sehr wenige Panelmitglieder glauben daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird (a), die meisten (81 %) zweifeln daran, von den jungen Frauen weitaus mehr als von den jungen Männern.

- Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzigste menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen (b), stieg zwar Ende 2001 (die Untersuchung fand kurz nach den Ereignissen vom 11. September statt) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2006 ebenfalls eine Minderheit.

- Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge (c), haben im Sommer 2006 nur wenige: 11 %; 62 % erhoffen das Gegenteil, 27 % äußern sich ambivalent. Von den jungen Frauen erhoffen weitaus mehr als von ihren männlichen Altersgefährten das Gegenteil: 69 % gegenüber 54 %.

Von diesen Daten her lässt sich sagen, dass die große Mehrheit dieser jetzt 34-Jährigen nicht nur systemverdrossen ist, sondern dieses System wieder loswerden will.

Erwartungsgemäß besteht hier ein enger Zusammenhang mit dem Urteil darüber, ob die Ziele der 'friedlichen Revolution' verwirklicht wurden:

Tabelle 1.5.09: Zusammenhang von Urteil über die Verwirklichung der Ziele der 'friedlichen Revolution' und der Hoffnung auf Weiterbestehen der jetzigen Ordnung:

Die Ziele ... sind heute verwirklicht	Hoffnung, dass das jetzige System für immer erhalten bleibt						X	n
	1	2	(1+2)	3	4	5		
(vollkommen)	0	100	(100)	0	0	0	2,0	3)
im großen und ganzen	0	16	(16)	52	19	13	3,3	62
teils-teils	0	7	(7)	36	34	23	3,7	215
kaum	0	6	16	(22)	22	56	4,3	63
überhaupt nicht	0	3	(3)	12	9	76	4,6	33



(s)

Selbst bei jenen, die meinen, die Ziele der 'friedlichen Revolution' seien heute im großen und ganzen verwirklicht (AP 2), ist der Anteil derer, die auf das Fortbestehen des jetzigen Systems, nur eine Minderheit.

Zurück zur Ausgangstabelle :

- Froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (d), sind 18 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD 15 % der 34-Jährigen, darunter 22 % der jungen Männer gegenüber 9 % der jungen Frauen. Der Zusammenhang mit der Einschätzung, ob die Ziele der 'friedlichen Revolution' heute erreicht sind, ist ähnlich dem mit der Hoffnung, dass das System für immer bleibt.

- Der These, dass der Kapitalismus das bisher beste Wirtschaftssystem sei (e), stimmen 2007 13 % zu, 55 % sehen das völlig anders.

- Lediglich 2 % meinen, dass der einfache Mensch im Mittelpunkt des jetzigen Systems stehen würde (f), 81 % widersprechen dem.

- 20 % gehen davon aus, dass der Kapitalismus mit dem Zusammenbruch des Sozialismus für immer gesiegt hat (g).

- Aufschlussreich im Zusammenhang mit der Gerechtigkeitsdebatte: 3 % halten den Kapitalismus mehr oder weniger für das gerechteste Gesellschaftssystem, das man sich vorstellen kann (h), 79 % stellen das in Frage.

- Nur 15 % hoffen darauf, dass auch ihre Kinder im jetzigen System aufwachsen, über die Hälfte erhofft das nicht.

Die zunehmend kritische Sicht der 34-Jährigen auf die heutige Freiheitsrhetorik geht auch aus der Tatsache hervor, dass der Anteil derer, die meinen, dass Freiheit und Arbeitslosigkeit einander ausschließen, noch immer beträchtlich ist:

Tabelle 1.5.10: Arbeitslosigkeit und Freiheit

„Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

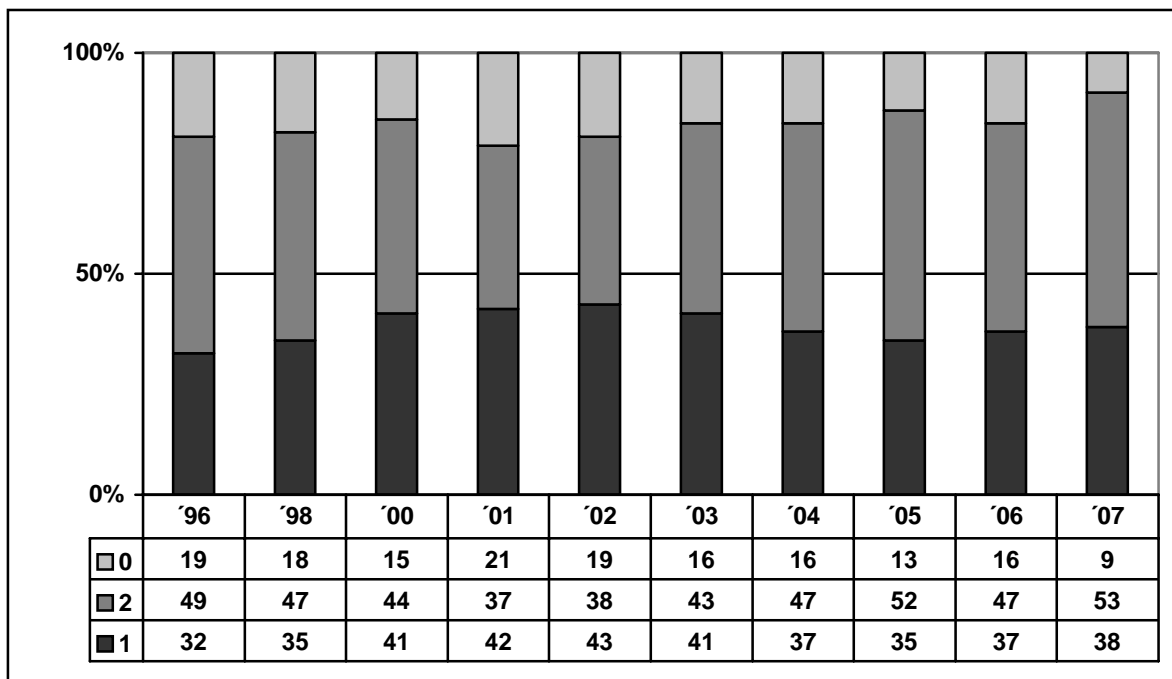
	1	2	0
1996	32	49	19
1998	35	47	18
2000	41	44	15
2001	42	37	21
2002	43	38	19
2003	41	43	16

2004	37	47	16
2005	35	52	13
2006	37	47	16
2007	38	53	9
seit der Wende arbeitslos gewesen?			
Nein	44	45	11
Ein- oder mehrmals (sign.)	36	57	7
männlich	48	45	7
weiblich	30	60	10

Mit Ausnahme von 2001 und 2002 war die Quote derer, für die ohne Arbeit keine Freiheit existiert, stets größer als der Anteil jener, die meinen, dass sich beides nicht widerspricht. 2007 wird mit 53 % (60 % der jungen Frauen!) der bisher höchste Anteil derer erreicht, die den Widerspruch artikulieren. Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit hat zu dieser Meinungsbildung signifikant beigetragen.

Dazu der Trend seit 1996:

Abbildung 1.5. 20 a: Arbeitslosigkeit und Freiheit



Fragetext: „Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“

1 Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

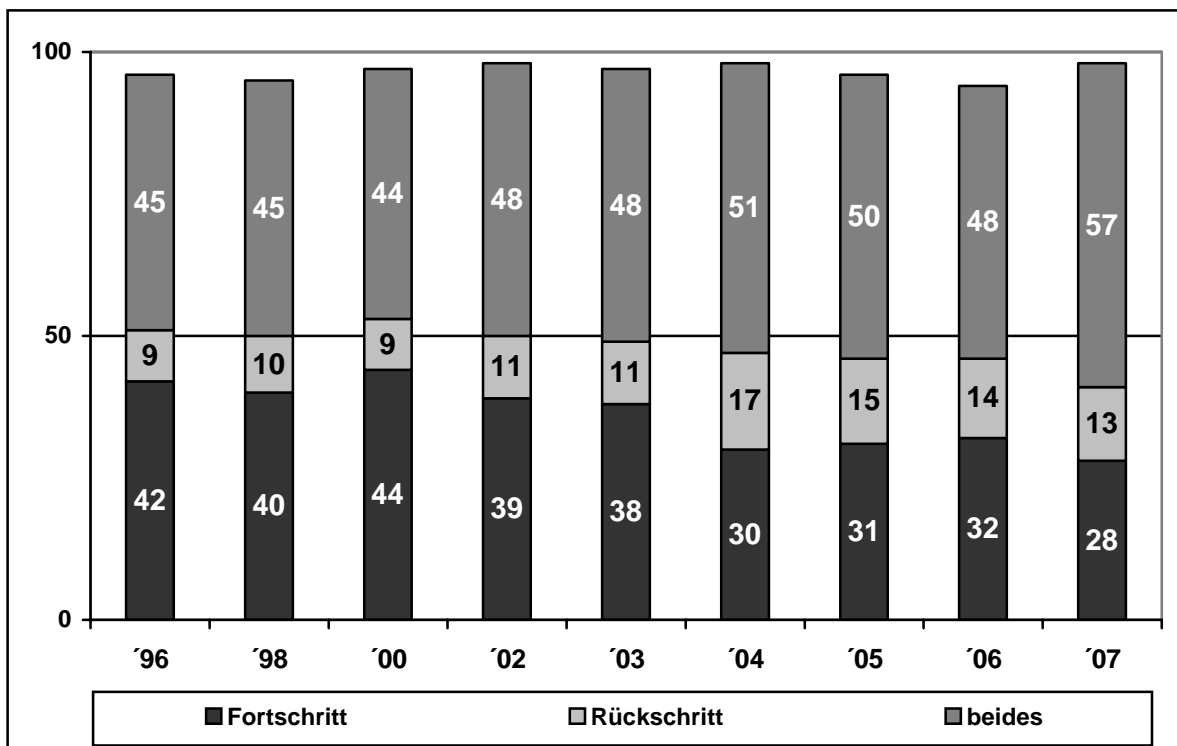
2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.

0 Das ist schwer zu sagen.

### 1. 5. 4. Die Entwicklung im Osten: Fortschritt oder Rückschritt?

Skepsis bzw. Kritik der Panelmitglieder gegenüber dem Gesellschaftssystem widerspiegeln sich nicht zuletzt in ihrem Urteil darüber, ob es sich bei den Veränderungen seit der Wende grundsätzlich eher um einen Fortschritt oder eher um einen Rückschritt handelt. Dazu liegen Trenddaten seit 1996 vor:

Abbildung 1.5.22: Fortschritt oder Rückschritt? Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2007:



Fragetext: „Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

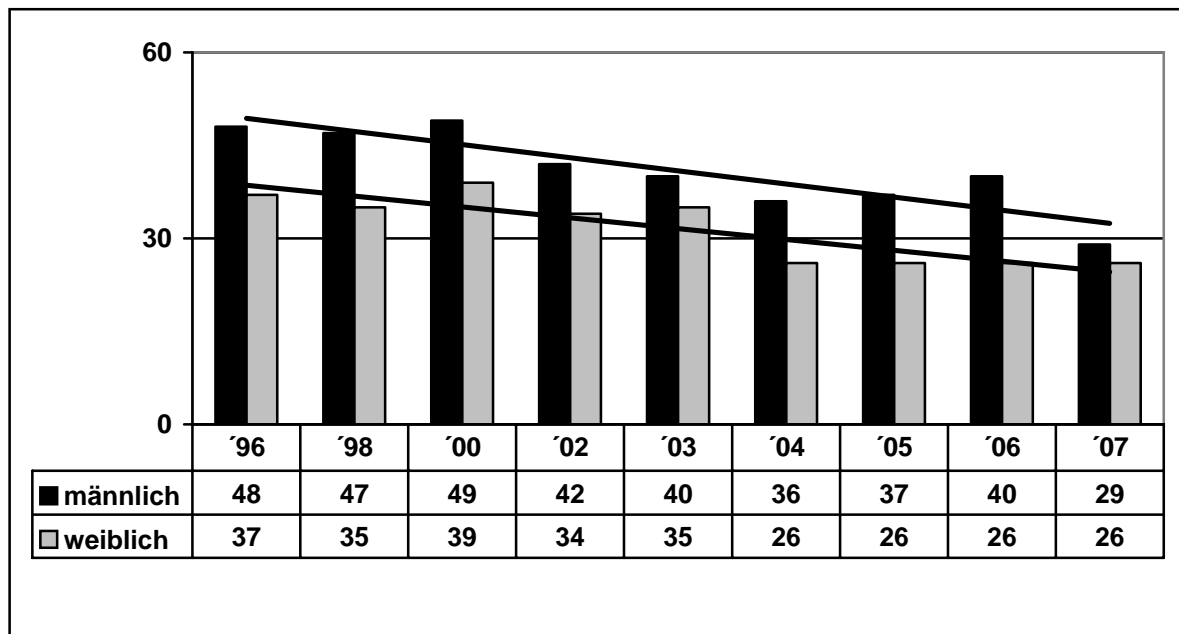
- 1 eher als Fortschritt
  - 2 eher als Rückschritt
  - 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
  - 0 Das ist schwer zu sagen.
- Abbildung ohne die sehr schwach besetzte Position 0 ( 2007: 2 %)

Die meisten erlebten die Veränderungen mit gemischten Gefühlen: teils als Fortschritt, teils als Rückschritt. Dieser Teil hat 2007 deutlich zugenommen.

**Zugleich ist aber der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland von ihren Erfahrungen her eher als Fortschritt betrachten, signifikant von 42 % 1996 auf 28 % 2007 zurückgegangen – Subjektives Echo der Transformation Ostdeutschlands und deren individueller Verarbeitung.**

Bei den jungen Frauen verlief diese Rücknahme eindeutiger als bei den jungen Männern, allerdings haben Letztere 2007 nahezu gleichgezogen:

Abbildung 1.5.23: Anteil derer, die die Entwicklung im Osten eher als Fortschritt bewerten, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Vor allem dieser Trend unterstreicht noch einmal, was die meisten Daten zeigen: dass die weiblichen Panelmitglieder die gesellschaftlichen Veränderungen im Osten noch viel kritischer bewerten als ihre männlichen Altersgefährten.

Auch diese Bilanz hat sehr viel mit den Urteilen der 34-Jährigen über die Verwirklichung der Ziele der 'friedlichen Revolution' zu tun:

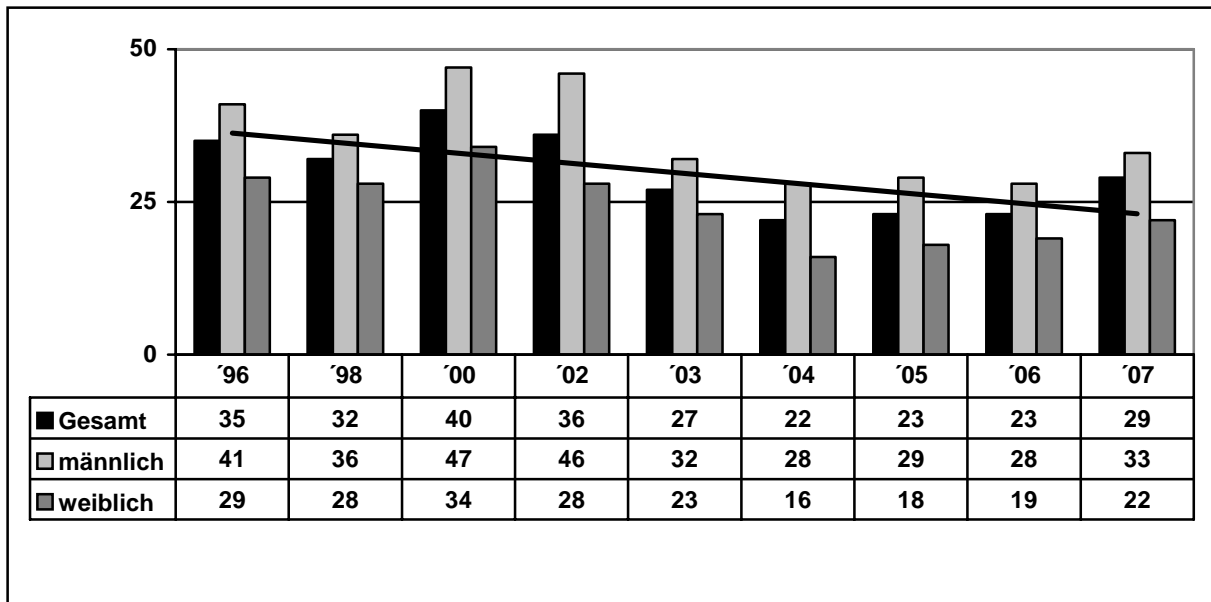
Tabelle 1.5.11: Zusammenhang von Urteil über die Verwirklichung der Ziele der 'friedlichen Revolution' und der Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung im Osten

Die Ziele ... sind heute Verwirklicht	Die Entwicklung bewerte ich als...				n
	1	2	3	0	
(vollkommen)	100	0	0	0	3)
im großen und ganzen	50	8	40	2	60
teils-teils	25	10	63	2	204
kaum	21	16	61	2	61
überhaupt nicht	6	33	58	3	33

Je weniger die Ziele der 'friedlichen Revolution' heute als verwirklicht angesehen werden, desto geringer ist der Anteil derer, die die gesellschaftliche Entwicklung subjektiv als Fortschritt bewerten bzw. desto mehr beurteilen sie diese als Rückschritt.

In der Tendenz werden diese Ergebnisse von den Angaben zur Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung bestätigt:

Abbildung 1.5.24: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung im Trend 1996 bis 2007



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden  
4 unzufrieden

Die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst; die Trendlinie bezieht sich auf die Gesamtgruppe.

Nach einer kurzfristigen Zunahme der Zufriedenheit 2000 und 2002 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) verläuft die Entwicklung danach regressiv, sowohl in der Gesamtgruppe als auch in den Geschlechtergruppen, bei den jungen Frauen auf einem deutlich niedrigeren Niveau als bei den jungen Männern.

Seit 1995 interessierten wir uns dafür, ob die Panelmitglieder das Leben im Kapitalismus eher als Chance oder eher als Risiko erfahren:

Tabelle 1.5.12: Neue Chancen – neue Risiken 2007

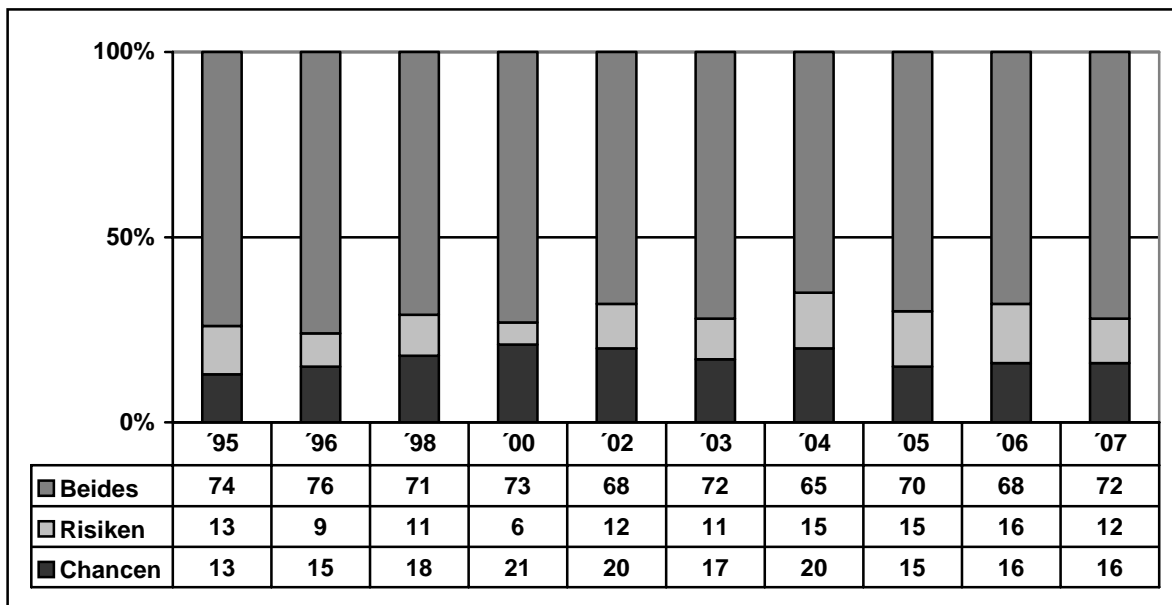
„Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern neue Chancen für die Lebensgestaltung bietet, aber auch neue, ungewohnte Risiken mit sich bringt.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?

- 1 die neuen Chancen überwiegen
- 2 die neuen Risiken überwiegen
- 3 Es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

	<u>Neue Chancen</u>	<u>neue Risiken</u>	<u>beides</u>	<u>n</u>
Gesamt 2007	16	12	72	361
Männlich	23	15	62	165
Weiblich	15	12	73	196
<u>Gefühlte Schichtenzugehörigkeit</u>				
(Oberschicht	100	0	0	6)
Mittelschicht	15	10	75	296
Unterschicht	10	23	67	61
Lebt im Osten	13	13	74	261
Lebt im Westen	25	19	66	102
<u>Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit</u>				
Null	23	4	73	109
1 bis 4 Monate	19	13	68	69
5 bis 11 Monate	15	13	72	20
12 Monate oder mehr	8	18	74	111
<u>Sicherheit des Arbeitsplatzes</u>				
Völlig sicher	41	4	56	27
Ziemlich sicher	17	11	72	246
Ziemlich unsicher	6	10	84	48
Völlig unsicher	4	36	59	22
<u>Angst vor (erneuter) Arbeitslosigkeit</u>				
Stark	3	17	81	36
Eher stark	8	16	76	62
Eher schwach	15	11	74	198
Schwach	33	7	60	67

Abbildung 1.5.25: Chancen und Risiken im Trend 1995 bis 2007



Zu allen Befragungszeitpunkten zwischen 1995 und 2007 überwog eindeutig die Auffassung, dass es heute sowohl Chancen als auch Risiken gäbe. Die Anteile der Extremgruppen sind durchweg gering, wobei zwischen 1996 und 2004 mehr meinten, dass es mehr Chancen gäbe als mehr Risiken; ab 2005 sind diese Relationen ausgeglichen.

## 1.6. Nur eine Minderheit hat noch Vertrauen zu den demokratischen Parteien

Als ein in verschiedener Hinsicht sehr aussagekräftiges Kriterium der Identifikation mit dem gegenwärtigen System wurde bereits von 1991 an die Haltung der Panelmitglieder gegenüber den demokratischen Parteien erfasst. Obwohl diese Studie sich ausdrücklich nicht als Parteienforschung versteht, sind durch diese Längsschnittdaten interessante Einblicke und Erkenntnisse entstanden, die hier in gebotener Kürze dokumentiert werden.

Die systemkritische Position der meisten Panelmitglieder äußert sich drastisch in ihrem geringen Vertrauen gegenüber faktisch allen politischen Parteien. Hier zunächst die Ergebnisse vom Sommer 2007 im zeitnahen Vergleich mit denen von 2005 und 2006:

Tabelle 1.6.01: Ausprägung des Vertrauens zu den Parteien 2005 bis 2007  
„Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“

1 sehr großes      2 großes      3 geringes      4 überhaupt keins

		1	2	(1+2)	3	4
CDU/CSU	2005	0	16	(16)	49	35
	2006	1	18	(19)	49	32
	2007	1	17	(18)	47	35
SPD	2005	0	9	(9)	57	34
	2006	0	16	(16)	58	26
	2007	0	12	(12)	55	33

DIE LINKE	2005	1	10	(11)	44	45
	2006	1	15	(16)	38	46
	2007	1	10	(11)	35	54
FDP	2005	1	9	(10)	39	51
	2006	1	12	(13)	45	42
	2007	1	7	(8)	44	48
Bündnis 90/ Die Grünen	2005	0	7	(7)	42	51
	2006	0	8	(8)	46	46
	2007	1	9	(10)	40	50
-----						
rechte Parteien	2005	0	2	(2)	12	86
	2006	1	2	(3)	8	89
	2007	0	2	(2)	9	89
zur Regierung	2007	0	15	(15!)	58	27

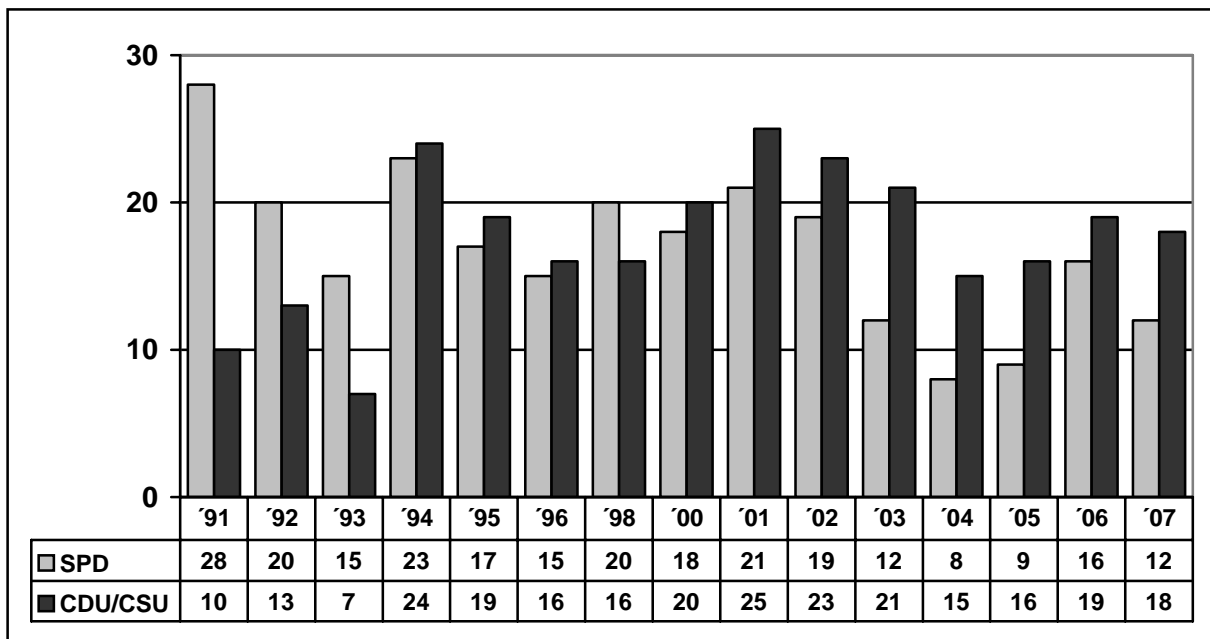
Wie schon in den Jahren zuvor (s. u.) sind auch 2007 die Quoten derer faktisch unerheblich, die den verschiedenen Parteien sehr großes (1) oder großes (2) Vertrauen entgegenbringen. Der positive Trend, der sich im Vorjahr in Bezug auf die SPD andeutete, ist 2007 wieder verschwunden.

Erwähnenswert ist, dass nach wie vor nur einzelne der jetzt 34-Jährigen Vertrauen zu rechten Parteien haben (2 %, darunter 4 % der männlichen bzw. Null % der weiblichen Panelmitglieder).

Die teilweise bis 1991 zurückgehenden Trends bestätigen die schwache Vertrauensbasis aller Parteien bei den Panelmitgliedern fast von Anfang an. Wir belegen das hier für die großen Parteien CDU/CSU und SPD sowie für die Grünen:

Abbildung 1.6.01 : Entwicklung der Quoten sehr großen bzw. großen Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2007 (die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst)





Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“  
 1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

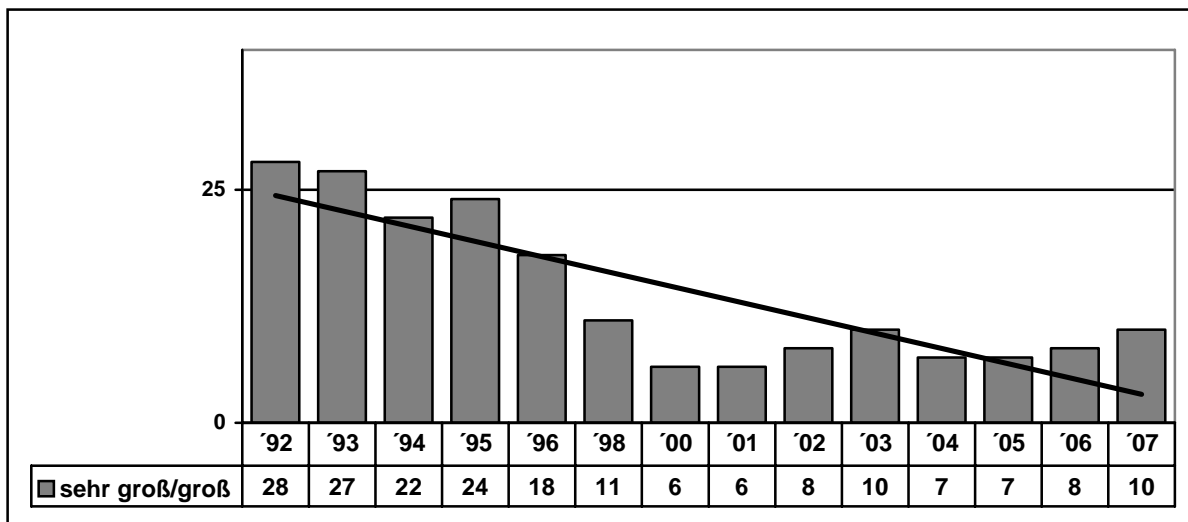
Die höchste Quote der Panelmitglieder überhaupt, die Vertrauen zu diesen zwei Parteien äußern, betrug 1991 28 % in Bezug auf die SPD (darunter sehr großes Vertrauen: 6 %). Selbst diese geringe Vertrauensquote wurde danach von keiner dieser Parteien wieder erreicht oder gar übertroffen.

Unübersehbar ist der deutliche Rückgang des Vertrauens zu CDU/CSU schon zwischen 1994 und 1998: Äußerten 1994 noch 24 % der Panelmitglieder sehr großes oder großes Vertrauen, sank dieser Anteil bis 1998 fast kontinuierlich und signifikant auf 16 % ab. Wesentlich ist: Dieser erhebliche Vertrauensverlust (dazu auf einem niedrigen Niveau) ging zeitgleich mit einem ebenfalls klaren Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System in diesem Zeitraum einher. Das heißt: Aus der Vertrauenskrise gegenüber den Unionsparteien entwickelte sich schon damals bei den Teilnehmern offensichtlich eine generelle Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System (ausf. siehe Förster 2002, S. 98 und 318). Nach dem Regierungswechsel 1998 stiegen die Vertrauensquoten gegenüber CDU/CSU (hier ablesbar an den Daten ab 2000) zunächst leicht an, um dann erneut signifikant zurückzugehen.

Auch die Vertrauensquoten gegenüber der SPD gingen nach dem Auf und Ab zwischen 1991 und 2001 ab 2002 erneut deutlich zurück, deutlicher sogar als hinsichtlich CDU/CSU. Mit dem starken Vertrauensverlust gegenüber der SPD korreliert wiederum der oben dokumentierte Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System.

Von den anderen Parteien gehen wir hier nur auf Bündnis 90/Grüne ein:

Abbildung 1.6.02: Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes (AP 1) oder großes (2) Vertrauen zu Bündnis 90/Die Grünen haben, im Trend 1992 bis 2007



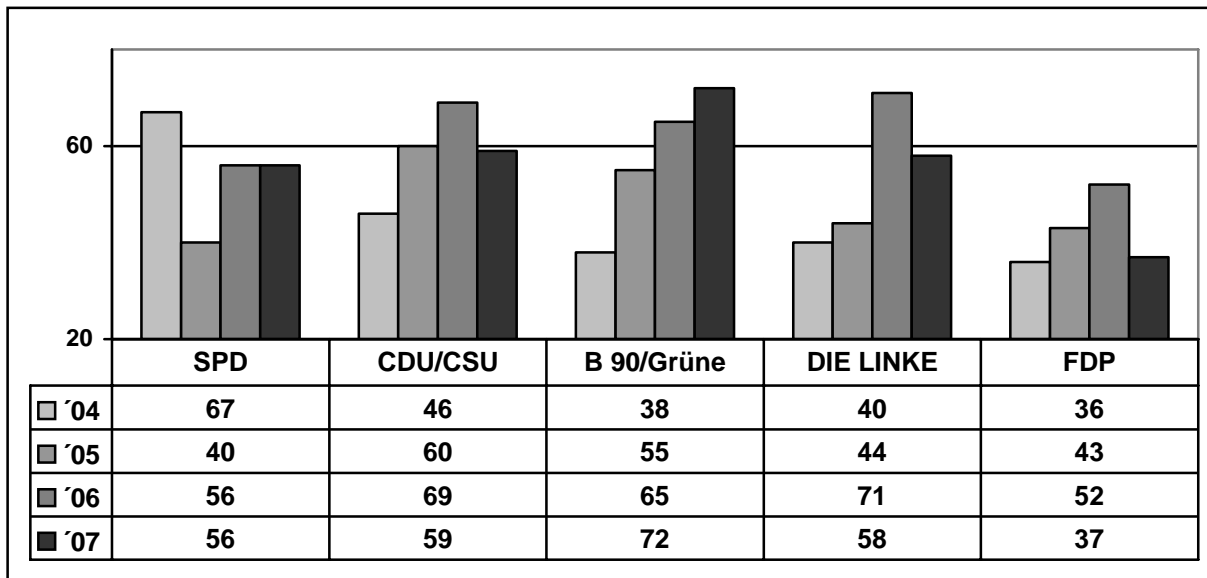
Zwischen 1992 (damals durchschnittlich 19,5 Jahre alt) und 2007 (jetzt 34 Jahre alt) verringerte sich der Anteil der Panelmitglieder, die sehr großes oder großes Vertrauen äußerten, dramatisch von 28 % auf 8 % 2006 bzw. 10 % 2007. Demgegenüber verdoppelte sich die Quote jener, die überhaupt kein Vertrauen zu ihnen haben (AP 4), von 25 % auf 50 %! Besonders hoch ist diese Quote seit der Bildung der rot-grünen Regierungskoalition (hier ab 2000). Aus einer nur 1992 gestellten Frage ging übrigens hervor, dass bei denen, die sich damals (mit 19 Jahren) überhaupt auf eine politische Richtung festgelegt hatten (60 %), mit 31 % die grün-alternative Richtung deutlich dominierte!

Zahlreiche differenzierte Zusammenhangsanalysen (Korrelationen) belegen übrigens, dass bei den Panelmitgliedern die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ erstaunlich wenig aussagen über das Vertrauen zu den entsprechenden Parteien, über ihre Parteibindungen. Einen solchen aussagekräftigen Vergleich können wir zwischen 1996 und 2007 mehrmals vornehmen.

Tabelle 1.6.02: Anteile der Panelmitglieder, die der Partei, die sie im jeweiligen Jahr bei der Sonntagsfrage „gewählt“ haben, zum gleichen Zeitpunkt sehr großes oder großes Vertrauen geschenkt haben (AP 1+2); in Klammer nur die Anteile der AP 1 „sehr großes Vertrauen“.

	2004	2005	2006	2007
SPD	67 (0)	40 (0)	56 (2)	56 (0)
CDU/CSU	46 (3)	60 (1)	69 (4)	59 (6)
Bündnis 90/Grüne	38 (10)	55 (0)	65 (5)	72 (11)
DIE LINKE	40 (7)	44 (3)	71 (6)	58 (7)
FDP	36 (11)	43 (9)	52 (10)	37 (7)
-----				
Rechte Parteien	37 (6)	35 (12)	75 (37)	50 (7) (n=14)

Abbildung 1.6.03: Anteile der Panelmitglieder, die der Partei, die sie im jeweiligen Jahr bei der Sonntagsfrage „gewählt“ haben, zum gleichen Zeitpunkt sehr großes oder großes Vertrauen geschenkt haben



Ablesbar ist, dass in den Jahren 2004 bis 2007 der Anteil derer, die den Parteien, die sie bei der Sonntagsfrage „gewählt“ haben, zugleich auch Vertrauen schenken, sehr variiert und generell unter den Erwartungen bleibt. Die Frage wirft sich auf, was diese Frage eigentlich misst.

Dafür spricht auch der hohe Wechsel von der einen Partei zu einer anderen selbst in kurzen Zeiträumen, hier zwischen 2006 und 2007:

Tabelle 1.6.04: Längsschnittvergleich der Parteipräferenzen zwischen 2006 (Alter: 33 Jahre) und 2007 (34 Jahre).

Grundlage: „Sonntagsfrage“. **Absolute** Werte; N = 355

#### **Gewählte Parteien 2007:**

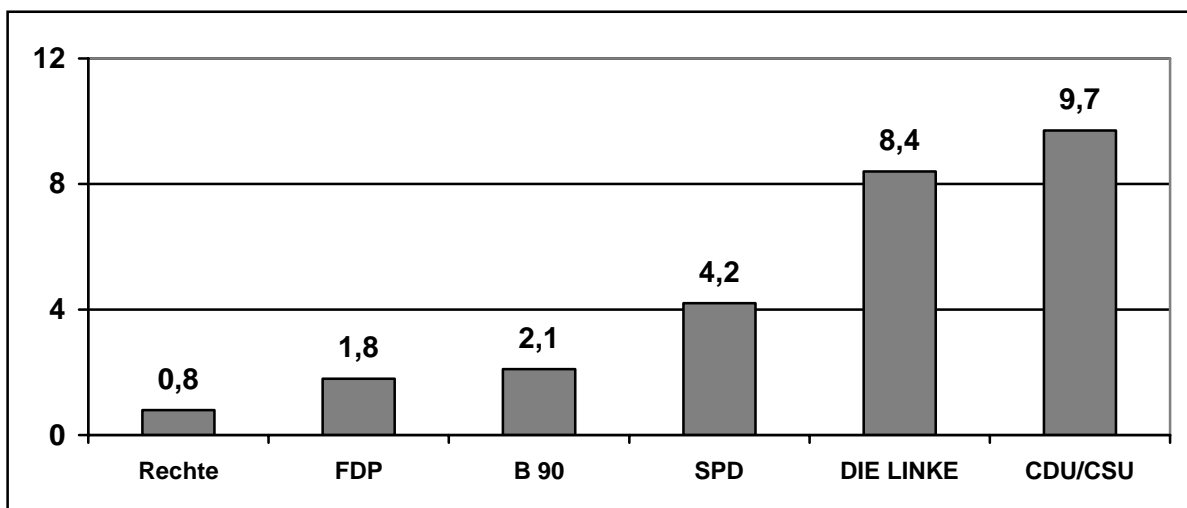
	würde nicht wählen	SPD	CDU/CSU	rechte P.	B90/G	PDS	FDP	andere
<b>Gewählte Parteien 2006:</b>								
würde nicht wählen	<b>72</b>	4	12	4	2	5	2	0
SPD	8	<b>27</b>	4	2	5	2	2	0
CDU/CSU	11	2	<b>48</b>	1	2	2	2	1
rechte P.	3	0	1	<b>4</b>	0	0	0	0
B90/Grüne	3	2	0	0	<b>12</b>	2	1	0
PDS	5	3	6	0	2	<b>44</b>	3	0
FDP	9	0	4	1	1	0	<b>15</b>	1

andere 4 0 2 2 2 1 0 2

Lassen wir jene außer Betracht, die beide Male erklärten, sich nicht beteiligen zu wollen (n=72= 20 %; im Vorjahr waren das 17 %), bzw. sich beide Male für „eine andere“ entscheiden (n=2=0,6 %), „wählen“ nur n= 150 = 42 % der Panelmitglieder 2007 wieder dieselbe Partei wie 2006! Im vergangenen Jahr betraf das beim Vergleich von 2006 gegenüber 2005 39 %, beim Vergleich 2005 zu 2004 waren es 38 %.

Beziehen wir das nun noch differenzierter auf die einzelnen Parteien, dann können wir prüfen, wie groß die Teilgruppen derer sind, die diese über den Zeitraum eines Jahres gewählt haben, gewissermaßen als „Stammwähler“ bezeichnet werden könnten. Die folgende Übersicht zeigt die Größe der Teilgruppen für die Jahre 2005, 2006 und 2007:

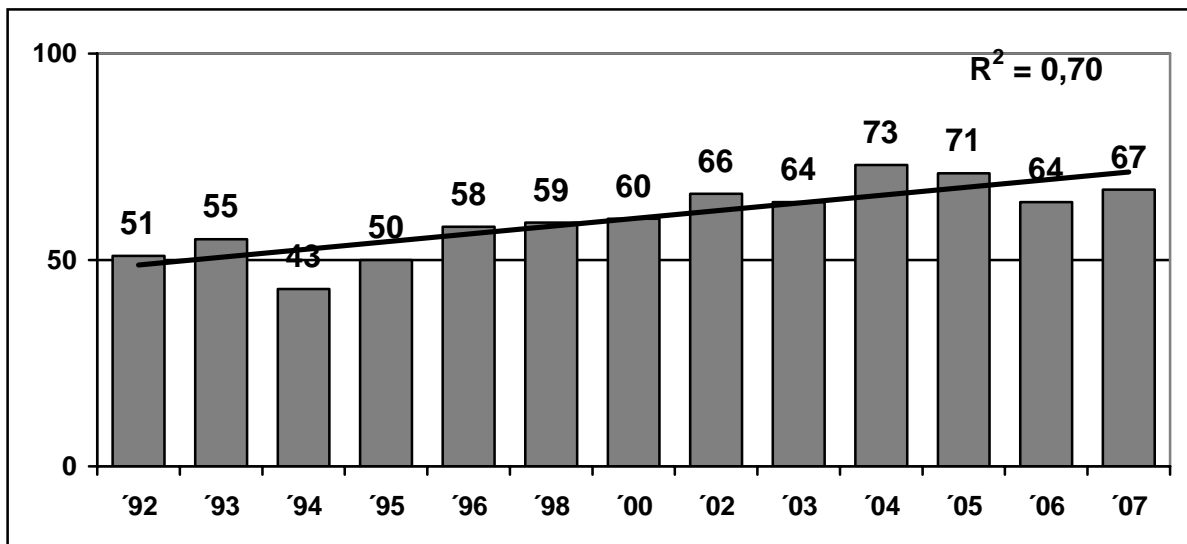
Abbildung 1.6.04: Größe der Teilpopulationen, die bei der Sonntagsfrage 2005, 2006 und 2007 immer dieselbe Partei „gewählt“ haben



Der Rede wert sind nur die Quoten im Hinblick auf CDU/CSU und DIE LINKE. „Parteibindungen“ über längere Zeiträume (hier drei Jahre) hinweg bestehen lediglich bei Minderheiten der 34-Jährigen.

Dieser gravierende „Schwund“ bereits nach kurzen Zeitabständen betrifft mehr oder weniger auch das Vertrauen dieser jungen Leute zu den Parteien, wir kommen deshalb noch einmal darauf zurück:

Abbildung 1.6.05: Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der das Gesellschaftssystem tragenden demokratischen Parteien SPD, CDU/CSU, FDP, B90/Grüne sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) Vertrauen haben, im Trend 1992 bis 2007



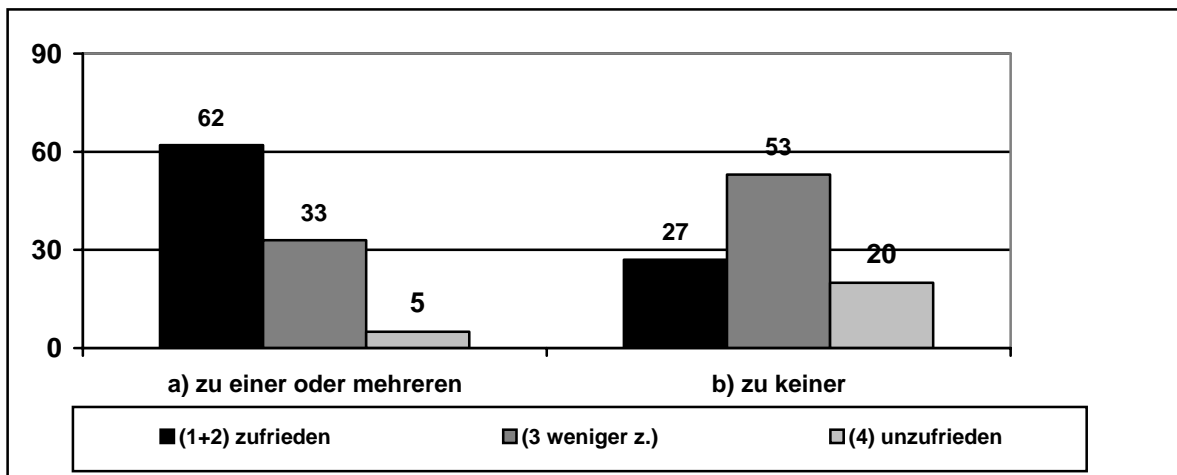
Die Werte beziehen sich auf die Prozentquote derer, die zu keiner dieser vier Parteien sehr großes (AP 1) oder großes (AP 2) Vertrauen geäußert haben.

Schon 1992 und 1993 war dieser Anteil ziemlich hoch, ging jedoch ab 1994 deutlich zurück, um danach wieder fast kontinuierlich anzusteigen auf 73 % im Jahre 2004 bzw. 71 % 2005, die bisher höchsten Quoten seit 1992 überhaupt. 2006 war ein Rückgang zu beobachten, möglicherweise im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen im Herbst 2005; darauf folgte 2007 allerdings wieder ein leichter Zuwachs.

Wesentlich ist, dass von diesen Panelmitgliedern, die keiner dieser vier systemtragenden Parteien vertrauen, 2007 mit 45 % überdurchschnittlich viele überhaupt nicht wählen gehen würden, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre! (2005 waren es 38 %, 2005 37 % und 2004 39 %), Tendenz leichte Zunahme! Vertrauen zu den Parteien und Wahrnehmung des Wahlrechts stehen (natürlich) in einer engen Wechselwirkung.

Aufmerksamkeit verdienen auch folgende Ergebnisse von 2007: Die große Untergruppe derer, die zu keiner der systemtragenden Parteien Vertrauen haben (2007 66 %; s. o.), fällt deutlich auf, wenn wir untersuchen, wie diese Panelmitglieder beispielsweise mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind:

Abbildung 1.6.06: Zufriedenheit mit der Demokratie bei Panelmitgliedern, die 2007 zu mindestens einer der etablierten Parteien (a) bzw. zu keiner (b) von ihnen großes Vertrauen haben



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

Die AP 1 und 2 wurden hier zusammengefasst.

Deutlich wird, dass sich die Subgruppen gravierend voneinander unterscheiden ( $p = < .0000$ ): Von den TeilnehmerInnen, die 2007 zu keiner der vier Parteien Vertrauen haben (b = rechte Seite), sind lediglich 27 % mit der Demokratie zufrieden (AP 1+2, darunter 1 % sehr zufrieden); von jenen, die zumindest zu einer der vier Parteien Vertrauen haben (a) = linke Seite), dagegen 62 %! Auch in diesem Falle haben wir es natürlich nicht mit linearen Abhängigkeiten, sondern mit Wechselwirkungen zu tun.

Die verbreitete Unzufriedenheit der Panelmitglieder mit der Demokratie, mit der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt geht demnach in beträchtlichem Maße auf die sehr schwache Vertrauensbasis der das jetzige System tragenden demokratischen Parteien zurück.

Gestützt werden diese Ergebnisse durch eine spezielle Analyse weiterer Daten, die sich auf die Interessenvertretung durch die Parteien beziehen. Dazu liegen Daten seit der 9. Welle 1993 vor:

Tabelle 1.6.05: Erlebte Interessenvertretung durch die Parteien im Trend 1993 bis 2007

„Von welcher der folgenden Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten?“ (nur eine Angabe)

Welle	9.	10.	11.	12.	13.	14.	16.	17.	18.	19.	20.	21.
Jahr	'93	'94	'95	'96	'98	'00	'02	'03	'04	'05	'06	'07
<b>von keiner:</b>	<b>51</b>	<b>31</b>	<b>44</b>	<b>48</b>	<b>48</b>	<b>45</b>	<b>43</b>	<b>48</b>	<b>54</b>	<b>57</b>	<b>53</b>	<b>56</b>
01	10	14	9	11	18	13	13	12	7	9	9	8
02	7	20	21	16	12	22	20	19	16	15	16	14
03	4	3	2	3	2	2	1	2	3	2	1	2
04	16	12	9	11	6	3	3	6	5	3	4	6
05	7	16	14	9	11	10	12	8	10	10	11	9

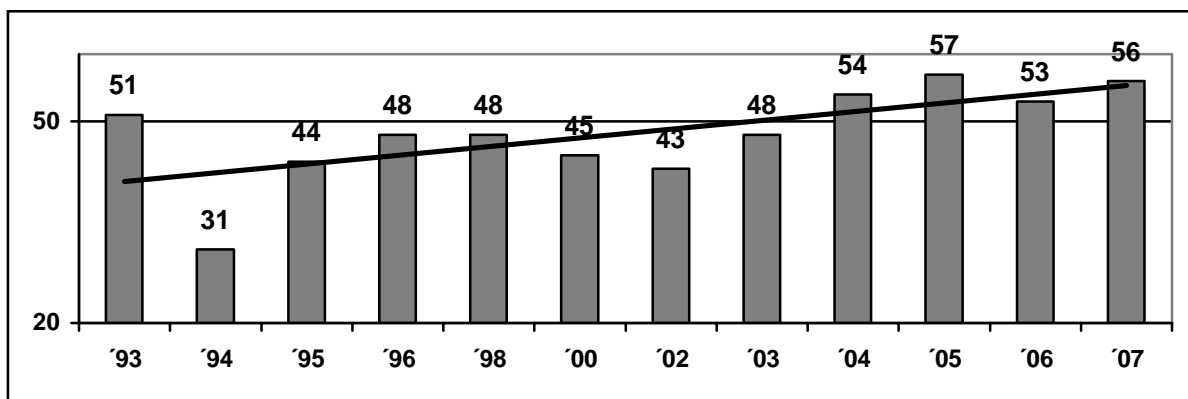
06	4	2	1	2	2	3	4	5	5	4	4	4
07	1	2	0	0	1	2	4	0	0	0	1	1
N	232	250	316	355	368	398	419	419	414	384	393	376

**Codierung:**

01 = SPD            02 = CDU/CSU    03= rechte Partei        04= B99/Grüne  
05 = DIE LINKE    06 = FDP            07= andere

Wir stellen zunächst die Quoten derer noch einmal graphisch dar, die sich jeweils für die Antwortposition „von keiner“ entschlossen haben:

Abbildung 1.6.08: Prozentanteile der Panelmitglieder, die keine der Parteien als „ihren Interessenvertreter“ ansehen, im Trend 1993 bis 2007 (hier alle oben genannten Parteien).



Außer 1994 streuen die Anteile um die 50 % - Marke, generelle Tendenz zunehmend!

Wir haben hier nicht die Möglichkeit, diese brisanten Quoten im Einzelnen zu interpretieren, sondern wollen (wie oben bei der „Sonntagsfrage“) prüfen, wie konstant diese Angaben eigentlich über mehrere Jahre hinweg sind. Bereits die Längsschnittkorrelation zwischen 20. und 21. Welle lässt erkennen, dass diese Konstanz sehr gering ist: Nur 29 % schätzen ein Jahr später dieselbe Partei erneut als ihren Interessenvertreter ein, alle anderen führten jetzt eine andere oder überhaupt keine an! 2006 betrug diese Quote gegenüber dem Vorjahr sogar nur 23 %.

Zur Veranschaulichung dieser starken Fluktuation stützen wir uns nochmals auf den Ausschnitt einer (realen) Tabelle zu den Parteien als genannte Interessenvertreter einzelner Panelmitglieder zwischen 2000 und 2007 (wir ergänzen dazu die Tabelle von 2006 durch die Daten von 2007, jede Partei könnte demnach theoretisch 7mal genannt werden).

Tabelle 1.6.06: Parteien als Interessenvertreter im Zeitraum von 2000 und 2007 (Ausschnitt)

Panelmitglied	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
0001	2	7	2	0	2	2	0
0002	4	4	4	4	1	4	4
0003	0	0	0	0	0	0	0
0004	0	2	0	6	0	0	0

0005	0	0	0	0	0	0	0
0006	2	2	0	2	2	kA	kA
0007	2	2	2	6	0	0	kA
0008	5	5	5	5	5	5	5
0009	0	2	2	2	2	2	2
0010	2	2	2	6	6	2	2
0011	0	5	0	0	0	0	0
0012	0	0	0	0	0	0	0
0013	1	0	0	0	0	1	0
0014	2	2	2	2	2	2	2
0015	0	1	0	0	0	0	0
0016	2	2	2	kA	kA	0	2
0017	0	0	0	4	0	0	0
0018	5	5	5	0	5	5	5
0019	7	7	1	3	1	5	0
0020	5	5	5	5	5	5	5
0021	kA	1	0	0	2	2	2
0022	0	0	0	0	0	0	0
0023	6	0	6	2	0	6	6
0024	2	2	2	2	2	2	2
0025	1	1	6	6	6	6	6
0026	0	0	0	0	0	0	0
0027	5	6	0	5	0	5	5
0028	0	5	0	0	5	5	0
0029	5	6	6	6	6	6	6
0030	1	0	1	1	1	1	0

Die Ziffern stehen für folgende Parteien:

1 = SPD / 2 = CDU-CSU / 3 = rechte Partei / 4 = B90/Die Grünen / 5 = Linkspartei.  
PDS/ DIE LINKE;  
6 = FDP / 7 = andere / 0 = von keiner / kA = keine Antwort

Schon exemplarisch ist aus den Konfigurationen erkennbar: Konstante Nennungen einer bestimmten Partei sind ziemlich selten; vielfach ist ein Wechsel verschiedener Parteien zu beobachten, je nachdem, wie die Panelmitglieder diese zum jeweiligen Befragungszeitpunkt als Vertreter ihrer Interessen auffassen bzw. erleben.

Für einen Überblick in der Gesamtpopulation berechnen wir die Häufigkeit, mit der jede der vorgegebenen Parteien in den letzten 6 Jahren seit 2002 (also ohne 2000) als „Interessenvertreter“ genannt wurde, d. h. zwischen Null und sechsmal. Null mal bedeutet, die Partei kommt als Interessenvertreter überhaupt nicht vor; sechsmal bedeutet, sie ist in diesen sechs Jahren immer genannt worden (Berechnungen über 7 oder mehr Jahre sind sinnlos).

Der Mittelwert zeigt die Position auf einer „Interessenvertreter-Skala“ von 0 bis 6 Punkten. Je höher dieser Wert, desto dauerhafter schätzen die jungen Erwachsenen die jeweilige Partei als ihren Interessenvertreter ein:

Tabelle 1.6.7: Häufigkeit der Nennungen der 6 Parteien als „bester Interessenvertreter“ der Panelmitglieder zwischen 2002 und 2007 in Prozent (N = 340; nach dem Mittelwert X geordnet)

---

6x    5x    4x    3x    2x    1x    0x            X

---



CDU/CSU	6	2	3	4	7	11	67	0,97 (x)
SPD	1	2	3	2	6	13	73	0,61
LINKE	3	2	2	2	5	8	78	0,60
B 90/Grüne	0	1	2	1	3	3	90	0,27
FDP	0	2	1	0	2	5	90	0,24
Rechte P.	1	0	0	1	1	2	95	0,13

(X) 2006 wurde für CDU/CSU ein fehlerhafter Mittelwert ermittelt, der hier korrigiert ist.

Am „besten“ schneiden bei den Panelmitgliedern in dieser Zeitspanne von sechs Jahren die Unionsparteien ab: Sechs Prozent nennen sie in allen sechs Jahren. Allerdings ist diese Position dennoch sehr relativ zu sehen, anerkennen doch ihr (d. h. CDU/CSU) gegenüber 67 % der TeilnehmerInnen kein einziges Mal, ihre Interessen „am besten“ zu vertreten. Die übrigen 33 % verteilen sich über die gesamte Skala, wobei bei ihr mit 8 % der Anteil derer am höchsten ist, die sie sechs- oder fünfmal genannt haben.

Mögliche Berechnungen über noch längere Zeitspannen erweisen sich faktisch als wenig sinnvoll, sie unterstreichen lediglich die Grundtendenz: Die sechs einbezogenen Parteien wurden zwischen 2002 und 2007 nur von Minderheiten der jetzt (2007) 34-Jährigen als Vertreter ihrer Interessen erfahren und bewertet.

Alles in allem verdichten sich diese Ergebnisse bei den 34-Jährigen zu dem Fazit, dass es faktisch keiner Partei gelungen ist, ihr gegenüber eine großemäßig relevante, nachhaltige, gefestigte Vertrauensbasis zu entwickeln und als Vertreter ihrer Interessen erlebt zu werden. Damit fallen sie weitgehend bei der Lösung ihres Anliegens aus, an der politischen Willensbildung dieser jungen Bürger und Wähler mitzuwirken.

Dazu passt, dass 2007 ein reichliches Drittel der Auffassung zustimmt, die Parteien „seien eigentlich überflüssig“:

Tabelle 1.6.08: Bejahung der Notwendigkeit der Parteien 2007

„Die Parteien sind eigentlich überflüssig.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
Gesamt	16	19	(35)	33	19	13	2,9	359
Männlich	15	19	(34)	29	20	17	3,1	164
Weiblich (ns)	17	19	(36)	36	18	10	2,8	194

Zufriedenheit mit der Demokratie:

Sehr zufrieden	0	0	(0)	12	25	63	4,5	8
Zufrieden	6	16	(22)	27	30	21	3,4	125
Weniger zufrieden	20	20	(40)	38	14	8	2,7	174
Unzufrieden (s.)	30	27	(57)	30	9	4	2,3	53

Parteipräferenz 2007 (Auswahl):

<b>Würde nicht wählen</b>	<b>29</b>	<b>18</b>	<b>(47!)</b>	<b>36</b>	<b>13</b>	<b>4</b>	<b>2,4</b>	<b>112</b>
DIE LINKE	14	20	(34)	41	17	8	3,7	59
FDP	19	11	(30)	27	23	19	3,1	26
CDU/CSU	5	22	(27)	31	19	22	3,3	80
SPD	7	18	(25)	27	25	23	3,4	40
B 90/Grüne	4	8	(12)	24	40	24	3,7	25

Auffällig und relevant ist vor allem die bei rund der Hälfte der „potenziellen Nichtwähler“ anzutreffende Zustimmung! Nicht unerwartet ist der (wechselseitige) enge Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie.

Die interessanten Wechselbeziehungen in Bezug auf die einbezogenen Parteien im Trend betrachtet können wir erst zu einem späteren Zeitpunkt auswerten.

Abschließend wollen wir noch kurz die Beziehungen untersuchen, die zwischen der Links-Rechts-Einstufung einerseits und der Haltung zu den Parteien bestehen. Zunächst der Trend dieser Selbsteinstufung, die von 1992 an untersucht wurde:

Tabelle 1.6.08: Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum im Trend 1992 bis 2007.

„Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen „links“ und „rechts“ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“

- 1 links
- 2 eher links als rechts
- 3 weder links noch rechts
- 4 eher rechts als links
- 5 rechts
- 0 Das weiß ich (noch) nicht

Hier werden die AP wie folgt zusammengefasst:

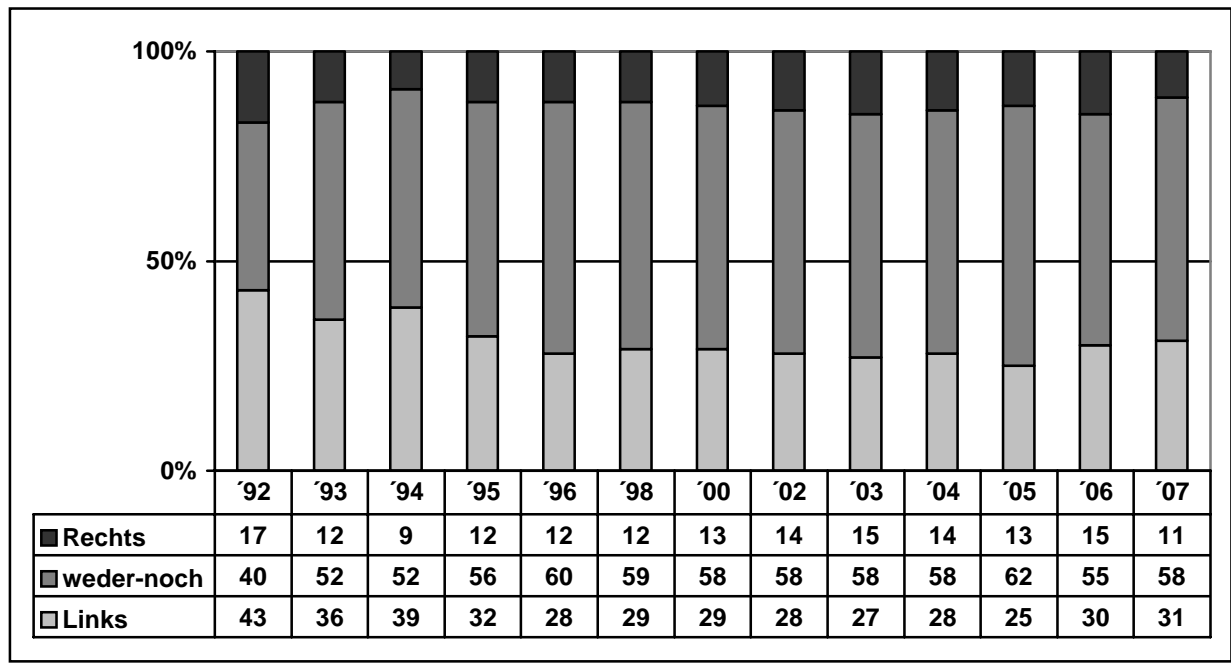
1 + 2 = 1 = Links; 3 = 2 = weder-noch; 4+5= 3 = Rechts;

Die (ohnein sehr schwach besetzte) AP „weiß ich nicht“ wird zwecks Mittelwertberechnung weggelassen.

	1 Links	2 weder-noch	3 rechts	X	n
1992	43	40	17	1,7	168
1993	36	52	12	1,8	216
1994	39	52	9	1,7	238
1995	32	56	12	1,8	302
1996	28	60	12	1,8	344
1998	29	59	12	1,8	354

2000	29	58	13	1,8	381
2002	28	58	14	1,9	403
2003	27	58	15	1,9	403
2004	28	58	14	1,9	392
2005	25	62	13	1,9	371
2006	30	55	15	1,9	365
2007	31	58	11	1,8	369

Abbildung 1.6.09: Links-Rechts-Selbsteinstufung im Trend 1992 bis 2007



Zwischen 1992 (zuvor wurde diese Frage nicht gestellt) und 2005 ging der Anteil der Linksorientierten von 43 % auf 25 % zurück, stieg 2006 und 2007 wieder leicht auf 30 % bzw. 31 %. Das reicht nicht, um bei dieser Altersgruppe von einem „Linksruck“ zu sprechen. Der Anteil der Vertreter der Mitte stieg seit 1995/96 von 40 % auf 58 % deutlich an. Als „Rechte“ betrachteten sich (abgesehen von 17 % 1992) zwischen 11 % und 15 %.

Diese Trends müssen noch differenzierter analysiert werden, auch unter dem Aspekt der dahinterstehenden Persönlichkeitsmerkmale.

Hier interessieren vor allem die Unterschiede in den Parteibindungen:

Tabelle 1.9.: Links-Rechts-Einordnung und Parteipräferenz 2007  
Die AP 1+2 wurden zu „Links“ zusammengefasst, die AP 4+5 zu „Rechts“.

**Bei der „Sonntagsfrage“ gewählte Parteien:**

würde nicht wählen	SPD	CDU/CSU	rechte P.	B90/G PDS	FDP	andere	n
--------------------	-----	---------	-----------	-----------	-----	--------	---

**Links**

2004	19	17	11	0	18	30	3	2	109
2005	14	27	8	0	13	33	4	1	93
2006	15	26	8	0	15	31	5	0	108
2007	19	16	11	0	18	32	4	0	115

**Mitte**

2004	37	5	27	1	4	10	11	5	226
2005	32	11	29	1	3	11	8	5	227
2006	33	12	24	0	2	14	10	5	200
2007	40	9	28	1	2	9	9	2	212

**Rechts**

2004	22	0	36	24	2	9	5	2	55
2005	29	4	19	29	0	4	4	11	48
2006	29	5	29	14	0	3	11	9	56
2007	19	5	32	27	2	5	10	0	41

Diese Daten bedürfen noch einer genaueren Betrachtung. Aber auch wenn wir sie angesichts des zum Teil geringen Umfangs der Untergruppen nicht zu ihrem Nennwert nehmen, vermitteln sie allen Parteien einige überraschende Einsichten. Überraschungen beinhalten auch die Angaben der Panelmitglieder, von welchen Parteien sie sich „am besten vertreten fühlen“:

Tabelle 1.6.10 Links-Rechts-Einordnung und gefühlte Interessenvertretung durch die Parteien

**Als „Interessenvertreter“ gewählte Parteien:**

	Keine!	SPD	CDU/ CSU	rechte P.	B90/G	PDS	FDP	andere	n
<b>Links</b>									
2004	33	17	8	0	14	26	2	0	109
2005	42	19	5	0	10	22	2	0	94
2006	35	20	8	0	12	24	0	1	108
2007	41	13	7	0	15	21	3	0	114
<b>Mitte</b>									
2004	66	3	17	0	3	4	7	0	228
2005	63	6	19	1	2	5	4	0	229
2006	63	5	18	0	1	7	5	1	200
2007	68	5	18	0	1	4	3	1	212
<b>Rechts</b>									
2004	45	0	29	16	0	4	4	2	55
2005	48	6	17	17	0	4	4	4	48
2006	47	5	23	9	0	4	7	5	56
2007	39	5	27	15	2	2	7	3	41

Im Rahmen dieser Fragenbatterie wurde auch das Vertrauen zur jetzigen Regierung erfasst:

Tabelle 1.6.10: Vertrauen zur jetzigen Regierung 2007  
„Inwieweit haben Sie Vertrauen zur jetzigen Regierung?“

	1 sehr großes	2 großes	3 geringes	4 überhaupt keins
	1	2	(1+2) 3	4
Gesamt	0	15	(15) 58	27

<u>Sonntagsfrage:</u>				
CDU/CSU	1	38	(39) 55	6
SPD	0	27	(27) 63	10
FDP	0	11	(11) 63	26
B 90/Grüne	0	11	(11) 78	11
DIE LINKE	0	3	(3) 68	29
„Nichtwähler“ (=32 % !)	0	3	(3) 53	44!

Lebt im Osten	0	16	(16) 57	27
Lebt im Westen/ Ausland	1	11	(12) 63	25

Gefühlte Zugehörigkeit zu Schichten:

(Oberschicht	0	67	(67) 33	0 (n=6)
Mittelschicht	0	15	(15) 59	26
Unterschicht	0	8	(8) 59	33

Überdurchschnittlich starkes Vertrauen zur jetzigen Regierung haben die „Wähler“ von CDU/CSU (39 %) und SPD (27 %), besonders geringes Vertrauen die Wähler der LINKEN und der potenziellen Nichtwähler, die aber in dieser Population immerhin ein Drittel ausmachen!

## 1.7 Aktuelle Erfahrungen werten das zu DDR-Zeiten vermittelte politische Wissen auf

Deutliche Kritik am kapitalistisch verfassten System äußert sich auch darin, dass erstaunlich viele Panelmitglieder der jetzigen Gesellschaft Merkmale zuschreiben, die ihnen im früheren Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt wurden. Dazu werden ihnen seit mehreren Jahren einige damals typische Aussagen vorgelegt, zu denen sie angeben, ob sie ihren heutigen Erfahrungen zufolge zutreffen. 2007 führte das u. a. zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 1.7.01: Aktuelle Auffassung der 34-Jährigen zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende im Jahr 2007 (Auswahl)

- 1 ja
- 2 nein
- 0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“	85	6	9
„Stimmt die damalige These, dass im Gesellschaftssystem der BRD die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten?“	69	12	19
„ Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“	62	19	19
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“	53	26	21
„Stimmt es, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem eine Quelle von Konflikten und Kriegen ist?“	48	20	32

Bemerkenswert viele stimmen den damaligen Lehrsätzen zu:

- Immerhin über drei Viertel der Panelmitglieder (85 %) halten 2007 die Behauptung für richtig, dass die eigentlichen Mächtigen die großen Konzerne und Banken wären.

- Knapp zwei Drittel (69 %) halten die damalige These heute für richtig, wonach die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten würden.

- Fast zwei Drittel (62 %) meinen, dass die ihnen früher vermittelten Thesen der Existenz von Ausbeutung heute tatsächlich zutreffen würden.

- Über die Hälfte (53 %) stimmt zu, dass es in der Bundesrepublik Klassenkampf geben würde.

- Knapp die Hälfte (48 %) schließen sich der Aussage an, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem eine Quelle von Konflikten und Kriegen sei.

Wir schließen die vorliegenden Trends an (2006 nicht erfragt):

Tabelle 1.7 02: Heutige Auffassung der Panelmitglieder zu zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts vor der Wende

1 ja  
2 nein  
0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
„Stimmt die damalige Behauptung, dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind?“			

2000	76	8	16
2002	75	8	17
2003	75	8	17
2004	78	6	16
2005	80	6	14
2007	85	6	9
<u>„Sonntagsfrage“ Wähler von:</u>			
DIE LINKE	93	5	2
(Rechte	92	0	8 n=13)
Nichtwähler	85	3	12
FDP	85	11	4
SPD	82	10	8
B 90/Grüne	80	4	16
CDU/CSU	79	9	12

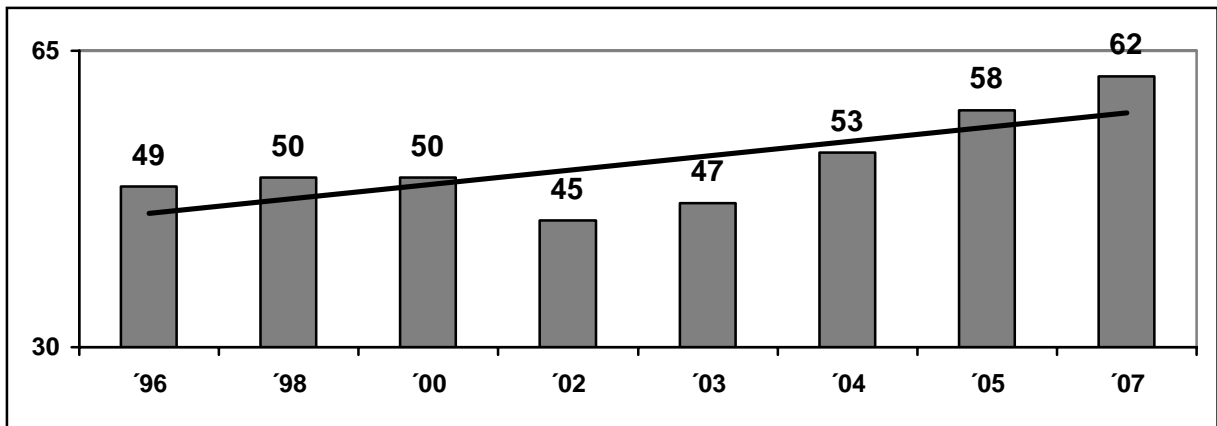
„Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf?“

1996	53	18	30
1998	48	21	31
2000	51	25	24
2002	54	23	23
2003	51	23	26
2004	52	27	21
2005	52	26	22
2007	53	26	21

„Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach ihren heutigen Erfahrungen zu?“

1996	49	21	30
1998	50	24	26
2000	50	29	21
2002	45	29	26
2003	47	26	27
2004	53	22	25
2005	58	17	25
2007	62	19	19

Abbildung 1.7.01: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass in der BRD die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten, im Trend



„Sonntagsfrage“ Wähler von:			
DIE LINKE	91	2	7
Nichtwähler	71!	12	17
(Rechte	62	15	23 n=13)
B 90/Grüne	52	28	20
FDP	50	31	19
SPD	47	23	30
CDU/CSU	43	32	25

„Stimmt die damalige These, dass im Gesellschaftssystem der BRD die herrschenden Politiker in erster Linie die Interessen der Reichen und Mächtigen vertreten?“

2004	64	15	21
2005	64	13	23
2007	69	12	19

„Und stimmt es, dass das kapitalistische Gesellschaftssystem eine Quelle von Konflikten und Kriegen ist?“

2007	48	20	32
------	----	----	----

Die Trends der einzelnen Items zeigen, dass im Zeitverlauf die Zustimmungsraten deutlich zugenommen haben im Hinblick auf die Aussagen

- „dass die eigentlichen Machthaber die großen Konzerne und Banken sind“ (von 76 % 2000 auf 85 % 2007);

- „BRD als Gesellschaft, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten.“ (von 49 % 1996 nahezu kontinuierlich auf 62 % 2007!).

Erwähnenswert ist, dass keine gesicherten Zusammenhänge zwischen den Antworten der Panelmitglieder auf diese Fragen mit ihren Abschlussnoten der 10.



Klasse im Fach Staatsbürgerkunde bestehen, wohl aber mit ihren persönlichen Erfahrungen mit dem jetzigen Gesellschaftssystem.

Für diese Berechnungen wurde mit den angeführten Aussagen ein Summenindex „Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichts“ gebildet, der zwischen Null Punkten (keine Zustimmung) und 5 Punkten (Zustimmung zu allen fünf) liegt.

Tabelle 1.7.03: Stabü-Note 1989 und Ausprägung des Indexes „Heutige Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichtes“ 2007

	Index: Punktverteilung in %						X	n
	0	1	2	3	4	5		
Gesamt	11	8	14	20	30	17	3,0	383

Stabü-Note

Frühjahr 1989

1	11	8	13	15	34	19	3,1	121
2	12	8	10	25	28	17	3,0	158
3	11	5	23	21	27	13	2,9	75
4,5	12	0	18	12	35	23	3,3	17

(P = .674; ns).

Zwischen der damaligen Stabü-Note und dem aktuellen Index besteht eine Nullkorrelation. Andererseits korreliert die Zustimmung zu den angeführten Aussagen hoch mit Aussagen über das heutige System. Wir führen dazu ein typisches Beispiel an:

Tabelle 1.7.04: Zurechtkommen mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen und Index „Heutige Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichtes“ 2007

	Index: Punktverteilung in %						X	n
	0	1	2	3	4	5		
„Wie kommen Sie mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“								
1 vollkommen	14	15	18	17	26	9	2,5	69
2	11	7	14	22	31	15	3,0	194
3	9	6	11	21	28	25	3,3	102
4,5 nicht	0	0	8	8	54	31	4,1	13

(s)

Die AP 4 + 5 wurden in der Tabelle zusammengefasst. Je weniger die Panelmitglieder 2007 mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht kommen, desto kritischer sind ihre Einschätzungen der Bundesrepublik (Index).

Tabelle 1.7.06: Index „Heutige Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichtes“ vor der Wende über die BRD und Einstellung zu einem reformierten Sozialismus 2007

„Ein reformierter Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Index	1	2	(1+2)	3	4	5	n	X-quer
0	5	9	(14)	22	25	39	41	3,8
1	7	17	(24)	38	14	24	29	3,3
2	6	16	(22)	46	17	15	52	3,2
3	16	13	(29)	43	22	6	77	2,9
4	34	27	(61)	25	10	4	114	2,2
5	29	39	(68)	18	11	3	65	2,2
	20	22	(42)	31	15	12	378	2,7

(s)

Je kritischer die Urteile über die heutige BRD, desto häufiger schließt diese Kritik auch den Wunsch nach einem reformierten Sozialismus ein.

Tabelle 1.7.07: Index „Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichtes“ 2007 und generelle Protestbereitschaft:

„Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen“

Index	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
0	7	17	(24)	37	15	24	3,3	41
1	3	10	(13)	48	28	10	3,3	29
2	16	17	(33)	27	23	17	3,1	52
3	20	19	(39)	39	12	10	2,7	77
4	20	33	(53)	29	13	5	2,5	114
5	43	20	(63)	28	5	4	2,1	65

(s)

Je höher der Punktwert und damit die Kritik an der heutigen BRD, desto stärker die Unterstützung der Aussage, die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen. Wiederholt sei, dass wir es hier in allen Fällen mit Wechselwirkungen zu tun haben, die für die Beurteilung des politischen Bewusstseins dieser jungen Erwachsenen durchaus von Interesse sind, besonders wenn man sie in ihrer Veränderung betrachtet.

Aufschlussreich ist auch der Zusammenhang mit der persönlichen Protestbereitschaft:

Tabelle 1.7.08: Index „Zustimmung zu Aussagen des Stabü-Unterrichtes“ 2007 und persönliche Protestbereitschaft

„Würden Sie sich selbst an Protestaktionen (Demonstrationen, Streiks) beteiligen?“

Index	ja, auf jeden Fall	ja, wahrscheinlich	nein	n
0+1 Punkte	4	30	66	53
2+3 Punkte	6	43	51	127
4+5 Punkte	16	47	37	179

(Die Index-Skala wurde zusammengefasst: 0 + 1 Punkt; 2+3 Punkte; 4+5 Punkte)

Panelmitglieder mit höherer Punktzahl (= stärkere Kritik, definiert an den fünf erwähnten Merkmalen) sind erheblich häufiger zu persönlichen Protestaktionen bereit als jene mit geringerer: AP 1+2: 63 % gegenüber 34 %. In den Köpfen besteht durchaus ein relevanter Zusammenhang.

Ein signifikanter Zusammenhang besteht auch zu der These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ Zunächst der Trend dazu:

Tabelle 1.7.08: Zustimmung zur These „Es war nicht alles falsch, was wir in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben.“ im Trend  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
2000	39	34	(73)	19	6	2	1,98
2002	40	35	(75)	19	5	1	1,93
2003	43	31	(74)	18	6	2	1,94
2004	42	34	(76)	20	4	0	1,88
2005	45	35	(80)	15	4	1	1,81
2006	37	36	(73)	21	4	1	1,95
2007	38	36	(74)	20	6	0	1,94
<u>Index 2007 (zusammengefasst)</u>							
0+1 Punkte	14	27	(41)	50	9	0	2,5
2+3 Punkte	31	45	(76)	17	4	2	2,0
4+5 Punkte	52	33	(85)	9	3	3	1,7

Rund drei Viertel stimmen der These mehr oder weniger zu, nur eine Minderheit lehnt sie ab. Auch bei diesen Urteilen spielen die früheren Schulnoten in Staatsbürgerkunde keine Rolle, deutlich differenzierend wirken dagegen die Beobachtungen und Urteile über die Veränderungen im Osten bzw. die persönlichen Erfahrungen, die die Panelmitglieder bisher mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem gemacht haben: Heutige negative Beobachtungen und Erfahrungen bestärken sie in der Auffassung, dass nicht alles falsch gewesen sei, was ihnen in der Schulzeit über den Kapitalismus beigebracht wurde - was auch eine Aufwertung der früheren Schulbildung bedeutet!

## 1.8 Ein Gespenst geht um in Deutschland, genannt „DDR-Nostalgie“

### 1.8.1 Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Die emotionalen Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an (4. Welle Frühjahr 1990, vor dem Beitritt) mit im Mittelpunkt dieser Studie. Inzwischen liegt eine Fülle von sowohl quantitativen

als auch qualitativen Ergebnissen vor, die noch nicht völlig ausgewertet werden konnten.

Sie dokumentieren, dass bei den TeilnehmerInnen dieser Studie der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger weitaus komplizierter und langwieriger verläuft, als dies auch von uns selbst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde (vgl. u. a. W. Friedrich/P. Förster 1991; W. Friedrich/P. Förster 1994); auch anders als in zahlreichen Publikationen zu diesem Thema.

Methodisch sind wir dabei so vorgegangen, dass bewusst keine Alternativen bzw. Präferenzen zwischen den interessierenden kollektiven Identitäten vorgegeben wurden, sondern jede Seite einzeln beurteilen ließen, um ihre Zusammenhänge untereinander (Strukturen) und mit anderen Merkmalen sowie ihre Trends analysieren zu können.

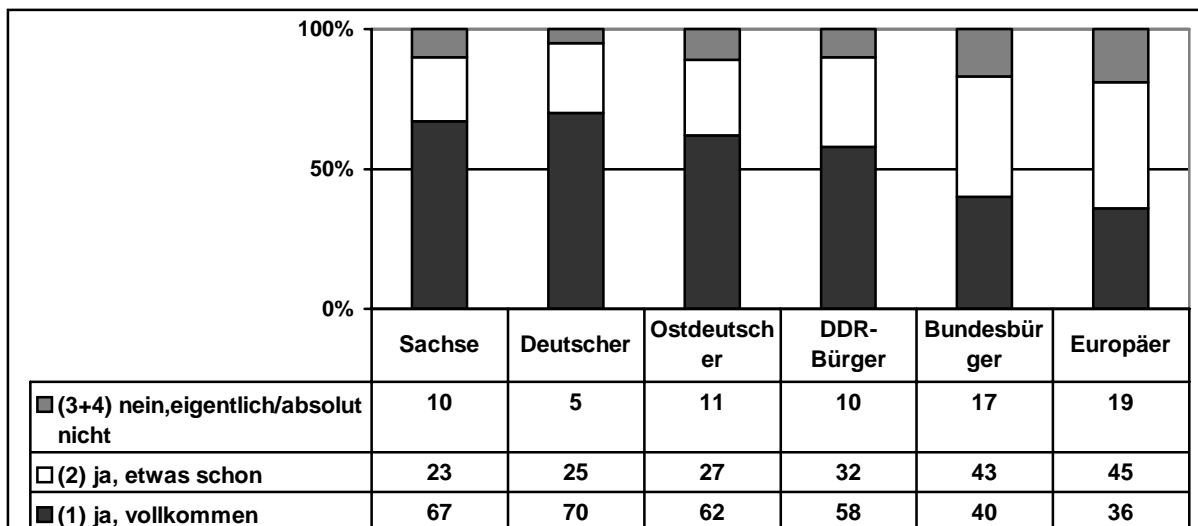
Zunächst ein Überblick über die 2007 berechneten Ergebnisse:

Tabelle 1.8.01: Ausprägung einzelner Seiten kollektiver Identitäten 2007  
„Als was fühlen Sie sich? (nach der Häufigkeit der AP 1 geordnet)

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
als Deutsche ( r )	70	25	(95)	4	1
als Sachse/Sächsin	67	23	(90)	8	2
als Bürger (in) der ehemaligen DDR	58	32	(90)	7	3
als Ostdeutsche ( r )	62	27	(89)	8	3
als Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland	40	43	(83)	15	2
als Europäer (in)	36	45	(81)	16	3
(als Gewinner (in) der deutschen Einheit	15	34	(49)	38	13)

Abbildung 1.8.01: Ausprägung kollektiver Identitäten 2007



„Als was fühlen Sie sich?

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

Wir konzentrieren uns in diesem Bericht auf die Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR bzw. mit der BRD im Jahr 2007.

Zunächst informieren wir ausführlicher über die Verteilungen in ausgewählten Gruppen:

Tabelle 1.8.02 Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. der BRD 2007

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

### Ich fühle mich als Bürger (in) der ehemaligen DDR

	1	2	(1+2)	3	4	X	n
Gesamt	58	32	(90)	7	3	1,6	378
Männlich	60	31	(91)	6	3	1,5	173
Weiblich	56	34	(90)	7	3	1,6	203
Wohnt im Osten	61	30	(91)	6	3	1,5	272
Wohnt im Westen/im Ausland	51	38	(89)	7	4	1,6	106

### Angst vor Arbeitslosigkeit 2007

Stark	74	18	(92)	5	3		38
Eher stark	54	38	(92)	5	3		68
Eher schwach	55	32	(87)	8	5		206
Schwach	59	35	(94)	5	1		66
(ns)							

### Ich fühle mich als Bürger (in) der Bundesrepublik

Gesamt	40	43	(83)	15	2	1,8	378
Männlich	44	43	(87)	12	1	1,7	173

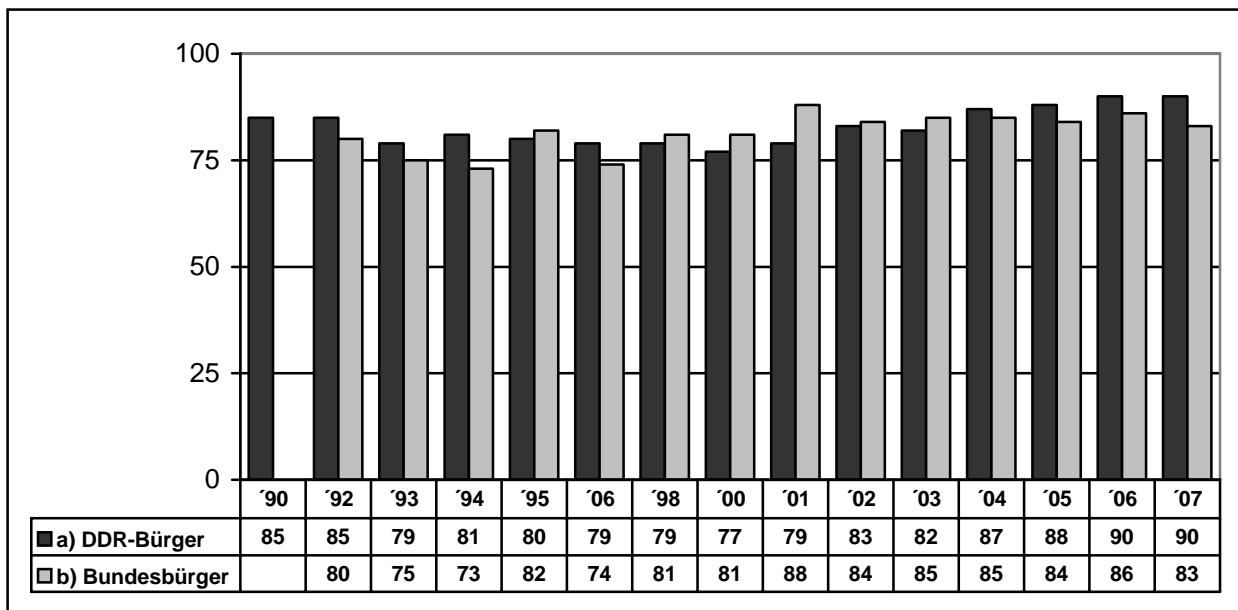
Weiblich	36	44	(80)	18	2	1,8	203
Wohnt im Osten	39	43	(82)	16	2	1,8	272
Wohnt im Westen/im Ausland	41	44	(85)	15	0	1,7	106

<u>Gesamtdauer der bisher erlebten Arbeitslosigkeit</u>							
Null Monate	45	42	(87)	12	1	1,7	110
1 bis 4 Monate	48	35	(83)	17	0	1,7	71
5 bis 11 Monate	41	47	(88)	9	3	1,7	78
12 oder mehr Monate	<u>29</u>	47	(76)	22	2	2,0	119
<u>Angst vor Arbeitslosigkeit 2007:</u>							
Stark	<u>19</u>	55	(74)	21	5	2,1	38
Eher stark	<u>32</u>	46	(78)	21	1	1,9	68
Eher schwach	<u>42</u>	44	(86)	13	1	1,7	206
Schwach	<u>53</u>	32	(85)	14	1	1,6	66
(s)							
<u>Sicherheit des Arbeitsplatzes 2007</u>							
Völlig sicher	<u>63</u>	30	(93)	7	0	1,4	27
Ziemlich sicher	<u>40</u>	44	(84)	14	1	1,8	255
Ziemlich unsicher	<u>33</u>	49	(82)	18	0	1,8	51
Völlig unsicher	<u>22</u>	30	(52)	35	13	2,4	23
<u>Persönliche Zukunftszuversicht 2007</u>							
1 Sehr zuversichtlich	<u>58</u>	24	(82)	13	5	1,6	62
2	<u>42</u>	43	(85)	15	0	1,7	201
3	<u>28</u>	56	(84)	16	0	1,9	106
4+5 nicht zuversichtlich	<u>0</u>	45	(45)	33	22	2,8	9
<u>Berufliche Zukunftszuversicht 2007</u>							
1 sehr zuversichtlich	<u>57</u>	22	(79)	16	5	1,7	37
2	<u>44</u>	40	(84)	15	1	1,7	156
3	<u>36</u>	51	(87)	12	1	1,8	132
4	<u>27</u>	51	(78)	20	2	2,0	41
5 überhaupt nicht	<u>17</u>	42	(59)	33	8	2,3	12

Schon hier verweisen wir auf den deutlichen negativen Einfluss längerer Arbeitslosigkeit bzw. bestehender Ängste auf die Identifikation mit der BRD (nicht aber mit der DDR). Und: Je niedriger die persönliche und berufliche Zukunftszuversicht, desto geringer die Identifikation!

Zu den Trends beider Einstellungen:

Abbildung 1.8.02: Verbundenheit mit der DDR und mit der Bundesrepublik im Trend



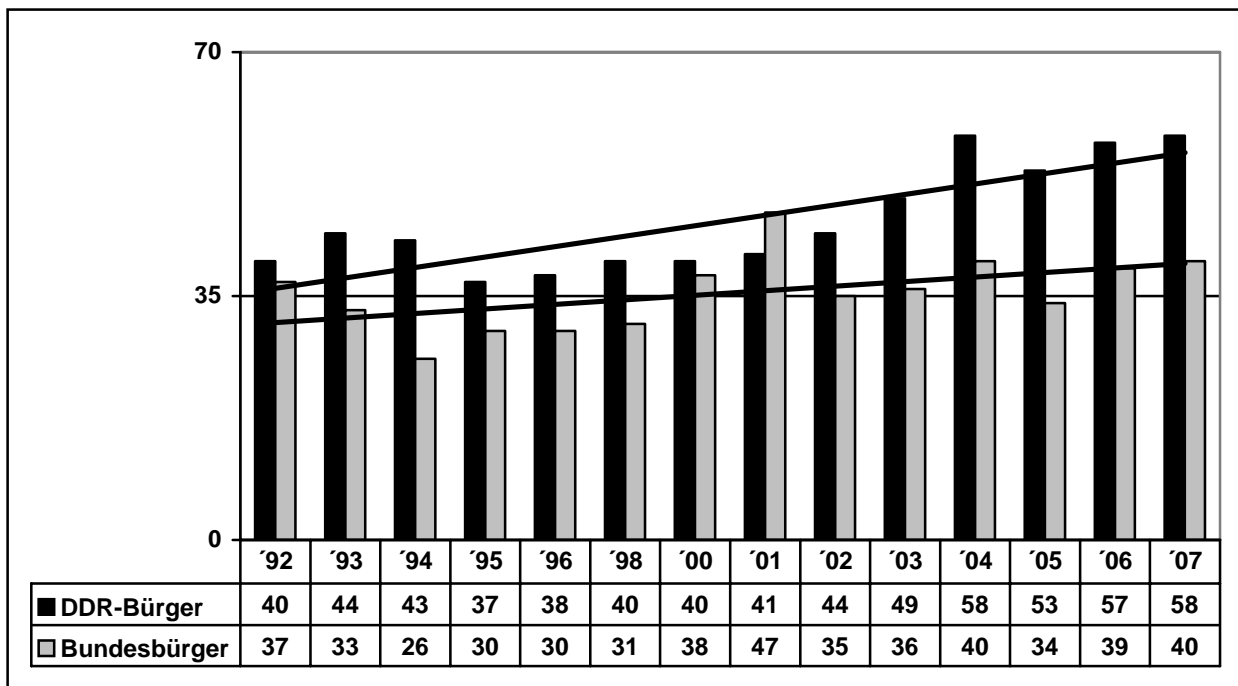
Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Die Verbundenheit der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2007 faktisch kaum verändert, ein interessantes Phänomen! Lediglich Ende 2001, d. h. wenige Wochen nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden war. Außerdem war 2006 gegenüber 2005 ein zwar signifikanter, aber nur geringer Zugewinn von 83 % auf 86 % zu verzeichnen. Der leichte Rückgang 2007 gegenüber 2006 ist nicht signifikant.

Andererseits war die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr, noch vor dem Beitritt) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen! 2006 und 2007 werden mit jeweils 90 % die bisher größten Quoten derer erreicht, die sich mit der DDR mehr oder weniger stark identifizieren. Das waren 2006 und 2007 signifikant mehr als jene, die sich mit der Bundesrepublik identifizieren.

Es besteht aber ein gravierender Unterschied: Vor allem einschränkungslos (AP 1) identifizieren sich die Panelmitglieder signifikant häufiger mit der DDR als mit der BRD:

Abbildung 1.8.02: Ausprägung einschränkungsloser Identifikation (nur AP 1) mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1992 und 2007



Die Prozentquoten der Panelmitglieder mit einer einschränkungslosen Identifikation mit der DDR (Antwortposition 1) sind nach dem kurzzeitigen Rückgang im Jahre 1995 auf 37 % wieder geradezu sprunghaft auf 57 % 2006 bzw. 58 % 2007 angewachsen. Generell ist der Zuwachs an Identifikation mit der DDR erheblich größer als der der Identifikation mit der Bundesrepublik – ein einzigartiges und unerwartetes Phänomen.

Nicht unwichtig ist, dass Anfang der 90er Jahre zwischen beiden Identifikationen noch ein signifikanter negativer Zusammenhang bestand (je ausgeprägter die Identifikation als DDR-Bürger, desto geringer die Identifikation als Bundesbürger und umgekehrt; 1992 z. B.  $r = -.30$ ;  $P = .000$ ). Seit Mitte der 90er Jahre scheinen sie jedoch neutral, unverbunden nebeneinander zu stehen (2004:  $P = .086$ ; 2005 =  $.556$ ; 2006:  $.050$ ; 2007:  $.476$ ).

Eine Typenbildung lässt jedoch seit Jahren eine aufschlussreiche Struktur erkennen. Betrachten wir dazu den Zusammenhang beider Identitäten 2007 leicht vereinfacht, die Antwortmöglichkeiten 1 + 2 bzw. 3 + 4 wurden zuvor zusammengefasst:

- > 75 % fühlen sich 2007 als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgeben zu haben (Typ I)
- > 15 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als DDR-Bürger (Typ II)
- > 8 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger (Typ III)
- > 2 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger (Typ IV)

Die Relationen dieser Teilgruppen haben sich seit 1992 nur leicht verändert:

Tabelle 1.8.3: Anteile der Typen staatsbürgerlicher Identifikation im Trend 1992 bis 2007

Jahr	Welle	I	II	III	IV
------	-------	---	----	-----	----



1992	8	65	20	13	2
1993	9	56	22	19	3
1994	10	58	22	17	3
1995	11	64	16	18	2
1996	12	58	19	16	7
1998	13	63	15	17	5
2000	14	63	13	17	7
2001	15	68	12	18	2
2002	16	70	13	13	4
2003	17	68	13	14	5
2004	18	72	14	12	2
2005	19	73	15	11	1
2006	20	78	12	8	2
2007	21	75	15	8	2
lebt im Osten		76	15	6	3
lebt im Westen/Ausland		74	15	11	0
männlich		79	12	8	1
weiblich		72	17	8	3

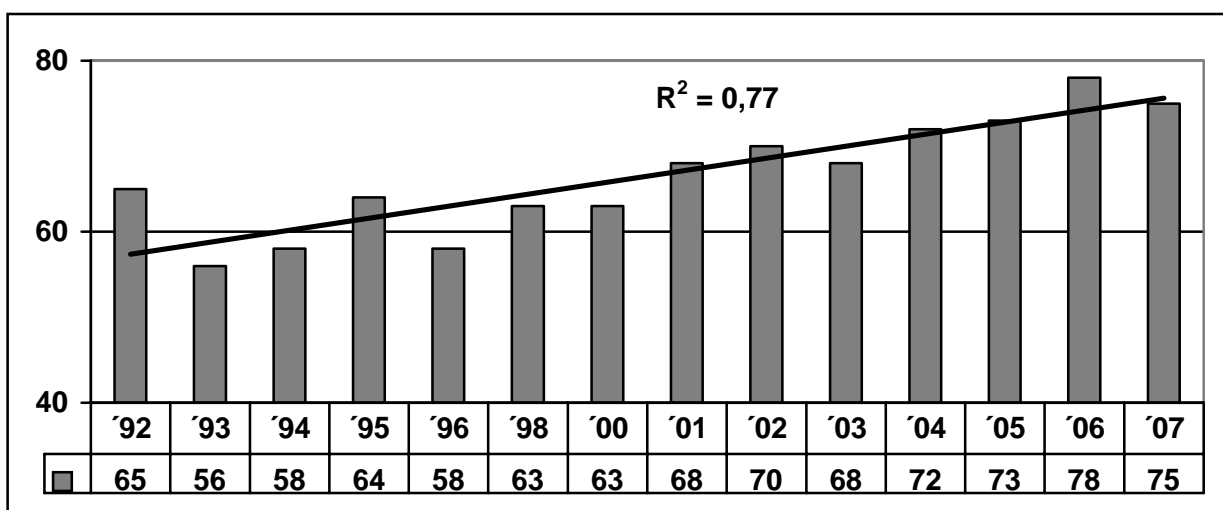
Vergleich der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit Typ II und III 2007:

Typ II: 19,3 Monate; Typ III: 10,6 Monate

Die Signifikanzschwelle .05 wird mit .079 nur sehr knapp überschritten, d. h. die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit von Typ II ist zumindest tendenziell höher als von Typ III.

Wir betrachten die Anteile derer noch einmal im Trend, die sich sowohl als Bundesbürger als auch als DDR-Bürger fühlen:

Abbildung 1.8.03: Prozentquoten der Panelmitglieder, die sich sowohl als Bundesbürger als auch als DDR-Bürger fühlen (Typ I), im Trend zwischen 1992 und 2007



Der dargestellte Trend ist ziemlich eindeutig: nicht der Anteil derer hat sich vergrößert, die sich schon mehr oder weniger als „reine“ Bundesbürger fühlen, sondern jener, die sich zwar als Bundesbürger fühlen, aber zugleich auch noch als DDR-Bürger (Doppelidentität). Dafür verkleinerten sich in der Tendenz die Quoten derer, die sich als „reine Bundesbürger“ bzw. als „reine DDR-Bürger“ sehen. Als Erstere betrachten sich 2007 8 %, als Letztere 15 %. Vermutlich setzt sich der Trend noch einige Zeit in dieser Weise fort, was einen langen Zeitraum dieses Prozesses vermuten lässt.

Wir wollen kurz prüfen, ob diese Typisierung überhaupt relevant ist:

Als ein Kriterium dafür ziehen wir die von 2007 stammenden Urteile der Panelmitglieder darüber heran, inwieweit sie sich als „Gewinner“ der Einheit betrachten:

Tabelle 1.8.04: Typisierung und Gefühl, Gewinner der Einheit zu sein

	<u>Typisierung</u>				n
	I	II	III	IV	
<u>„Fühle mich als Gewinner der Einheit“</u>					
ja, vollkommen	79	5	14	2	58
ja, etwas schon	85	5	7	3	129
nein, eigentlich nicht	79	14	6	1	140
nein, absolut nicht	37	<u>51</u>	10	2	51

Auffällig ist insbesondere, dass von den Panelmitglieder, die sich absolut nicht als „Gewinner“ betrachten (13 % der Gesamtgruppe), immerhin rund die Hälfte (51 %) zum Typ II rechnet, d. h. 2007 noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt hat, sich jedoch noch als DDR-Bürger fühlt.

Die umgekehrte Blickrichtung:

<u>Typisierung</u>	<u>„Fühle mich als Gewinner der Einheit“</u>						n
	1	2	(1+2)	3	4	X	
I	16	38	(54)	39	7	2,4	284
II	5	13	<u>(18)</u>	36	46	3,2	56
III	27	30	<u>(57)</u>	27	16	2,3	30
IV	12	50	(62)	25	13	2,4	8
Gesamt	15	34	(49)	37	14	2,5	378

Erwähnenswert ist besonders, dass sich die Gruppen II (n=56) und III (n= 30) trotz ihrer geringen Umfänge signifikant voneinander unterscheiden (PT = < .000): Von den Panelmitgliedern, die sich 2007 als DDR-Bürger und nicht als BRD-Bürger fühlen, fühlen sich nur 18 % als „Gewinner“ gegenüber 57 % derer, die sich als BRD-Bürger und nicht als DDR-Bürger fühlen.

Diese und weitere Ergebnisse lassen darauf schließen, dass bei den 34-Jährigen die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien Verbundenheit mit

der Bundesrepublik noch eine unbestimmte Zeit dauern wird, wenn sie überhaupt jemals zustande kommt.

Darauf lässt auch schließen, dass die politische Identifikation mit der Bundesrepublik noch immer auf geringem Niveau stagniert:

Tabelle 1.8.5: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik im Trend 2000 bis 2007 (zuvor nicht erfasst)

„Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

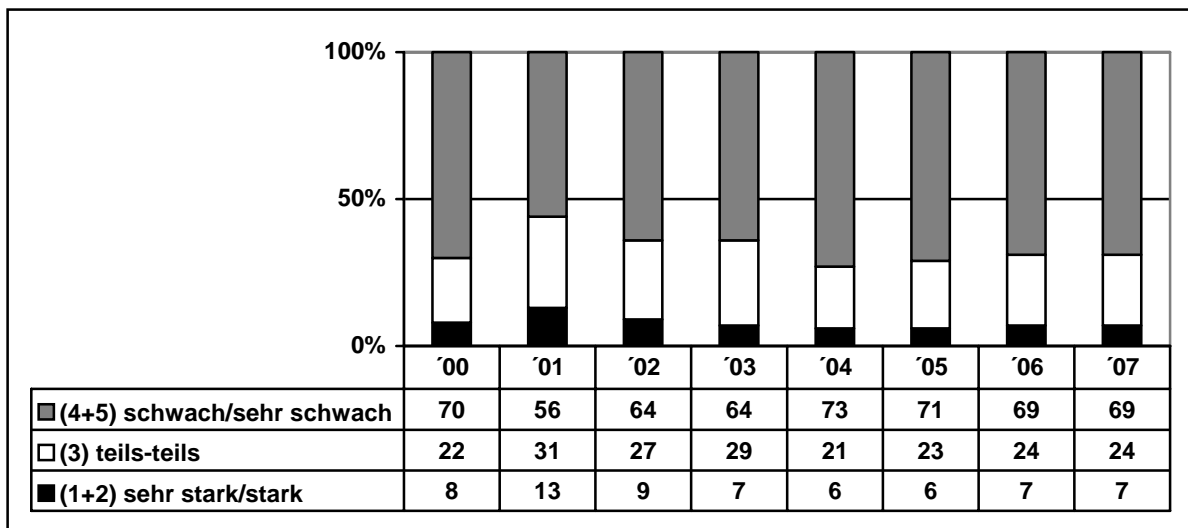
	1	2	(1+2)	3	4	5
2000	1	7	( 8 )	22	38	32
2001	2	11	(13)	31	35	21
2002	2	7	( 9 )	27	34	30
2003	2	5	( 7 )	29	31	33
2004	1	5	( 6 )	21	33	40
2005	1	5	( 6 )	23	29	42
2006	1	6	( 7 )	24	36	33
2007	1	6	( 7 )	24	36	33
männlich	3	10	(13)	27	33	27
weiblich	0	3	( 3 )	22	36	39

Angst vor Arbeitslosigkeit 2007

Stark	0	0	(0)	20	33	47	4,3	36
Eher stark	2	3	(5)	19	37	39	4,1	62
Eher schwach	1	6	(7)	27	34	32	3,9	198
Schwach	2	14	(16)	23	36	25	3,7	66

Zum Trend die Abbildung zur Veranschaulichung:

Abbildung 1.8.04: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik im Trend 2000 bis 2007

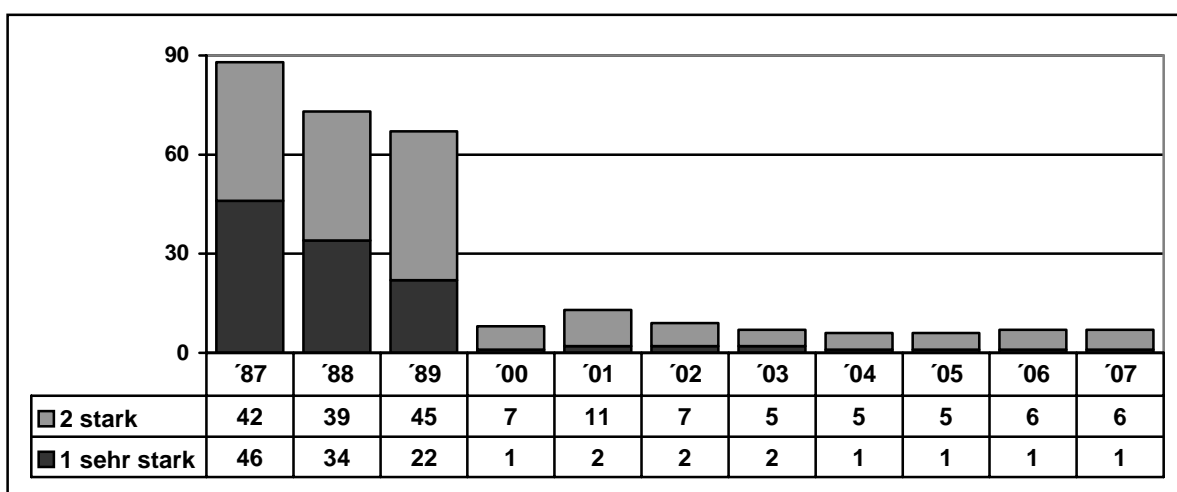


Fragetext: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden“  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

7 % dieser 34-Jährigen fühlen sich im Jahr 2007 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, darunter ein Prozent einschränkungslos; % 69 % stellen das in Abrede, von den jungen Frauen deutlich mehr als von den jungen Männern: 75 % gegenüber 60 %. Interessant ist, dass sich die Panelmitglieder nicht signifikant in Abhängigkeit davon unterscheiden, ob sie im Osten oder im Westen leben. Auch die Wohndauer im Westen hat keinen Einfluss!! Aber: Je stärker die Angst vor Arbeitslosigkeit, desto geringer die politische Verbundenheit mit der Bundesrepublik.

Hervorhebenswert ist auch, dass aus der zwischen 1987 und 1989 deutlich zunehmenden kritischen Haltung der Panelmitglieder gegenüber der DDR danach keine politische Identifikation mit der Bundesrepublik hervorgegangen ist! Wir stellen hier noch einmal die Trends der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR zwischen 1987 und 1989 bzw. der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik zwischen 2000 und 2007 gegenüber:

Abbildung 1.8.05: Vergleich der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR 1987 bis 1989 bzw. mit der Bundesrepublik 2000 bis 2007



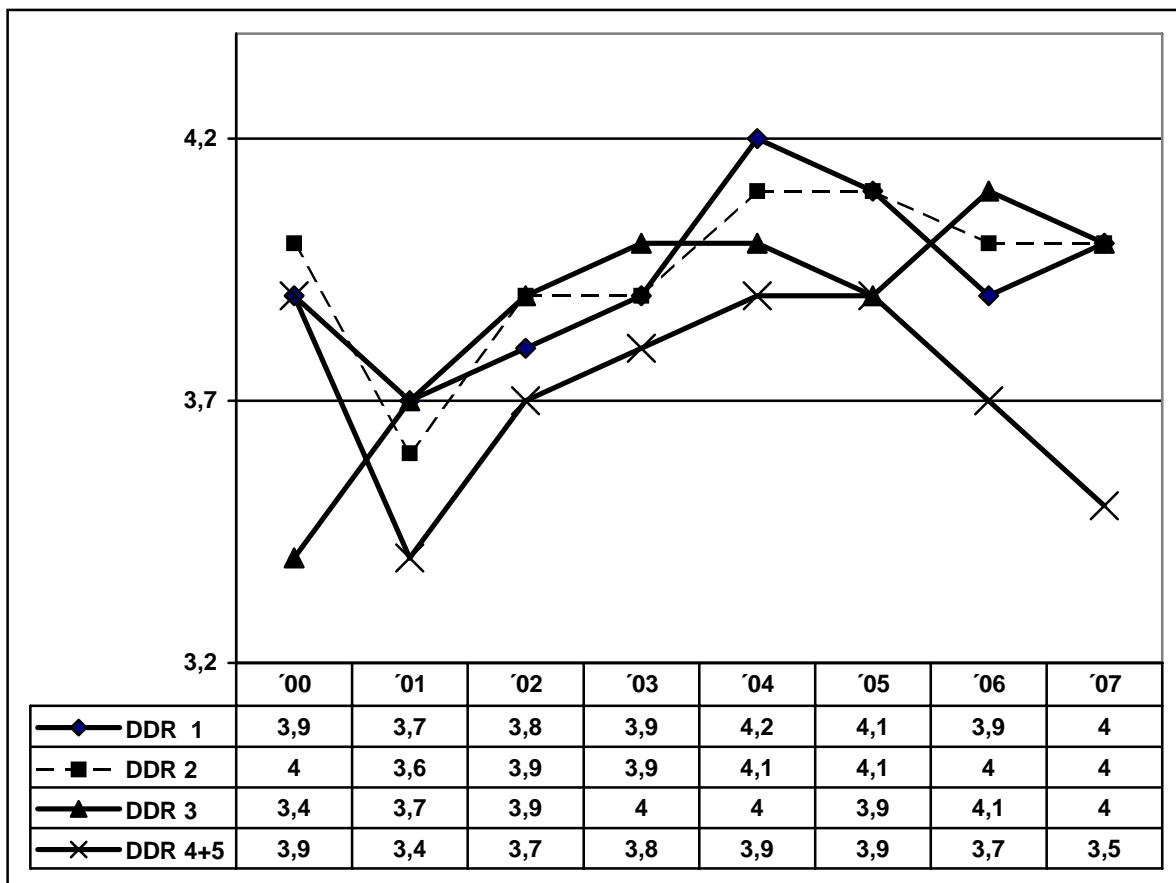
Fragetexte:  
 1987 – 1989 „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“

2000 – 2007: „Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden.“  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Zwischen der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR 1989 und ihrer politischen Identifikation mit der Bundesrepublik nach der Wende bestehen faktisch keine Zusammenhänge: Von den im Frühjahr 1989 der DDR politisch kritisch gegenüber stehenden Panelmitgliedern identifizieren sich 2007 statistisch nur tendenziell mehr stark mit der Bundesrepublik als von denen, die sich zu ihr bekannten: 15 % gegenüber 8 %.

Wir stellen das für die Wellen 14 bis 21 (zuvor war die politische Identifikation mit der BRD nicht erhoben worden) anhand eines Vergleichs der Mittelwerte ausführlicher dar:

Abbildung 1.8.06: Veränderung der politischen Identifikation mit der BRD in Abhängigkeit von der politischen Identifikation mit der DDR im Frühjahr 1989 im Trend 2000 bis 2007 (Mittelwerte)



Fragetext Frühjahr 1989: „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischem Vaterland eng verbunden.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, 2,3,4,5 überhaupt nicht

Die AP 4 und 5 wurden zusammengefasst:

DDR 1 bedeutet AP 1

DDR 2 bedeutet AP 2

DDR 3 bedeutet AP 3

DDR 4+5 bedeutet AP 4+5

Wesentlich ist, dass zwischen der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR kurz vor ihrem Zusammenbruch und dem ab 2000 dokumentierten Prozess der politischen Identifikation mit der Bundesrepublik keine erkennbare Beziehung besteht. Aus damaliger Kritik an der DDR ist kein Engagement für die BRD entstanden.

In diesem Zusammenhang sei an Ergebnisse der Jugendforschung der DDR erinnert, aus denen zweifelsfrei hervorging, dass selbst in der Endzeit der DDR bei den Jugendlichen keine nennenswerte Identifikation mit der Bundesrepublik entstanden war (siehe Anhang 3). Auch dies gehört zur Analyse der Ausgangsbedingungen, von denen schon die Rede war.

Wie zu erwarten, ist die Verbundenheit mit der Bundesrepublik nicht identisch mit der politischen Identifikation mit ihr:

Tabelle 1.8.06: Zusammenhang zwischen der emotionalen Verbundenheit mit der Bundesrepublik und der politischen Identifikation mit ihr 2007

Fühle mich als Bürger der Bundesrepublik	Fühle mich politisch eng mit ihr verbunden						n
	1	2	(1+2)	3	4	5	
1 ja, vollkommen	3	11	(14)	28	35	23	142
2 ja, etwas schon	0	2	(2)	26	37	35	159
3+4 nein, eigentlich nicht/ absolut nicht (s)	0	5	(5)	11	28	56	61

Selbst bei den Panelmitgliedern, die sich einschränkungslos als Bundesbürger fühlen (AP 1), handelt es sich nur bei 14 % um ein starkes politisches Bekenntnis.

Ein Viertel der Panelmitglieder betrachtet die Bundesrepublik als ihr „Vaterland“:

Tabelle 1.8.07: Bundesrepublik als Vaterland 2007  
„Die BRD betrachte ich als mein Vaterland.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamt	10	15	(25)	34	19	22	360
Männlich	13	24	(37)	30	15	18	165
Weiblich	8	9	(17!!)	36	21	26	195
Lebt im Osten	9	16	(25)	37	17	21	261
Lebt im Westen/Ausland	13	15	(28)	25	23	24	101
<u>Zufriedenheit mit der finanziellen Lage insgesamt</u>							
Zufrieden	22	18	(40)	24	17	19	74

Eher zufrieden	8	16	(24)	38	16	22	147
Eher unzufrieden	6	19	(24)	34	21	21	105
Unzufrieden	6	0	(6)	36	25	33	36

Sicherheit des Arbeitsplatzes

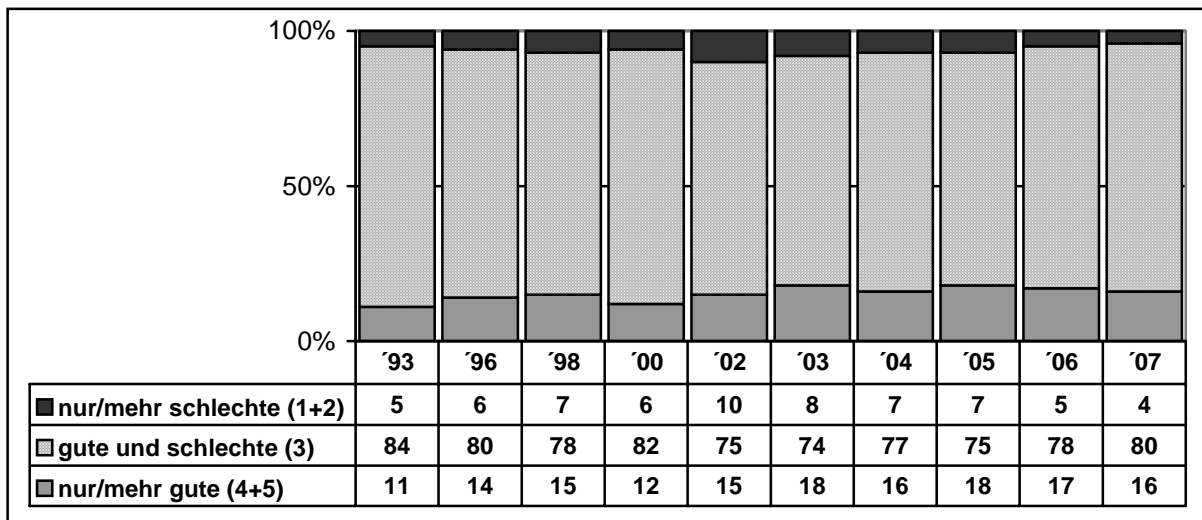
Völlig sicher	16	23	(39)	38	8	15	26
Ziemlich sicher	11	15	(26)	34	16	24	246
Ziemlich unsicher	6	21	(27)	29	31	13	48
Völlig unsicher	0	0	(0)	36	32	32	22

Das Bekenntnis zur Bundesrepublik als Vaterland ist bei den jungen Frauen noch weniger häufig verbreitet als bei ihren männlichen Altersgefährten. Ob die Panelmitglieder im Osten oder im Westen leben, spielt dabei ebenso keine Rolle wie die Wohndauer im Westen. In Bezug auf die finanzielle Lage insgesamt spielen nur die Extremgruppen eine Rolle: Von den Panelmitgliedern, die zufrieden sind, betrachten signifikant mehr die Bundesrepublik als Vaterland als von jenen, die unzufrieden sind (Mittelwertvergleich: 2,9 gegenüber 3,8; P = .002).

Aufschlussreich ist auch: Je unsicherer der Arbeitsplatz ist, desto weniger wird die BRD als Vaterland erlebt.

Einige weitere interessante Ergebnisse zu den heftig umstrittenen „guten bzw. schlechten Seiten der DDR“:

Abbildung 1.7.07: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der TeilnehmerInnen im Trend 1993 - 2007 (die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst)



Fragetext: „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“

Es gab in der DDR ...

- 1 nur schlechte Seiten
- 2 mehr schlechte als gute Seiten
- 3 gute und schlechte Seiten

- 4 mehr gute als schlechte Seiten
- 5 nur gute Seiten

(Hinweis: Wir verwenden hierzu seit 1993 eine andere, differenziertere Fragestellung als sie z. B. vom „Thüringen-Monitor“ eingesetzt werden, deren Ergebnisse kürzlich für erhebliche Aufregung gesorgt hatten).

Es hat sich schon seit längerer Zeit ein mehrheitlicher Konsens herausgebildet: Die DDR hatte in der Erinnerung der 34-Jährigen sowohl schlechte als auch gute Seiten. Allerdings meinen mit 16 % mehr, dass die guten Seiten überwiegen gegenüber 5 %, die ihr überwiegend schlechte Seiten zuschreiben.

Hier die differenzierten Ergebnisse der jüngsten Welle 2007:

Die AP 1 und 2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst.

Frage: „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“

Es gab in der DDR ...

- 1 nur schlechte Seiten
- 2 mehr schlechte als gute Seiten
- 3 gute und schlechte Seiten
- 4 mehr gute als schlechte Seiten
- 5 nur gute Seiten

	1+2	3	4+5	n
Gesamt	4	80	16	363
Männlich	7	77	16	165
Weiblich	3	81	16	196
Lebt im Osten	3	80	17	
Lebt im Westen	8	78	14	
<u>Zurechtkommen mit heutigen Verhältnissen</u>				
1 vollkommen	9	79	12	67
2	5	80	15	184
3	0	80	20	98
4+5 nicht	0	69	31	13
<u>Zufriedenheit mit dem politischen System</u>				
1+2 sehr zufrieden/zufrieden	7	83	10	97
3 weniger zufrieden	5	80	15	194
4 unzufrieden	0	74	26	72
<u>Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
1+2 zufrieden/eher zufrieden	7	80	13	104
3 eher unzufrieden	4	80	15	206
4 unzufrieden	0	74	26	53
<u>Sicherheit des Arbeitsplatzes</u>				
1 völlig sicher	11	82	7	27



2 ziemlich sicher	5	79	16	246
3 ziemlich unsicher	2	81	17	48
4 völlig unsicher	0	77	23	22

Systemverbundenheit vor der Wende

Stark	1	75	24	98
Mittel	5	78	17	119
Schwach	5	84	11	95

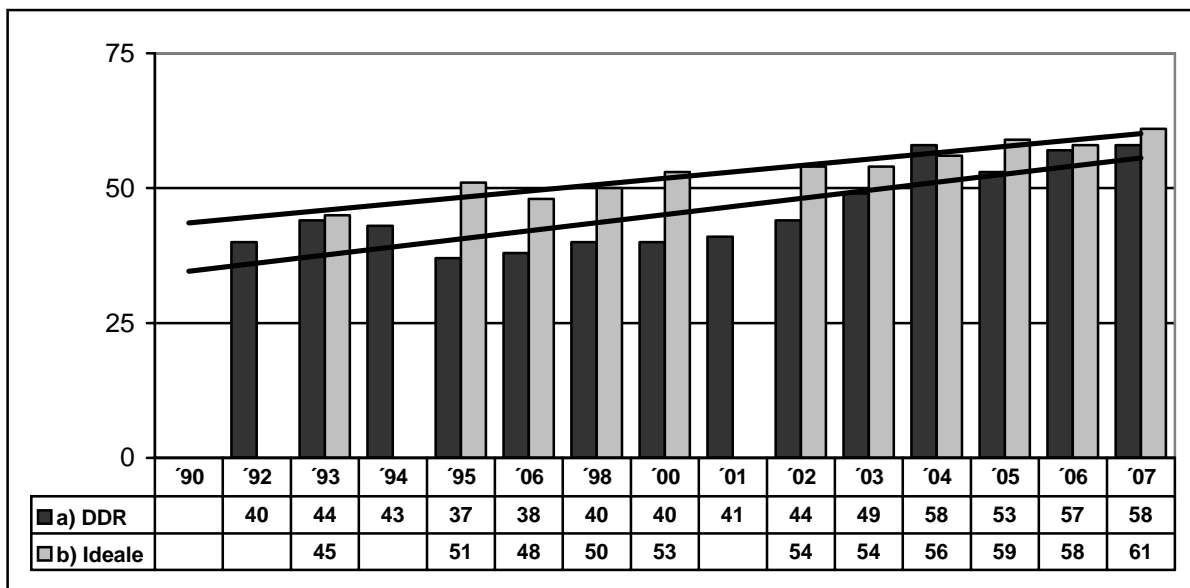
(s)

Je weniger die Panelmitglieder mit den heutigen Verhältnissen zurechtkommen bzw. mit dem politischen System bzw. mit der gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden sind, ihren Arbeitsplatz als sicher empfinden, desto häufiger heben sie die guten Seiten der DDR hervor.

In diesem Falle macht sich auch die Systemverbundenheit vor der Wende leicht bemerkbar: Die heutige Betonung der guten Seiten ist umso stärker, je stärker die frühere Systemverbundenheit war.

Interessant ist nicht zuletzt der parallel verlaufene Trend der Verbundenheit mit der DDR einerseits und der Identifikation mit den sozialistischen Idealen andererseits:

Abbildung 1.7.07 a: Verbundenheit mit der DDR und Identifikation mit den sozialistischen Idealen im Trend, zeitlich synchron betrachtet und im Trend



- a) Verbundenheit mit der DDR (nur AP 1: vollkommen)
- b) Identifikation mit den sozialistischen Idealen (AP 1 vollkommen + AP 2 etwas schon)

Zwar haben wir es hier mit unterschiedlichen Antwortmodellen zu tun, die Übereinstimmung der Entwicklungstendenz ist jedoch nicht zu übersehen.

### **1.8.2 Beim Systemvergleich schneidet die DDR in sozialer Hinsicht immer besser ab**

Zu einer gewichtigen Ursache der anhaltenden Verbundenheit dieser Ostdeutschen mit der DDR führt der Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik. Dazu die neuesten Ergebnisse von 2007 (2006 nicht erhoben).

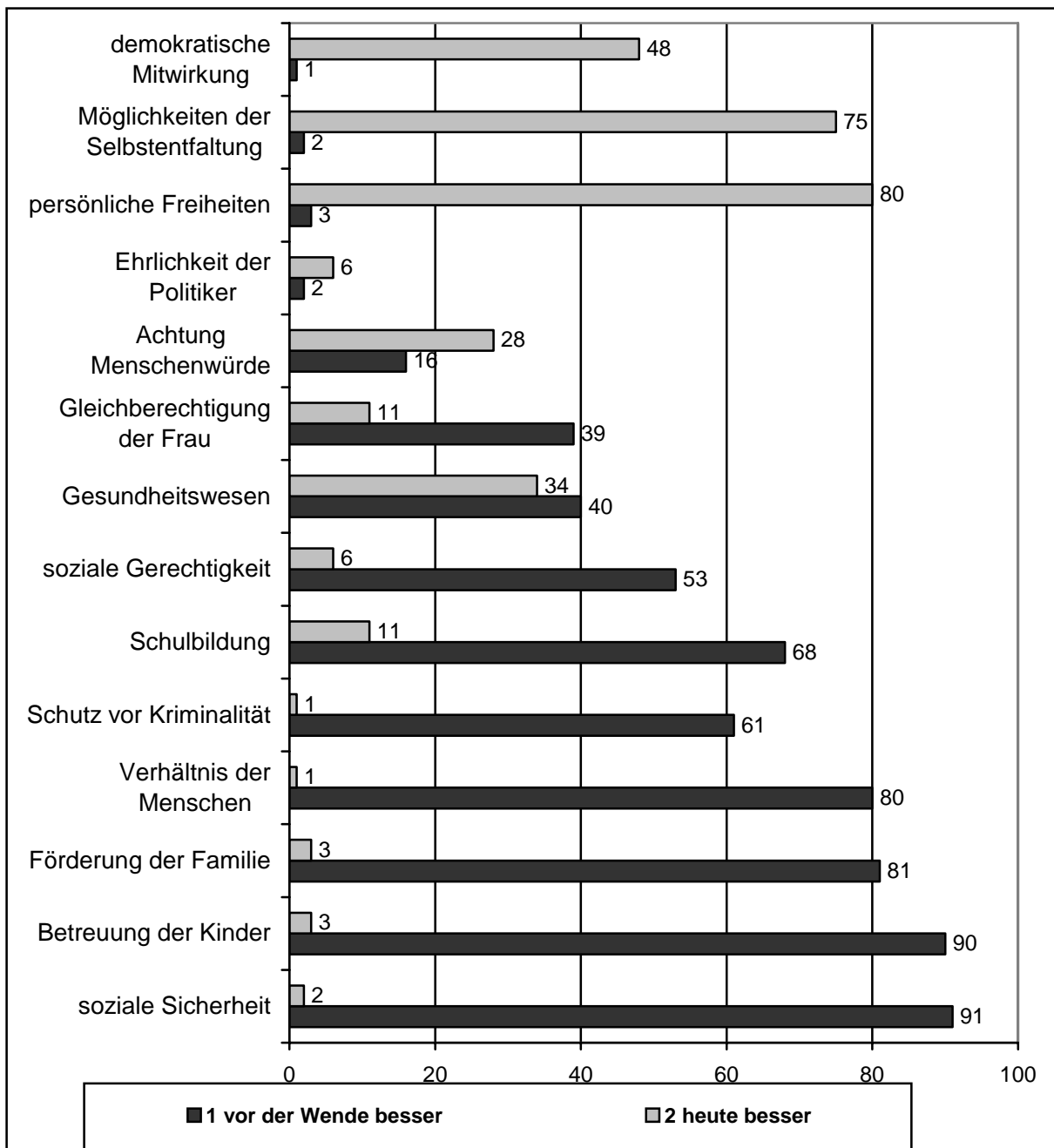
Abbildung 1.8.8: Systemvergleich 2007.

Fragestellung: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“

Auf diesem Gebiet .....

- 1 war es vor der Wende besser
- 2 ist es heute besser
- 3 gibt es kaum einen Unterschied
- 0 Das kann ich nicht beurteilen

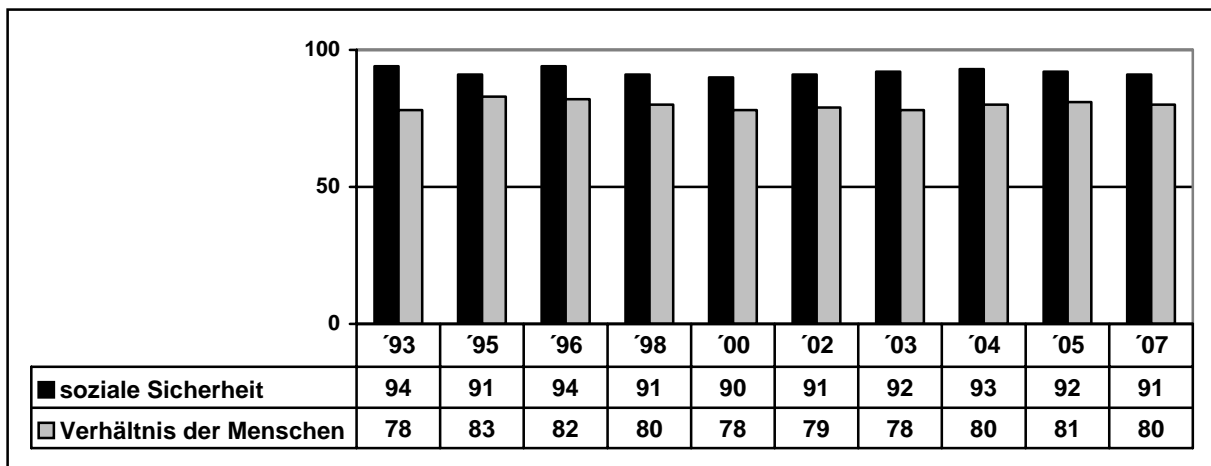
Hier nur Antwortpositionen „vor der Wende besser“ und „heute besser“.



Ehrlichkeit der Politiker: Daten von 2005, 2007 nicht erhoben

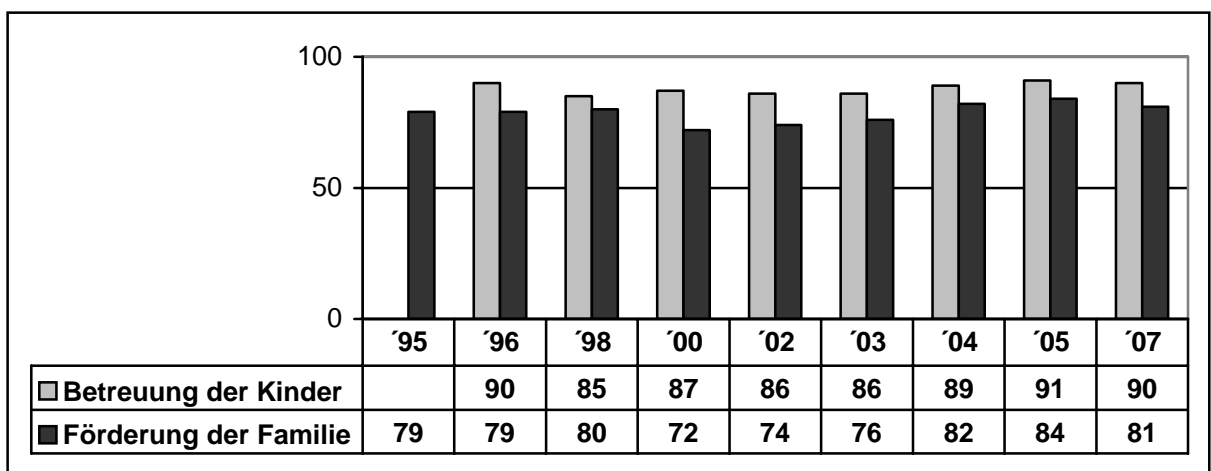
Zu vielen dieser Aspekte liegen Trends vor, hier der neueste Stand von 2007 (Auswahl):

Abbildung 1.8.9: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1993 bis 2007



Diese Zahlen müssen nicht kommentiert werden. Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass sie sich überhaupt noch grundsätzlich verändern könnten, ist aus aktueller Sicht sehr gering. Das gilt auch für die Beurteilung der Betreuung der Kinder und die Förderung der Familie, Lebensbereiche, über die die Panelmitglieder mit hoher Kompetenz aussagen können:

Abbildung 1.8.10: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1995 bis 2007:



Ebenfalls unkommentiert die Trends für die Aspekte „Soziale Gerechtigkeit“, „Gesundheitswesen“ und „Schutz gegen Kriminalität“

Abbildung 1.8 11: Trendvergleich soziale Gerechtigkeit

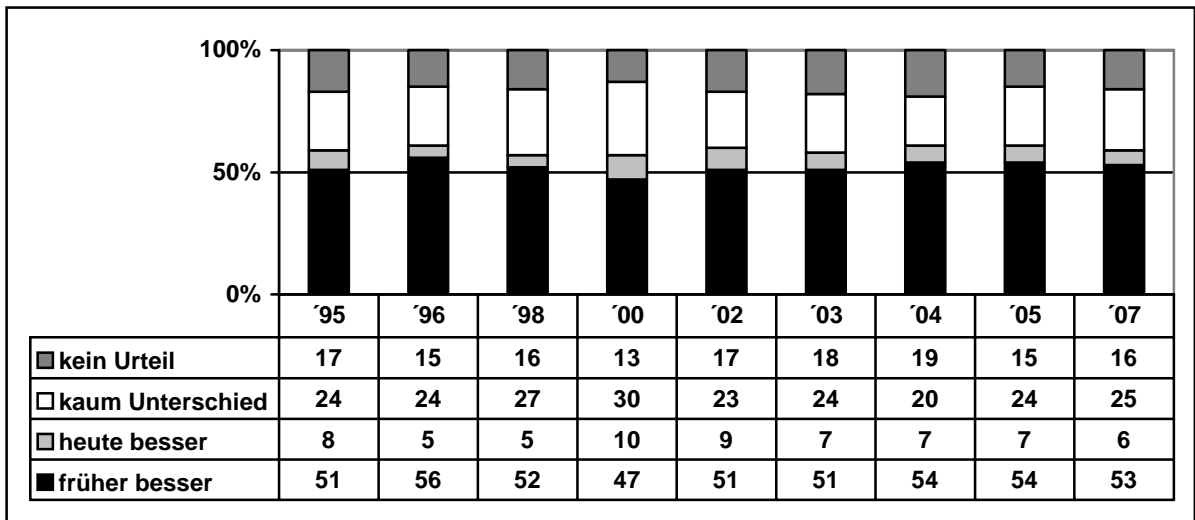


Abbildung 1.8.12 : Trendvergleich Gesundheitswesen/ medizinische Betreuung

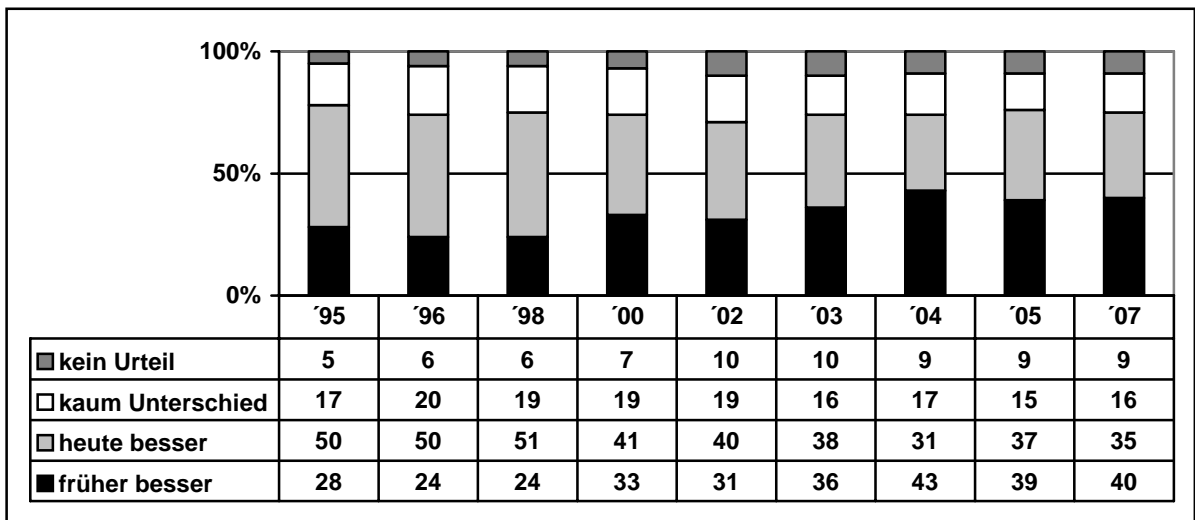
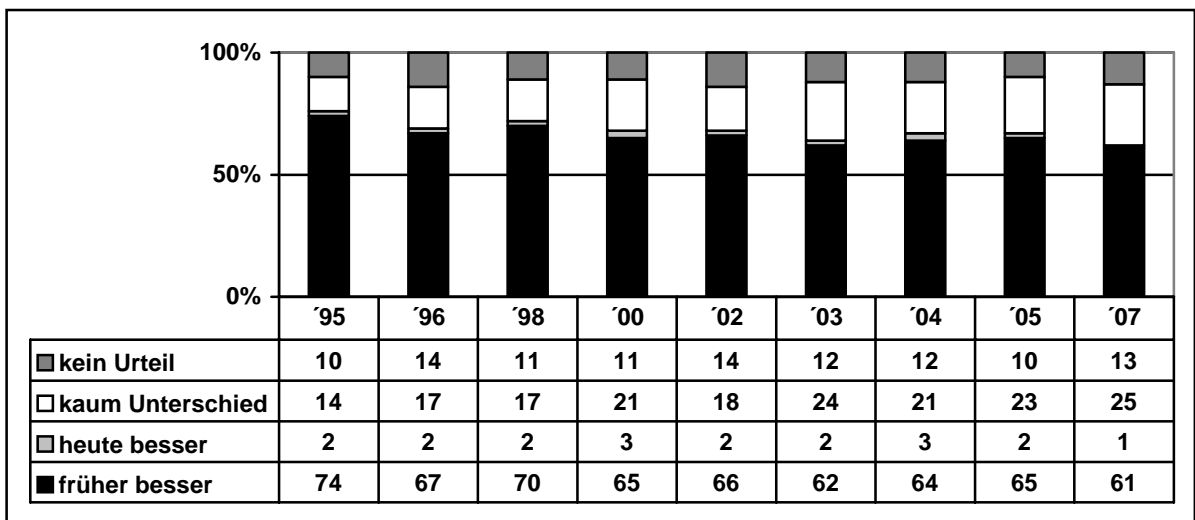
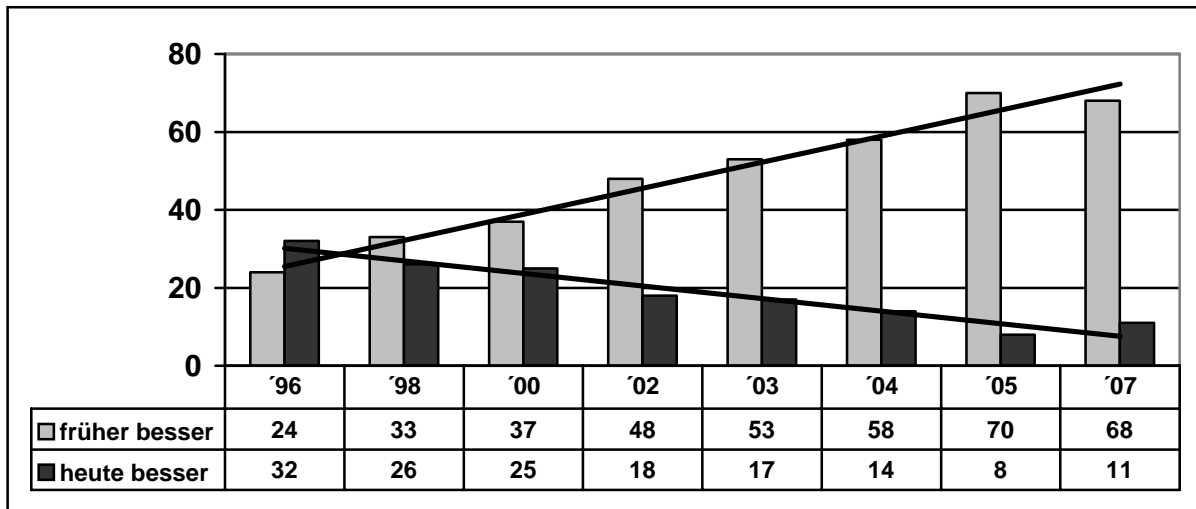


Abbildung 1.8.13: Trendvergleich Schutz gegen Kriminalität



Aufschlussreich ist auch die Beurteilung der Schulbildung, die gut mit den vielen kritischen Notizen zum jetzigen Schulsystem in den offenen Fragen übereinstimmt:

Abbildung 1.8.14: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2007

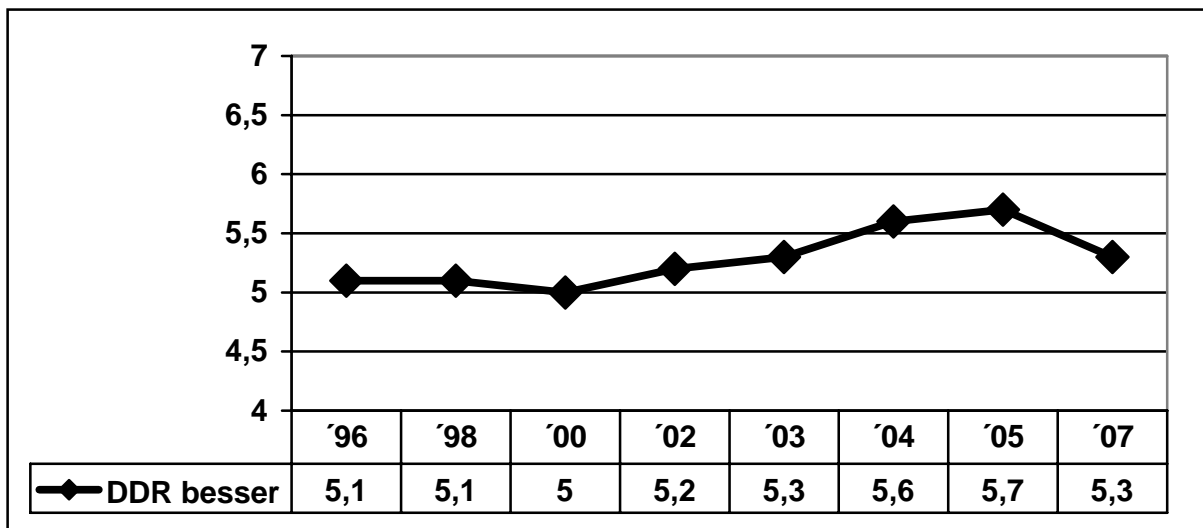


Da sich auf der Ebene der einzelnen Indikatoren keine klaren Zusammenhänge mit relevanten Faktoren zeigen, bildeten wir einen Index, der nur die seit der 12. Welle 1996 einbezogenen sozialen Aspekte umfasst (an einem weitere Aspekte umfassendem Index wird gearbeitet):

- soziale Sicherheit,
- Schutz vor Kriminalität,
- Verhältnis der Menschen untereinander,
- Schulbildung,
- Förderung der Familie,
- Betreuung der Kinder,
- soziale Gerechtigkeit und
- Gesundheitswesen/medizinische Betreuung.

Für jede Nennung der Antwortposition „vor der Wende besser“ wurde ein Punkt vergeben, die entstehende Skala läuft demnach von 0 bis 8 Punkten. Je größer der Mittelwert, desto häufiger wurde die Situation in der DDR in sozialer Hinsicht als besser beurteilt. Die Abbildung zeigt die Mittelwerte im Trend zwischen 1996 und 2007:

Abbildung 1.8.16: Mittelwerte des Indexes „Früher besser“ im Trend 1996 bis 2007 auf der Skala von 0 (Minimum) bis 8 (Maximum) Punkten



Die Unterschiede zwischen den Zeitpunkten sind zwar teilweise signifikant, aber wenig relevant. Seit 1996 sind die Urteile mehr oder weniger konsistent.

Im Querschnitt sind 2007 einige Zusammenhänge besonders erwähnenswert:

- je höher 2007 die Präferenz der untersuchten sozialen Aspekte zugunsten der DDR, desto größer ist erwartungsgemäß die heutige Verbundenheit mit ihr (und umgekehrt).

Die Kontingenztafel veranschaulicht den (wechselseitigen) Zusammenhang aus der Sicht der Stärke der Präferenz zugunsten der DDR im Vergleich mit der BRD heute. Diese wurde aus Gründen der Überschaubarkeit von neun Gruppen (0 bis 8 Punkte) zu sechs Gruppen (1 bis 6) zusammengefasst. Je höher der Punktwert, desto stärker die Präferenz zugunsten der DDR.

Tabelle 1.8.08: Zusammenhang zwischen Stärke der Präferenz sozialer Aspekte zugunsten der DDR vor der Wende einerseits und heutiger Identifikation mit der DDR (2007)

Stärke der Präferenz in Punkten	DDR-Verbundenheit 2007 Als was fühlen Sie sich? Als Bürger der ehemaligen DDR				n	X
	1	2	3	4		
1 (schwach)	37	49	7	7	43	1,8
2	42	41	10	7	58	1,8
3	55	32	9	4	66	1,6
4	60	35	4	1	78	1,5
5	72	22	6	0	71	1,3

6 (stark)	71	21	5	3	62	1,4
Gesamt	58	32	7	3	378	1,6

Antwortmodell:

„Als was fühlen Sie sich?

1 ja, vollkommen

2 ja, etwas schon

3 nein, eigentlich nicht

4 nein, absolut nicht

Ablesbar ist: Je stärker diese wesentlichen sozialpolitischen Aspekte der DDR in ihrer Summe („Sozialpolitik“) als besser gegenüber heute erinnert werden, desto stärker ist die heutige Verbundenheit mit ihr (und umgekehrt). Die faktisch unverändert positive Würdigung dieser Seite der DDR, die den (jungen wie alten) Ostdeutschen in wachsendem Maße als „Verklärung“ vorgeworfen wird, hängt in entscheidendem Maße mit ihren persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen hinsichtlich der Sozialpolitik der DDR zusammen. Diese Erinnerungen erweisen sich als erheblich stärker als andere Darstellungen. Andererseits besteht kein Zusammenhang zwischen der heutigen DDR-Verbundenheit und der politischen DDR-Identifikation vor der Wende (3. Welle 1989).

Belegt wird das durch eine zweifache Variananalyse, aus der statistisch gesichert hervorgeht, dass ein Einfluss der früheren politischen DDR-Identifikation auszuschließen ist ( $P = .434$ ) und auch kein Interaktionseffekt vorliegt ( $P = .156$ ). Das heißt: Es handelt sich nicht um ideologisch geschönte Nachwirkungen früherer politischer Sozialisation, sondern um nachhaltige Auswirkungen überwiegend positiver persönlicher Erfahrungen mit der Sozialpolitik der DDR – und zwar, das ist entscheidend dabei - auf dem Hintergrund heutiger überwiegend negativer persönlicher Erfahrungen mit der Sozialpolitik der BRD, wie sie u. a. in der Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck kommen:

Tabelle 1.8.09: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2007 einerseits und der Stärke der Präferenz sozialer Aspekte zugunsten der DDR (reduzierter Index ; 1 Punkt = Minimum, 6 Punkte = Maximum; 2007):

	Präferenz sozialer Aspekte zugunsten der DDR 2007						X	n
	1	2	3	4	5	6		
Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung 2007:								
1+2 zufrieden/ eher zufrieden	14	16	28	17	16	8	3,3	109
3 eher unzufrieden	11	17	13	24	20	15	3,7	214
4 unzufrieden	7	7	13	15	22	36	4,5	55
Gesamt	11	15	17	21	19	16	3,7	378



(s)

Anmerkung: Die AP 1 und 2 mussten wegen zu geringer Besetzung der AP 1 (2 %) zusammengefasst werden.

Fragetext:

„Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung“

1 ja, vollkommen    2 ja, etwas schon    3 nein, eigentlich nicht    4 nein, absolut nicht

Je größer die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung heute, desto höher der Index zugunsten der DDR (und umgekehrt).

### 1.9 Sozialismus – eine gute Idee, bisher nur schlecht ausgeführt

Nach unseren langjährigen Untersuchungen steht fest, dass ein beträchtlicher Teil der 34-Jährigen noch oder wieder an sozialistische Ideale glaubt. – Tendenz zunehmend. Aufschlussreiche Ergebnisse dazu liegen bereits seit 1993 vor:

Zunächst die Verteilungen von 2007

Tabelle 1.9.01: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor der Wende bzw. heute (2007)

„Eine Frage zu den sozialistischen Idealen: Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen, und wie stehen Sie b) heute dazu?“

Ich war / Ich bin

- 1 sehr dafür
- 2 eher dafür als dagegen
- 3 eher dagegen als dafür
- 4 sehr dagegen

	1	2	(1+2)	3	4
<b><u>a) vor der Wende</u></b>					
Gesamtgruppe 2007	16	53	(69)	28	3
Männlich	11	54	(65)	33	2
Weiblich	21	51	(72)	24	4
(s)					
Lebt im Osten	15	53	(68)	28	4
Lebt im Westen/Ausland	19	50	(69)	28	3

=====

#### **b) heute:**

Gesamtgruppe 2007	8	53	(61)	33	6
Männlich	7	47	(54)	37	9
Weiblich	8	57	(65!)	31	4
(s)					

Lebt im Osten	8	51	(59)	36	5
Lebt im Westen	7	55	(62)	28	10

DDR-Verbundenheit 2007

Vollkommen	11	56	(67)	28	5
Etwas schon	3	50	(53)	41	6
Eigentlich nicht / Absolut nicht (s)	3	39	(42)	47	11

Systemverbundenheit vor der Wende

Stark	5	69	(74)	24	2
Mittel	11	53	(64)	32	4
Schwach (s)	4	42	(46)	44	10

Selbsteinschätzung: für die sozialistischen Ideale war ich vor der Wende...

1 sehr dafür	31	53	(84)	14	2
2 eher dafür	3	59	(62)	36	2
3 eher dagegen	4	43	(47)	44	10
4 sehr dagegen (s)	0	33	(33)	8	59

Aus der umgekehrten Richtung ist erkennbar, dass die heutige Identifikation mit den sozialistischen Idealen durchaus relevant für das Verhalten sein kann:

Tabelle 1.9.02: Sozialistische Ideale und Protestverhalten

	Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen						
	1	2	(1+2)	3	4	5	n
<u>Identifikation mit Sozialistischen Idealen heute</u>							
Sehr dafür/eher dafür	25	24	(49)	34	10	6	215
Eher dagegen/ sehr dagegen (s)	15	19	(34)	29	20	17	144

	Würden Sie sich selbst an Protestaktionen beteiligen?			
	1	2	(1+2)	3
Gesamt	11	43	(54)	46
Sehr dafür/eher dafür	12	49	(61)	39
Eher dagegen/ Sehr dagegen (s)	10	35	(45)	55

Fragetext: Würden Sie sich selbst an Protestaktionen (Demonstrationen, Streiks) beteiligen?  
 1 ja, auf jeden Fall                      2 ja, wahrscheinlich                      3 nein

Tabelle 1.9.02: Vertreten sozialistischer Ideale (2007) und Glaube an ihre Verwirklichung  
 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen“

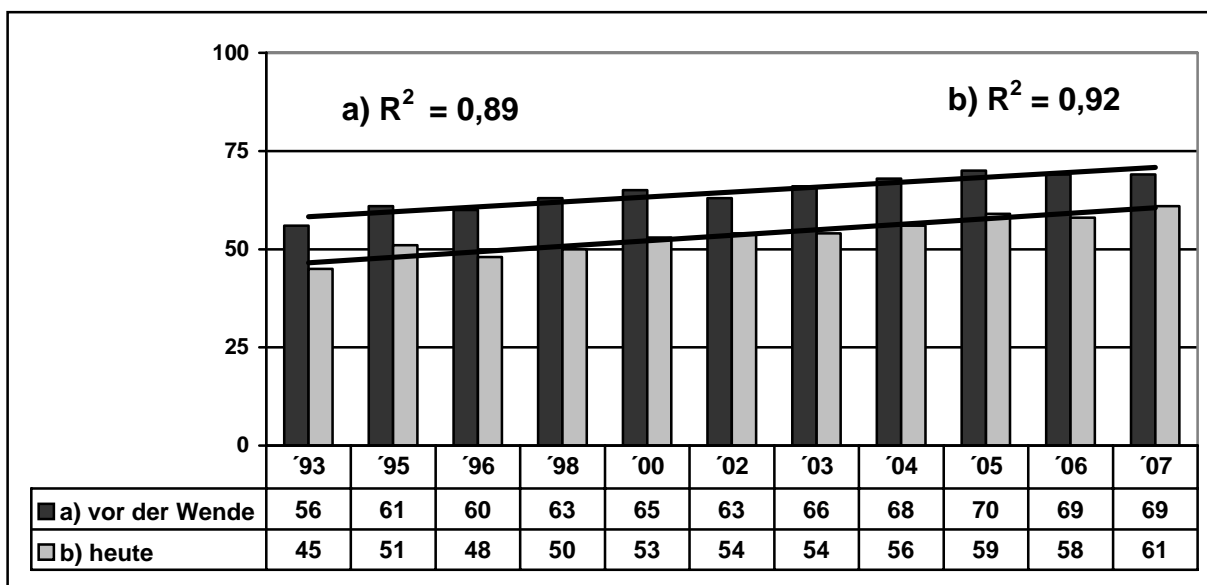
	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamt	1	11	(12)	38	28	22	359
Sehr dafür/eher dafür	1	16	(17)	43	28	11	215
Eher dagegen/ sehr dagegen (s)	1	3	(4)	28	30	38	144

Fragetext: „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen“  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Panelmitglieder, die den sozialistischen Idealen positiv gegenüberstehen, glauben zwar signifikant häufiger daran, dass sich diese eines Tages durchsetzen werden, der Unterschied ist jedoch ziemlich gering.

Zum Trend zwischen 1993 und 2007:

Abbildung 1.9.01: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2007

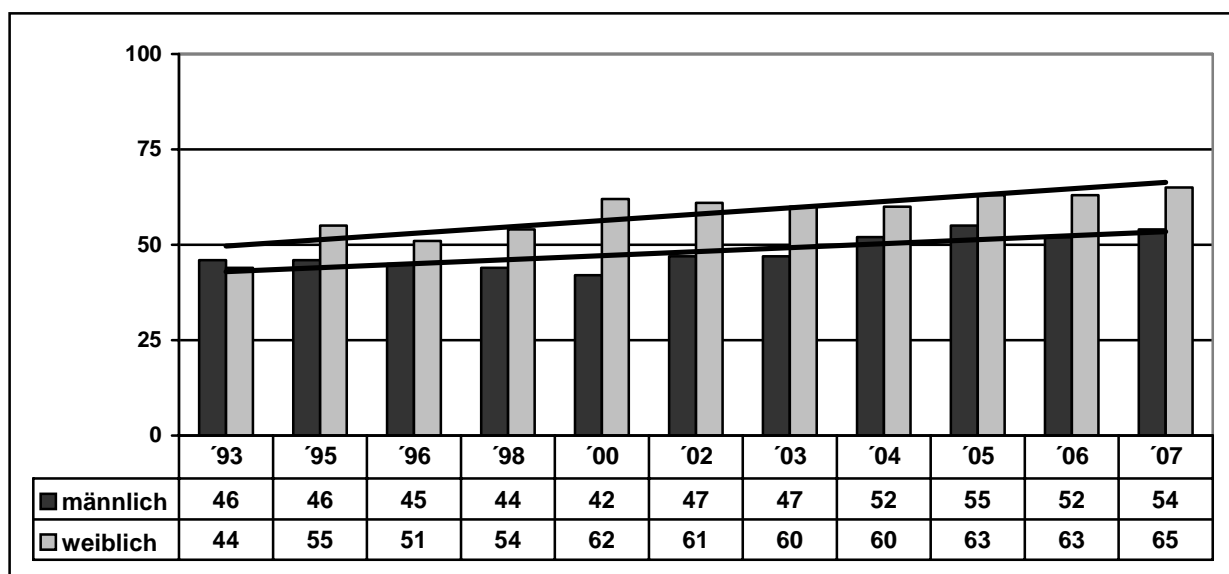


Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin  
 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen  
 (die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst)

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2007 mit 61 % fast zwei Drittel der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glauben. Gegenüber 1993 ist 2007 ein signifikanter Zuwachs von 45 % auf 61 % zu beobachten! Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des erlebten Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus keineswegs bei allen von ihnen diskreditiert, „verbrannt“, sondern finden zunehmend Zuspruch. Interessanterweise gilt das von Anfang an für die jungen Frauen in besonderem Maße: Von ihnen identifizieren sich 2007 immerhin 65 % mit diesen Idealen gegenüber 54 % der jungen Männer.

Ein sehr interessantes psychologisches Phänomen ist, dass mit der kontinuierlich zunehmenden Identifikation nach der Wende in Wechselwirkung auch der Anteil derer kontinuierlich wächst, die sich diese Identifikation vor der Wende zuschreiben! Wir können hier nicht näher darauf eingehen, dazu sind weitere umfangreiche Berechnungen erforderlich.

Abbildung 1.9.02: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 bis 2007, nach den Geschlechtergruppen differenziert



Fast alle Unterschiede sind signifikant zugunsten der jungen Frauen (1995, 1996, 2000, 2002, 2003, 2006, 2007). Auch der Zuwachs 1993 zu 2007 von 46 % auf 54 % bzw. von 44 % auf 65 % ist signifikant. Erkennbar ist, dass der bei beiden Geschlechtergruppen erfolgte Zuwachs an Identifikation mit sozialistischem Gedankengut bei den jungen Frauen erheblich stärker war als bei den jungen Frauen – ein Prozess, der mit Sicherheit sehr viel mit der gesellschaftlichen Realität zu tun hat!

Erwähnenswert ist, dass die aktuelle Ausprägung der Identifikation mit sozialistischen Idealen nach der Wende allesamt in einem signifikantem Zusammenhang mit der politischen Systemidentifikation vor der Wende steht, die in den drei Welle zwischen 1987 und 1989 erfasst wurde.

Wie schon die Zahlen vermuten lassen, besteht zwischen der aktuellen Grundhaltung zu den sozialistischen Ideen und der dazu in der DDR entstandenen Grundhaltung eine (wechselseitige) Beziehung. Auf diese sozialisationstheoretisch sehr interessante Fragestellung (über die man ohne Fakten trefflich spekulieren kann) können wir hier ebenfalls noch nicht ausführlich Stellung nehmen.

Interessant ist, dass rund die Hälfte des Zuwachses zwischen 1993 und 2007 auch von Panelmitgliedern kommt, die damals sozialistischen Idealen ablehnend gegenüber standen (hier nicht dargestellt). Andererseits geht dieser Gruppe in diesem Zeitraum rund ein Viertel ihrer Anhänger verloren. Dennoch überwiegen die Gewinne die Verluste um nahezu das Dreifache, so dass die Relationen dieses interessanten Veränderungsprozesses deutlich zugunsten der Sympathisanten sozialistischer Ideale zu Buche schlagen! Auch diese Veränderungen müssen noch genauer analysiert werden.

Die bei den Panelmitgliedern verbreitete Sympathie für sozialistische Ideale geht auch daraus hervor, dass rund zwei Drittel der Panelmitglieder den Sozialismus für eine gute Idee halten, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei:

Tabelle 1.9.03: Zustimmung zum Sozialismus als Idee 2004 bis 2007  
„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.“

Das entspricht meiner Meinung 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2004	31	39	(70)	21	6	3
2005	32	41	(73)	17	8	2
2006	28	38	(66)	21	10	3
2007	32	39	(71)	19	7	3
männlich	30	38	(68)	19	7	6
weiblich	33	40	(73)	20	6	1
(ns)						

Bejahung des Kapitalismus als einziges menschenwürdiges Zukunftsmodell

(1+2) uneingeschränkte und eingeschränkte

Zustimmung	11	17	(28)	17	39	16
(3) teils-teils	13	40	(53)	34	8	5
(4) kaum	24	51	(75)	14	8	3
(5) überhaupt nicht	54	31	(85)	13	1	1
(s)						

DDR-Verbundenheit 2007

1 Vollkommen	40	38	(78)	17	3	2
2 etwas schon	20	45	(65)	20	11	4
3 eigentlich /						
4 absolut nicht	18	26	(44)	32	13	11
(s)						

Je weniger die Panelmitglieder sich das jetzige System als das „einzigste menschenwürdige Gesellschaftsmodell“ vorstellen können, desto häufiger bejahen sie die „sozialistische Idee“. Natürlich gilt hier ebenso die Umkehrung.

Aufschlussreich ist, dass auch diese grundsätzliche Einstellung zum Sozialismus in einer engen positiven Beziehung zum (auch) 2007 erhobenen DDR-Bild steht:

Je häufiger sich die Panelmitglieder beim Vergleich wesentlicher sozialer Aspekte zugunsten der DDR entscheiden, desto häufiger bejahen sie den Sozialismus „als Idee“. Das lässt darauf schließen, dass sie solche von ihnen damals erfahrene und noch in der Gegenwart hoch bewertete sozialen Aspekte wie soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander, Förderung der Familie und Betreuung der Kinder u. a. positiv mit der „Idee des Sozialismus“ in Verbindung bringen.

Dieser Zusammenhang kommt auch – in generalisierter Weise – in der folgenden Tabelle zum Ausdruck:

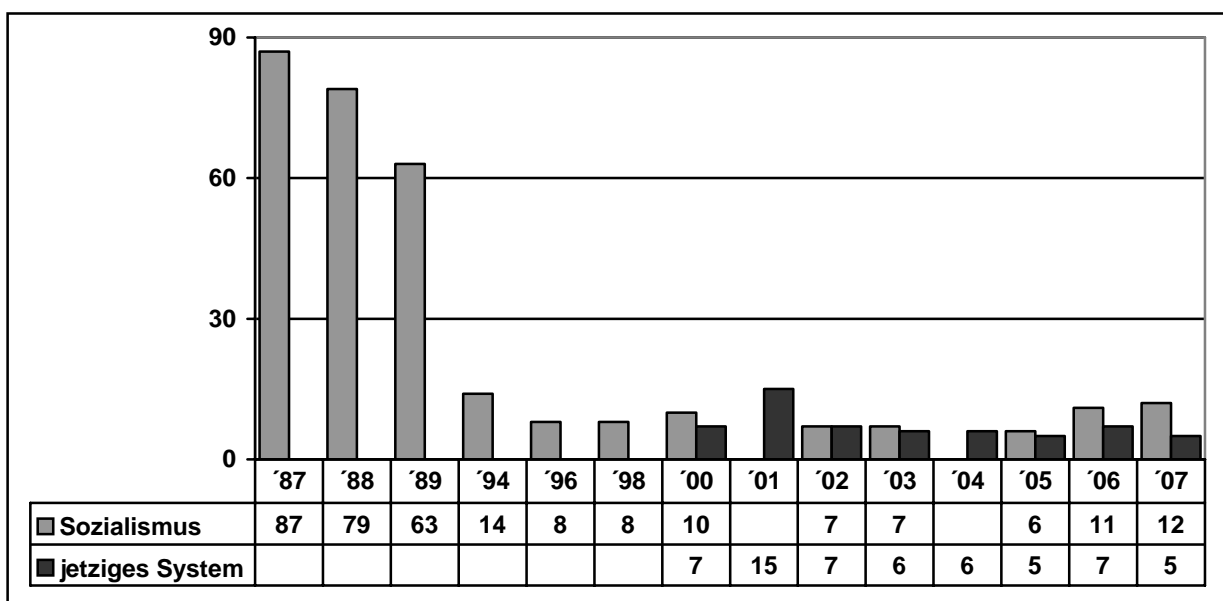
Tabelle.1.9.4: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der DDR und der Beurteilung des Sozialismus „als Idee“ 2007

„Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.“  
Das entspricht meiner Meinung  
Vollkommen 1,2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	n
„Die DDR hatte... mehr schlechte als gute Seiten	19	25	(44)	25	19	12	16
gute und schlechte Seiten	29	40	(69)	21	7	3	287
mehr gute als schlechte Seiten“ (s)	48	38	(86)	12	0	2	58

Vor allem Panelmitglieder, die der DDR 2007 rückblickend mehr gute als schlechte Seiten zuschreiben, und selbst jene, die sich ambivalent äußern, halten den Sozialismus mehrheitlich für eine „gute Idee“.

Abbildung 1.9.03: Glaube an die Zukunft der Systeme im Trend



Fragetexte: Sozialismus 1987 bis 1989: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“; ab 1994 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen.“ (2001 und 2004 nicht erfragt).

Jetziges System ab 2000: „Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“

Antwortmodell: Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht  
Die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst.

Nur eine Minderheit von 12 % glaubt 2007 daran, dass dem Sozialismus die Zukunft gehört. Mit 5 % meinen noch weniger, dass das jetzige System das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ist.

## **1.10 Existenzängste dämpfen die Zukunftszuversicht und verhindern die Bindung an das jetzige System**

**In einer Rede im Bundestag im März 1999 erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass ein Beschäftigter in einem Betrieb, der sein Einkommen und Auskommen durch seiner Hände Arbeit finden muss, nur dann frei ist, wenn er auch ein Mindestmaß an Sicherheit hat...**

**„Zur Freiheit ... gehört auch die Freiheit, die mit Abwesenheit von Angst zu tun hat. Wer sich und seine Familie mit Arbeit durchbringen muss – das ist die übergroße Mehrheit unseres Volkes – der braucht auch die Abwesenheit von der Angst, rausgeschmissen zu werden. Das ist ein Stück seiner Freiheit.“**

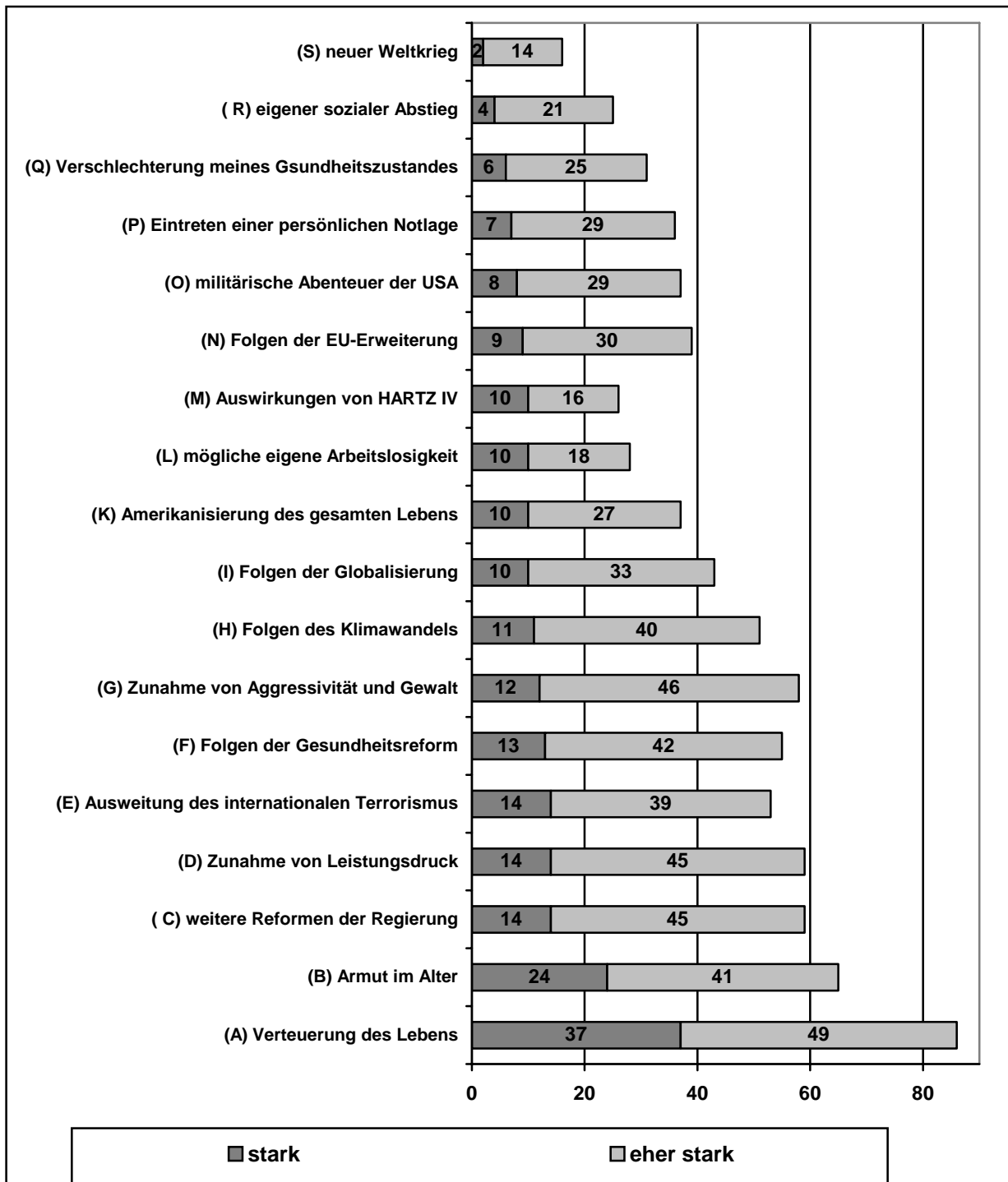
**Gerhard Schröder in einer Kontroverse mit der Opposition im Bundestag; vgl. Soziale Balance wiederherstellen, Rede im Deutschen Bundestag. In: Das Parlament Nr. 11 vom 12. März 1999, S.9**

Die Einstellung der Panelmitglieder zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem und ihr Blick in die Zukunft werden nach wie vor durch eine ganze Reihe von belastenden Ängsten beeinflusst, die im Rahmen dieser Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden, zum Teil in Fortschreibung der neun bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ 1989/90 und weiterer eigener Untersuchungen in Sachsen (ausführlich vgl. hierzu P. Förster/ W. Friedrich/ H. Müller/ W. Schubarth 1993, S. 169 ff.; W. Friedrich/P. Förster 1996, S. 115 ff.).

Vor allem diese Daten geben einen informativen Einblick in die seit der Wende völlig veränderte Gefühlswelt der von uns begleiteten jungen Ostdeutschen; sie sind ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum die meisten von ihnen dem gegenwärtigen Kapitalismus kritisch gegenüber stehen oder ihn ablehnen. Wir geben zunächst einen Überblick zur Situation im Jahr 2007:

Abbildung 1.10.01: Anteil der Panelmitglieder, die 2007 Angst vor ausgewählten Zeiterscheinungen empfinden. Nur Positionen 1 „stark“ und 2 „eher stark“; geordnet nach der AP 1

Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“  
 1 stark                      2 eher stark                      3 eher schwach                      4 schwach



Wir haben es hier mit sehr unterschiedlichen, untereinander zusammenhängenden Ängsten zu tun, die wir in den nächsten Jahren insbesondere hinsichtlich ihrer Trends weiter untersuchen werden. Zunächst prüfen wir jedoch, welche von ihnen gegenwärtig für das Denken und Fühlen der Panelmitglieder überhaupt relevant sind bzw. welche nicht.



Vor allem interessiert hier im Kontext des Forschungsanliegens, welche (untersuchten) Ängste die persönliche Zukunftszuversicht signifikant beeinflussen. Mittels Multipler Regressionsanalyse wurde so ermittelt, dass folgende Ängste dafür relevant sind:

Tabelle 1.10.01: Multiple Regressionsanalyse 2007: Einfluss der Variablen (hier ausgewählte Ängste) auf die persönliche Zukunftszuversicht 2007

Bezeichnung	Beta:
	Gesamtgruppe
Mögliche eigene Arbeitslosigkeit	.23
Eigener sozialer Abstieg	.20
Verteuerung des Lebens	.16
Armut im Alter	.13
Folgen des Klimawandels	.11
Weitere Reformen der Regierung	.11
Folgen der EU-Erweiterung	.10
Amerikanisierung des gesamten Lebens	.10

Multiple R: .56                  R Square: .32

Analysis of Variance:

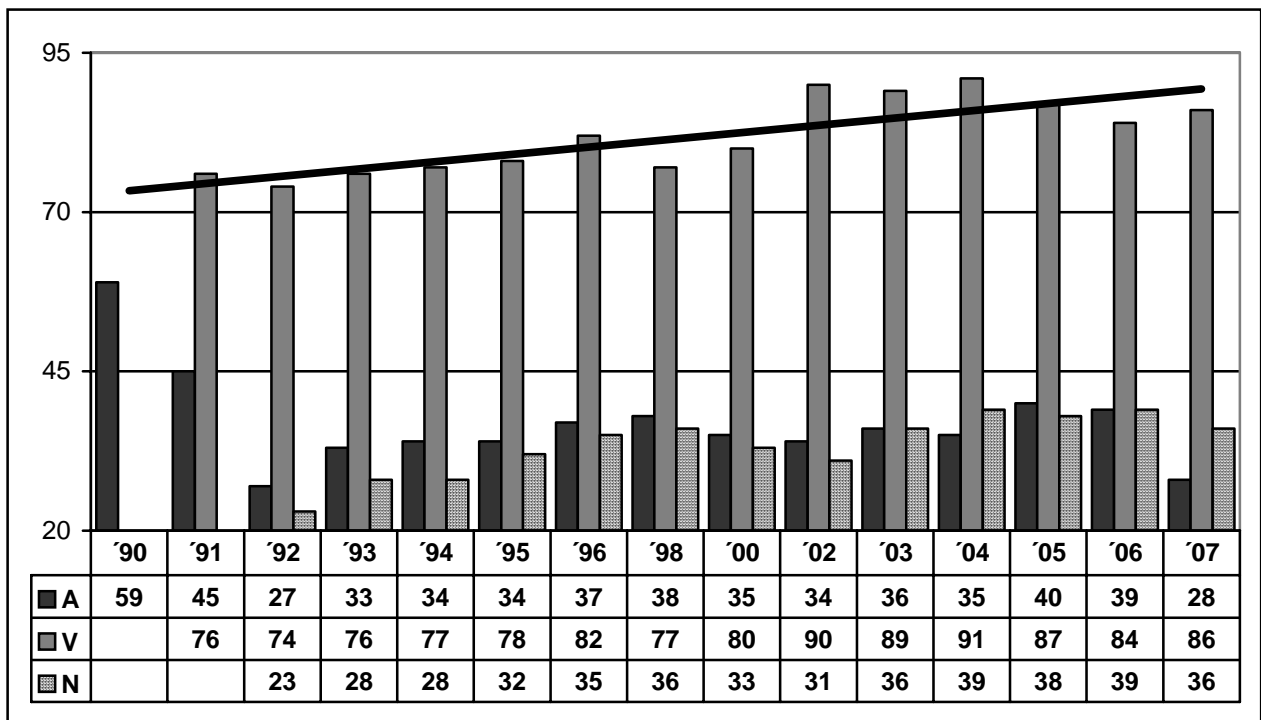
F = 20,60;    Significance F = < .0000

Das multiple Bestimmtheitsmaß (R Square) beträgt .32. Das bedeutet, dass wir ca. 32 % der aktuellen Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht (u. a.) mit den oben aufgeführten 10 Ängsten erklären können.

Wie die oben angeführten Regressionskoeffizienten Beta erkennen lassen, ist das „psychische Gewicht“ der Ängste unterschiedlich, nicht identisch mit ihrem Verbreitungsgrad. Sie zeigen z. B., dass die von 28 % (weiblich 33 %) geäußerte Angst vor eigener (erneuter) Arbeitslosigkeit von den einbezogenen Ängsten den größten negativen Einfluss auf die persönliche Zukunftszuversicht nimmt, gefolgt von der Angst vor sozialem Abstieg und vor weiterer Verteuerung des Lebens. Die übrigen Ängste haben ebenfalls einen signifikanten negativen Einfluss, z. B. die bei 59 % der 34-Jährigen bestehenden Ängste vor weiteren Reformen der Regierung!

Bei den folgenden Analysen konzentrieren wir uns auf die drei verbreiteten Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit, vor weiterer Verteuerung des Lebens und vor Eintreten einer persönlichen Notlage; wir fassen sie hier als „Existenzielle Ängste“ zusammen. Bei diesen Aspekten können wir uns auf langjährige Trends stützen:

Abbildung 1.10.02: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) im Trend 1990 bis 2007 in der Gesamtgruppe



Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark            2 eher stark            3 eher schwach            4 schwach

Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst

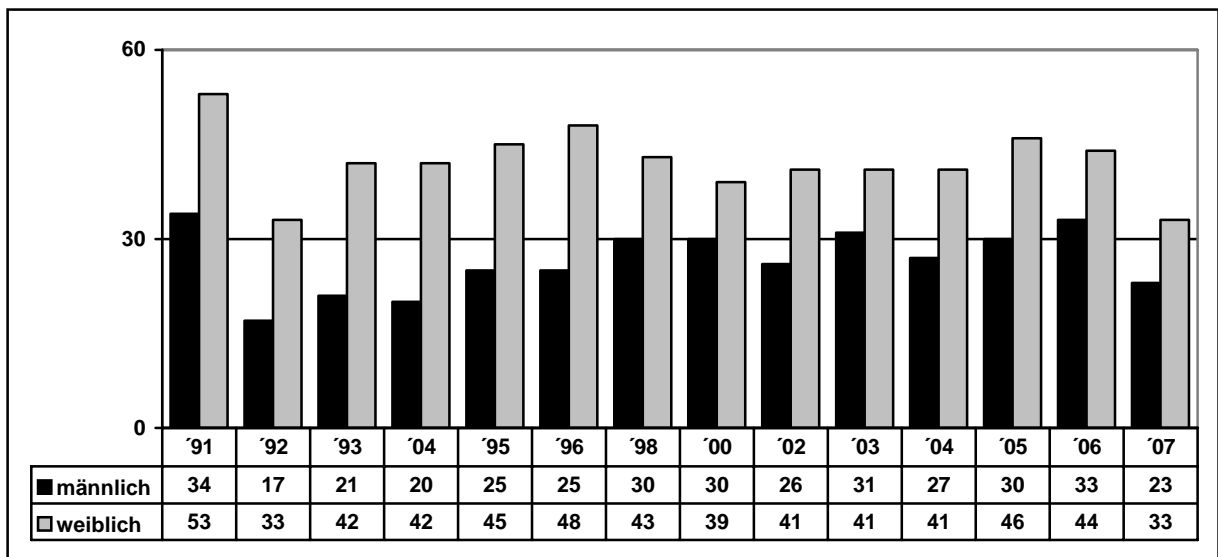
Trendlinie: Verteuerung des Lebens

Wir gehen etwas näher auf die Entwicklung dieser drei Ängste ein, auf ihren Syndromcharakter kommen wir noch zurück.

Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit, die mit der Wende unerwartet in das Leben der Ostdeutschen einbrach, war 1992 gegenüber 1990 und 1991 zunächst ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 90er Jahre betrug der Anteil derer mit starker oder eher starker Angst jedoch ziemlich konstant ein reichliches Drittel, ist aber 2006 gegenüber 2004 tendenziell angestiegen auf den seit 1992 höchsten Wert von 39 %. Die jüngsten Werte von 2007 lassen zwar auf eine leichte Abnahme schließen, ob sie eine Trendwende bedeuten, bleibt abzuwarten.

Die jungen Frauen äußerten zu jedem Zeitpunkt weitaus häufiger diese Angst, Anfang bis Mitte der 90-er Jahre sogar etwa doppelt so häufig wie ihre männlichen Altersgefährten! Das erklärt viel über ihren Gefühlszustand insgesamt.

Abbildung 1.10.03: Angst vor Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 2007, nach den Geschlechtergruppen differenziert.



Die Stichprobe der 5. Welle 1990 ist für eine Differenzierung nach Geschlechtergruppen zu klein.

(Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst.)

Wie in den vorhergehenden Jahren belegen die Längsschnittkorrelationen, dass die ab 1990 und 1991 bei vielen Panelmitgliedern erstmals aufgetretenen Ängste im Hinblick auf mögliche eigene Arbeitslosigkeit, aber auch in Bezug auf ihre Eltern, noch immer bis in die Gegenwart nachwirken. Selbst 2007 besteht mit den Angaben von 1991 (6. Welle) ein signifikanter und relevanter Zusammenhang ( $P = .028$ ), ein nachhaltiges psychisches „Echo“ damaliger massiver Verunsicherungen mit Langzeitwirkung ist unverkennbar.

Tatsache ist, dass viele der schockartigen negativen Erfahrungen, die zahlreiche Panelmitglieder bereits unmittelbar nach der Wende als Folgen der damaligen massiven „Schöpferischen Zerstörung“ der DDR- Wirtschaftsstrukturen gemacht haben, von erheblicher Lebensdauer sind, meist im Kontext weiterer, sich wechselseitig verstärkender Erfahrungen.

Diese kumulativen, teilweise irreversiblen Wirkungen, bei einmaligen Untersuchungen nicht sichtbar, wurden und werden noch immer (gewollt oder nicht) stark unterschätzt oder nicht zur Kenntnis genommen. Nach dem Ende einer oder mehrerer Phasen von Arbeitslosigkeit und dem Antritt einer neuen Stelle verlieren sich deren vielschichtigen Aus- und Nachwirkungen nicht wie ein nächtlicher Albtraum nach dem Motto „Nun ist alles wieder gut!“

Und wir müssen noch ein Stück weiter zurück gehen, in die Zeit vor der Wende. Ohne diesen Zeitsprung zurück wären wir blind und taub für das, was danach passierte. Stets muss hinzugedacht werden, dass reale Arbeitslosigkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes für die jungen Ostdeutschen zu DDR-Zeiten faktisch unbekannte Erscheinungen waren. Die stark prägende Kindheit bzw. Jugendzeit der TeilnehmerInnen dieser Studie war bis zur Wende frei von diesen kapitalismustypischen „kritischen Ereignissen“, eine Tatsache, deren Relevanz für

die Langzeitwirkung der zu DDR-Zeiten erfahrenen Sozialisation kaum überschätzt werden kann.

Wir verweisen dazu auf eine hoch interessante Tabelle, in der ein aussagekräftiger Vergleich von Ergebnissen zur Angst vor Arbeitslosigkeit kurz vor bzw. nach der Wende vorgenommen wird, denen völlig identische Fragestellungen zugrunde liegen, ein seltener, in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL (vertreten durch Werner Harenberg) gezielt herbeigeführter Fall sozialwissenschaftlicher Forschung. Er dürfte vor allem für jene interessant sein, die sich mit Transformationsforschung beschäftigen, insbesondere mit dem Thema „DDR-Nostalgie“.

Tabelle 10.02: Erleben von Bedrohungen durch mögliche eigene Arbeitslosigkeit bei ostdeutschen Jugendlichen kurz vor und kurz nach der Wende. Ergebnisse bevölkerungsrepräsentativer Umfragen.

„Ich fühle mich persönlich bedroht durch den Verlust des Arbeitsplatzes.“

1 sehr stark 2 stark 3 mittel 4 schwach 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<u>junge Erwerbstätige (18 - 29 Jahre)</u>						
1987	8	6	(14)	6	12	68
1990 (September)	41	28	(69)	19	9	3
<u>Lehrlinge</u>						
1987	7	8	(15)	11	17	57
1990 (September)	42	29	(71)	19	10	0

Quellen: 1987: DDR-repräsentative Studie „Frieden 1987“, gemeinsam organisiert vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg (N = 1.524).

September 1990: Bevölkerungsrepräsentative Meinungsumfrage M 8 des ZIJ im Auftrage des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ (N = 1.300)

(vgl. Friedrich/Förster/Starke 1999, S.98).

Diese Daten, die aus zwei verschiedenen bevölkerungsrepräsentativen Umfragen vor bzw. kurz nach der Wende stammen, widerspiegeln eine gravierende Zäsur im Hinblick auf eine entscheidende Existenzbedingung. Gegenüber 1987 (damals wurde diese Frage nur aus forschungsmethodischen Gründen gestellt, um einen empirischen unteren Grenzwert des Auftretens verschiedener Ängste von DDR-Bürgern zu erhalten!) hatten sich die Relationen im Herbst 1990, nur rund drei Jahre später, nahezu umgekehrt.

War es damals nur eine Minderheit der Jugendlichen (wie der Erwerbstätigen allgemein), die sich durch den Verlust des Arbeitsplatzes bedroht fühlte (wobei damals mit Sicherheit kein Befragter an eine Entlassung in die Arbeitslosigkeit gedacht hatte, sondern an eine Versetzung innerhalb des Betriebes o. ä.), traf das im September 1990, d. h. noch vor dem Beitritt, für die überwiegende Mehrheit zu. Der Lebensweg wurde mit einem Mal ungewiss, unberechenbar.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die völlig unterschiedlichen Startbedingungen ostdeutscher und westdeutscher Jugendpopulationen nach der Wende in Bezug auf das Entstehen von Angst vor eigener Arbeitslosigkeit: In einer der ersten gesamtdeutschen Schülerstudie, die im Sommer 1990, also noch vor dem Beitritt der DDR zur BRD stattfand, spiegelten sich diese Unterschiede deutlich wider:

Tabelle 1.10.03: Angst vor Arbeitslosigkeit bei ostdeutschen bzw. westdeutschen Schülern im Sommer 1990  
 „Wenn Du an die nähere Zukunft in unserem Teil Deutschlands denkst, beunruhigen Dich persönlich die folgenden Dinge?“

Arbeitslosigkeit beunruhigt mich ...

	BRD	DDR
Sehr stark	33,3	<u>53,1</u>
Stark	35,3	28,2
Mittel	22,8	13,3
Weniger stark	6,3	4,2
Überhaupt nicht	2,3	1,2
N	1224	1048
(Spaltenprozent)		

Äußerten von den westdeutschen Schülern zu diesem Zeitpunkt 68,6 % diese Angst sehr stark (33,3) oder stark (35,3), sind es bei den ostdeutschen 81,3 %, davon 53,1 % sehr stark.

(Vgl. Deutsche Schüler im Sommer 1990 – Skeptische Demokraten auf dem Weg in ein vereintes Deutschland. Deutsch-deutsche Schülerbefragung 1990. DJI-Arbeitspapier 3 – 019, Tabellenband, S. 49).

Ein weiteres Beispiel dazu:

Im Frühjahr 1991 wurde im Rahmen der gesamtdeutschen „Schülerstudie ‘90“ auch eine Frage zum Thema Arbeitslosigkeit gestellt:

Tabelle 1.10.04: Arbeitslosigkeit wird verschwinden?

„An ein vereintes Deutschland werden verschiedene Hoffnungen und Befürchtungen geknüpft. Wie ist Deine Auffassung dazu?

Es wird für alle einen angemessenen Arbeitsplatz geben, die Arbeitslosigkeit wird verschwinden.“

1 stimmt genau      2 stimmt vielleicht      3 stimmt kaum      4 stimmt nicht

	1	2	3	4
BRD-Schüler	2	19	33	46
DDR-Schüler	1	10	33 (x)	56

Zwar äußern sich auch die BRD-Schüler mehrheitlich pessimistisch, bei den DDR-Schülern ist jedoch dieser Anteil deutlich höher.

(vgl. Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozess der Vereinigung. Dokumentation zur Studie. Fragebogen-Grunddaten- Aufsätze. Arbeitsgruppe Schüler '90. Universität-Gesamthochschule-Siegen. (April 1991), S. 13.

(x) An dieser Stelle ist in der Tabelle die Zahl 3 ausgedruckt; es kann sich aber nur um die Zahl 33 handeln).

Drittes Beispiel:

Im Sommer 1991 wurde vom Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung eine gesamtdeutsche Jugendstudie durchgeführt, an der auf ostdeutscher Seite Walter Friedrich und Peter Förster (beide damals selbst im Status der „Abwicklung“ in der „Warteschleife“) beteiligt waren. Hier wurde in Ost und West auch nach der Furcht vor Arbeitslosigkeit gefragt:

Tabelle 1.10.05: Furcht vor Arbeitslosigkeit

„Befürchten Sie, dass Sie einmal arbeitslos werden könnten oder befürchten Sie das nicht?“

	West			Ost		
	m	%	w	m	%	w
ja, befürchte es	25		27	<b>58</b>		<b>57</b>
nein, befürchte es nicht	70		67	32		31
bin zur Zeit arbeitslos (nicht Kurzarbeit)	4		4	9		12

Die Autoren Hans-Joachim Veen u. a. schrieben damals:

„Von den Befragten haben sich als arbeitslos bezeichnet : 8,1; (Ost); 2,8 % (West). Immerhin hatte sich das Angebot an Lehrstellen relativ rasch vermehrt: Im Sommer 1991 (zum Zeitpunkt der Befragung) standen 6.000 unbesetzte Lehrstellen 2.500 nicht vermittelten Bewerbern gegenüber. Im Zuge des Umbruchs werden jedoch weiterhin negative Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage mit beachtlichen Ausmaßen auftreten. Arbeitslosigkeit im größerem Umfang ist vor allem das Problem der Erwachsenen in den neuen Bundesländern, auch der jungen Erwachsenen, aber auch der Jugendlichen. Arbeitslose aller Altersgruppen sind von dem Umbruch in sehr negativer Weise betroffen, weil ihnen weniger Ausweichmöglichkeiten, lokale Mobilität und ökonomische Ressourcen zur Verfügung stehen. Und sie sind umgeben von kontroversen und weithin pessimistischen Stimmen über die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes, der in starker struktureller und konjunktureller Bewegung ist.

Somit beeinträchtigt Furcht vor Arbeitslosigkeit die Einschätzungen der persönlichen beruflichen Chancen bei den Jugendlichen der östlichen Bundesländer.“

Wir ergänzen diese heute erneut wissenswerten Angaben anhand einer weiteren Tabelle mit dem differenzierten Anteil der ostdeutschen und westdeutschen Jugendlichen, die 1991 Angst vor Arbeitslosigkeit hatten:

Tabelle 1.10.06 : Angst vor Arbeitslosigkeit bei ostdeutschen Jugendlichen (bezogen auf die 91 % der Gesamtgruppe, die nicht bereits arbeitslos sind).

Anteil der Jugendlichen, die Angst vor  
Arbeitslosigkeit äußern, in Prozent

Gesamtgruppe

64

Männlich	64
Weiblich	64
Schüler	65
Studenten	57
Lehrlinge	67
Berufstätige	64
Mecklenburg-Vorpommern	74
Sachsen-Anhalt	71
Brandenburg	66
Thüringen	66
Sachsen	59
Berlin Ost	54

### **Zum Vergleich: westdeutsche Jugendliche 27**

Außerdem wurden in dieser Studie bei den ostdeutschen Jugendlichen erhebliche, signifikante Auswirkungen der bestehenden Angst vor Arbeitslosigkeit auf die Zukunftsangst nachgewiesen:

Tabelle 1.10.07: Zukunftsangst und Arbeitslosigkeit ostdeutscher Jugendlicher (Angaben in %)

	„Ich habe Angst vor der Zukunft“			
	Meistens	manchmal	selten	nie
Gesamtgruppe				
Ost	8	37	35	19
Arbeitslosigkeit				
- <b>Wird befürchtet</b>	<b>8</b>	<b>42</b>	<b>32</b>	<b>17</b>
- wird nicht befürchtet	3	29	20	15
- Arbeitslose	22	41	20	15

(vgl. Hans-Joachim Veen u. a.: *Eine Jugend in Deutschland? Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West*. Co-Autoren: Walter Jaide, Barbara Hille, Walter Friedrich, Peter Förster. Leske + Budrich, Opladen 1994.

Aufschlussreiche Daten hierzu beinhalten auch die 9 bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen des ZIJ Leipzig, bei denen (fast) von Anfang an die Entwicklung der Angst vor Arbeitslosigkeit im Osten beobachtet wurde; wir können hier nicht ausführlicher darauf eingehen.

Verdienstvoll wäre eine Zusammenschau aller zum Thema Arbeitslosigkeit vorliegenden Daten (Verteilungen, Zusammenhänge, Trends), insbesondere in der

Zeit kurz vor und nach der Wende. Sie sind mit Sicherheit auch für jene Forscher hilfreich, die sich mit dem Thema „DDR-Nostalgie“ beschäftigen und ernsthaft nach den tatsächlichen Ursachen für diese Erscheinung suchen.

Zurück zu den Trends. Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hatte zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende ebenfalls unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der sich 2000 sich andeutende leichte Rückgang wurde 2006 von einem erneuten Anstieg auf 39 % abgelöst, dem 2007 ein leichter, signifikanter Rückgang auf 36 % folgte. Auch diese Angst wurde im Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen meist häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die von Anfang an sehr verbreitete Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens ist nach 2000 nochmals angestiegen, 2007 allerdings wieder leicht zurück gegangen. Diese Spitzenposition ist nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt der faktisch täglichen, meist (ob gezielt oder nicht) erneut Sorgen und Ängste auslösenden Ankündigung weiterer Erhöhungen in allen Lebensbereichen, in einigen Medien dazu noch reißerisch aufgemacht.

Diese quantitativen Daten werden noch unterstrichen durch qualitative Daten, d. h. die sehr kritischen Urteile vieler Panelmitglieder über die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, in denen die ständig steigenden finanziellen Belastungen eine zentrale Rolle spielen. Häufig wird die Frage gestellt, „ob den Konzernbossen überhaupt klar ist, dass die Preisspirale immer wieder dieselben Leute trifft, die das ausbaden müssen? Das kann doch nicht so weitergehen!“

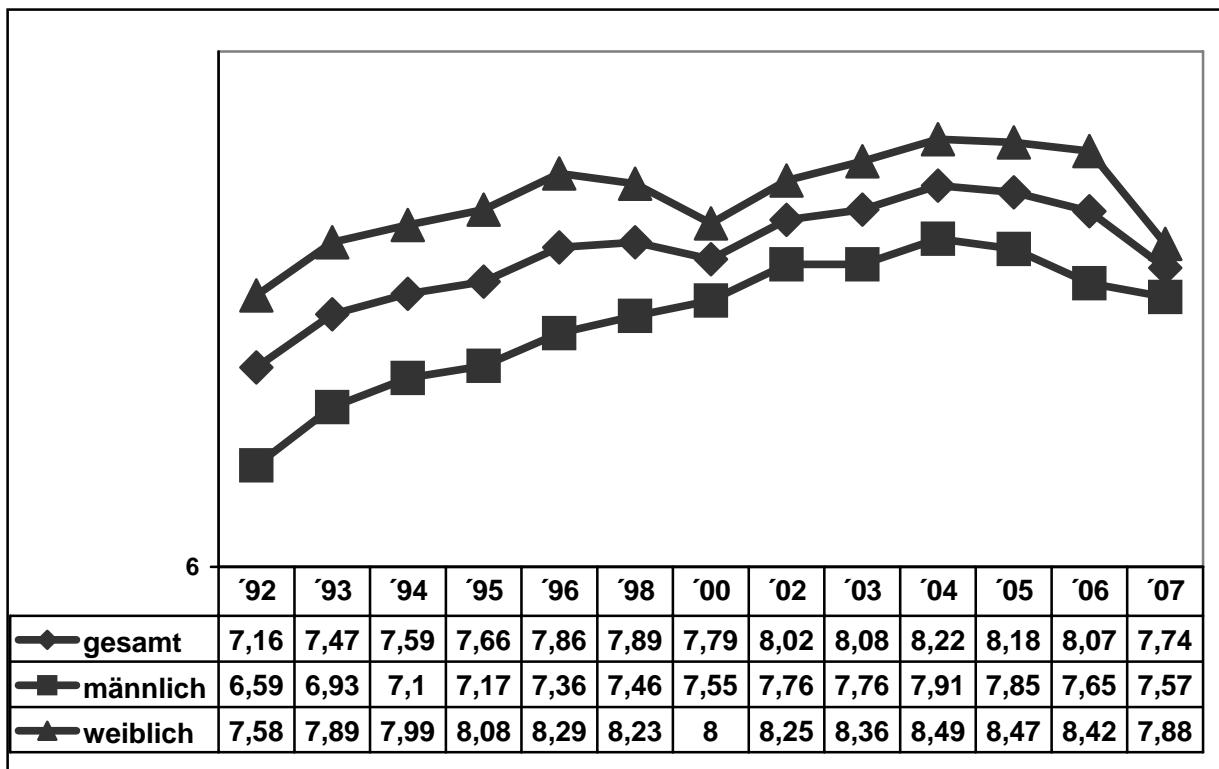
In der Tat lassen die vorliegenden Berechnungen für die 34-Jährigen eindeutig darauf schließen, dass eine weitere Verteuerung des Lebens ihre ohnehin schwache Akzeptanz des gegenwärtigen Systems verringern wird mit heute noch nicht absehbaren Konsequenzen für den „sozialen Frieden“ im Lande.

Um die Veränderungstendenzen des erwähnten Syndroms von Existenzängsten genauer untersuchen zu können, wurde auf der Grundlage der drei einzelnen Ängste für jedes Untersuchungsjahr ein Index „Existenzangst“ gebildet, der zwischen 4,0 Punkten (Minimum, Angst ist sehr schwach) und 12,0 Punkten (Maximum, Angst ist sehr stark) liegt. Dass es sich bei den drei Ängsten tatsächlich um ein Syndrom von Existenzängsten handelt, wurde an anderer Stelle nachgewiesen (vgl. Berth, Förster, Brähler & Stöbel-Richter 2007).

Die folgende Abbildung informiert über die Ausprägung des genannten Indexes im Trend zwischen 1992 (8. Welle) und 2007 (21. Welle):

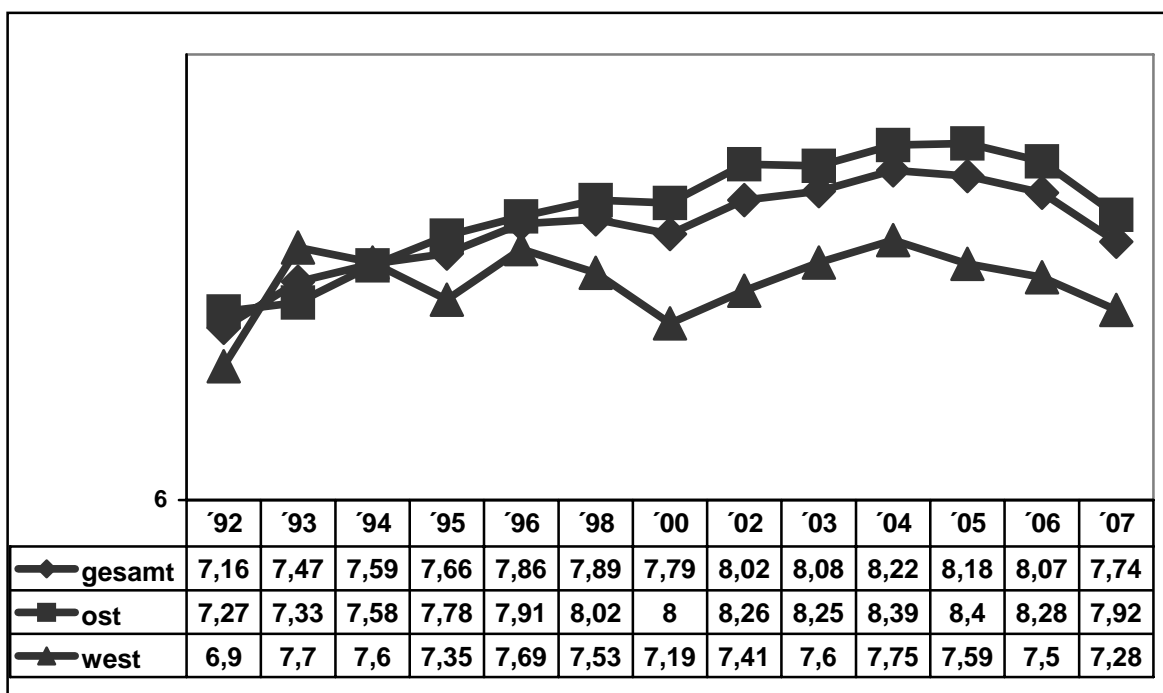
Abbildung I.10.04: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2007, differenziert nach den Geschlechtergruppen. Mittelwerte





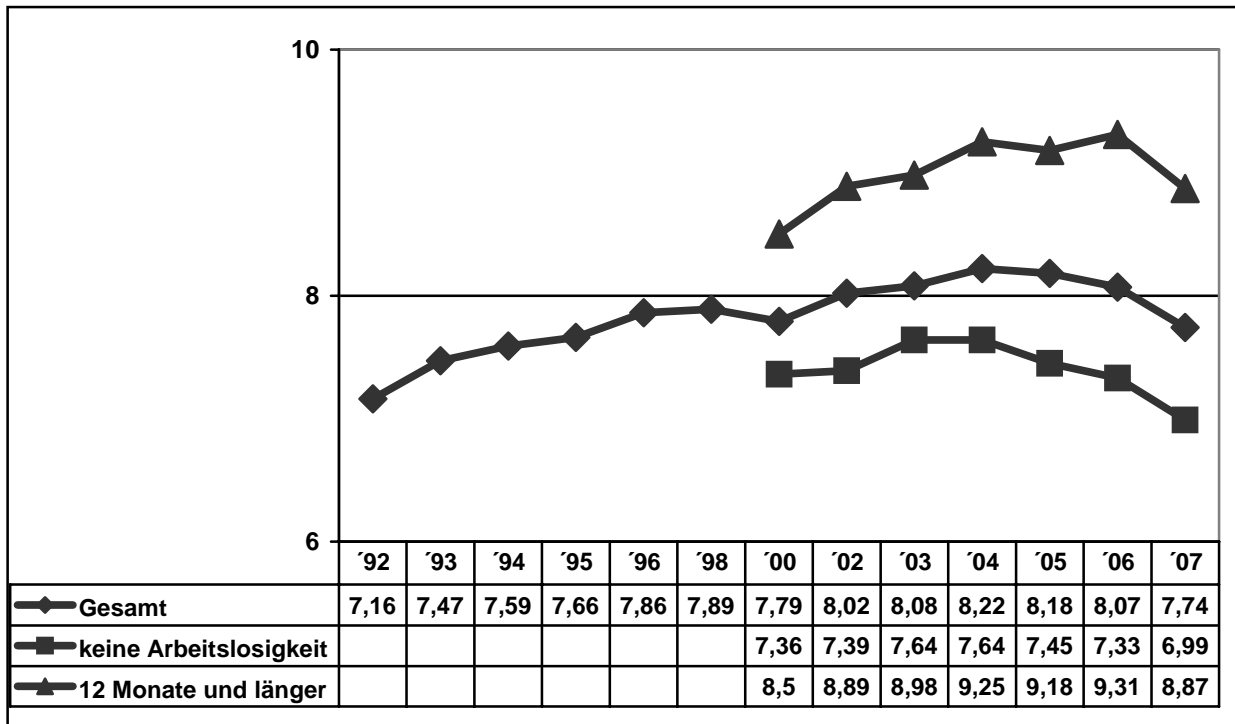
Ablesbar ist, dass die durchschnittliche Ausprägung dieser Existenzängste mit Ausnahme des Jahres 2000 bis 2006 insgesamt gesehen zugenommen hat. Ob der Rückgang 2007 einen veränderten Trend ankündigt, bleibt abzuwarten. Die jungen Frauen äußern diese Ängste durchweg häufiger.

Abbildung I.10.05: Ausprägung des Index „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2007, differenziert nach der Wohnregion Ost-West. Mittelwerte



Für die im Westen lebenden Panelmitglieder wurde auf dieser Basis fast durchweg eine signifikant geringere Ausprägung dieser Existenzängste berechnet.

Abbildung I.10.6: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Trend 1992 bis 2007, differenziert nach den Extremgruppen entsprechend der Dauer von Arbeitslosigkeit, für diese außerdem Vergleich der Mittelwerte seit 2000 (seitdem diese differenzierten Daten zur Arbeitslosigkeit vorliegen)



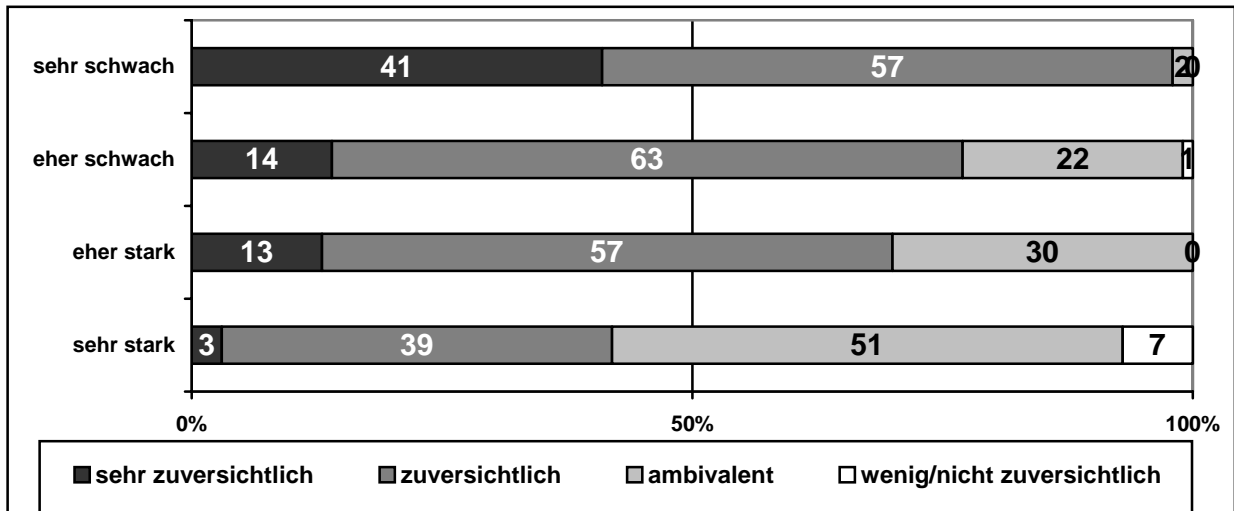
Der erwähnte generell zunehmende Trend betraf in besonderem Maße jene Panelmitglieder, die zu den Erhebungszeitpunkten kumuliert berechnet 12 Monate und länger arbeitslos waren (obere Linie). Die Indexwerte beider Extremgruppen unterscheiden sich durchweg. Wir kommen darauf zurück.

Durch diese individuelle Kopplung der seit vielen Jahren beobachteten Existenzängste ist es besser als mittels der einzelnen Seiten möglich zu untersuchen, ob bzw. welche Zusammenhänge zu anderen Persönlichkeitsmerkmalen bestehen. Wären diese nur eingebildeter oder vorgespiegelter Natur (eben nur „Jammereien“), dann dürften überhaupt keine Zusammenhänge existieren, wir hätten es mit „Nullkorrelationen“ zu tun.

Wir beschränken uns hier auf wenige wichtige Zusammenhänge, so zwischen der Ausprägung von Existenzängsten einerseits und Zukunftszuversicht andererseits. Die ursprüngliche Skala von 4 bis 12 Punkten wurde zuvor zwecks besserer Überschaubarkeit auf der Verteilungsgrundlage in eine vierstufige Skala umgewandelt mit den Bedeutungen:

- Existenzängste:
- 4 bis 6 Punkte = sehr schwach (n = 89)
  - 7 Punkte = schwach (n = 91)
  - 8 Punkte = stark (n = 86)
  - 9 bis 12 Punkte = sehr stark (n = 113)

Abbildung. 1.10.07: Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Existenzängsten und persönlicher Zukunftszuversicht 2007



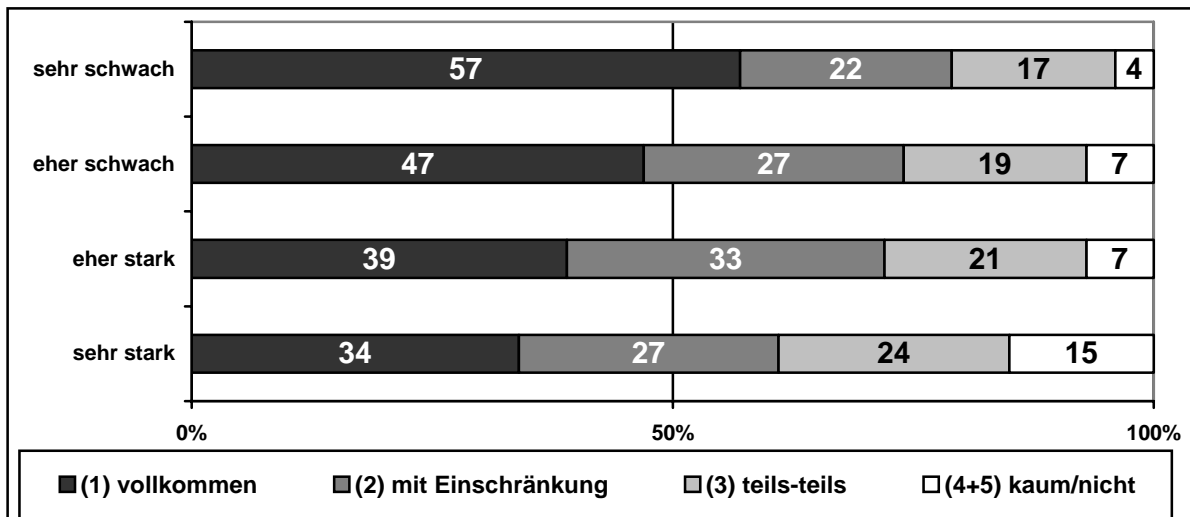
Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Sie persönlich?“  
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Links ist die Stärke der Existenzängste aufgetragen, rechts die entsprechenden Werte der Zukunftszuversicht.

Gut erkennbar ist, dass die Zukunftszuversicht erwartungsgemäß um so geringer ausfällt, je stärker das Syndrom „Existenzängste“ ausgeprägt ist. Das erscheint „logisch“; die Berechnungen unterstreichen jedoch, in welchen erheblichen Größenordnungen das der Fall ist: Von den Panelmitgliedern, die nur „sehr schwach“ von Existenzängsten belastet sind, blicken 41 % sehr zuversichtlich in die Zukunft, weitere 57 % zuversichtlich, 2 % ambivalent und Null Prozent wenig oder nicht zuversichtlich. Von jenen dagegen, die „sehr stark“ belastet sind, äußern sich nur 3 % sehr zuversichtlich, 39 % zuversichtlich, dafür 51 % ambivalent und 7 % wenig oder gar nicht zuversichtlich – das sind erhebliche Differenzen!

Ein weiteres, politisch akzentuiertes Beispiel betrifft die (deutlich rückläufige) Bejahung der Wende:

Abbildung 1.10.08: Zusammenhang zwischen der Ausprägung von Existenzängsten und der Bejahung der Wende



Fragetext: "Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist."  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Auch in diesem sehr brisanten Fall besteht eine enge Beziehung: Die Bejahung der Wende ist um so schwächer, je stärker die Belastung mit existenziellen Ängsten ist. Bei denen, die sich sehr stark von ihnen bedroht fühlen, bejaht nur noch rund ein Drittel die Beseitigung des SED-Regimes!

Wir verzichten hier auf weitere Beispiele. Sie belegen allesamt den deutlichen Einfluss der seit Jahren angestiegenen Existenzängste auf die politischen Orientierungen und weitere Persönlichkeitsmerkmale der Panelmitglieder. Sie können aus den Analysen des politischen Mentalitätswandels im Osten unter den Bedingungen einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft nicht ausgeklammert werden.

Abschließend verweisen wir kurz auf Ergebnisse einer weiteren multifaktoriellen Analyseverfahren, (Konfigurationsfrequenzanalyse – KFA nach Krauth und Lienert) mit der wir seit einigen Jahren die qualitativen Aspekte des Syndroms „Existenzängste“ differenzierter untersucht haben. Sie sind ausführlich beschrieben in der Publikation von Berth/Förster/Brähler/Stöbel-Richter: „Einheitslust und Einheitsfrust“ (2007, S. 87 ff.).

## 2. Einige Einflussfaktoren der Kritik am gegenwärtigen Gesellschaftssystem und des Entstehens von Existenzängsten

### 2.1 Arbeitslosigkeit als „größte Wunde“ der jetzigen Gesellschaft

**Zitate aus den Notizen der aktuell arbeitslosen 32-Jährigen, in denen sie über ihre gegenwärtige Lebenssituation schreiben (2005):**

*„Im Moment bin ich ohne jegliches Einkommen zu Hause. Mein Anspruch auf Arbeitslosengeld lief im Juni aus und auf Arbeitslosengeld II habe ich keinen Anspruch. Im Moment ist die Situation katastrophal, da auch mein Mann sich arbeitslos melden musste. Wir müssen den Kredit für unser Haus zahlen und ohne unsere Eltern hätte ich schon längst nicht mehr gewusst, wie es weitergehen soll.*

*Aufgrund wahnsinniger Bürokratie haben wir beide in diesem Monat Null Einkommen, aber ich will das, was wir uns geschaffen haben, nicht so schnell aufgeben.“*

*„Es ist schwer, auch an ´unterqualifizierte`Arbeit zu kommen, da auch dort schon Fachkräfte und studierte Menschen sich bewerben. Außerdem wird man meiner Meinung nach vom Arbeitsamt gebremst, da man die nötige Motivation durch dieses Amt wieder verliert. Durch die langen Zeiten vom Vorstellen bis zum Termin vergeht es einem.*

*Durch die finanzielle Lage durch Alg II ist es fast unmöglich, sich für einen Arbeitsplatz mobil zu halten (Auto, Versicherungen usw.).“*

*„Bin seit Mai letzten Jahres arbeitssuchend. Da ich, wie ich meine, eine gute Ausbildung habe und als Altenpflegerin nie gedacht habe, ohne Arbeit dazustehen, ist es schon deprimierend, mit Hartz IV zurechtzukommen. Einen Job mit 2 Kindern als Altenpflegerin zu finden ist als Frau sehr schwierig.“*

*„Keine Arbeit, kein Hartz IV, da mein Mann ´zu viel` verdient. Nach allen Abzügen bleibt ein Monatsbudget von 200 € zum ´leben` übrig. Seit Wochen aggressiv zu meinem Mann und allen anderen Bekannten gegenüber. Sehr unzufrieden mit allem und jeden.“*

*„Ich bin seit dem 3-jährigen Erziehungsurlaub mit meinem Sohn arbeitslos. Anfangs habe ich das nicht für so schlimm betrachtet, ich habe ja eine gute Ausbildung und Berufserfahrung, zum Ende sogar den Job einer Chefsekretärin ausgeführt. Im Laufe der Zeit ist aber schon schlimm, es gibt einfach keine Arbeit. Und wenn, dann ist ein Kind mit vorgeschriebenen Kindergartenzeiten voll der Klotz am Bein. In der heutigen Gesellschaft wird ein Kind nicht berücksichtigt. Mittlerweile bemühe ich mich sogar um Putzjobs... Auf die Hilfe vom Arbeitsamt kann man verzichten, die schikanieren einen sogar noch!“*

*„Ich bekomme seit Januar Hartz IV. Wenn man wie bei Arbeitslosenhilfe dazuverdienen könnte, wäre das viel wert. Aber bei Hartz IV wird jeder Nebenverdienst angerechnet, das ist nicht gut, mehr schlecht als recht.“*

*„Arbeitslos, ohne Führerschein, aber ohne Führerschein keine Arbeit. Arbeitsamt bezahlt nur unter bestimmten Voraussetzungen ... Aus diesem Grund sitze ich vor Kaufhallen rum und bittle mir was zusammen. Ich baue mir seit etwa 1 Jahr ein Netz von Leuten auf, die jederzeit bei mir anrufen können und dann helfe ich denen für ein paar €. Meist gibt es noch etwas zu essen“.*

**"Die Arbeitslosigkeit ist die größte Wunde der Gesellschaft. Wie viel Hoffnungen, wie viel Lebensmut werden hier zerstört! Wie viel guter Wille, wie**

**viel Leistungsbereitschaft bleiben hier ungenutzt! Wie groß und wie weitverbreitet ist das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, ja wertlos zu sein! Keine Aussicht auf Arbeit und Beschäftigung zu haben: Das kann jedes Vertrauen in die Zukunft zerstören - in die eigene und in die der Gesellschaft." (Bundespräsident Johannes Rau, 12.05.2004) <sup>1</sup>**

Die Bundesanstalt für Arbeit berichtete in den letzten Monaten stets eine deutliche Abnahme der Arbeitslosenzahlen in Deutschland. Aktuell (Juli 2008) sind immer noch 3.210.045 Menschen arbeitslos (Quote: 8,6 %). Die Arbeitslosenquote ist in Westdeutschland (7,1 %, 2.120.275 Personen) jedoch deutlich niedriger als in den neuen Ländern (14,3 %, 1.089.770 Personen).<sup>2</sup> Die eindeutig negativen sozialen, psychischen und anderen Folgen von Arbeitslosigkeit sind gut untersucht.<sup>3 4 5 6</sup> In nahezu allen Studien lässt sich nachweisen, dass Zeiten von Arbeitslosigkeit die körperliche und vor allem die seelische Gesundheit nachhaltig negativ beeinflussen. Die psychischen Folgen nehmen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit zu, d. h. Langzeitarbeitslose sind meist stärker belastet. Männer, jüngere Personen oder

---

<sup>1</sup> Johannes Rau, Vertrauen in Deutschland - eine Ermutigung. Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Schloss Bellevue in Berlin am 12. Mai 2004. in: <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-.2.621940/Artikel/dokument.htm> (31.07.2008)

<sup>2</sup> Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland Juli 2008. Monatsbericht, <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf> (31.07.2008)

<sup>3</sup> Alfons Hollederer/Helmut Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit, Bern 2006.

<sup>4</sup> Michael Kastner/Tim Hagemann/Gesa Kliesch (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Arbeitsmarktintegrierte Gesundheitsförderung, Lengerich 2005.

<sup>5</sup> Frances M. McKee-Ryan/Zhaoli Song/Connie R. Wanberg/Angelo J. Kinicki, Psychological and physical well-being during unemployment: A meta-analytic study, in: Journal of Applied Psychology, 90 (2005) 1, S. 53-76.

<sup>6</sup> Thomas Kieselbach/Anthony H. Winefield/Carolin Boyd/Sarah Anderson (Eds.), Unemployment and Health. International and interdisciplinary perspectives, Bowen Hills, Australia 2006.

Personen mit niedrigerem sozialem und beruflichem Status leiden meist mehr unter den Folgen von Arbeitslosigkeit.<sup>7</sup>

Trotz der Fülle vorliegender Forschungsergebnisse zum Thema Arbeitslosigkeit ist es - nicht zuletzt aufgrund der immer noch sehr vielen betroffenen Personen - nach wie vor relevant, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu untersuchen, insbesondere im Längsschnitt. Im Folgenden soll daher an unserer Population veranschaulicht werden, welche Auswirkungen Arbeitslosigkeit auf verschiedene Lebensbereiche, Einstellungen usw. hat.

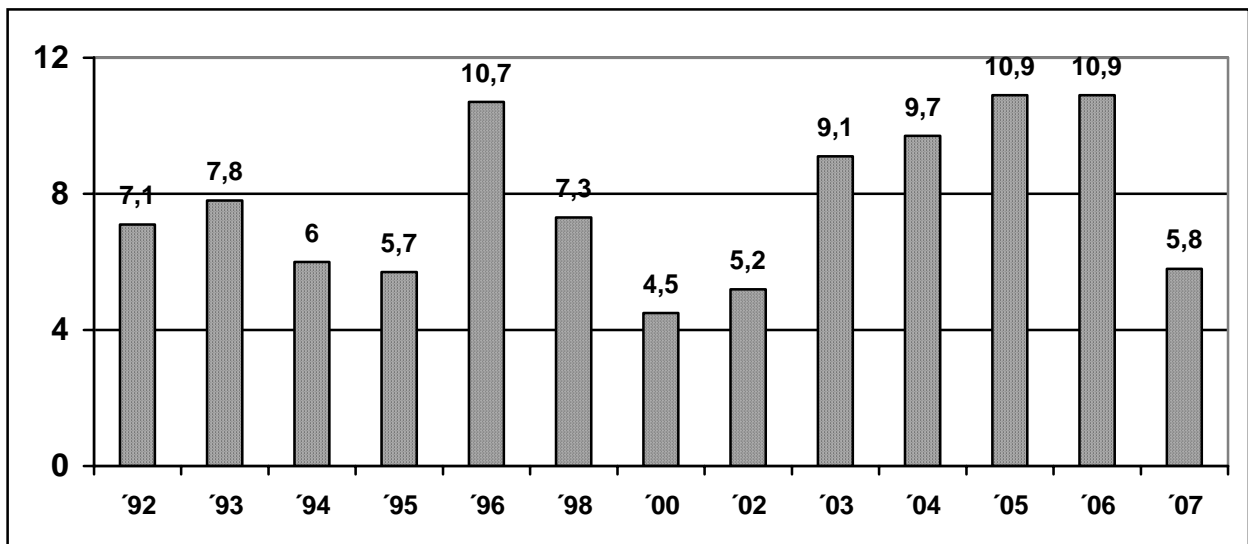
Wie schon im ersten Buch über die Studie von 2002 (vgl. Förster 2002) und erneut in unserer 2007 erschienenen Publikation „Einheitslust und Einheitsfrust“ ausführlich dargestellt, waren wir unmittelbar nach dem Systemwechsel durch die gelungene Fortsetzung der Studie mit denselben Personen in der einzigartigen Situation, vom Beginn der Herrschaft des neuen Gesellschaftssystems an das erstaunlich (??) schnelle Eindringen einer für Ostdeutsche bisher völlig ungewohnten gesellschaftlichen Erscheinung in die Lebensverhältnisse unserer Population zu dokumentieren: der Arbeitslosigkeit. Da es sie in der DDR nicht gab, die Panelmitglieder keinerlei persönliche Erfahrungen mit ihr hatten, nicht haben konnten, gehen wir bei diesen Analysen von einer analytisch außerordentlich bedeutsamen Startposition, einem „Punkt Null“ aus, wie er sonst fast nur bei naturwissenschaftlichen Experimenten vorkommt.

Wir gehen zunächst von der Zeitreihe der Prozentquoten derer aus, die in den jeweiligen Untersuchungsjahren nach 1990 arbeitslos waren:

Abbildung 2.01: Prozentanteil der Panelmitglieder, die zum jeweiligen Befragungszeitpunkt aktuell arbeitslos waren, im Trend 1992 bis 2007, d. h. zwischen ihrem 19. und 34. Lebensjahr (jeweilige Gesamtpopulationen):

---

<sup>7</sup> Karsten I. Paul/Alice Hassel/Klaus Moser, Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration, in: Alfons Holleederer/Helmut Brand (Hrsg.), Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit, Bern 2006.



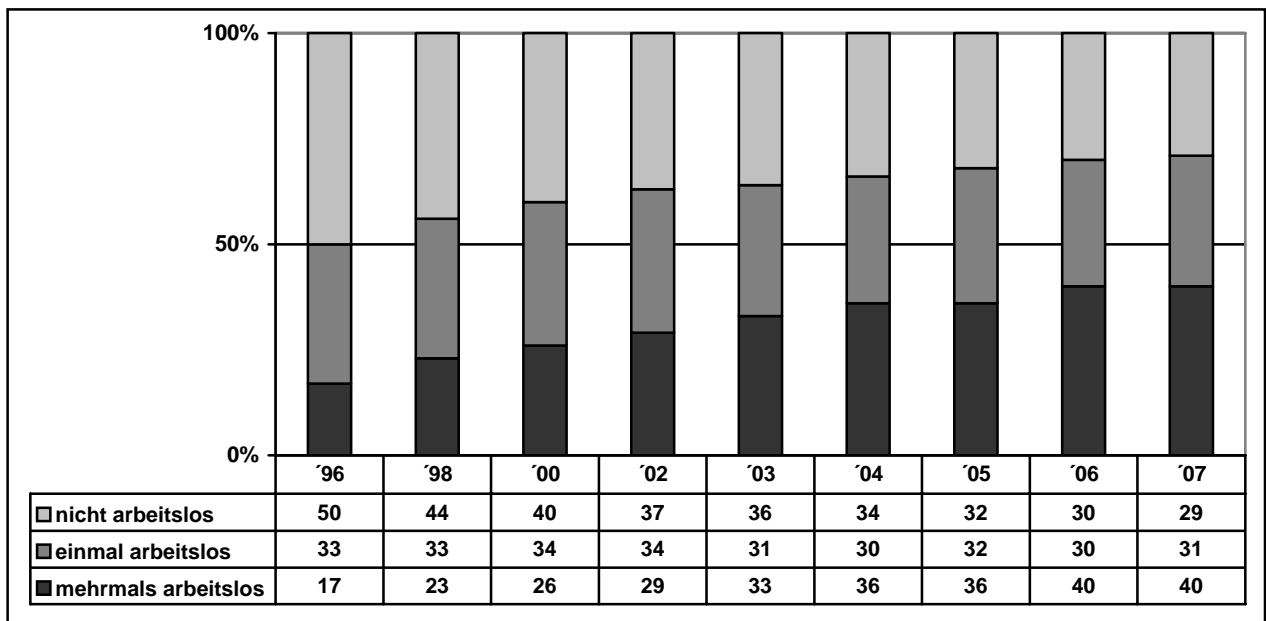
Fragetext: Vorgabe zahlreicher möglicher Statusmerkmale einschließlich „arbeitslos“.

Von diesen jeweils punktuellen Quoten her könnte man zu der Auffassung gelangen, dass im gesamten Zeitraum „nur“ maximal 10 % der Panelmitglieder arbeitslos waren. Das erweist sich jedoch als ein schwer wiegender Irrtum. Wir werden gleich sehen, dass diese Daten (wie auch die amtlich verkündeten monatlichen Angaben über die Quoten Arbeitsloser) für die sozialwissenschaftliche Wirkungsforschung wenig Nutzen bringen, die tatsächliche Situation verzerren, weil die Belastungen durch Arbeitslosigkeit und deren Folgen über längere Zeiträume verborgen bleiben, die – natürlich! – an die einzelnen Individuen gebunden sind.

Zusätzlich zu dieser punktuellen Information fragten wir die Panelmitglieder ab 1996 differenzierter, ob sie seit der Wende mehrmals, einmal oder nicht arbeitslos waren. Abbildung 2 informiert über den Längsschnitt einschließlich 2007, der einen weitaus genaueren Einblick ermöglicht:

Abbildung 2. 02: Anteil der Panelmitglieder mit mehrmaliger bzw. einmaliger bzw. keiner Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2007 (identische Population derer, die an der 21. Welle teilgenommen haben):





Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“  
 1 ja, mehrmals                      2 ja, einmal                      3 nein

**Auf diese prozessorientierte und kumulative Weise (und ausschließlich auf diese) ist erkennbar, dass sich in dieser identischen Population der Anteil der Personen, die in diesem Zeitraum mehrmals arbeitslos waren (und bei denen die durchweg negativen Folgen der Arbeitslosigkeit besonders deutlich sind), von 17 % 1996 auf 40 % 2007 mehr als verdoppelt hatte. Dafür reduzierte sich der Anteil jener, die nicht arbeitslos waren, von 50 % 1996 auf 29 % 2007.**

Das lässt bereits die immensen Veränderungen ahnen, mit denen (auch) diese jungen Leute nach der Wende und dem Vollzug der Einheit zu kämpfen hatten. Leider stehen ähnliche kumulative Trends für Ostdeutschland insgesamt bzw. die Länder nicht zum Vergleich zur Verfügung. Sie würden mit Sicherheit sehr aufschlussreich sein für die Beurteilung der „Stimmung im Osten“ und ihres Wandels, die (falls es sie interessiert) nicht wenigen Politikern Rätsel aufzugeben scheint.

Dabei ist stets mit in Rechnung zu stellen, dass sich die Arbeitslosigkeit zeitgleich hierzu auch im sozialen Nahbereich dieser jungen Leute ausgebreitet hat (Eltern, Partner, Geschwister, Freunde), mit allen zusätzlichen negativen Auswirkungen. So stellten wir fest, dass bis 2004 bereits über die Hälfte (58 %) der Eltern (d. h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 21 % ist dabei die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben (was nicht gleichzeitig passiert sein muss). Für sehr viele unserer Panelmitglieder war das erste schockierende, nachhaltig prägende Ereignis nach dem Systemwechsel, dass ihre Väter und/oder Mütter „im besten Alter“ über Nacht, völlig unerwartet arbeitslos wurden.

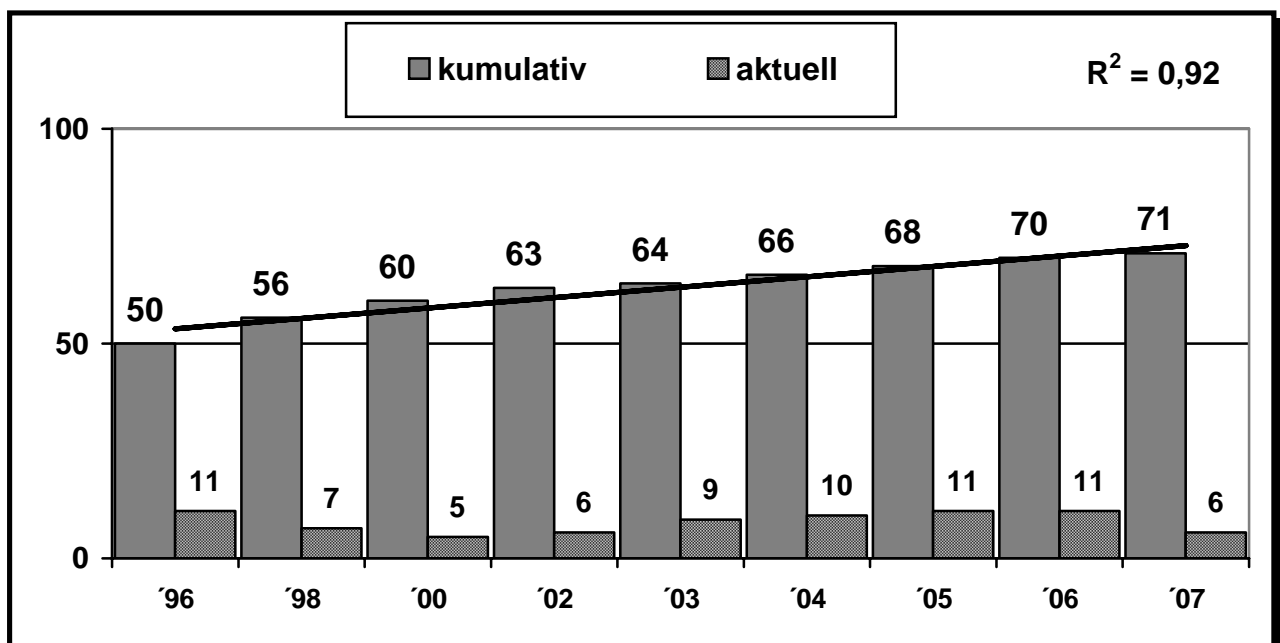
Hinzu kommt, dass schon bis 2004 auch ein erheblicher Teil der Lebenspartner/Innen der Panelmitglieder, ihrer Geschwister sowie ihrer engen Freunde arbeitslos waren. Aus der individuellen Kopplung aller dieser einzelnen Angaben ging hervor, dass bis 2004 94 % dieser jungen Leute direkt oder indirekt in

dem erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden.

Auch diese „Kollektive Betroffenheit“ im Osten wird in ihrem real bestehenden Ausmaß und ihren Folgen, wenn überhaupt wahrgenommen, völlig unterschätzt, Ausdruck eines Menschenbildes, in dem die betroffenen Personen als sozial isolierte Wesen ohne Erinnerungen agieren.

Um die Trendrichtung der Ausbreitung von Arbeitslosigkeit in unserer Population statistisch besser beurteilen und Prognosen berechnen zu können, fassen wir die Teilgruppen derer zusammen, die einmal oder mehrmals arbeitslos waren. Zum Vergleich führen wir nochmals die (gerundeten) punktuellen Jahresdaten mit an:

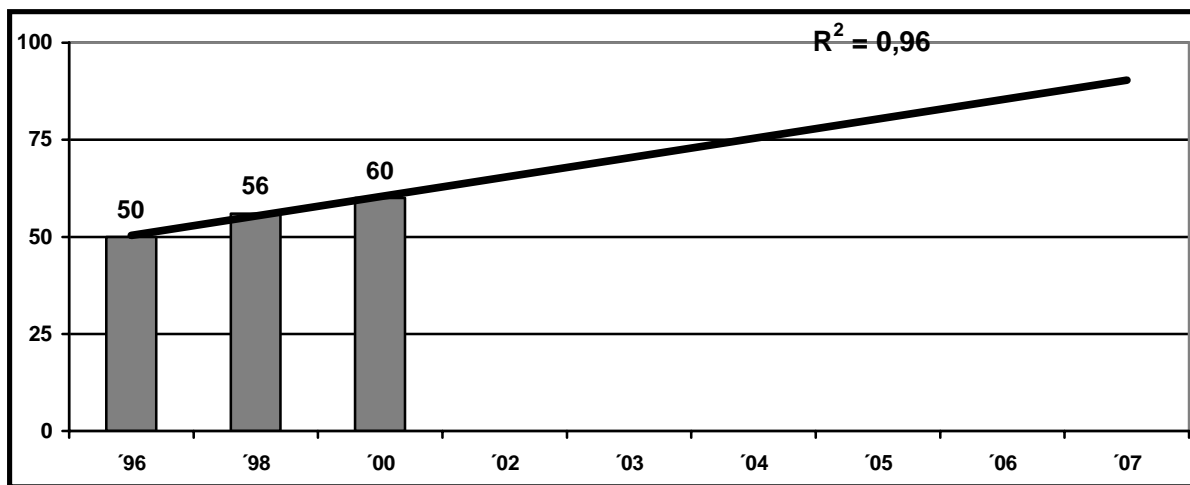
Abbildung 2.04: Prozentanteile der Panelmitglieder, die seit der Wende ein- oder mehrmals arbeitslos waren



*R-Quadrat = Bestimmtheitsmaß. Mit seiner Höhe (0,92) bestätigt es die Annahme, dass wir es bei der erheblichen Zunahme der Quote der Panelmitglieder, die zwischen 1996 bis 2007 ein- oder mehrmals arbeitslos waren, mit einem in dieser Population und in diesem Zeitraum linearen Trend zu tun haben. Das ist eines der interessantesten und wichtigsten Ergebnisse der Studie zum Thema Arbeitslosigkeit einschließlich der damit möglichen Prognosen: bei unveränderten äußeren, gesellschaftlichen Bedingungen ist eine weitere Zunahme dieser Quote mit allen Implikationen sehr wahrscheinlich.*

Als Beleg für die hinreichende Genauigkeit solcher prognostischer Aussagen im Rahmen dieser Panelstudie gehen wir noch einmal retrospektiv zu den Angaben derselben Personen im Jahr 2000 zurück, ein Vorteil dieser (wie jeder) Längsschnittstudie:

Abbildung 2.05: Prozentanteile der Panelmitglieder, die seit der Wende bereits ein- oder mehrmals arbeitslos waren, im Trend zwischen 1996 und 2000 (verkürzte Darstellung):



Schon 2000, anhand von nur drei Messpunkten, war bereits grob absehbar, wie – unter unveränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – die Entwicklung in dieser Population weiter gehen wird! Dabei geht es natürlich nicht um den konkreten Nennwert der Quoten, sondern um den generellen Trend.

So gesehen war unsere erste Prognose von 2000, dass der Anteil derer, die (ein- oder mehrmals) Arbeitslosigkeit erleben, unter unveränderten Rahmenbedingungen künftig jährlich um zwei oder drei Prozent zunehmen wird, ziemlich exakt! Das spricht für die Genauigkeit unserer ermittelten Daten und für die prinzipiell vorhandenen Möglichkeiten, Prognosen zu relevanten Entwicklungen zu berechnen und entsprechende Maßnahmen zu bedenken.

Tatsächlich mussten wir als Wissenschaftler danach „live“ und hilflos registrieren, wie sich die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr etwa in der prognostizierten Größenordnung und unumkehrbar ausgebreitet hat, mit allen Folgen, auf die wir gleich eingehen.

Noch einmal zurück zur Abbildung 2.04: Wir haben hier nicht nur eine sehr interessante, sondern zugleich höchst brisante Zeitreihe vor uns, gewissermaßen einen Blick hinter die „Kulissen der Arbeitsmarktstatistik!“ Auf sie trifft der häufig verwendete Begriff „Soziale Zeitbombe“ wohl tatsächlich zu. Sie gehört zu den wichtigsten „Entdeckungen“ unserer Studie überhaupt, wenn auch nur bezogen auf die Altersgruppe der 1973 in der DDR Geborenen. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass es in benachbarten (insbesondere älteren) Altersgruppen ähnliche Entwicklungen gab und gibt.

Insofern ist es bedauerlich, dass unser Angebot an eine renommierte Einrichtung in Nürnberg, gemeinsame Längsschnittstudien in beiden Landesteilen zu organisieren (und zwar in mehreren Kohorten) nicht einmal beantwortet wurde. Inzwischen hätten aufschlussreiche Vergleichsdaten aus drei Jahren vorliegen können!

**Individuell und längsschnittlich betrachtet haben nämlich seit der Wende bis 2007 bereits 71 % der Panelmitglieder ein- oder mehrmals Arbeitslosigkeit „am**

**eigenen Leibe“ erlebt! Aus den oben dokumentierten punktuellen Daten kann diese tatsächliche, kumulative Entwicklung nicht abgelesen werden!**

**Solche kumulativen Analysen wünschte man sich auch für Ostdeutschland insgesamt! Die Chance dafür wurde nach der Wende vermutlich verpasst, obwohl mit Arbeitslosigkeit zu rechnen war.**

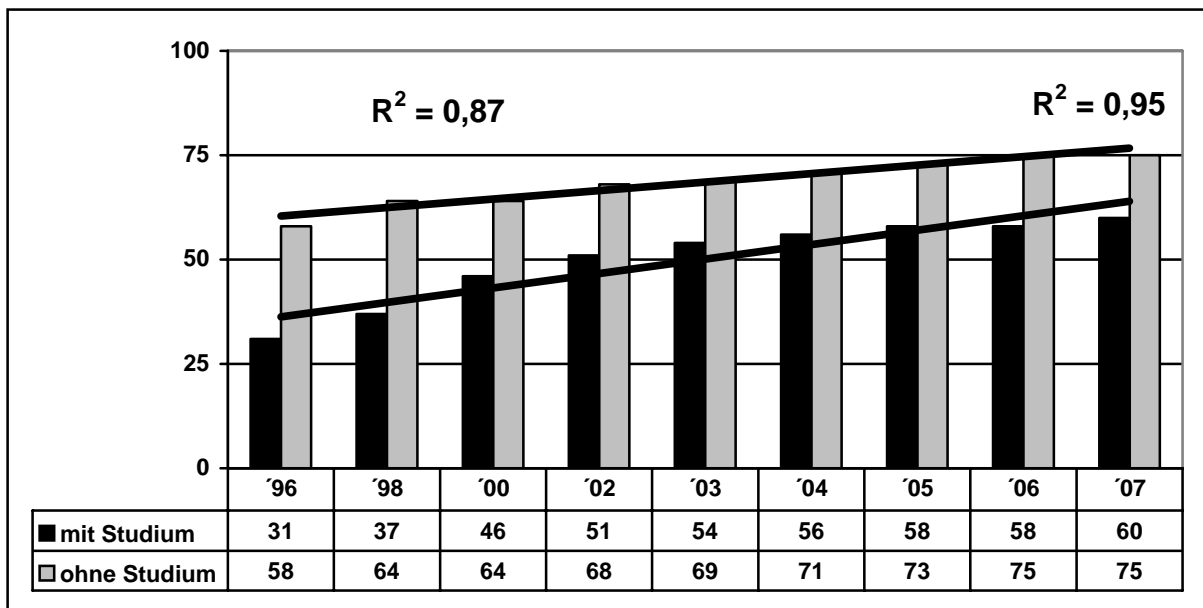
**Diese Zahlen und der eindeutige, signifikante Trend sind auch einer der entscheidenden Schlüssel, um den bei den Panelmitgliedern nach der Wende beobachteten Rückgang ihrer Zukunftszuversicht und der Zunahme kapitalismuskritischer bzw. ablehnender Auffassungen zu verstehen.**

**Auch wenn zur Zeit von „riesigen Erfolgen“ am Arbeitsmarkt die Rede ist und die Zahl der Arbeitslosen aktuell offenbar abnimmt: Die Auswirkungen bisher erlebter Arbeitslosigkeit haben sich nicht in Luft aufgelöst, wie vermutlich mitunter angenommen wird. Mittlerweile hat sich bei sehr vielen dieser jungen Leute im Osten aufgrund kontinuierlich anwachsender Zeiten von Arbeitslosigkeit und damit einhergehender negativer Erfahrungen über viele Monate und Jahre hinweg, sowie geringer Hoffnungen auf Veränderung ein Syndrom mehr oder weniger kritischer Urteile über das jetzige Gesellschaftssystem gebildet und verfestigt.**

**Unseren Ergebnisse zufolge ist wenig wahrscheinlich, dass sich diese über längere Zeiträume entstandene negative „Hypothek“ bei ihnen jemals wieder zurückbildet, sozusagen auf Null zurückfährt nach dem Motto „Nun ist alles wieder gut!“ Auch deshalb soll die Studie noch einige Zeit fortgesetzt werden.**

Wir vermuten, dass sich vor allem bei den weniger gebildeten Panelmitgliedern der Anteil derer weiter erhöht, die Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen müssen; darauf lassen die bisherigen Daten schließen:

Abbildung 2.06: Anteil der Panelmitglieder, die seit der Wende ein- oder mehrmals arbeitslos waren, differenziert nach dem Bildungsgrad (Studium absolviert oder nicht)



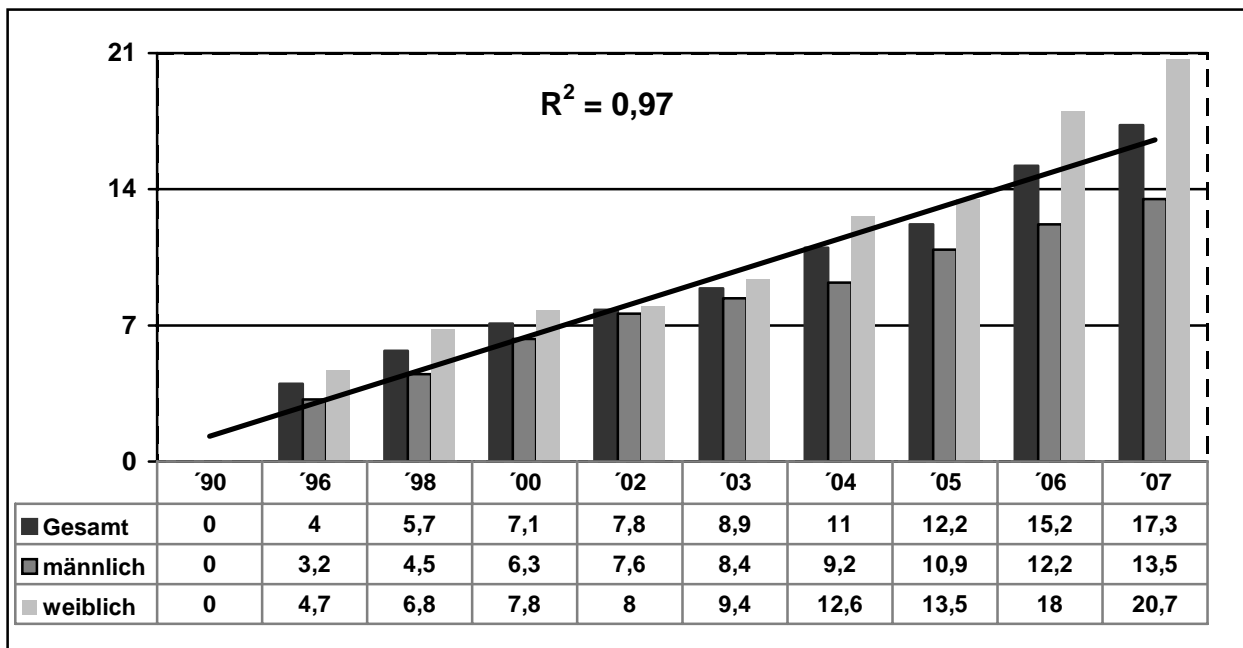
Quelle: Sächsische Längsschnittstudie

(Die mit 7 % sehr kleine Teilgruppe der Panelmitglieder, die eine Zeit lang bzw. ohne Abschluss studiert hat, wurde hier nicht berücksichtigt.)

Höher gebildete Panelmitglieder sind zwar durchweg seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als weniger gebildete. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber: Wie bei Panelmitgliedern ohne Studium ist die Quote der Panelmitglieder mit der Erfahrung Arbeitslosigkeit auch bei jenen angestiegen, die ein Studium abgeschlossen hatten. Selbst die Quote der mehrfach Arbeitslosen ist bei ihnen von 7 % 1996 auf 26 % 2007 gestiegen, hat sich fast vervierfacht! Die Schere zwischen den höher Gebildeten und den weniger Gebildeten schließt sich in der von uns untersuchten Altersgruppe der 34-Jährigen immer mehr.

Entsprechend der angewachsenen Häufigkeit der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit hat auch deren kumulierte Dauer zugenommen:

Abbildung 2.07: Kumulierte Gesamtdauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Monaten im Trend 1996 bis 2007 in der Gesamtgruppe und nach den Geschlechtergruppen differenziert (Bezug: nur Panelmitglieder, die in diesem Zeitraum arbeitslos waren):



Anmerkung: Leichte Veränderungen der Durchschnittswerte gegenüber früher veröffentlichten Daten ergeben sich daraus, dass jede aktuelle Auswertung eine Konkretisierung der Trends aller vorangegangenen Wellen erfordert. Die Trendlinie betrifft die Gesamtgruppe.

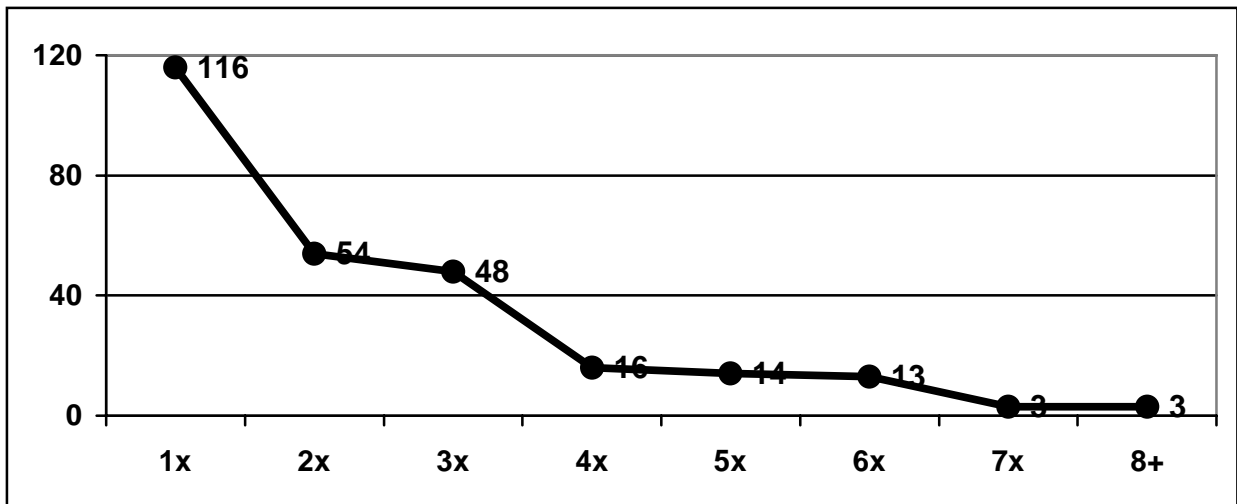
Ablesbar ist, dass die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit bei der Gruppe der Betroffenen sehr kontinuierlich von 4,0 Monaten 1996 auf 17,3 Monate 2007 angewachsen war und sich damit mehr als vervierfacht hat! Bei den jungen Männern erhöhte sie sich von 3,2 auf 13,5 Monate, bei den jungen Frauen von 4,7 auf 20,7 Monate!

Die Panelmitglieder gaben seit 1996 an, wie viele Monate insgesamt sie seit der Wende arbeitslos waren. Sie wurden gebeten, diese Angaben gut aufzubewahren, damit sie diese nicht bei jeder Befragung erneut berechnen müssen und wir uns auf zuverlässige Zahlen stützen können (Eigenprotokoll unter den kontrollierten Bedingungen einer Panelstudie).

Die Frage, ob diese Dauer in diesem Zeitraum als kurz oder lang einzuschätzen ist, kann mangels vergleichbarer Daten aus anderen Untersuchungen (insbesondere ebenfalls längsschnittlich angelegter) nicht ad hoc beantwortet werden. Eine Annäherung ergibt sich jedoch, wenn wir die Dauer in Beziehung mit den damit einhergehenden Folgen setzen (s. u.). Wir verwenden diese Werte deshalb als ein (neben anderen) mögliches quantitatives Maß für die Abschätzung der vielschichtigen Belastungen infolge persönlicher Arbeitslosigkeit.

2006 wurde auch die bisherige Häufigkeit von Phasen der Arbeitslosigkeit erhoben, wir führen diese Ergebnisse hier noch einmal an:

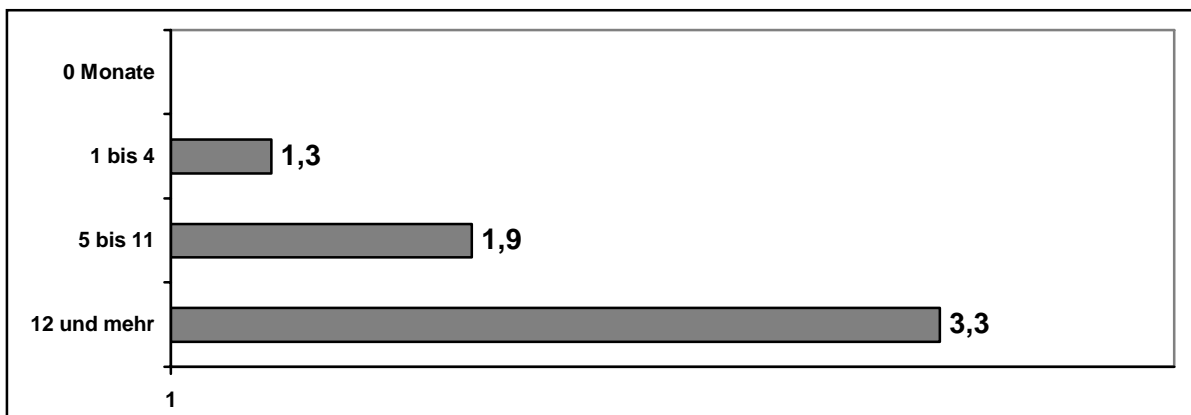
Abbildung 2.08: Häufigkeit von Arbeitslosigkeit bis 2006 in absoluten Zahlen (nur von Arbeitslosigkeit Betroffene)



Am häufigsten wurde Arbeitslosigkeit bis 2006 einmal erlebt ( $n=116=43\%$  der Betroffenen); immerhin  $n=54=20\%$  waren zweimal arbeitslos bzw.  $n=48=18\%$  dreimal, im Durchschnitt 2,36 mal. Die Mittelwerte der Geschlechtergruppen sind faktisch identisch.

Zwischen der kumulierten zeitlichen Dauer der Arbeitslosigkeit einerseits und ihrer Häufigkeit besteht natürlich ein enger Zusammenhang:

Abbildung 2.09: Kumulierte bisherige Zeitdauer und Häufigkeit der erlebten Phasen von Arbeitslosigkeit 2006



Panelmitglieder, die ein Jahr oder länger arbeitslos waren, haben demnach im Durchschnitt bereits 3,3 mal Arbeitslosigkeit erfahren müssen!

Im Folgenden illustrieren wir exemplarisch einige wesentliche Auswirkungen erlebter Arbeitslosigkeit auf das Denken und Verhalten unserer Panelmitglieder.<sup>8</sup>

### 2.1.1 Arbeitslosigkeit und Lebenssituation 2007

Betrachten wir dazu zunächst die allgemeine Lebenszufriedenheit der 34-Jährigen im Jahr 2007:

Tabelle 2.10. 02: Lebenszufriedenheit der 34-Jährigen 2007

„Wie schätzen Sie – alles in allem – Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?

Mit meiner Lebenssituation bin ich ...

1 sehr zufrieden 2,3,4,5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	13	55	(68)	28	3	1
Männlich	13	59	(72)	27	1	0
Weiblich	13	51	(64)	30	4	2
Lebt im Osten	12	52	(64)	32	3	1
Lebt im Westen/Ausland	15	63	(78)	20	2	0

#### Sicherheit des Arbeitsplatzes

Völlig sicher	35	58	(93)	4	0	3
Ziemlich sicher	14	60	(74)	23	2	1
Ziemlich unsicher	2	46	(48)	44	8	0
Völlig unsicher	8	10	(18)	72	5	5

#### Bisherige kumulierte Dauer von Arbeitslosigkeit

Null Monate	21	61	(82)	17	1	0
1 bis 4 Monate	18	60	(78)	19	3	0
5 bis 11 Monate	11	63	(74)	26	0	0
12 Monate und mehr	4	40	(44)	47	6	3

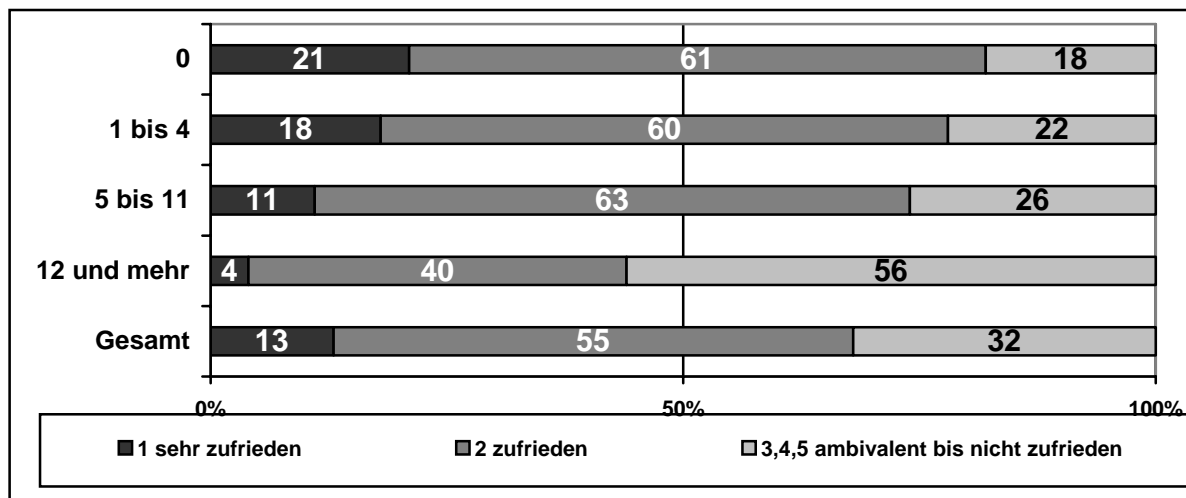
Während sich die Geschlechtergruppen nicht unterscheiden ( $P = .105$ ), ist der Unterschied zwischen den regionalen Gruppen signifikant: Die im Westen leben sind deutlich zufriedener als ihre im Osten gebliebenen Altersgefährten.

Von erheblichem Einfluss war sowohl die gefühlte Sicherheit des Arbeitsplatzes als auch die bisherige Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit.

<sup>8</sup> ausführlicher vgl. H. Berth et al. (Anm. 9) S. 107ff.; Hendrik Berth/Peter Förster/Friedrich Balck/Elmar Brähler/Yve Stöbel-Richter, Was bedeutet Langzeitarbeitslosigkeit für junge Erwachsene? Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie, in: Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis, 40 (2008) 1, S. 87-97.



Abbildung 2.10: Einschätzung der eigenen Lebenssituation, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer erlebter Arbeitslosigkeit sowie für die Gesamtgruppe 2007



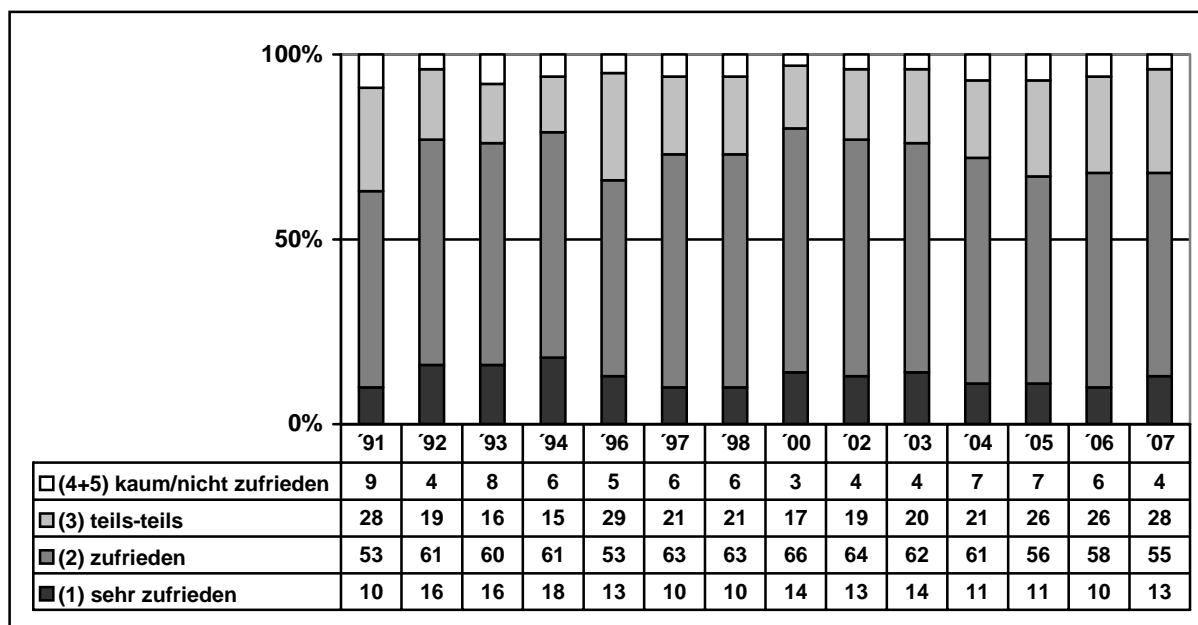
Fragetext: „Wie schätzen Sie – alles in allem – Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?  
Mit meiner Lebenssituation bin ich ...“

1 sehr zufrieden 2,3,4,5 überhaupt nicht zufrieden

Aus Gründen der Darstellung werden hier die Antwortpositionen (AP) 3 bis 5 zusammengefasst.

Wir schließen den Trend der Zufriedenheit mit der Lebenssituation an:

Abbildung 2.11: Zufriedenheit mit der Lebenssituation im Trend:



Fragetext: „Wie schätzen Sie – alles in allem – Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?  
Mit meiner Lebenssituation bin ich ...“

1 sehr zufrieden 2,3,4,5 überhaupt nicht zufrieden

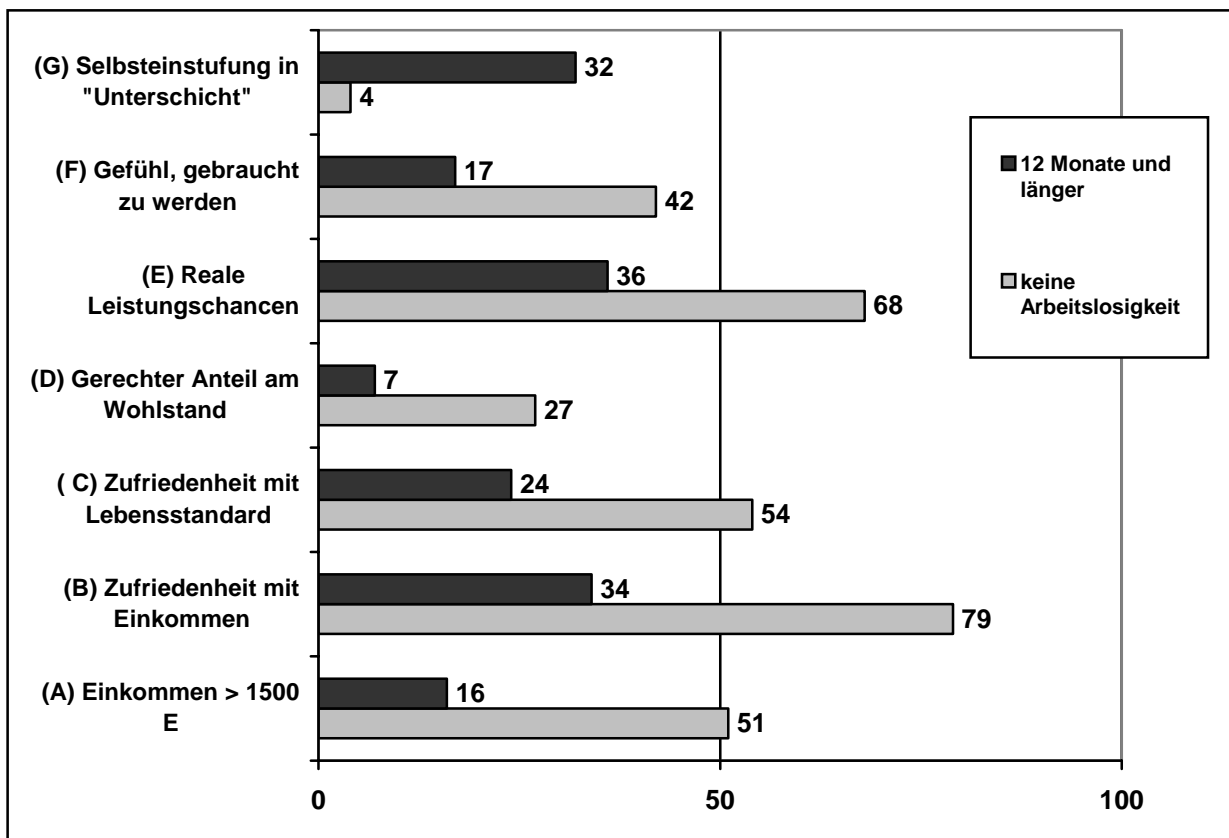
1 sehr zufrieden 2,3,4,5 überhaupt nicht zufrieden

In der Gesamtgruppe sind 2007 13 % einschränkungslos mit ihrer aktuellen Lebenssituation zufrieden. Viel mehr sind mit 55 % zwar zufrieden, machen aber Einschränkungen; immerhin 32 % äußern sich ambivalent bis unzufrieden.

Diese Verteilung unterscheidet sich signifikant in Abhängigkeit von der seit dem Systemwechsel erlebten Gesamtzeit eigener Arbeitslosigkeit: Je mehr Monate seitdem zu bewältigen waren (kumuliert berechnet), desto geringer ist die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation. Die Nullhypothese, dass Arbeitslosigkeit keinen Einfluss gehabt habe (neben weiteren, hier nicht untersuchten Faktoren), muss zurückgewiesen werden.

In der folgenden Abbildung sind einige weitere Merkmale der (gefühlten) Lebenssituation in ihrer Abhängigkeit von der erlebten Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit dargestellt, allerdings aus Gründen der Darstellung auf die Extremgruppen reduziert.

Abbildung 2.11: Ausprägung ausgewählter Merkmale der Lebenssituation 2007, differenziert nach der bisherigen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Nur Extremgruppen „Keine Arbeitslosigkeit“ bzw. „12 Monate und länger“:



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteile in der Gesamtgruppe):

- (A) Monatliches individuelles Nettoeinkommen: 1500 € und mehr (Gesamt 38 %)
- (B) Zufriedenheit mit Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (Gesamt 62 %)
- (C) Zufriedenheit mit eigenem Lebensstandard: einschränkungslos zufrieden (Gesamt 40 %)
- (D) Erfahrung gemacht, den gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten? Ja (Gesamt 18 %)
- (E) Zufriedenheit mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (Gesamt 55 %)

(F) Erfahrung gemacht, dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden? Ja (Gesamt 33 %)

(G) Selbsteinstufung in „Oberschicht/Mittelschicht/Unterschicht“? Unterschicht (Gesamt 17 %)

Wir können hier nur knapp auf diese Merkmale eingehen, die Unterschiede sprechen fast immer für sich.

Das gilt vor allem für die erheblichen Einkommensunterschiede (A) zwischen den Extremgruppen und dem entsprechend auch für die (damit hoch korrelierende) subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen (B) und mit dem Lebensstandard (C).

Ist mit 18 % (!) schon der Gesamtanteil derer sehr gering, die meinen, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand (D) zu erhalten, gilt das nur für 7 % derer, die bisher 12 Monate oder länger arbeitslos waren und beträgt auch nur 27 % jener, die davon noch nicht betroffen waren: Ein Politikum ersten Grades!

Die vom jetzigen Gesellschaftssystem proklamierte „Leistungsgerechtigkeit“ tatsächlich erlebt zu haben (E), bestätigen 55 % dieser 34-Jährigen, darunter aber nur 36 % von denen, die längere Zeit arbeitslos waren. Mit 33 % haben noch weniger die Erfahrung gemacht, in der jetzigen Gesellschaft gebraucht zu werden (F), darunter nur 17 % von denen mit erlebter längerer Arbeitslosigkeit.

17 % aller Panelmitglieder rechnen sich 2007 der „Unterschicht“ (G) zu, von denen mit längeren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit sogar 32 % gegenüber 4 % derer ohne solche Erfahrungen.

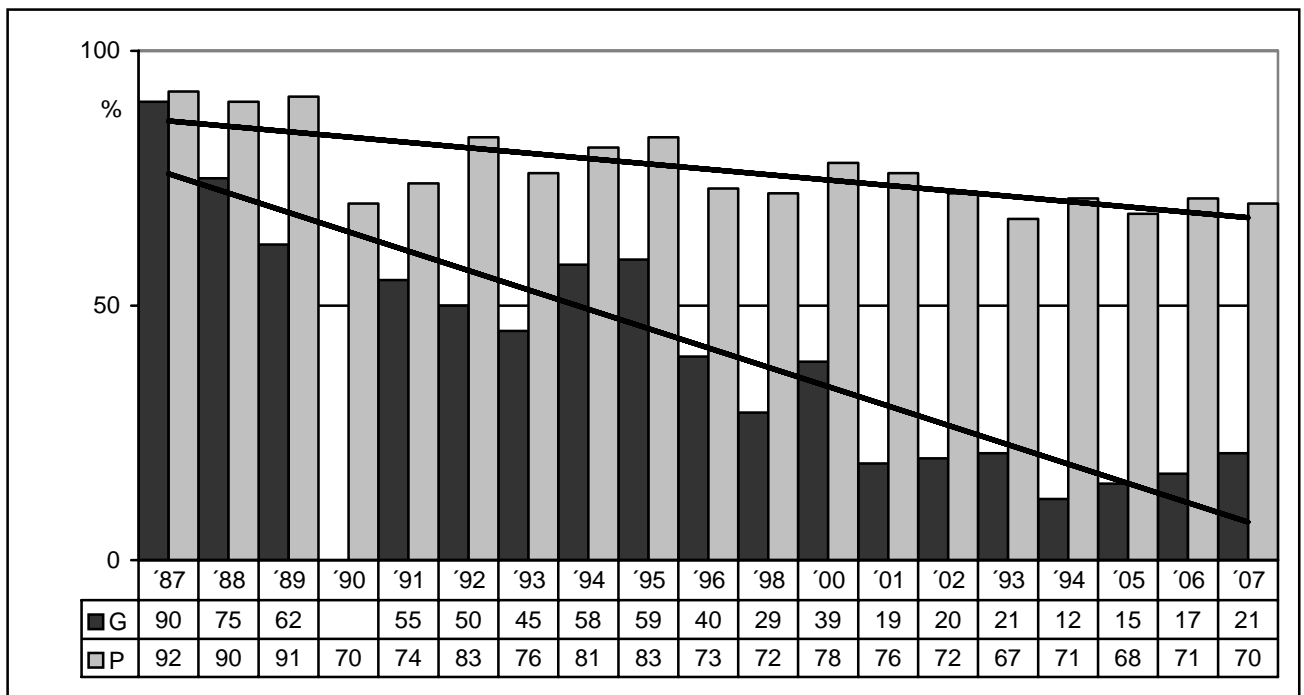
Alles in allem: Arbeitslosigkeit, vor allem von längerer Dauer, führte nicht nur zu einer erheblich geringeren Lebensqualität, sondern minderte oder verhinderte das Entstehen jenes motivierenden, bindenden Gefühls, in der jetzigen Gesellschaft überhaupt gebraucht zu werden.

### **2.1.2 Arbeitslosigkeit und Zukunftszuversicht**

Über die zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder seit 1987 ermittelten Daten haben wir eingangs bereits ausführlich berichtet. Wir führen jetzt Daten an, die exakt belegen, dass die negativen Veränderungen der persönlichen Zukunftszuversicht nicht zuletzt unter dem Einfluss zunehmender Zeitdauer von Arbeitslosigkeit vor sich gegangen sind.

Zunächst zur Erinnerung noch einmal ein Blick auf die seit 1987 vorliegenden Trends zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder, um die aktuellen Daten in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang einzuordnen:

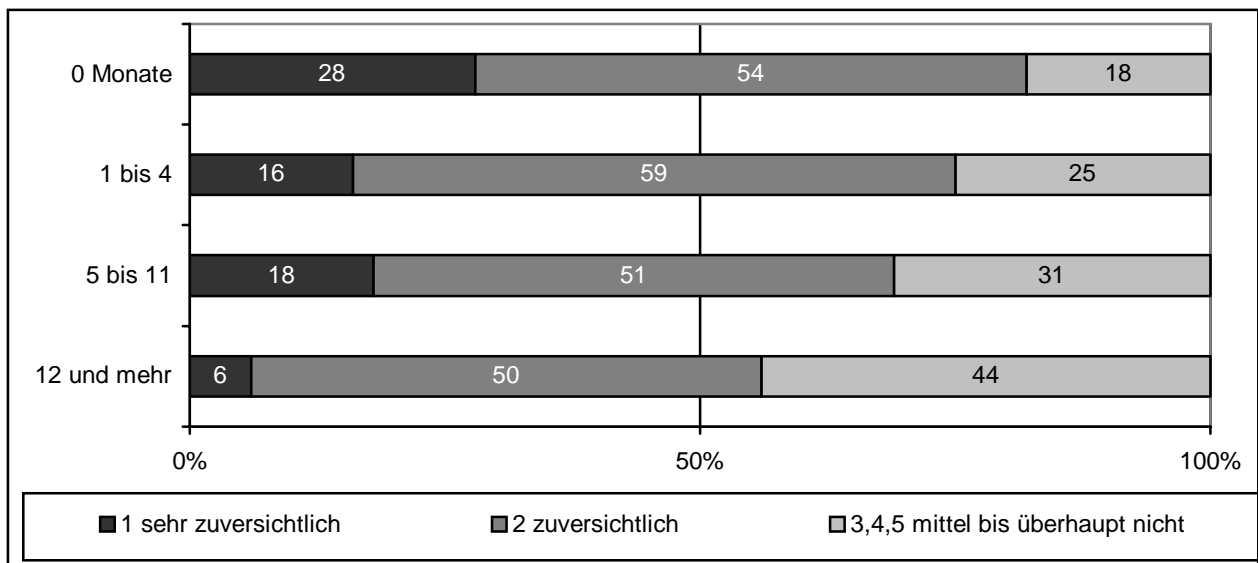
Abbildung 2.12: Trends der sehr positiven bzw. positiven Ausprägung der gesellschaftlichen (G) und persönlichen (P) Zukunftszuversicht 1987 bis 2007 (Frage: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft ... für die Entwicklung in der DDR/ab 1991: in Ostdeutschland? ... für Sie persönlich?“)



Exemplarisch für die jüngste Welle 2007 belegen wir, inwieweit der Faktor Arbeitslosigkeit Einfluss auf die persönlichen Zukunftsvorstellungen genommen hat. Um zu prüfen, ob überhaupt ein Kausaleffekt vorliegt, d. h. ob die individuelle Zukunftszuversicht (als Abhängige) durch eine Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit (als Unabhängige) tatsächlich vermindert wird, wurden zuvor Regressionsanalysen gerechnet (hier nicht dargestellt). Es versteht sich, dass wir es nicht mit monokausalen, sondern multikausalen Abhängigkeiten zu tun haben.

Die Zeit-Skala erlebter Arbeitslosigkeit (2007 von Null bis 156 Monaten) wurde zu den in der folgenden Abbildung angeführten vier Untergruppen zusammengefasst. Auch die Skala der Zukunftszuversicht wurde auf drei Untergruppen (Sehr zuversichtlich, zuversichtlich, mittel bis überhaupt nicht zuversichtlich) reduziert.

Abbildung 2.13: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht 2007, differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit:

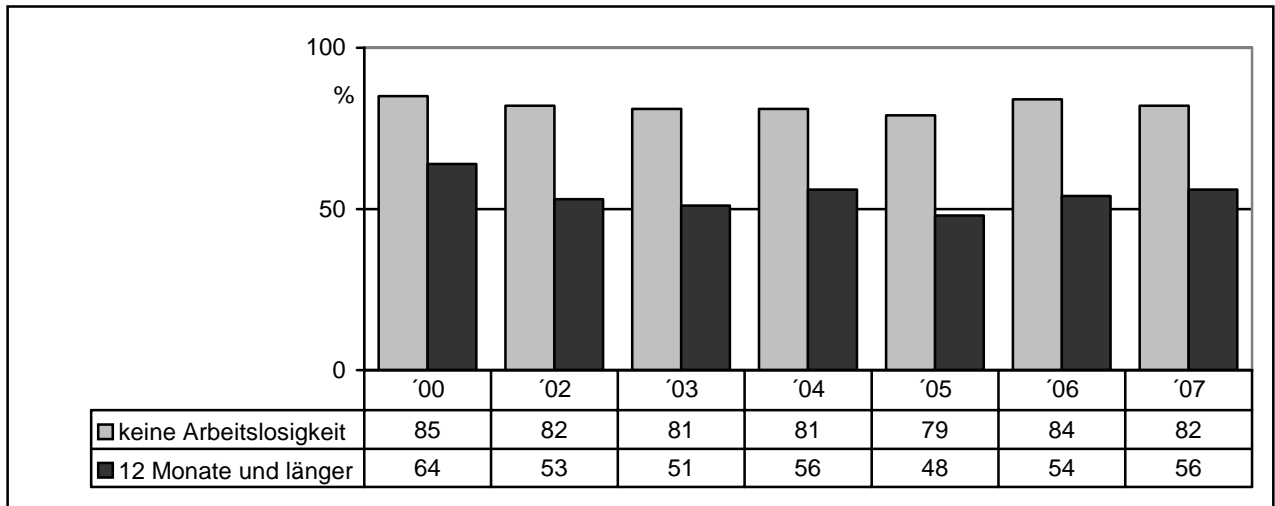


Mittels eines statistischen Prüfverfahrens wurde hier und in den folgenden Fällen nachgewiesen, dass sich die vier entsprechend der bisherigen Gesamtzeit der Arbeitslosigkeit gebildeten Untergruppen der abhängigen Variablen (hier „Persönliche Zukunftszuversicht“) signifikant unterscheiden.

Von jenen 34-Jährigen, die im gesamten Zeitraum seit der Wende nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren („0 Monate“), äußerten sich 2007 28 % sehr zuversichtlich und weitere 54 % zuversichtlich über ihre persönlichen Zukunftsaussichten. Nur 18 % blicken ambivalent bis ganz ohne Zuversicht in ihre Zukunft. Bei jenen dagegen, die länger als ein Jahr („12 und mehr Monate“) betroffen waren, trifft das nur auf 6 % bzw. 50 % zu, fast die Hälfte sieht mit gemischten oder negativen Gefühlen in die Zukunft. Das sind signifikante und relevante Unterschiede, die für sich sprechen und auf den „Riss“ aufmerksam machen, den die Arbeitslosigkeit auch in diese junge Altersgruppe gerissen hat.

Die folgende Abbildung informiert über den Trend dieser differenzierten Sicht, allerdings aus Darstellungsgründen nur für die Extremgruppen und zeitlich begrenzt auf die Jahre 2000 bis 2007, da die vier gebildeten Untergruppen für die Zeit davor für zuverlässige statistische Vergleiche nicht groß genug sind. Wir blicken gewissermaßen mit einem Vergrößerungsglas auf einen Teil der oben dargestellten Zeitreihe.

Abbildung 2.14: Persönliche Zukunftszuversicht differenziert nach der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit 2000 bis 2007 (Nur Extremgruppen „Keine Arbeitslosigkeit“ bzw. „12 Monate und länger“, die positiven Antwortmöglichkeiten „sehr zuversichtlich“ und „zuversichtlich“ wurden zusammengefasst)

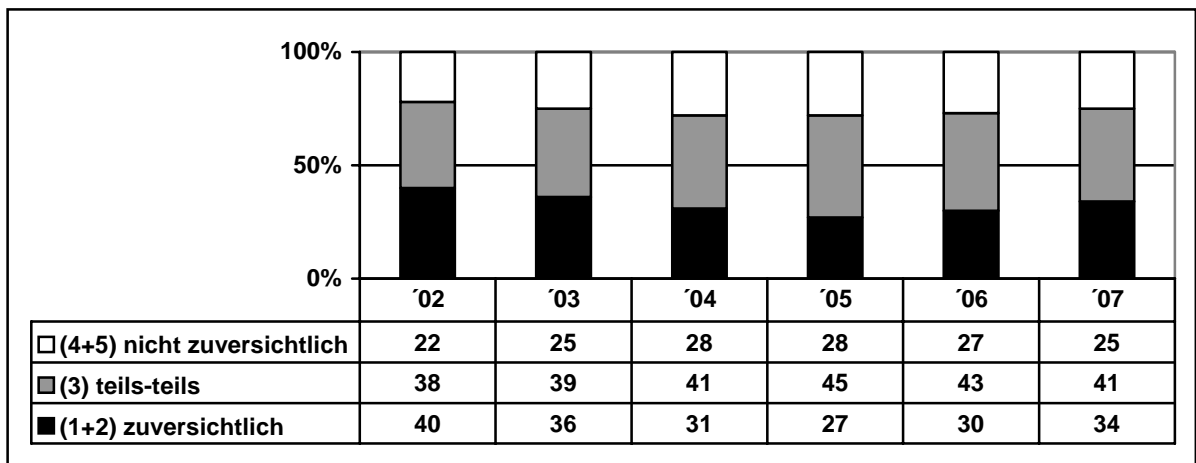


Ersichtlich ist, dass zu allen Zeitpunkten die Panelmitglieder, die kumulativ betrachtet 12 Monate oder länger arbeitslos waren, beträchtlich weniger (signifikant) zukunftszyversichtlich waren als jene, die bis 2007 noch von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren. Aufgrund der für 1996 und 1998 vorliegenden Daten ist es sehr wahrscheinlich, dass der Abbau der persönlichen Zukunftszuversicht als Folge erfahrener Arbeitslosigkeit bereits in den neunziger Jahren begann und sich danach bis heute auf hohem Niveau fortgesetzt hat.

Erlebte Arbeitslosigkeit hat in einem erschreckendem Maße auch den Rückgang der Zukunftszuversicht für den eigenen Nachwuchs bewirkt, eine nur mittels Panelstudien zu gewinnende Erkenntnis.

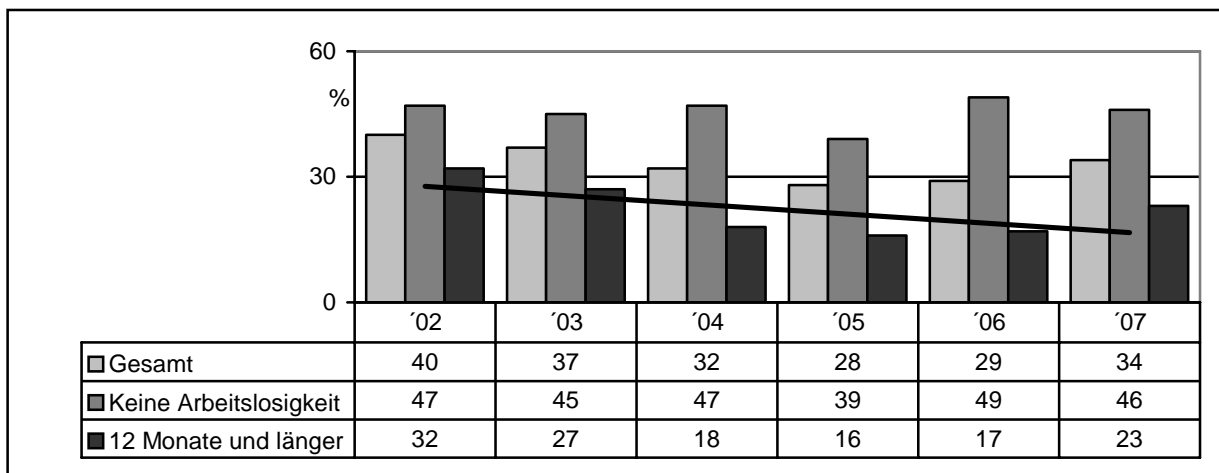
Wir veranschaulichen zunächst die bedenkliche Entwicklung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder, seit 2002 untersucht:

Abbildung 2.15: Entwicklung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder im Trend 2002 bis 2007:



Fragetext: „Wie sehen Sie die Zukunft für Ihre (künftigen) Kinder?  
 1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Abbildung 2.16: Ausprägung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder, differenziert nach den Extremgruppen 2002 bis 2007 (Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Ihre (künftigen) Kinder?“, dargestellt sind zusammengefasst die Antwortpositionen „sehr zuversichtlich“ und „zuversichtlich“)



Trendlinie: 12 Monate und länger

Über den gesamten Zeitraum hinweg unterschieden sich die Extremgruppen der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit signifikant in der Ausprägung der Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder. Außerdem ist bei denen, die 12 Monate und länger arbeitslos waren, zwischen 2002 und 2006 ein signifikanter Rückgang der (ohnehin geringeren) Zukunftszuversicht für die Kinder eingetreten.

Die Dauer der erlebten Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur auf die Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder, sondern auch auf weitere Faktoren der Familiengründung aus.<sup>9</sup>

Die Ergebnisse zeigen deutliche Verzögerungen in der Familiengründung bei Personen, die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit gemacht haben: Diejenigen, die mehrmalige Arbeitslosigkeitserfahrungen gemacht haben, sind seltener verheiratet (36,7 %), als diejenigen, welche die Erfahrung nicht machen mussten (50,9 %). Generell leben im Alter von 34 Jahren von denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, weniger Personen in einer Partnerschaft (76,9 %) im Gegensatz zu denjenigen, die nicht arbeitslos waren (82,7 %). Betrachtet man diese Angaben im Trend, so zeigt sich, dass Personen, die angeben, mehrmals arbeitslos gewesen zu sein, auch später heiraten, als Personen, die nicht arbeitslos waren und darüber hinaus die Dauer der Partnerschaft ebenfalls kürzer ist (11,14 Jahre bei Personen, die nicht arbeitslos waren zu 9,61 Jahren bei Personen, die 12 Monate und länger arbeitslos waren).

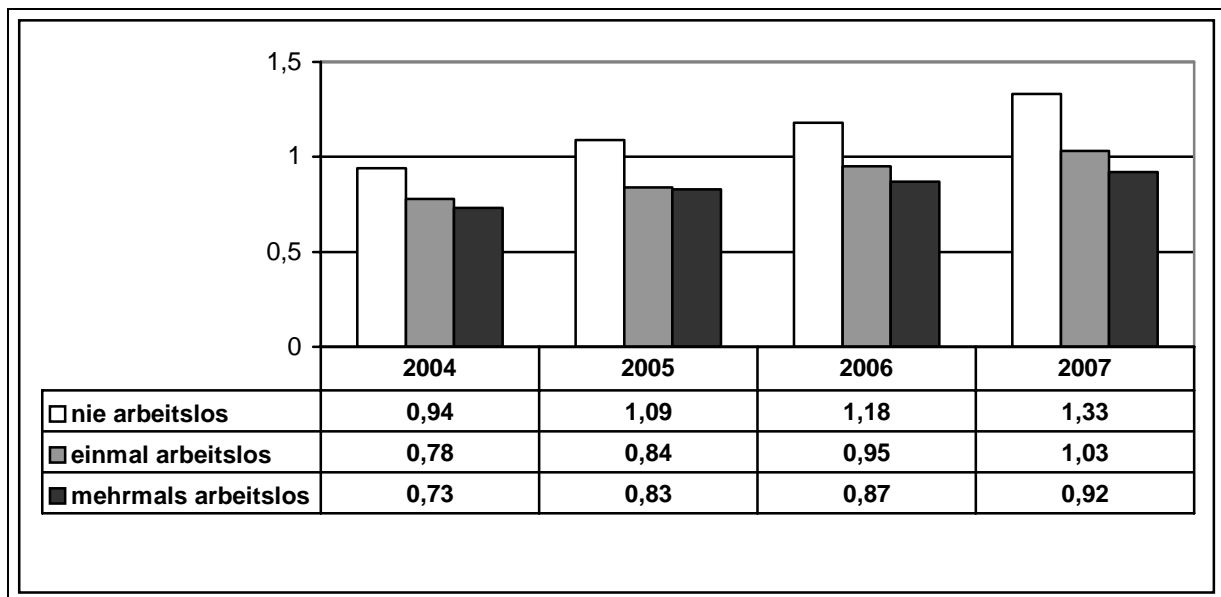
Neben der Bindungsqualität und -dauer wird auch die Entscheidung für oder gegen eine erste oder weitere Elternschaft beeinflusst. So ist die durchschnittliche Kinderzahl bei denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, deutlich niedriger, als bei denjenigen, die nicht arbeitslos waren. Die folgende Abbildung zeigt hierzu den Verlauf über die letzten 4 Jahre.

Abbildung 2. 17: Durchschnittlich realisierte Kinderzahl und Arbeitslosigkeit 2004 bis 2007

---

<sup>9</sup> ausführlich vgl. Yve Stöbel-Richter/Ute Kraus/Hendrik Berth, Transition to parenthood in the life course, in: Jennifer K. Quinn/Irwin G. Zambini (Eds.), Family Relations: 21st Century Issues and Challenges, Hauppauge, NY. 2008.

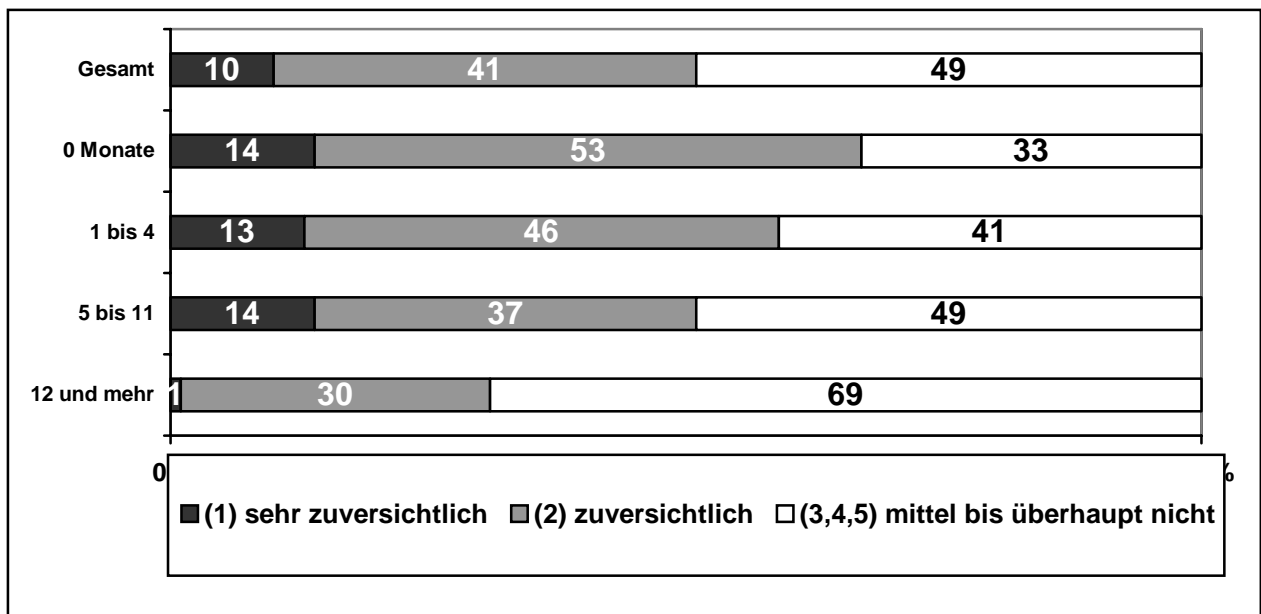




Schließlich sinkt auch die ideale Kinderzahl mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer signifikant. So antworteten 2007 diejenigen, die mehrmals arbeitslos waren, dass sie durchschnittlich 1,56 Kinder wünschen im Gegensatz zu 1,91 bei denjenigen, die nie arbeitslos waren.

Auch die berufliche Zukunftszuversicht wird von der bisher erfahrenen Arbeitslosigkeit negativ beeinflusst. Auf die Veränderungen zwischen 1991 und 2007 sind wir oben bereits eingegangen.

Abbildung 2.18: Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit und berufliche Zukunftszuversicht:

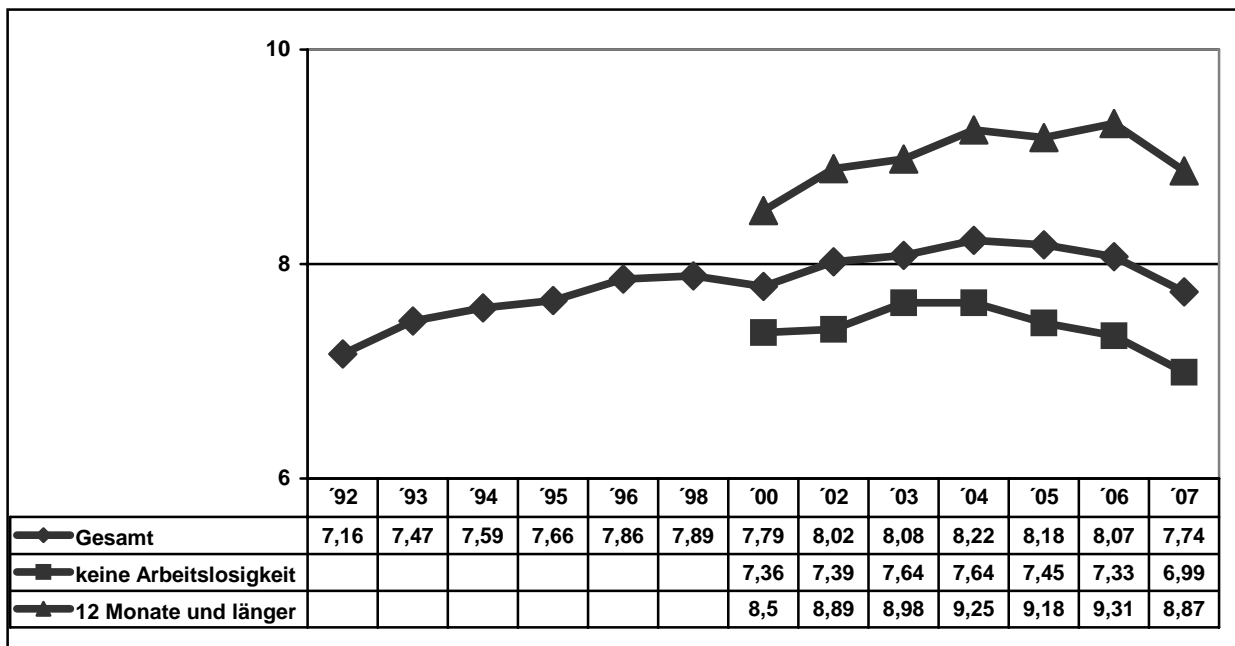


Wir erkennen: Je länger die Dauer bisher erfahrener Arbeitslosigkeit, desto weniger häufig ist die berufliche Zuversicht.

### 2.1.3 Arbeitslosigkeit und Alltagsängste

Auf die Verbreitung der Ängste vor verschiedenen, aus der kapitalistischen Transformation im Osten hervorgegangenen Erscheinungen sind wir bereits eingegangen. Hier soll der Einfluss erfahrener Arbeitslosigkeit auf diese vor der Wende meist unbekannteren Erscheinungen nachgetragen werden. Dabei stützen wir uns zunächst auf den vorn vorgestellten Index „Existenzängste“.

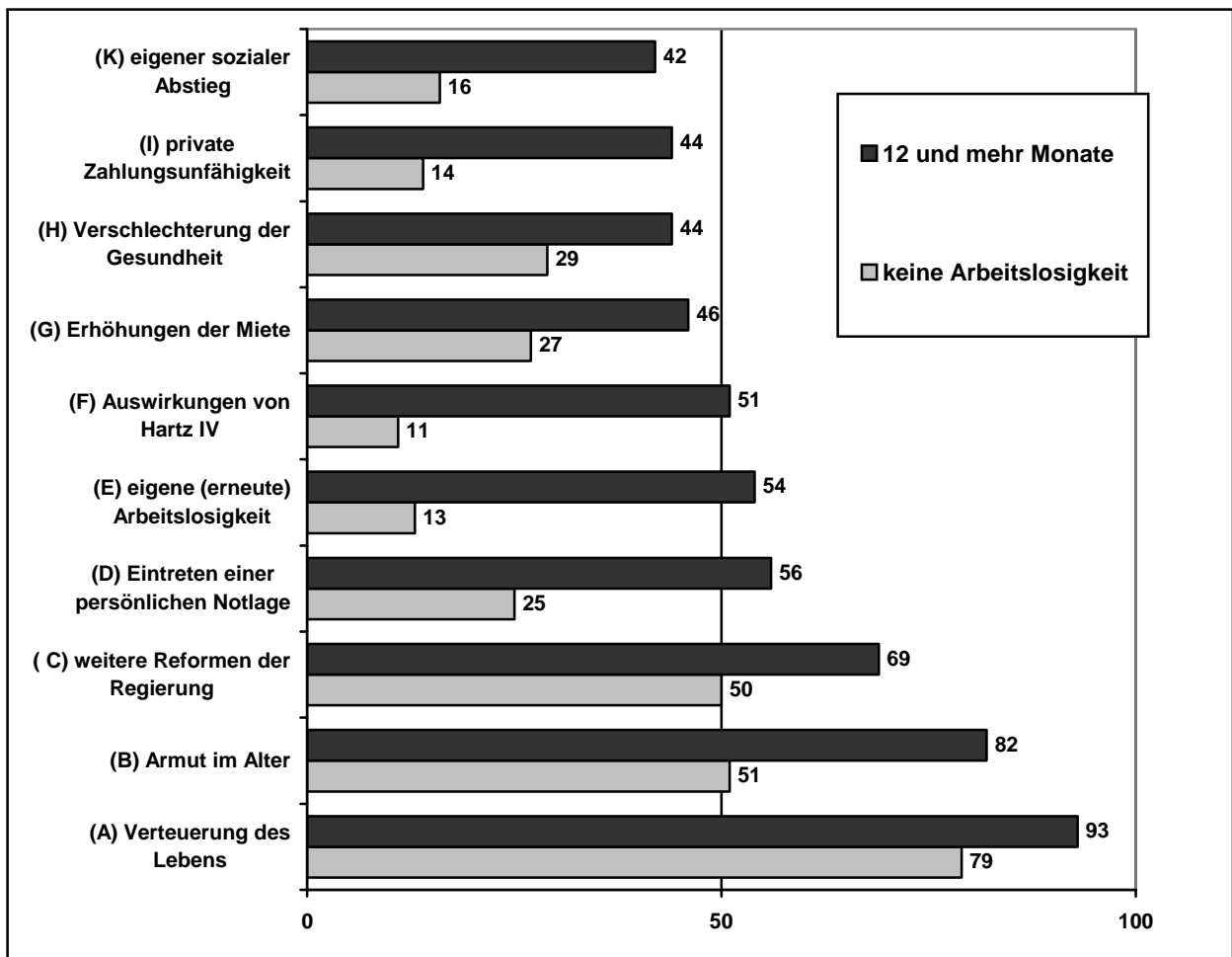
Abbildung 2.19: Ausprägung des Indexes „Existenzängste“ zwischen 1992 und 2007. Für die Extremgruppen entsprechend der bisherigen Gesamtdauer von Arbeitslosigkeit außerdem Vergleich der Mittelwerte seit 2000



Zwei Tendenzen sind klar erkennbar: Erstens: In der Gesamtgruppe (mittlere Linie) war zwischen 1992 und 2004/2005 ein signifikantes Anwachsen des Ausmaßes an Existenzängsten zu beobachten. Zweitens: Dieser Trend betraf in besonderem Maße jene Panelmitglieder, die zu den Erhebungszeitpunkten kumuliert berechnet 12 Monate und länger arbeitslos waren (obere Linie). Die Indexwerte beider Extremgruppen unterscheiden sich durchweg signifikant. Ob sich der 2007 beobachtete leichte Rückgang durchsetzt, bleibt abzuwarten.

Zur Veranschaulichung des erheblichen Einflusses von Arbeitslosigkeit stellen wir noch einige weitere 2007 erfasste Ängste dar:

Abbildung 2.20 : Ausprägung verschiedener Ängste 2007, differenziert nach den Extremgruppen der bisherigen Gesamtdauer erfahrener Arbeitslosigkeit, geordnet nach der Häufigkeit in der Untergruppe derer, die 12 Monate und länger arbeitslos waren (in Klammer die Ausprägung in der Gesamtgruppe)



Erläuterungen: starke oder eher starke Angst vor ... (in Klammer jeweilige Ausprägung in der Gesamtgruppe):

- (A) weitere Verteuerung des Lebens (86 %!)
- (B) Armut im Alter: stark/eher stark (65 %!)
- (C) weiteren Reformen der Regierung (59 %!)
- (D) Eintreten einer persönlichen Notlage (36 %)
- (E) eigene (erneute) Arbeitslosigkeit (28 %)
- (F) Auswirkungen von Hartz IV (26 %)
- (G) Erhöhung der Miete: (33 %)
- (H) Verschlechterung meines Gesundheitszustandes (31 %)
- (I) private Zahlungsunfähigkeit (24 %)
- (K) eigener sozialer Abstieg (25 %)

Auch diese Gegenüberstellung macht den bestehenden, durchweg signifikanten „Riss“ in der Gesamtgruppe schon optisch deutlich.

Das gilt für die bereits erwähnte, quantitativ kaum noch zu übertreffende Angst der 34-Jährigen vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (A) sowie für die weit verbreiteten Ängste vor Armut im Alter (B) und vor weiteren Reformen der Regierung (C). Diese muss man wohl zu den heutigen Grundängsten zählen; nicht zufällig werden sie von denen besonders häufig geäußert, die bereits längere Zeit schmerzhaft eigene Erfahrungen mit dieser „Wunde“ des Gesellschaftssystems machen mussten. Aber auch bei jenen, denen Arbeitslosigkeit bisher erspart blieb, sind die Hälfte oder mehr mit diesen negativen Emotionen belastet. Bei der Angst vor

Altersarmut muss stets hinzugedacht werden, dass wir es hier mit verhältnismäßig jungen Leuten zu tun haben, nicht mit Jahrgängen von „Vorrüheständlern“!  
 Aufschlussreich ist, dass der Begriff „Reformen“ (C) stark negativ besetzt sind, die Forderung von Politikern und Wirtschaftsführern nach weiteren und wirksameren „Reformen“ bei den Panelmitgliedern keine Hoffnungen, sondern insbesondere Verängstigungen verursacht hat.

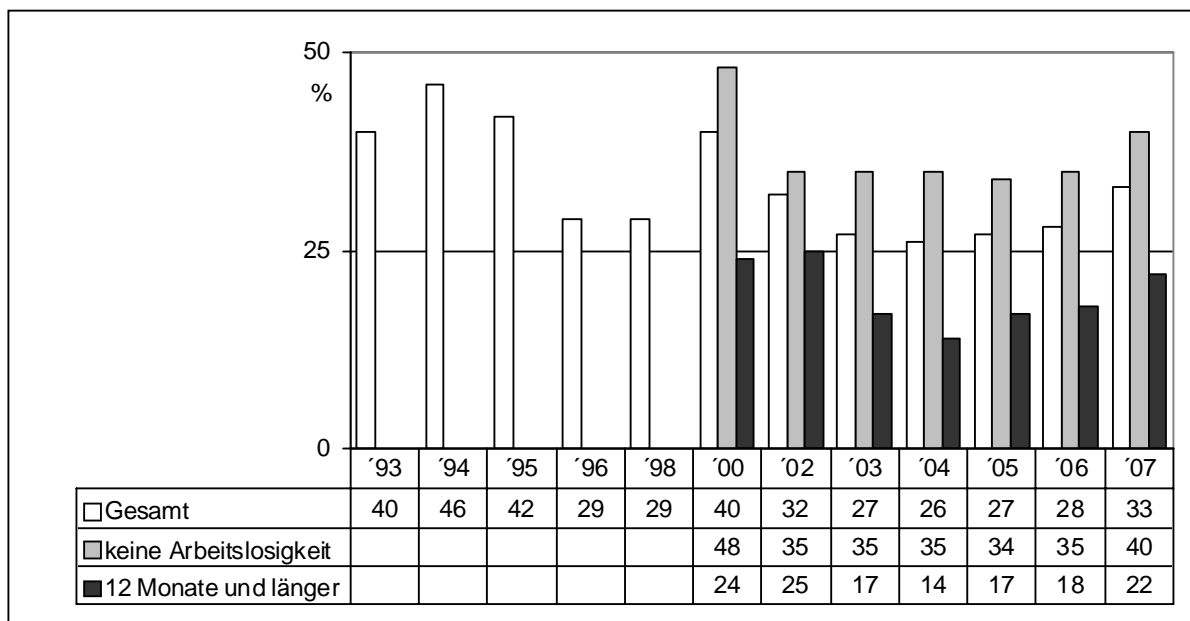
Für bedenklich halten wir aber auch das Ausmaß aller übrigen angeführten Ängste, verweisen sie doch exemplarisch (und keinesfalls lückenlos) auf die Breite der seit der Wende vor allem von Arbeitslosigkeit ausgelösten negativen Gefühlen, auf einen (erneuten) negativen „Gefühlsstau“ (vgl. Maaz, 1990), dessen mittelfristige politische Konsequenzen kaum absehbar sind.

### 2.1.4 Arbeitslosigkeit und politische Orientierungen

Erlebte Arbeitslosigkeit hat sich bei unseren Panelmitgliedern nachweislich auch negativ auf die politische Identifikation mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ausgewirkt, eine Tatsache, die oft übersehen wird oder möglicherweise überhaupt nicht interessiert. Besonders eindrucksvoll zeigt sich das bei der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System.

Auf die wesentlichen Verteilungen, Zusammenhänge und Trends sind wir im ersten Teil bereits eingegangen, kommen jetzt noch einmal auf die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung zurück:

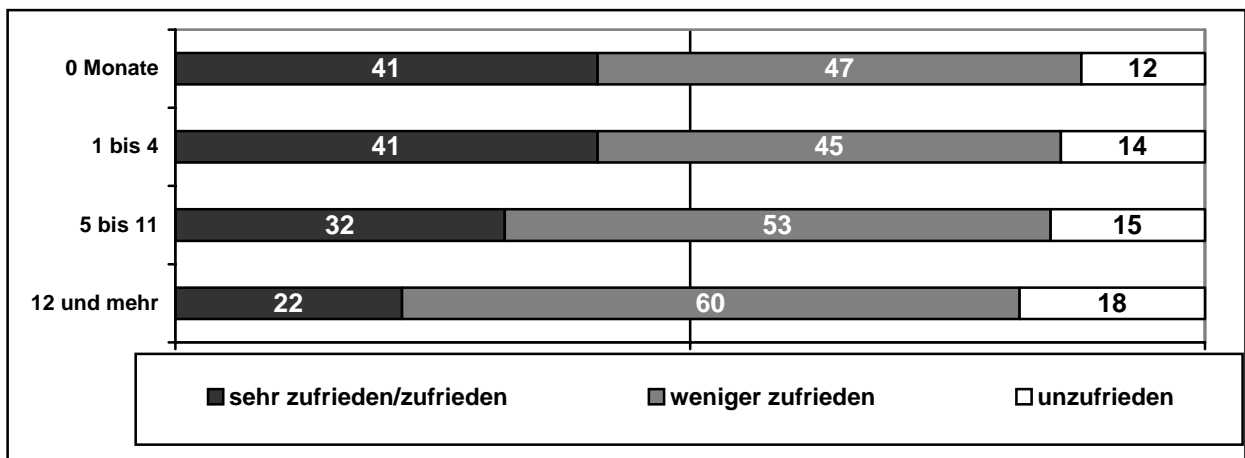
Abbildung 2.21: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung 1993 bis 2007, ab 2000 zusätzlich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert (Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“, dargestellt sind zusammengefasst die Antwortpositionen „sehr zufrieden“ und „zufrieden“)



Ablesbar ist, dass die Zufriedenheit (von interessanten Schwankungen abgesehen, auf die wir hier nicht eingehen können) in keinem Jahr seit 1993 die 50 %-Prozentmarke erreichte und vor allem in den letzten Jahren bis 2006 deutlich zurückging.

Bleiben wir noch kurz bei der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung im Jahr 2007:

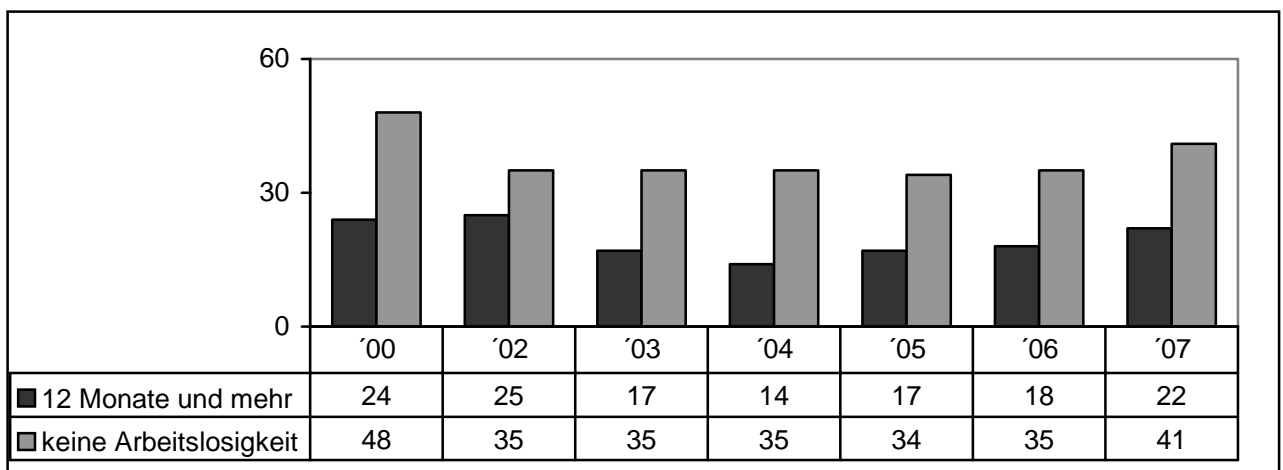
Abbildung 2.22: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung 2007, differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer selbst erlebter Arbeitslosigkeit:



Zwar fallen in diesem Fall die Unterschiede zwischen denen, die nicht bzw. nur wenige Monate arbeitslos waren, nicht ins Gewicht (was auch bei anderen Sachverhalten der Fall ist). Bei längerer Dauer dagegen sind die negativen Auswirkungen auf die Urteile über die Wirtschaftsordnung unübersehbar.

Das belegt auch der auf die Extremgruppen beschränkte Trend:

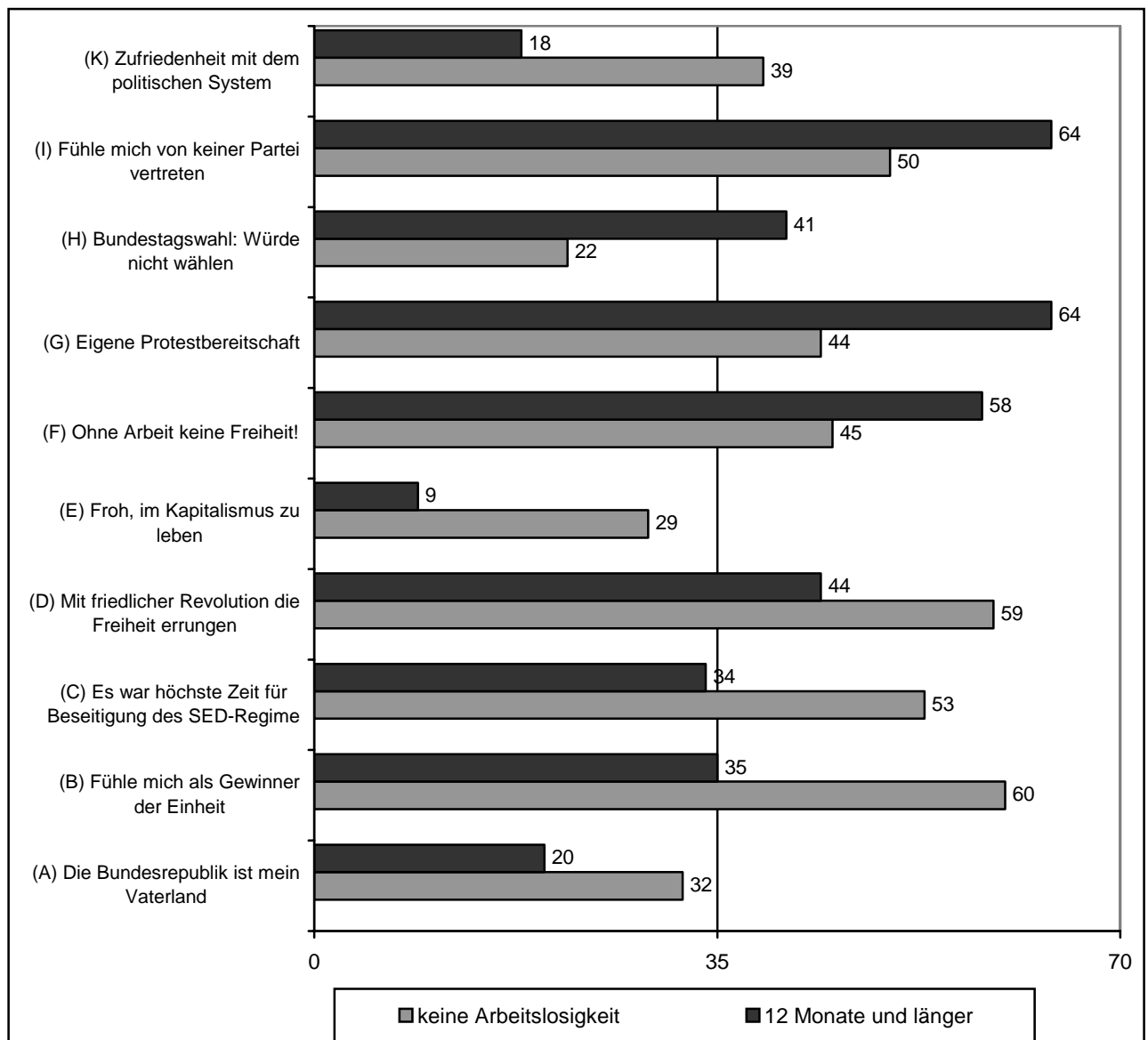
Abbildung 2.23: Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung im Trend, differenziert nach den Extremgruppen der Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit



Fragetext siehe oben

Wir schließen für die Extremgruppen noch einige weitere Aspekte des politischen Bewusstseins an:

Abbildung:2.24 Politische Einstellungen 2007, differenziert nach den Extremgruppen erlebter Arbeitslosigkeit:



Dargestellt sind jeweils die zustimmenden Antworten zu den folgenden Fragen/Aussagen. In Klammern sind die Prozentwerte in der Gesamtgruppe dargestellt:

A: Die Bundesrepublik Deutschland betrachte ich als mein Vaterland (25 %),

B: Ich fühle mich als Gewinner der deutschen Einheit (49 %),

C: Es war höchste Zeit mit der Beseitigung des SED-Regimes (44 %!),

D: Mit der „friedlichen Revolution“ im Herbst 1989 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen (50 %),

E: Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (16 %),

F: Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe (53 %),

G: Würden Sie sich selbst an Protestaktionen (Demonstrationen, Streiks) beteiligen? (54 %),

H: Sonntagsfrage, Antwort: „Ich würde nicht wählen gehen“ (32 %!!),

I: Von welcher der folgenden Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten? Antwort: „von keiner“ (56 %!!),

K: Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland? (27 %).

Der durch Arbeitslosigkeit erzeugte „Riss“ durch die Population der 34-Jährigen im Osten äußert sich durchweg besonders deutlich in den politischen Auffassungen derer, die schon längere Zeit davon betroffen waren. Charakteristisch dafür ist ihre geringe Identifikation mit der Bundesrepublik als ihr Vaterland (A) und das weit verbreitete Gefühl, zu den Verlierern der Einheit (B) zu gehören. Der bei den Panelmitgliedern seit Jahren generell abnehmende Trend der Bejahung der Wende (C) gilt für sie in besonderem Maße, ebenso der nur schwach verbreitete Glauben daran, dass die Ostdeutschen mit der „friedlichen Revolution“ die Freiheit errungen haben (D). Nur eine Minderheit von ihnen ist froh, jetzt in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (E). Die Auffassung, dass es ohne Arbeit keine Freiheit geben könne (F), wird besonders von ihnen vertreten. Außerdem sind von ihnen viel mehr zu Protestaktionen bereit (G). Überdurchschnittlich viele von ihnen würden nicht an Bundestagswahlen teilnehmen (H). Über die Hälfte von ihnen nennt keine Partei, die „ihre Interessen am besten vertritt“ (I), nur eine Minderheit von 18 % ist mit dem politischen System zufrieden (K).

Diese Aussagen belegen auf einer konkreteren Ebene, dass der „Riss“ durch die 34-Jährigen im Osten sich auch deutlich in ihren politischen Auffassungen äußert. Stehen diese jungen Erwachsenen faktisch von der Wende an generell vielen gesellschaftlichen Veränderungen mehrheitlich kritisch oder ablehnend gegenüber, tritt diese Tendenz bei denen besonders markant hervor, deren beruflichen und damit auch persönlichen Pläne sich infolge der Wende in Makulatur verwandelten

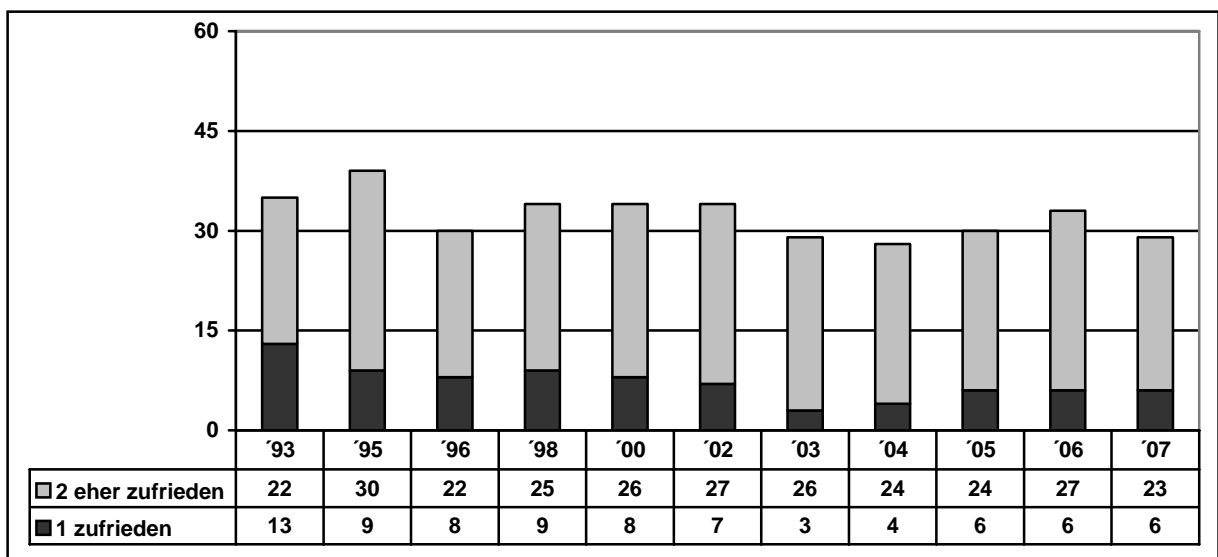


und stattdessen irreversible existenzielle Zukunftsängste und Verunsicherungen entstanden.

## 2. 2. Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich schon seit Anfang der 1990er Jahre mehrheitlich sehr enttäuscht und kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit und auch noch kurz danach große Erwartungen hatten. Die Angaben der 34-Jährigen von 2007 haben wir bereits angedeutet, wir ergänzen sie hier durch die entsprechende Zeitreihe:

Abbildung 2.25: Anteil der Panelmitglieder, die mit ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind, im Trend 1993 -2007



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“

1 zufrieden

2 eher zufrieden als unzufrieden

3 eher unzufrieden als zufrieden

4 unzufrieden

Hier nur die Anteile der AP 1 „zufrieden“ und 2 „eher zufrieden“.

Dieser Trend über nunmehr 14 Jahre lässt sich nicht anders als eine massive Enttäuschung von der real existierenden Demokratie interpretieren: Nicht einmal ein Drittel (29 %) äußert sich 2007 positiv, davon nur 6 % ohne Einschränkung. Nach wie vor erlebt nur eine Minderheit demokratische Teilhabe.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden langjährigen Trends, die die geringen Erfahrungen der jetzt 34-Jährigen in den letzten Jahren hinsichtlich konkreter Aspekte einer demokratischen Teilhabe widerspiegeln. Wir führen diese Trends komplett an, um zu zeigen, dass wir es hier keineswegs mit punktuellen Einschätzungen zu tun haben:

Tabelle 2.2.3: Erfahrungen mit der Demokratie im Trend

„Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“

1 ja

2 nein

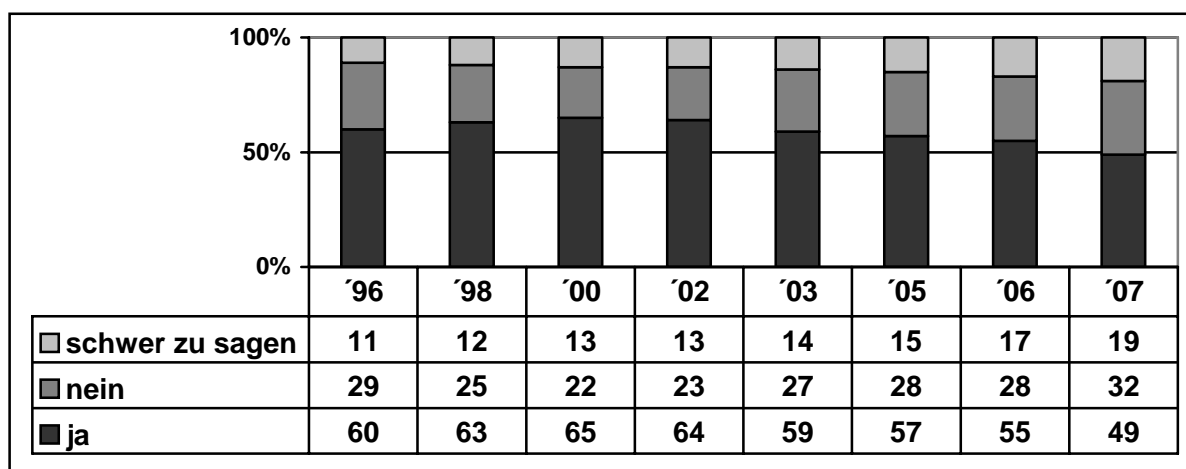
3 Das ist schwer zu sagen.

Jahr 1 2 3

**dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können**

1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
2005	57	28	15
2006	55	28	17
2007	49	32	19

Abbildung 2.26: Öffentliche Meinungsäußerungen im Trend



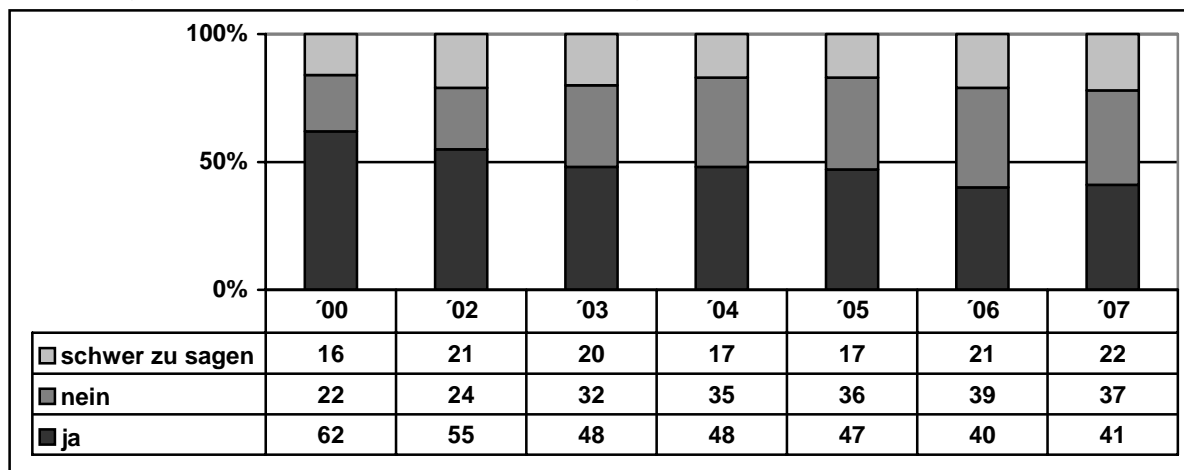
**dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind**

1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
2005	2	88	10
2006	3	87	10
2007	2	85	13

**dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können**

2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
2004	48	35	17
2005	47	36	17
2006	40	39	21
2007	41	37	22

Abbildung 2.27: Leben ohne politische Zwänge im Trend



**dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können**

2002	9	70	21
2003	11	69	20
2004	12	73	15
2005	11	73	16
2006	12	67	21
2007	11	71	18

**dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden**

2005	27	43	30
2006	33	38	29
2007	nicht erhoben		

Mit nur 49 % haben 2007 bei weitem nicht alle die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. In jüngster Zeit ist der Trend deutlich rückläufig.

Eine weitere Relativierung kommt hier von dem berechenbaren Anteil derer, die diese Frage seit 1996 (12. Welle) immer (hier 7-mal) mit ja beantwortet haben, bei denen also von einem zeitlich gesehen konstant positiven Urteil gesprochen werden kann: das sind lediglich 16 %; wir haben es hier mit einer sehr seltenen Erfahrung zu tun.

Nur zwischen 2 % und 4 % haben über mehrere Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind – ein eindeutiges Urteil, auch wenn man es vom Interesse der Politiker an den Meinungen her betrachtet. Der Anteils derer, die 7- mal mit ja geantwortet haben, beträgt 1 %, andererseits haben 91 % solches Interesse Null mal erlebt.

Der Anteil derer, die in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können, wird immer geringer. Siebenmal positiv äußerten sich 9 %.

Seit 2000 bejaht nur etwa jeder Zehnte, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, die große Mehrheit stellt dies in Abrede. Bei längsschnittlicher Betrachtung

schrumpft dieser Anteil deutlich zusammen: 1,6 % bejahen das über den gesamten Zeitraum seit 2000, 70 % haben diese Erfahrung überhaupt nicht gemacht.

Die Erfahrung schließlich, in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht zu werden, haben 2006 (zuvor und 2007 nicht erfragt) 27 % gemacht, 43 % äußern das Gegenteil.

Auch ein anderer, querschnittlicher komplexer Blick auf diese einzelnen Elemente ist aufschlussreich: Fragen wir danach, wie groß der Anteil derer ist, die 2007 alle vier erhobenen inhaltlichen Aspekte von Demokratie tatsächlich erlebt haben (Einfluss auf Gesellschaft, keine politischen Zwänge, offen Meinung sagen können, Politiker sind an Meinung interessiert) dann stoßen wir auf eine Minderheit von 7 % der 34-Jährigen.

Diese übergreifende Sicht ermöglicht es, sich der Antwort auf die interessante Frage zu nähern, ob ein Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie besteht, ob es also Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Zufriedenheit geben könnte:

Tabelle 2.27: Zusammenhang zwischen dem Erleben einzelner Elemente der Demokratie und der Zufriedenheit mit ihr 2007

Punktwert auf der 4-stufigen Skala	Zufriedenheit mit der Demokratie 2007					
	1	2	(1+2)	3	4	n
0 =Null Punkte	0	18	(18)	60	22	139
1 =1 Punkt	2	41	(43)	46	11	121
2= Punkte	4	49	(53)	35	12	94
3= 4 oder 3 Punkte	4	72	(76)	20	4	25
Gesamt	2	36	(38)	47	15	379

Anmerkung: Die Skalenplätze 3 oder 4 Punkte mussten wegen zu geringer Besetzung zusammengefasst werden.

Antwortskala zur Zufriedenheit mit der Demokratie:

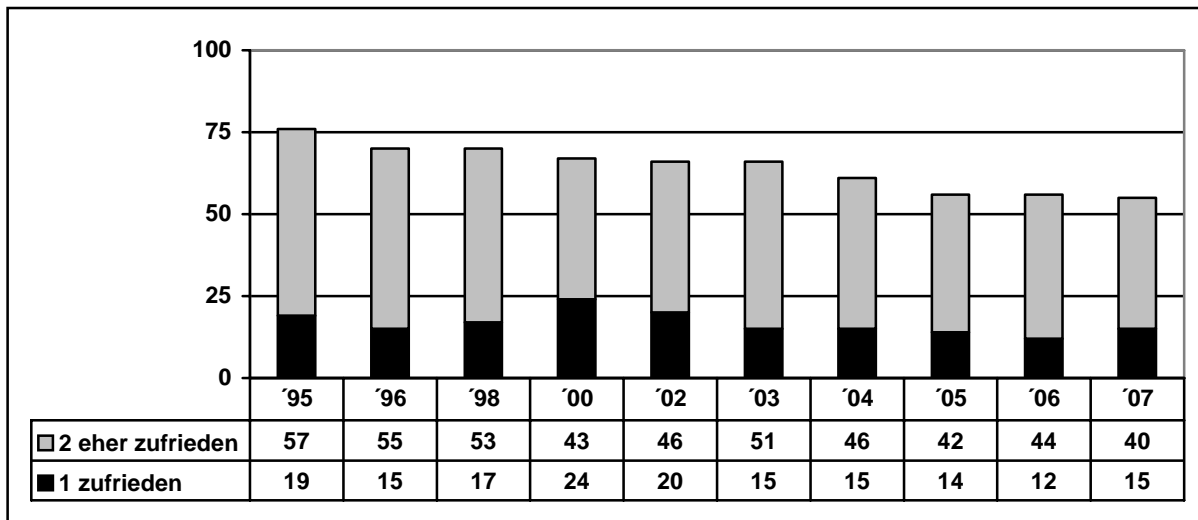
1 sehr zufrieden    2 zufrieden    3 weniger zufrieden    4 unzufrieden

Diese übergreifende Betrachtung spricht dafür, dass die Zufriedenheit der Panelmitglieder mit der Demokratie umso größer ist, je mehr solcher konkreten Elemente/Aktivitäten von den 34-Jährigen tatsächlich erlebt wurden – was aber kaum geschieht. Am häufigsten treten Null Punkte auf (d. h. alle vier Elemente wurden in den letzten 2 bis 3 Jahren nicht erlebt), von diesen 34-Jährigen sind unterdurchschnittlich wenig, nämlich 18 % mit der Demokratie sehr zufrieden.

## 2. 3. Unzufriedenheit mit der sozialen Gerechtigkeit

Das auch in dieser Studie seit Jahren zu beobachtende Defizit hinsichtlich „sozialer Gerechtigkeit“ setzt sich fort, sowohl mit Blick auf Leistungsgerechtigkeit als auch Verteilungsgerechtigkeit.

Abbildung 2.28: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, im Trend. Zusammengefasste Häufigkeiten zufriedener (1) bzw. eher zufriedener als unzufriedener (2) Panelmitglieder



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?“

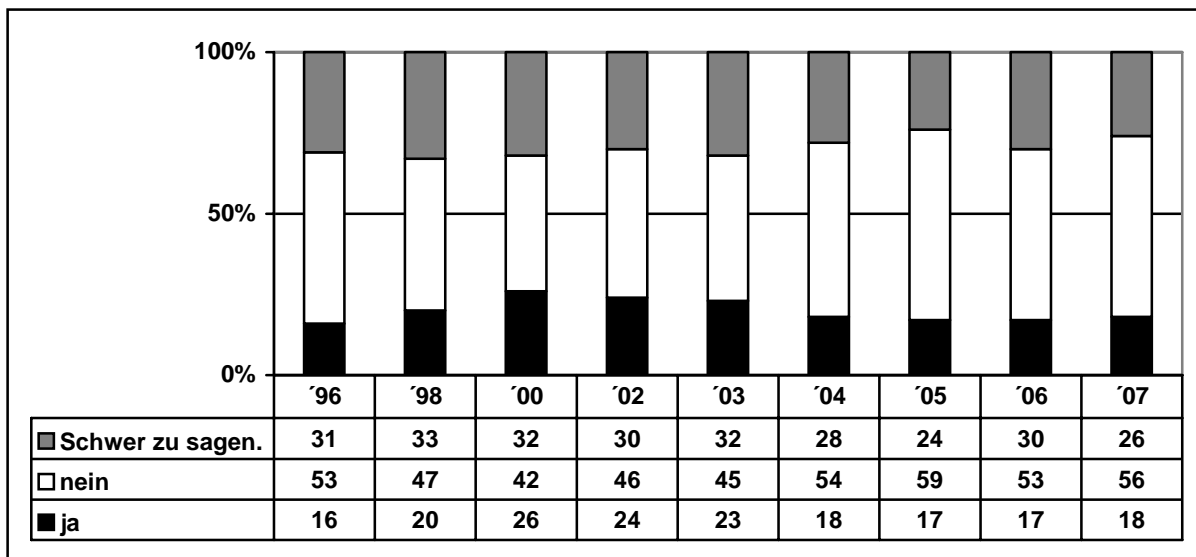
1 zufrieden    2 eher zufrieden als unzufrieden    3 eher unzufrieden als zufrieden  
4 unzufrieden

Lediglich die reichliche Hälfte (55 %) ist im Jahr 2007 mit den real erlebten Leistungschancen im jetzigen System zufrieden, allerdings nur der kleinere Teil davon (15 %) ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2006 von 76 % kontinuierlich und signifikant auf 55 % abgesunken, darunter der einschränkungslos Zufriedenen seit 2000 von 24 % auf 15 %! Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 2007 51 % gegenüber 61 %.

Das theoretisch proklamierte „Leistungsprinzip“ ist bei den Panelmitgliedern bei weitem nicht auch praktische Realität ihrer Erfahrungswelt, dazu deutlich abnehmend. Inbesondere länger dauernde Arbeitslosigkeit lässt viele Panelmitglieder daran zweifeln, heute durch Leistung voranzukommen: Während 2007 immerhin 68 % jener, die bisher nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, mit ihren Leistungschancen mehr oder weniger zufrieden sind, gilt das nur für 36 % derer, die bis 2007 länger als ein Jahr arbeitslos waren!

Im Zusammenhang damit steht, dass lediglich eine Minderheit der Panelmitglieder bejaht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten, ebenfalls eines der brisantesten Ergebnisse:

Abbildung 2.29: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit im Trend 1996 bis 2007



Fragetext: „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“

1 ja            2 nein            0 Das ist schwer zu sagen.

2007 sind sich lediglich 18 % sicher, ihren gerechten Anteil zu erhalten! Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich danach wieder umgekehrt, die politische Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes in der jetzigen Gesellschaft nimmt zu.

2007 wurde hierzu noch folgende Frage gestellt:

Tabelle 2.11:            Kapitalismus als gerechtestes Gesellschaftssystem 2007  
 „Der Kapitalismus ist das gerechteste Gesellschaftssystem, das man sich vorstellen kann.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2007	1	2	(3)	18	28	<u>51</u>
männlich	2	3	(5)	21	29	45
weiblich	0	1	(1)	15	27	<u>57</u>

Diese Ergebnisse müssen nicht kommentiert werden.

Die Brisanz dieses Themas geht auch aus einer seit 2004 zu diesem Thema gestellten Frage hervor, die stets neue Nahrung für breite Diskussionen erhält:

Tabelle 2.12:            Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes  
 2004 bis 2006

„Im jetzigen Gesellschaftssystem erhält jeder, egal ob einfacher Bürger oder Vorstand eines Konzerns, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2004	1	2	(3)	15	29	53	(82)
2005	0	3	(3)	12	25	60	(85)
2006	0	3	<u>(3)</u>	10	28	59	<u>(87)</u>
2007 nicht erfasst							

Eine eindeutige Aussage: Nur 3 % der 33-Jährigen hielten 2006 die im jetzigen System übliche Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes für gerecht, 10 % äußern sich ambivalent und 87 % äußern eine konträre Auffassung, darunter 59 % einschränkungslos, Tendenz zunehmend! Über alle drei Jahre hinweg geben 64 % eine konstant konträre Auffassung zur Kenntnis!

Es besteht hierzu in allen sozialen Schichten ein klarer Konsens, der seit Jahren (auch 2007) durch eine Vielzahl verbaler Aussagen gestützt wird, in denen die jungen Erwachsenen ihr völliges Unverständnis und ihre zunehmende Wut über die bekannt gewordenen Einkommen, Nebenverdienste, Pensionen und Abfindungen von Managern, Bankern und Politikern äußern, vor allem dann, wenn persönliches Versagen vorliegt oder es um Steuervergehen, Korruption, Schmiergeld- und Sexaffären oder andere Delikte geht – ein Schmelbrand, zumal mit kritischer Einschätzung die Bereitschaft zum Protest signifikant anwächst und die ohnehin sehr geringe Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge, signifikant abbaut.

## 2. 4. Das Erleben wirtschaftlicher Zwänge

Von erheblichem Einfluss auf die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem sind die individuellen Erfahrungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung.

Tabelle 2.4.01: Erfahrung, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben, im Trend

„Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer sozialen Marktwirtschaft leben?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
2004	28	50	22
2005	28	49	23
2006	32	48	20
2007	34	46	20

Jeweils rund ein Drittel gab in den letzten zwei, drei Jahren an, diese Grunderfahrung gemacht zu haben, die für die subjektive Bejahung der jetzigen Wirtschaftsordnung natürlich von erheblicher Bedeutung ist. Nicht zufällig sind 2007 49 % derer mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zufrieden, die diese Erfahrung gemacht haben gegenüber nur 20 % jener, denen diese Erfahrung fehlt! Der Anteil der Panelmitglieder, die diese Erfahrung über den gesamten Zeitraum 2004 bis 2007 hinweg bejahen (viertel mit ja geantwortet), liegt aber bei nur 9 %, 44 % haben dagegen viertel mit nein geantwortet.

Diese Berechnungen sind übrigens keine „Zahlenspielerien“, sondern wir erschließen so die nur bei Panelstudien bestehende Möglichkeit, die

Einzelergebnisse von zufälligen Schwankungen, die bei allen Befragungen auftreten, zu bereinigen.

Die höchste Zustimmungsquote zu dieser Aussage besteht bei den Beamten (59 %), gefolgt von den Selbstständigen (53 %), den Angestellten (35 %), die geringste von den Arbeitern (25 %), den aktuell Arbeitslosen (10 %).

Interessanterweise bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen denen, die im Osten bzw. die im Westen leben.

Noch weniger bestätigen allerdings, die Erfahrung gemacht zu haben, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können:

Tabelle 2.4.02: Erfahrung, sein Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können, 2004 bis 2007

„Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen.
2004	7	80	13
2005	11	80	9
2006	9	81	10
2007	10	80	10

2007 stimmten nur 10 % zu, 80 % haben diese Erfahrung nicht gemacht, mit 10 % ist der Anteil derer, die sich unsicher sind, ziemlich klein. Zwischen den sozialen Gruppen bestehen dabei nur marginale Unterschiede. Selbst von denen, die sich selbstständig gemacht haben (2007 11 %), stimmen nur 13 % zu ! Auch zwischen denen, die im Westen bzw. im Osten leben, bestehen nur minimale Differenzen. Über alle vier Jahre hinweg bejaht 1 % diese Erfahrung, 80 % widersprechen!

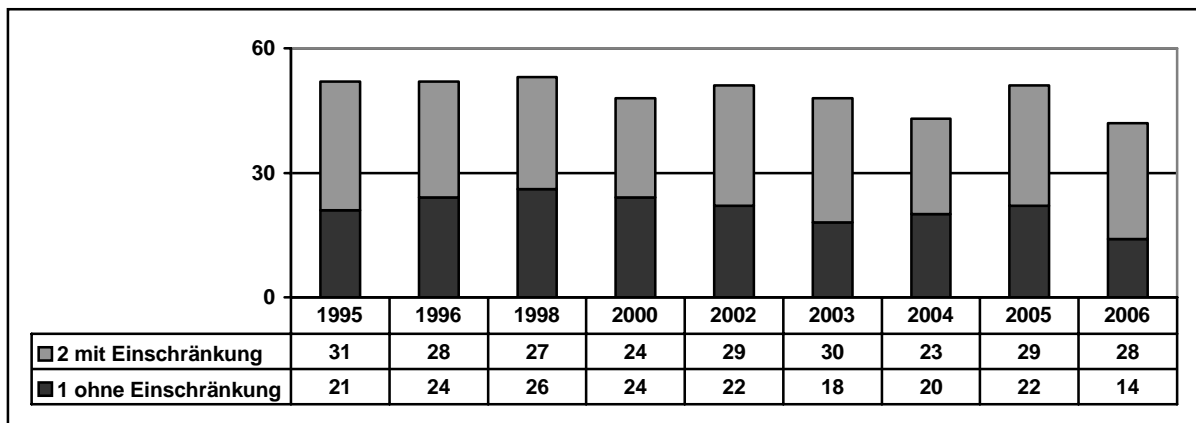
Aus der Sicht des Erlebens von Freiheit im gegenwärtigen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ist bemerkenswert, dass 2007 n = 28 = 7 % der 34-Jährigen erklären, ihr Leben nach ihren Vorstellungen sowohl ohne wirtschaftliche als auch ohne politische Zwänge frei gestalten zu können.

## 2. 5. Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das gegenwärtige Gesellschaftssystem wurde bei einem großen Teil der Panelmitglieder stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Leider wurde 2007 diese Frage nicht gestellt; damit dieser Faktor im Blick behalten wird, informieren wir knapp über die bisherigen Ergebnisse:

Abbildung 2.29: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2006. Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmungen





Fragetext: „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Nachdem 2005 der Anteil der Zustimmungen noch einmal deutlich angestiegen war, ist er 2006 erheblich zurückgegangen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass 2006 42 % der Panelmitglieder solche Erfahrungen gemacht haben.

## 2.6 Kritische Wahrnehmung der Politik der USA bei der weltweiten Verbreitung von Demokratie und Freiheit

Wenn von Faktoren die Rede ist, die die politischen Einstellungen der Panelmitglieder signifikant beeinflussen, dann müssen auch jene mit berücksichtigt werden, die vom Erscheinungsbild der weltweit größten Demokratie ausgehen, der USA. Das war und ist kein Schwerpunkt der Studie, Fragen hierzu wurden aus aktuellen Anlässen gestellt. Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der Tabellen.

Mehrmals wurde geprüft, inwieweit die Panelmitglieder Angst vor „militärischen Abenteuern der USA“ empfinden, von denen im Zusammenhang mit Afghanistan und Irak häufig die Rede war:

Tabelle 2.6.01: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	
	1	2	(1+2)	3	4

### **„militärische Abenteuer der USA“**

2002	15	32	(47)	39	14
2003	21	40	(61!)	27	12
2004	17	32	(49)	36	15
2006	9	27	(36)	44	20
2007	8	29	(37)	43	20

### **„Amerikanisierung des gesamten Lebens“**

2003	9	27	(36)	45	19
2006	11	28	(39)	40	21
2007	10	27	(37)	43	20

Wie wir im Kontext der Ängste unserer Panelmitglieder bereits erwähnt haben, hat das besorgte Erleben einer „Amerikanisierung“ durchaus einen messbaren negativen Einfluss auf das Befinden, z. B. auf die Lebensgrundstimmung.

Informativ ist insofern das sehr negative Urteil über die Praxis der USA bei der weltweiten Verbreitung der Demokratie. Dazu die Ergebnisse von 2006 und 2007:

Tabelle 2.6.02: „Die USA gehen bei der weltweiten Verbreitung von Freiheit und Demokratie mit gutem Beispiel voran.“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2006	0	2	(2)	19	27	52	(79!)
2007	0	2	(2)	17	28	53	(81!)

Insofern sind auch die Ergebnisse dieser Studie zu den verschiedenen Militäraktionen der USA seit 2001 von Belang:

Tabelle 2.6.01: Haltung zu den militärischen Aktionen der USA 2001 und 2002  
„Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2001 (Dezember)	21	28	(49)	25	11	15
2002 (Frühjahr)	9	16	(25)	30	23	22

Während Ende 2001 noch rund die Hälfte der Panelmitglieder den US-Militäraktionen in Afghanistan zustimmte (15. Welle), ging dieser Anteil 2002 auf 25 % zurück!  
Leicht rückläufig entwickelte sich in dieser Zeit auch die Bejahung der Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen, insbesondere bei den jungen Frauen:

Tabelle 2.6.02: Haltung zur Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen 2001 und 2002 in Afghanistan  
„Die Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen war/ist richtig“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2001 Gesamt	22	23	(45)	19	16	20
männlich	30	23	(53)	18	9	20
weiblich	16	23	(39)	19	22	20

2002 Gesamt	17	19	(36)	22	19	23
männlich	24	23	(47)	20	13	20
weiblich	10	15	(25)	24	25	26

Tabelle 2.6.02 a: Haltung zur Beteiligung Deutschlands an diesen Aktionen 2007 in Afghanistan

„Deutschland muss auch in Afghanistan verteidigt werden.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen ... 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
Gesamt	2	6	(8)	23	21	48

2003 und 2006 wurden die Panelmitglieder im Zusammenhang mit den Militäraktionen der USA im Irak ebenfalls nach ihrem Urteil darüber gefragt:

Tabelle 2.6.03: Zustimmung zu den militärischen Aktionen der USA gegen den Irak 2003 und 2006

2003: „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung.“

2006: „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA im Irak finden meine Zustimmung.“

2007: „Die gegenwärtigen militärischen Aktionen der USA finden meine Zustimmung“  
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
2003	3	7	(10)	16	22	52
2006	1	4	(5)	16	25	54
2007	0	3	(3)	14	24	59

Die Zustimmungquoten waren sehr gering, dazu rückläufig.

2003 wurden die Panelmitglieder auf einem speziellen Zusatzbogen gebeten, ihre grundsätzliche Meinung zum Krieg gegen den Irak zu äußern:

Tabelle 2.6.05: Einstellung zum Krieg gegen den Irak 2003

„Sicher haben Sie sich intensiv mit dem Krieg gegen den Irak beschäftigt, der bei Redaktionsschluss der Befragungsunterlagen noch im Gange war. Und sicher haben Sie sich eine Meinung dazu gebildet. Wie stehen Sie zu dem Krieg gegen den Irak?“

Ich war/bin 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür  
4 sehr dagegen

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	2	15	(17)	39	44
männlich	3	22	(25)	42	33
weiblich	1	9	(10)	37	53

Diese Angaben sind deutlich: Nur eine Minderheit der damals 30-Jährigen befürwortete diesen Krieg, von den jungen Frauen signifikant weniger als von den jungen Männern.

Mit einer weiteren offenen Frage wurden die TeilnehmerInnen gebeten, ihre Überlegungen dazu ausführlich zu notieren. Wir zitieren sie, weil sie mit Sicherheit nicht inzwischen aus ihren Köpfen verschwunden sind und auch heute eine Rolle spielen, wenn es um kriegerische Aktionen der USA geht:

„Wenn Sie noch etwas Zeit haben: Bitte beschreiben Sie stichwortartig, was Sie im Zusammenhang mit diesem Krieg bewegt, welche Auffassungen Sie dazu haben. Gehen Sie dabei möglichst mit auf die folgenden Fragen ein:

- a) worum ging/geht es Ihrer Meinung nach bei diesem Krieg?
- b) In wessen Interesse wurde/wird er geführt?
- c) Sind Panzer und Bomben geeignete Mittel zur Einführung von Demokratie und Menschenrechten?“

Wir führen hier einige typische ablehnende Formulierungen an (zustimmende gab es so gut wie keine), die meist sehr ausführlich waren, Ausdruck einer gründlichen Beschäftigung mit diesem Thema:

*„a) um die Neuverteilung der Ölrechte.*

*b) im Interesse der USA und der erdölfördernden Wirtschaftslobby.*

*c) Es ging nie um die Einführung von Demokratie und Menschenrechten. Dass eine solche Mission jämmerlich schief gehen kann, beweist die Aktion Afghanistan. Ich denke, dass Demokratie und Menschenrechte sowie der Wunsch danach bei den Menschen eines Staates selbst entstehen und erkämpft werden müssen. So etwas kann nicht von außen künstlich erzeugt werden. Alles andere halte ich für Augenwischerei. Die USA ist mit Sicherheit kein Friedens- und Demokratiebringer.“*

*„Den Vereinigten Staaten ging es ausschließlich um ihre Wirtschaftsmacht und die Ölförderung...Ich verteidige keinesfalls die von Hussein im Irak geführte Politik. Doch es hätte eine diplomatische Lösung geben müssen. Man kann Gewalt nicht mit noch größerer Gewalt bekämpfen. Als Grundschullehrerin versuche ich täglich, den Kindern einen friedvollen Umgang untereinander zu vermitteln. Es darf nicht sein, dass stets der Stärkere seinen Willen durchsetzt. Dafür sind wir Menschen und keine Raubtiere. Es darf nicht sein, dass die USA der ganzen Welt ihre Meinung aufdiktieren...*

*Beweis für die rein wirtschaftlichen Interessen der USA... ist die Unfähigkeit einer möglichst schnellen Sicherstellung geregelten Lebens der Bevölkerung im Irak nach dem Krieg. Das Ölministerium wurde besetzt, Ölfelder bewacht, aber gegen Plünderungen von Museen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen wurde nichts unternommen.“*

*„Einerseits bin ich dafür, dass Leute wie Bin Laden und Saddam Hussein weg müssen (am besten tot), aber einen Krieg zu beginnen..., obwohl so viele Protestaktionen liefen, viele Länder dagegen waren – ist nicht in Ordnung. Da spielten sicherlich auch ganz andere Gründe ein Rolle. Bleibt nur zu hoffen, jetzt wo der Krieg beendet ist, dass es den Menschen dort auch etwas bringt. Den Wiederaufbau dürfen wir ja nun wieder alle bezahlen!“*

*„Der Krieg war für meine Begriffe nur Rache und Vergeltung. Es sollte gezeigt werden, wer das letzte Wort hat oder wer der Stärkere ist. ... Jedoch habe ich generell etwas gegen Krieg mit Waffen, bei dem immer nur Unschuldige leiden. Ehrlich gesagt hatte ich wirklich Angst, dass Deutschland mit hineingezogen wird oder gar ein neuer Weltkrieg ausbricht, und ich bin froh, dass es nicht dazu gekommen ist!“*

*„Ich denke, es war der Versuch der USA, der Welt zu beweisen, wer 'Weltmacht' ist und hat. Hinter der Fassade von Menschlichkeit und Gottesglaube freuten sich Rüstungs- und Ölindustrie über in Aussicht gestellte Gewinne. Krieg und Gewalt sind nie der richtige Weg... Bleibt zu hoffen, dass lachen, spielen, genug zu essen und eine optimale medizinische Versorgung für die Kinder des Irak bald zur Selbstverständlichkeit zählen.“*

*„a) Um Ölreserven, Ankurbeln der amerikanischen Wirtschaft über die Rüstungsindustrie, Ausprobieren neuer Waffensysteme. b) im Interesse der Öl- und Rüstungsindustrie Amerikas. c) Nein! Es gibt andere Möglichkeiten, Diktatoren zu stürzen, z. B. internationale Polizeiaktionen.“*

Einige antworteten nur sehr kurz wie z. B.:

*„a) Öl  
b) USA  
c) niemals“*

Es steht wohl außer Zweifel, dass die damaligen USA-Aktionen und ihre sehr ausführliche und realistische Präsentation in den Medien auch bei den Panelmitgliedern nachhaltig meinungsbildend waren und es heute noch sind. Dabei ist davon auszugehen, dass besonders im Hinblick auf das individuelle politische Bewusstsein dessen einzelnen, konstituierenden Elemente nicht isoliert nebeneinander stehen, sondern in vielfältigen Wechselwirkungen. Wir haben an vielen Stellen dieses Berichtes auf diese Wechselwirkungen hingewiesen.

So lässt sich nachweisen, dass die seit vielen Jahren überwiegend negativen Urteile der Panelmitglieder über die amerikanische Demokratie (s. o.) mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auch auf andere grundsätzliche politische Einstellungen einwirken, „abfärben“. Wir belassen es hier bei einem Beispiel, des Zusammenhanges zwischen der Beurteilung der Vorbildwirkung der USA bei der Verbreitung der Demokratie einerseits und der generellen Einstellung zur Demokratie:

Tabelle 2.6.06: Zusammenhang zwischen der Beurteilung der Vorbildwirkung der USA bei der Verbreitung von Freiheit und Demokratie einerseits und der generellen Einstellung zur Demokratie 2007:

	„Die in Deutschland existierende Demokratie ist die beste Herrschaftsordnung, die es überhaupt geben kann.“							
	1	2	(1+2)	3	4	5	X	n
„Die USA gehen bei der weltweiten Verbreitung von Freiheit und Demokratie mit gutem Beispiel voran.“								
1+2+3	0	13	(13)	49	18	20	3,4	69
4	0	8	(8)	31	42	19	3,7	101
5	0	7	(7)	18	27	48	4,1	191
Gesamt	0	9	(9)	28	29	34	3,9	361

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

(s; die AP 1,2, und 3 mussten hier der Verteilung wegen zusammengefasst werden).

Der Zusammenhang ist faktisch nur im negativen Bereich erkennbar, aber deutlich: Üben von denen, die sich positiv oder ambivalent zum Vorbild USA äußern (AP 1,2,3), nur 38 % auch Kritik an der Demokratie in Deutschland, so steigt dieser Anteil bei jenen, die sich extrem negativ artikulieren, auf 75 % an!

Der Zusammenhang ist auch aus der entgegengesetzten Richtung zu lesen, wir verzichten hier auf die Darstellung. Die Wahrscheinlichkeit einer positiven Beurteilung der Demokratie in Deutschland wird von der Beurteilung der USA bei der weltweiten Durchsetzung von Demokratie signifikant mit beeinflusst.

## Anhang 1

## Arbeitslosigkeit zerstört die Persönlichkeit

Diese Ergebnisse liegen bereits ein paar Jahre zurück, sind jedoch aus dem Gedächtnis der Studie und ihrer Akteure keineswegs zu streichen. Sie belegen, wie die Panelmitglieder bis zum jeweiligen Befragungszeitpunkt ihre direkten und indirekten Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit persönlich verarbeitet hatten, zu welchen Urteilen sie gelangten.

Urteile über Arbeitslosigkeit 2002, 2004 und 2005 (geordnet nach dem Mittelwert 2005); diese Fragen wurden 2006 nicht gestellt.

„Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl in die entsprechende Klammer eintragen.“

1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4, 5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft							
2002	49	34	(83)	14	2	1	1,73
2004	68	21	(89)	8	3	0	1,48
2005	70	24	(94)!	5	1	0	1,37

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein

2002	41	33	(74)	20	4	2	1,94
2004	52	30	(82)	14	4	0	1,70
2005	59	31	(90)	8	2	0	1,52

Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten

2002	37	35	(72)	20	5	3	2,02
2004	56	29	(85)	11	3	1	1,65
2005	57	30	(87)	12	1	0	1,59

Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm

2002	39	32	(71)	21	6	2	1,98
2004	54	29	(83)	13	2	2	1,69
2005	57	27	(84)	13	3	0	1,64

Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems

2002	38	36	(74)	18	6	2	1,98
2004	60	25	(85)	11	3	1	1,61
2005	56	27	(83)	13	3	1	1,66

Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank

2002	34	40	(74)	20	3	3	1,96
2004	40	31	(71)	21	8	0	1,98
2005	48	33	(81)	16	2	1	1,75

Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude

2002	31	38	(69)	25	4	2	2,09
2004	38	34	(72)	23	5	0	1,97
2005	43	36	(79)	17	3	1	1,82

Arbeitslosigkeit macht die Menschen depressiv

2002	42	38	(80)	16	3	1	1,83
2004	40	35	(75)	20	4	1	1,92
2005	41	36	(77)	19	4	0	1,87

Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass

2002	24	28	(52)	28	11	9	2,54
2004	28	27	(55)	27	9	9	2,43
2005	36	27	(63)	25	8	4	2,19

Arbeitslosigkeit verstößt gegen die Achtung der Würde des Menschen

2002	24	26	(50)	29	13	8	2,56
2005	25	34	(59)	23	13	5	2,38

Sehr viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend kritisch formulierten Statements über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern, Lebenspartner, Geschwister und Freunde zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene und sich weiter ausbreitende Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Der größte Teil von ihnen reflektiert Arbeitslosigkeit als gravierende Bedrohung und Einschränkung ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Enorm zugenommen hat seit 2002 insbesondere die einschränkungslose Zustimmung (nur Position 1) zu dem Statement, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht: von 49 % auf 70 % (1+2: von 83 % auf 94 %). Dagegen stellen nur einzelne diese Aussage in Abrede. Das unterstreicht noch einmal den empirisch nachgewiesenen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Zukunftsangst.

Deutlich zugenommen hat darüber hinaus auch die einschränkungslose bzw. eingeschränkte Zustimmung (Positionen 1 und 2) zu folgenden Aussagen

- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein (von 74 % auf 90 %; darunter einschränkungslos von 41 % auf 59 %!)
- Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten (von 72 % auf 87 %; darunter einschränkungslos von 37 % auf 57 %!)
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm (von 71 % auf 84 %; darunter einschränkungslos von 39 % auf 57 %!)
- Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems (von 74 % auf 83 %; darunter einschränkungslos von 38 % auf 56 %!). Nur sehr wenige Panelmitglieder widersprechen dem: 2002 8 %, 2004 und 2005 4 %.
- Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank (einschränkungslos von 34 % auf 48 %)
- Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude (einschränkungslos von 31 % auf 43 %)
- Arbeitslosigkeit führt zu Ausländerhass (einschränkungslos von 24 % auf 36 %)

Aufschlussreich ist auch die Veränderung bzw. Konstanz bei folgenden Aussagen:



1 Ich stimme vollkommen zu 2, 3, 4 , 5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Wer wirklich Arbeit sucht, findet auch welche							
2002	24	33	(57)	30	10	3	2,34
2004	15	21	(36)	31	21	12	2,95
2005	9	19	(28)	40	18	14	3,08
An Arbeitslosigkeit kann man sich mit der Zeit gewöhnen							
2002	9	15	(24)	22	17	37	3,61
2004	11	20	(31)	19	15	35	3,43
2005	10	18	(28)	19	19	34	3,49
Arbeitslosigkeit hat auch angenehme Seiten							
2004	6	17	(23)	20	23	34	3,61
2005	5	12	(17)	23	28	32	3,72
Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern							
2002	0	3	( 3)	12	23	62	4,43
2005	1	5	( 6)	20	25	49	4,14
Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird							
2002	0	3	( 3)	19	29	49	4,24
2005	1	1	( 2)	13	28	57	4,43

- Besonders ins Auge fällt der erhebliche Rückgang der Zustimmung zu der immer wieder in Umlauf gesetzten These, dass wer wirklich Arbeit sucht auch Arbeit findet: von 57 % 2002 auf 28 % 2005!

- Rund ein Drittel meint, dass man sich mit der Zeit an Arbeitslosigkeit gewöhnen könne. Bei den aktuell arbeitslosen 32-Jährigen beträgt dieser Anteil allerdings nur 10 %!

- Noch weniger unterstellen der Arbeitslosigkeit auch angenehme Seiten: 17 % im Jahr 2005.

- Nur einzelne stimmen zu, dass man sich mit der Arbeitslosigkeit abfinden müssen bzw. dass jeder selbst daran schuld ist, wenn er arbeitslos wird.

Alles in allem ist von diesen Urteilen der Panelmitglieder her auf eine sehr kritische Wahrnehmung und Bewertung der Arbeitslosigkeit als ein wesentliches Merkmal des gegenwärtigen Gesellschaftssystems zu schließen, das schon seit der Wende ihren Lebensweg in starkem Maße negativ beeinflusst. Es spricht sehr wenig dafür, dass sie bereit sein könnten, sich auf die Dauer mit Arbeitslosigkeit und deren Folgen abzufinden.

# **„Wann gehört Ostdeutschland endlich zu Deutschland?“**

Fragen junger Ostdeutscher an die  
Politiker 2007

Zusammenstellung ausgewählter Fragen, Teil I (Juli 2007)  
Forschungsleiter: Prof. Peter Förster (Leipzig)  
(präzisierte Fassung vom 16.7.07; bisher unveröffentlicht)

Am Ende des Fragebogens der 21. Welle (2007) wurden die Panelmitglieder gebeten, noch diese offene Frage (d. h. eine Frage ohne Antwortvorgaben) zu beantworten:

„Diese allerletzte Frage hatten wir 2004 schon einmal gestellt. Da die Antworten außerordentlich informativ waren (einige sind im Buch nachlesbar), bitten wir Sie, diese Frage noch einmal zu beantworten, jetzt aus aktueller Sicht des Jahres 2007. Bitte stellen Sie sich vor, Sie könnten in einer Diskussion mit hochrangigen Politikern ganz offen Fragen zur gegenwärtigen Situation in Ostdeutschland stellen. Wie würden Ihre Fragen lauten? Bitte „Klartext“ formulieren“!

**(Befragungszeitraum: Ende Mai – Mitte Juli 2007)**

\*\*\*\*\*

„Wann gehört Ostdeutschland endlich zu Deutschland?“  
(Monteur, Ost)

„Warum gibt es immer noch Ost- und Westlöhne, wenn wir ein Deutschland sein sollen? Und die selbe Arbeit machen? Wieso werden wir Ostdeutschen immer noch abgestempelt?“

Wieso sind die Preise jetzt wieder so wie zu DM-Zeiten, obwohl es hieß, mit dem Euro wird alles halbiert?“

(Mitarbeiterin bei Mc Donalds, Ost)

„Warum gibt es so viele Arbeitslose? Wieso geht man immer an das Geld der kleinen Leute? Wann kommt hier der Aufschwung?“ (Arbeitslose, w, Ost)

„Könnten Sie sich vorstellen, als Maurer, Dachdecker, Bergmann oder KFZ - Mechaniker mit 66 Jahren noch zu arbeiten? Ob und wann würden Sie Ihre Luxusklasse-Limousine gegen ein Kompaktklasse-Auto tauschen, um als Vorbild gegen zu hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu wirken? Haben Sie Zukunftsängste? Könnten Sie sich vorstellen, mit Ihrer Familie mit 1400 € menschenwürdig über den Monat zu kommen?“ (KFZ - Mechaniker, m, West)

„Warum ´blüht` der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland nicht, obwohl hier doch alle geforderten Voraussetzungen (niedrige Löhne, keine Tarifbindung, längere Arbeitszeit) existieren?“

Ist das nicht der Beweis, dass der geforderte ´flexible Arbeitsmarkt` keinen Beschäftigungszuwachs bringt, sondern nur im Interesse der Kapitalisten (Ausbeutung) ist.“

(Dipl. Ing., m, West)

„-Was tun Sie konkret, dass die jungen Menschen eine Arbeit im Osten finden, von der sie leben können?“

- Was gedenken die Herren und Damen gegen das aufkeimende nationalsozialistische ´Pack`, was sich ausbreitet, zu tun? Das Geld für Jugendarbeit wird ja überall gekürzt!

- Jeder Politiker sollte mal 1 Woche wie mit Hartz IV leben. Würden Sie das auch tun, um zu sehen, was das Leben dann so Tolles bereithält?“

(Hausfrau, arbeitssuchend, West)

„Wann erfolgt eine Gleichstellung zwischen Ost – West bezüglich Gehälter?  
Wie soll zukünftig der Verbleib junger Menschen im Osten attraktiv gemacht werden?  
Wie ist das Kaputtmachen guter Dinge/Einrichtungen im Osten nach der Wende zu rechtfertigen? Gibt es die Bereitschaft zur offenen Entschuldigung?“

(Diplompsychologe, Ost)

„Politiker beklagen seit längerem den Verfall der Werte in Deutschland. Zu diesen moralischen Werten gehört auch Ehrlichkeit. Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen Ihrem Wahlversprechen und dem Verfall der Werte?“

(Elternzeit, Ost)

„Warum sind im Osten die Mindestlöhne immer noch 32 % niedriger als im Westen (bei annähernd gleichen Lebenshaltungskosten) ??

Warum verdient ein Ossi für die gleiche Arbeit als Fahrer oder Arbeiter am selben Standort deutlich weniger?“ (Fuhrparkleiter, Ost)

„Warum gibt es keine konkrete Einigung über die Kinderbetreuung bzw. Plätze?

Wie soll man arbeiten gehen bei diesen hohen Benzinpreisen?

Warum wird immer zuungunsten des kleinen Mannes entschieden?“

(Lagerarbeiterin, Ost)

„Warum werden viele Millionen für ein sinnloses G8-Treffen ausgegeben, statt sie hier in Wirtschaftsunterstützung und damit in neue Arbeitsplätze zu stecken?

Was wird gegen Firmenabwanderung getan?

Was gedenkt die Regierung zur Förderung von Familien bzw. für das verstärkte Kinderkriegen zu tun?

Wie soll das Rentensystem reformiert werden? Wie sollen die Renten gesichert werden, um einer Altersarmut vorzubeugen?

( Teamleiterin, Ost)

„Wann gibt es ein einheitliches Deutschland, in dem die Ostdeutschen das Gleiche verdienen, wie ihre Kollegen in Westdeutschland?“

(Elternzeit, Ost)

„Wann bekommen wir Ostdeutschen endlich Westgehalt?

Warum sind die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland teils höher als im Westen und was werden Sie endlich dagegen tun?

Warum gibt es keine Schulen von der 1. bis zur 10. Klasse mehr? Warum muss es sein, dass Kinder nach der 4. Klasse, wenn sich Freundschaften gebildet haben, wieder auseinander gerissen werden? Neue Schulsysteme müssen her oder besser noch die aus der ehemaligen DDR!“

(Verkäuferin, Ost)

„Warum halten sich Politiker nicht an ihre Wahlversprechen?

Warum geht die Regierung nicht gegen die überdurchschnittlichen Gehälter von Politikern und Firmenvorständen vor und warum werden diese nicht so hoch versteuert wie von anderen?“ (Berufssoldat)

„Warum wird kein einheitliches Schulsystem eingeführt?“

Warum werden Reformen nicht endlich durchgesetzt?  
Warum werden die Diäten erhöht, während der kleine Mann „ausgezogen“ wird?“  
(Angestellte, Ost)

„Wann gibt es endlich gleiches Geld für gleiche Arbeit?  
Erst die Ki-tas schließen und jetzt einen auf Samariter machen und mehr  
Ganztagsbetreuung fordern – finden Sie das in Ordnung?“ (Arbeiter, O)

„Wann werden die Löhne angeglichen?  
Wo ist der wirtschaftliche Aufschwung, von dem immer die Rede ist?  
Warum sinkt die Arbeitslosenzahl, wenn immer mehr Firmen ins Ausland verlagern  
und ihre Leute entlassen? (Elternzeit, Ost)

„Was haben Sie aus PISA gelernt? Wann gibt es (endlich) eine flächendeckende  
Ganztagsbetreuung für Kinder?“ (Vermögensberater, West)

„Ich möchte Arbeit und mein Sohn eine Lehrstelle!“ (Arbeitslose, Ost)

„Wieso können Sie es so viele Jahre nach der Wende zulassen, dass es (nicht nur  
ideologisch) immer noch eine Trennung zwischen Ost und West gibt (Tariflöhne, ALG  
II, Rente usw.) ?  
Wieso gibt die Bundesregierung so viel Geld für ´humanitäre´ Kriegseinsätze aus, die  
uns von den USA aufgezwungen werden, aber für die Jugend ist kein Geld da  
(Krippenbetreuung, Pisa, Geburtenrückgang seit Jahren, Kinderarmut, Verteuerung  
der Kinder – und Schülerspeisung usw. ?)“ (Angestellte, Ost)

„Mindestlohn einführen – warum ist das so schwierig?“ (Angestellte, Ost)

„Würden Sie auch in der Politik arbeiten, wenn es keine Diäten und  
Rentenversorgung gäbe?  
Warum sind die Ostdeutschen bis heute noch ´2. Klasse`?  
Wie können Sie es verantworten, dass Jugendliche keine Ausbildung bzw. Arbeit  
bekommen, obwohl das unsere Zukunft ist?“ (Krankenschwester, West)

„Wie geht es weiter mit dem Thema Krippenplätze?  
Wann bekommt das Volk einen Teil der Steuereinnahmen zurück?  
Wer hat den Satz für das ALG II ausgerechnet, kann dieser jemand mit 331 € pro  
Monat auskommen?“ (Erziehungsurlaub Ost)

„Wann kommt die Lohnangleichung Ost-West? Ist das überhaupt geplant? Was ist  
mit Mindestlöhnen im Osten? Mit der Rente ab 67? Man bekommt doch schon mit  
Mitte 30 keinen Job mehr, zumindest kein Gehalt, von dem man leben kann.“  
(Servicebearbeiterin, Ost)

„Es ist mir eigentlich egal, mit Politikern zu reden, weil sich eh nichts ändert. Der  
´kleine Mann` ist immer der Dumme und das bleibt auch so!“ (Zollbeamter, West)

„Gibt es glaubwürdige, ehrliche Politiker? Wann werden Politiker und Beamte für ihre  
Fehler zur Rechenschaft gezogen, auch finanziell?“ (Arbeitsloser, Ost)

„Warum vertritt die Regierung (egal, welche grade dran ist), immer nur die Interessen der Energiemonopole oder der Banken? Weil sie wahrscheinlich immer noch in den Aufsichtsräten der jeweiligen Konzerne vertreten sind und ihre Diäten nicht ausreichen, oder?“ (Abteilungsleiter, Ost)

„Warum tut man jetzt so, als würde man das Rad neu erfinden mit Krippen/Tageskindergärten und Ganztagschulen, nachdem man noch vor wenigen Jahren ein ganzes Netz an solchen und ähnlichen Einrichtungen einfach geschlossen und als sozialistisch und nichtsnutzig abgetan hat?“ (Hostess, Ost)

„Warum können Sie sich nicht in das Leben eines ´ Otto-Normalverbrauchers ` hineindenken?

Was soll in der Zukunft aus unseren Kindern werden, wenn das neue Kita - Gesetz durchkommt?

Können Sie nicht mal in eine Familie mit 2 Kindern gehen und sich anhören, wie die leben und was für Probleme sie haben?

Welche Gedanken begleiten Sie, wenn Sie unlogische und unverständliche Gesetzesentwürfe verabschieden?

Hat Ihr Geld Ihnen den Charakter verdorben?

Wie viel Schmiergeld wird gezahlt, damit die Politiker diese ganzen Gesetze unterzeichnen?“

(Marketing-Assistentin, West)

„Warum fließen die Subventionen, die Ostdeutschland erhält, nach Westdeutschland zurück?

Warum werden zunehmend ostdeutsche Firmen geschlossen, trotz voller Auftragsbücher?

Warum gibt es so wenige Ostdeutsche in Führungspositionen?

Musste das Schulwesen neu erfunden werden? Das 10-Klassen-System in der DDR hat sich doch bewährt? Warum wird nicht versucht, gute Sachen, die sich bewährt haben, zu übernehmen? (Gesundheits-, Familien-, Bildungspolitik).“

(Krankenschwester, Ost)

„Warum gibt es in Deutschland immer noch kein einheitliches Schulsystem?

Kann die „Freie Marktwirtschaft“ wirklich die Probleme des Klimawandels bewältigen?

Was wollen Sie gegen den für die nächsten Jahre prognostizierten

Bevölkerungsrückgang (14 % im Westen, 31 % im Osten laut Tagesschau vom 22.05.07) unternehmen?“

„Wird Deutschland ein Altersheim bzw. was tun wir heute für die Jugend von morgen, damit sie nicht auch abwandert?“ (Softwareentwickler, West)

„Wann findet die endgültige Vereinigung von Ost und West statt? Im Moment existiert sie zum größten Teil doch nur auf dem Papier, oder?

Warum wurden alle oder fast alle Kindertagesstätten der ehemaligen DDR geschlossen, wenn sie nun wieder neu entstehen sollen?

Warum konnte das Schulsystem der ehemaligen DDR nicht übernommen werden?“ (Logopädin, Ost)

„Wie sieht die Zukunft unserer Kinder aus? Bekommen wir überhaupt noch Rente? Wohin soll die Gesundheitspolitik noch führen? Gute medizinische Betreuung nur noch für 'Geldleute'?

Müssen wir Deutschen überall mitmachen (s. Afghanistan). Wer bezahlt denn solche Einsätze? Der 'kleine Steuerzahler'!

Wie oft werden die Diäten der Politiker erhöht?

Ob sich Politiker nicht schämen, so viel Geld zu bekommen und andere Menschen leben an der Armutsgrenze“.

(Krankenschwester, Ost)

„Haben Sie eine Ahnung, wie ein Bürger der unteren oder mittleren Schicht, obwohl Arbeit vorhanden ist, lebt? Man hat das Gefühl, Sie haben den Blick für die Realität verloren (Gesundheitsreform, Arbeitspolitik etc.)“ (Kauffrau, Ost)

„Ich würde keine Fragen stellen wollen, da die Meinung von normalen Bürgern keinen hochrangigen Politiker interessiert. Hauptsache, die haben genug Geld zum Leben, alles andere kann ruhig beim 'kleinen Bürger' abgezogen werden.“

(Krankenpflegerin, Ost)

„Mit welchem Recht sind in Westdeutschland die Löhne, Gehälter und Renten höher als im Osten, obwohl im Osten die Preise für alle Waren, Mieten, Energien genau so hoch oder noch höher sind als im Westen? Sind wir Menschen zweiter Klasse?

Arbeiten wir schlechter als die Vertreter der westdeutschen Spaßgesellschaft?

Wie rechtfertigen Sie die horrenden Einkommen der Politiker und deren sonstigen Vergünstigungen?

Wieso wird das Rentenalter auf 67 angehoben? Für ältere Menschen gibt es jetzt schon kaum Arbeit!

Wie rechtfertigen Sie eine Politik, die Gesundheit zu einem für viele unbezahlbaren Luxusgut macht in einer angeblich so sozialen Gesellschaft?“

(Leiterin Datenverarbeitung, Ost)

„Was tun Sie gegen korrupte Politiker?“ (Staatsanwältin, West)

„Wissen Sie eigentlich, wo Ostdeutschland liegt?“ (Arbeitsloser Ost)

„Warum 'wandern' so viele Firmen in Billiglohnländer aus? Wir in Ostdeutschland sind doch seit der Wende 'Billiglohnland'! Wann bekommt man für dieselbe Arbeit auch das selbe Geld?“

(Verpackerin, Ost)

„Was sind eigentlich Ihre Aufgaben, Ihre Ziele, Ihre Wünsche für Deutschland/Ostdeutschland und die Welt?

Wie hoch ist Ihr Gehalt? Wissen Sie, was ein Ossi/Wessi verdient? Und wie lange wir dafür arbeiten müssen?

Kennen Sie die Preise zum Lebensunterhalt? Schämen Sie sich gar nicht, hier und heute vor dem Publikum zu sitzen und so zu tun, als sei alles in Ordnung? Es ist eine Farce! Was hier los ist, kommt 'moderner' Sklaverei sehr, sehr nahe!“

„Korruption und marktwirtschaftliche Verbrechen sind heute allzu gegenwärtig geworden! Wie begegnen Sie diesen? Können Sie das überhaupt noch bewältigen? Stecken Sie da mit drin? Was bedeutet Menschenwürde, was sind wir für Sie?

„Ich freue mich, dass man mal zu solchen Themen sein Herz ausschütten kann.“  
(Bürofachkraft, Ost)

„Wann wird es nur noch 2 Klassen in Deutschland geben: Arm und Reich?  
Warum übernimmt Deutschland eine führende Rolle in der EU?  
Warum muss Deutschland immer im Ausland an vorderster Front stehen?  
(militärische Einsätze). Es gibt genug im eigenen Land zu tun!!“ (Laborantin, Ost)

„Wann gehen Politiker mit gutem Beispiel, bei der Senkung ihrer Diäten, voran?  
Wieso hat ein Politiker Anspruch auf so viel Pension?  
Wann gibt es endlich einen Lohnangleich Ost-West?  
Wieso steigt der Lohn nicht proportional dem Anstieg bei den  
Lebenshaltungskosten?“  
(Polizist, Ost)

„Ich lebe seit 1993 nicht mehr in Ostdeutschland und habe auch wenig Verbindung in die Heimat. Deshalb ist es für mich schwierig, objektiv über die aktuelle Situation und die damit verbundenen Probleme zu diskutieren.  
Aus Unterhaltungen mit Mitmenschen in Stuttgart (hier lebe ich seit 2000) ist für mich immer wieder spürbar, wie weit weg „der Osten“ für die hier lebenden Menschen ist. Die reine Information aus den Medien gibt nur das Bild vom „Naziland“ ab. Schade, denn ich denke, wir Sachsen sind ein gewitztes und energiegeladenes Völkchen.“  
(Angestellte in Kinder- und Jugendhilfe, West)

„Da ich seit 1993 in Baden-Württemberg wohne, weiß ich leider nicht mehr so genau, was die Menschen in Ostdeutschland im täglichen Leben beschäftigt. Aber interessant wäre zu wissen, warum die Löhne immer noch geringer sind als hier, wofür der Soli-Zuschlag verwendet wird, den wir alle immer noch zahlen, Was wird aus den vielen Schulabgängern, die keine Lehrstelle finden und wie wird endlich den vielen Arbeitslosen wirklich geholfen, anstatt ihnen sinnlose ABM-Stellen zu geben. Leider ist so vieles versprochen worden, was nie oder nicht so schnell zu realisieren war.“  
(Modeverkäuferin, West)

„Warum der soziale Abstieg vieler `kleinen` Leute durch die politische und wirtschaftliche Situation in Deutschland noch gefördert wird.  
Warum die Lebenshaltungskosten ständig ansteigen  
Wann für gleiche Arbeit gleiches Geld?“  
(Arbeitsloser, Ost)

„Wann wird endlich das Budget für die Kinderbetreuung erhöht, damit die Eltern im Berufsleben bleiben können?  
Was will die Bundesregierung tun, um die Wehrpflicht wieder attraktiv zu machen?  
Uns gehen langsam die Soldaten für die Auslandseinsätze aus!“  
(Berufsoffizier, West)

„Warum haben Eltern von Kindern bis drei (Jahren) erst 2013 ein Recht auf einen Krippenplatz? 2013 ist noch weit und die jeweilige Regierung, die dann regiert, kann das Recht ja wieder kippen. Es ist bestimmt auch in 2 Jahren möglich, wenn man will!“  
(Hausdame in Hotel, Ost)



„Wann bekommt Ostdeutschland, vor allem der Mittelstand, endlich etwas vom Aufschwung zu spüren?

Wie wollen Sie die immer noch anhaltende Abwanderung stoppen? Nach wie vor verweisen ganze Landstriche im Osten.

Haben Sie eine Ahnung, wie viel eine Friseurin mit einem Ganztagsjob verdient?“ (400€-Job, Ost)

„Warum wird das Geld für ALG II nicht an Betriebe und Firmen verteilt mit der Verpflichtung, einen Arbeitnehmer für 2 bis 4 Jahre anzustellen?“ (Arbeitslose, Ost)

„Ich glaube, ein Politiker würde die Frage des ´einfachen Bürgers` überhaupt nicht verstehen, da er in einer anderen Welt lebt. Es sei denn, es stehen Wahlen vor der Tür!“

(Industriemechaniker, West)

„Wo bleiben die Kinderbetreuungsplätze? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Was wird für allein stehende Mütter getan?

Schulsystem: Der Leistungsdruck wird immer größer, er ist schon in der Grundschule kaum zu bewältigen. Warum wird so früh ´aussortiert?`“ (Verkäuferin, West)

„Tauschen Sie mal 4 Wochen mit:

a) einem Hartz-IV-Empfänger

b) einer berufstätiger Mutter

c) Eltern, die für ihr behindertes Kind im Bürokratismus ´ertrinken`?

Dabei sollten auch beachtet werden: Wohnverhältnisse, Einkommen, Spritpreise, Antragstellungen, Telefonate mit Behörden!!

d) einem Angestellten, der sich von seinem Chef alles gefallen lassen muss?“

(Physiotherapeutin, Ost)

„Warum projiziert sich der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung nicht auch auf Ostdeutschland?

Warum werden Fehlentscheidungen und die damit verbundene Verschleuderung von Steuergeldern nicht geahndet?

Wieso wird nicht härter gegen Radikalismus, sowohl links aber insbesondere auch rechts, vorgegangen?

(freie Tanzpädagogin, Ost)

„Frau Merkel, warum sind Sie in der CDU, vermitteln aber nicht die christlichen Werte?

Wieso gibt es Milliarden für Rüstung, aber nur Millionen für Kinder und Jugendarbeit?“

(Trockenbauer, Ost)

„Wie soll erreicht werden, dass Ostdeutsche nicht mehr als Bundesbürger 2. bis 3. Klasse betrachtet werden?

Wie würden Sie das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen stärken?

Wann, glauben Sie, ist die Mauer in den Köpfen verschwunden?“

(Physiotherapeutin, Ost)

„Wie lange sollen wir noch auf eine Lohnanpassung warten? Wie lange wollen wir noch von Ost- und Westdeutschland reden?“

Warum wird in Westdeutschland nicht besser über die ´Aufbauhilfe Ost` aufgeklärt, um die Mauer in den Köpfen abzureißen?

Unsere Schulen verfallen, die Lehrer sind auf pädagogischer Ebene nicht qualifiziert, wie soll sich das für die Zukunft unserer Kinder auswirken?“

(Erzieherin, Ost)

„Warum ist der derzeitige Ostlohn immer noch bedeutend geringer als im Westen? Warum sind diverse Nebenkosten wie z. B. Wasser und Abwasser ein zigfaches höher als im Westen?“

Was wollen Sie gegen die Zunahme von Billigarbeitskräften aus Tschechien und Polen in grenznahen Gebieten tun?“

(Möbelmonteur, Ost)

„Mich würde interessieren, wie wichtig Ihnen Kinder sind und wann man

a) die Möglichkeit schafft, dass Mütter in ihren Job zurückkehren können, weil sie garantiert einen Krippen-/Kindergartenplatz bekommen, und

b) wie die Qualität der Schulbildung nachhaltig erhöht werden soll, damit Deutschland nicht im europäischen Schlussgebiet herumdümpelt.“

(Managerin, West)

„Wollen Sie den Osten Deutschlands noch weiter herunter wirtschaften?“

Warum bekommen die Arbeiter/Angestellten nach wie vor für die gleiche Arbeit viel weniger Geld als die Westdeutschen? Obwohl die Preise für alles mögliche trotzdem kontinuierlich steigen?“ (Bürokräft ABM, Ost)

„Mich würde eher die Familien- und Bildungspolitik, die Gesamtdeutschland betrifft, interessieren. Ich würde fragen, wieso trotz der schlechten Ergebnissein der PISA-Studie nichts verändert wird, wieso Englischunterricht und Schwimmunterricht bereits im Kindergarten nicht selbstverständlich ist. Da dafür eine Gebühr zu bezahlen ist und sich mindestens 5 Eltern finden müssen, stellt sich das in Hartz IV-Zeiten schwierig dar.“

(Justizsekretärin, Ost)

„Warum gibt es in Ostdeutschland so wenig Arbeit für junge Leute?“

Warum gehen so viele Firmen gerade in Ostdeutschland pleite?“

(Elternzeit, West)

„Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Zukunft unserer Kinder?“

(KFZ-Techniker, Ost)

„Wie groß soll der Graben zwischen sozial schwachen ´ALG II-Familien` und den berufstätigen, besser dastehenden Familien noch werden?“

Wie stellen sich die Politiker die berufliche Zukunft unserer Kids in 10 Jahren vor?“

Warum werden kleine mittelständige Unternehmen vom Staat so geschröpft?“

(Fußpflegerin, Ost)

„Wann gibt es keine 2-Klassengesellschaft in Form von unterschiedlichen Löhnen für gleiche Arbeit in Ost und West mehr????“

(Krankenschwester, Ost)

„Mit Politikern reden bringt nichts, da sie nur die Ziele der herrschenden Klasse verfolgen!“

(Arbeitslose, Ost)

„Wie lange werden wir Ostdeutschen noch den westdeutschen Löhnen hinterher hängen?“

Wie soll das Problem der hohen Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands in Zukunft gelöst werden?“ (Steuerfachangestellter, Ost)

„Wie erklären Sie der Bevölkerung die Erhöhung Ihrer Diäten?“

Warum sieht man Politiker immer nur, wenn es was zu feiern gibt?

Wann unternehmen Sie etwas gegen das ständige Steigen der Lebenskosten, z. B. Benzinpreise?“ (Arbeiter, Ost)

„Wie soll es auf dem Arbeitsmarkt weitergehen?! Werden weiterhin viele Menschen in 1-Euro-Maßnahmen gesteckt, nur damit die weg sind aus der Statistik?“

Wie sieht es mit Mindestlöhnen aus? Viele arbeiten nur für einen Apfel und ein Ei und können somit nicht alleine, ohne Hartz-IV, ihr Leben bestreiten!!!

Was wird unternommen, um die jungen Leute hier in Ostdeutschland vom Weggang in ein anderes Bundesland zu stoppen?“ (Angestellte, Ost)

„Warum bekommt man mit Hartz IV das gleiche Geld wie eine Friseurin?“

Wieso besitzen Politiker die Frechheit, sich bei der schlechten Situation Deutschland noch die Diäten zu erhöhen?

Wozu braucht Deutschland so viele Krankenkassen und Versicherungen?“ (Friseurin, Ost)

„Wann verdiene ich als Kraftfahrer im Osten genau so viel wie im Westen?“

Gibt es für mich auch noch Altersrente?“ (Kraftfahrer, Ost)

„Die Menschen haben offensichtlich nur sehr geringes Vertrauen in die Politik und besonders in ihre eigenen Einflussmöglichkeiten darauf (siehe sinkende

Wahlbeteiligung). `Politik ` scheint oftmals um ihrer selbst stattzufinden. Frage: Wie wird künftig wieder der Mensch (Bürger) stärker im Mittelpunkt politischer Bemühungen stehen? Viele politischen Grundsatzentscheidungen der letzten Jahre scheinen sich eher gegen die Bürger zu richten (Steuererhöhungen, Hartz IV, Gesundheitsreform, Nullrunden bei Renten und Bafög) bzw. die Bürger einzuschränken (innere/äußere Sicherheit, Datenschutz, Privatsphäre, Bankgeheimnis etc.)

Wann tut `die Politik ` wieder erkennbar/spürbar etwas FÜR den Menschen? Geht das noch oder haben wir schon das bestmögliche System und Veränderungen sind nur noch neutral bzw. mit Verschlechterungen verbunden?

Wenn ja, dann wäre Politik (vielleicht mit Ausnahme der Außenpolitik) heute nur noch `Schattenfechterei ` . Ist Politik heute nicht nur noch reine Lobbyarbeit, um vom Kuchen ein möglichst großes Stück zu erhalten oder zu behalten? Welche politischen Entscheidungen der letzten Jahre hat denn für alle deutschen Bürger wirkliche Verbesserungen eingebracht?“

(Unternehmensberater, Ost)

„Haben Sie eine Vorstellung von Löhnen der einfachen Arbeiter? (teilweise Stundenlöhne unter 5 €) Wie soll man da leben können? Und die Situation der Westdeutschen wird sich sicherlich angleichen!

Wann werden industrieschwache Gegenden völlig vergessen?“

(k.A., West)

„Haben Sie den Osten aufgegeben oder soll die deutsche Einheit weiter vollzogen werden? Wenn Letzteres, nenne Sie mir klipp und klar Ihr Konzept für den Aufbau Ost!“

(Angestellter, Ausland)

„Warum verdienen Ostdeutsche in ihrem Fachbereich weniger als ihre westlichen Kollegen?“

(Assistentin des Geschäftsführers, West)

„Könnten Sie mit Hartz IV den ganzen Monat überleben?“ (Angestellter, Ost)

„Warum sieht die Bildungspolitik nicht ein, dass eine 10-Klassen-Schule (wie DDR) ein Gewinn für unsere Kinder in sozialer wie auch in Richtung höherer Bildung ist? Die Schul- und Familienpolitik in der DDR waren nun wirklich sehenswert. Ich frage mich, warum die Regierung das jetzt als Neuerung feiert. Das gab es schon damals.“

(Sekretärin, Ost)

„Warum konnten die Ost- den Westlöhnen noch immer nicht angepasst werden?“

(Polizeibeamter, Ost)

„Womit ´verdienen` die Politiker ihre Gehälter? Kommen die auch mal aus ihrem Traumland raus nach Deutschland?

Wie lange brauchen die noch, unser Land komplett gegen die Wand zu fahren oder zu verscherbeln?“

(Bauhelfer, Ost)

„Warum wurde unser altes Altstoff-System nicht beibehalten oder auch im Westen umgesetzt? Ich habe von Bekannten aus Sachsen (Hoyerswerda) erfahren, dass es dort noch einen Teil davon geben soll. Finde ich gut, gerade für Kinder, sich nebenbei noch ein paar Euros zu verdienen.“ (Personaldisponentin, West)

„Wieso muss beim G 8 –Gipfel so ein Sicherheitsaufwand betrieben werden?

Wieso wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer?“

(Firmeninhaber, Ost)

„Es gibt zwar 2007 einen wirtschaftlichen Aufschwung im Handwerk, Baugeschäft usw., aber die Löhne bleiben gleich und damit die Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter. Niedriger Lohn bei mehr Arbeitsstunden. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Und vor allem den Müttern, die wieder ins Arbeitsleben einsteigen wollen, werden nur Steine in den Weg gelegt.

Und das Beste ist: trotz des Aufschwunges wird alles teurer, ganz schlimm bei den Lebensmitteln, was ich nicht mehr nachvollziehen kann.“

(Angestellte, Ost)

„Wann werden die Ostlöhne an die Westlöhne angeglichen?“

Die Familienpolitik muss verbessert werden, damit wieder mehr Kinder in die Welt gesetzt werden.

Die Leute, die heute Arbeit haben, müssen oft für 3 – 4 Leute arbeiten Warum ist das so?“

(Krankenschwester, Ost)

„Wie lange soll noch um die Kindertagesstätten diskutiert werden?

Wie viele Rechtschreibreformen soll es noch geben?

Warum muss über alles so lange diskutiert werden?

Wann werden Eltern mit Kindern gefördert? Kinder sind ein Armutsrisiko!!!“

(Altenpflegerin, West)

„Wissen die Politiker überhaupt noch, wie das normale Leben eines

Durchschnittsbürgers aussieht?“ (Elternzeit, Ost)

„Warum erhalten wir nicht den gleichen Lohn wie ein westdeutscher Arbeiter oder Angestellter?

Warum erhöhen sich ständig alle Kosten? Unser Lohn/Gehalt steigt aber nicht.

Mit welchem Recht erhöhen Sie Ihre Diäten, obwohl viele Menschen am sozialen Abgrund stehen und um ihr Überleben kämpfen?

Wann tun Sie endlich mal etwas für die sozial Schwachen in Ostdeutschland?“

(Förderschullehrerin, Ost)

„Was gedenken Sie zu tun, um das Vertrauen zwischen Politik und Bürger

wiederherzustellen? Warum wurden viele sozialistische Werte abgeschafft, die Sie später als neu wieder einführen und sich dafür noch feiern lassen?“

(Arbeitslose Ost)

„Warum gibt es eigentlich keine Arbeit?

Wieso werden Arbeitnehmer ausgebeutet/diskriminiert nach dem Motto: Wenn du nicht machst, was ich sage, kannst du gehen!

Warum gibt es keine Chancen für Arbeitnehmer ab 45 Jahren?“

(Maurer, West)

„Warum kann es keine einheitliche Rente z. B. nach Arbeitsjahren geben?

Warum ist die neue Elterngeldregelung wieder nur für Besserverdienende von Vorteil?

Würden Sie für 500 € (25-Stunden-Woche) im Monat arbeiten gehen Und für 2,93 € /St. Überstunden machen?

Wie würden Sie Ihren Kindern erklären, dass Sie sich aus finanziellen Gründen nicht so viel leisten können (z. B. Reitunterricht, Markensachen etc.)“

(Sekretärin, Ost)

„Denken Sie auch an unsere Kinder und an das Leben nach uns, oder leben Sie nur jetzt, bei diesem Regierungschao?

Für welche Unternehmen machen Sie die Politik?

Sind die Vorschläge und Gesetze überhaupt durchdacht oder ´probieren` wir mal, wie weit das geht?

Haben Sie eine private Altersvorsorge?

Kennen Sie die eigentliche Meinung des Volkes??“

(KFZ-Meister, Ost)

„Warum sind Ostdeutsche noch immer Menschen zweiter Klasse (z. B. Löhne, Renten etc.)?“

Warum wurde nicht das Bildungssystem der DDR übernommen (siehe skandinavische Länder in PISA-Studie).

Da ich der Meinung bin, dass es zwecklos ist, mit Politikern zu reden, beschränke ich mich auf diese Fragen. Besser wäre es, eine Regierung zu schaffen, die aus dem Volke kommt und auch dessen Interessen vertritt und nicht wie bisher die der Machthaber (Wirtschaftsbosse etc.)“ (Angestellter, Ost)

„Können Sie mir sagen, wie viel ein Liter Milch kostet?“  
(400€-Job)

„Die jetzige Situation im Gesundheitswesen kann nicht so bleiben. Wieso wird Kindern und kranken Menschen der Zugang zu helfenden Therapien verweigert. Psychische Störungen nehmen bei Kindern ab 3 Jahren zu.

Wie reagiert die Politik darauf, dass ein Heer ängstlicher, depressiver, überforderter sowie aggressiver, oppositioneller Kinder und Jugendlicher herangezogen wird? Eltern und Kindergarten können, auch mit bestem Willen, die negativen Einflüsse kaum noch kompensieren.“

(Therapeutin, Ost)

„Wie soll man mit Hartz IV leben können?“

Warum muss man als Friseurin zusätzlich soziale Zuschläge beantragen? Ist das normal? Die Schulbildung ist zur Zeit unerträglich!“

(Friseurin, Ost)

„Warum heben Sie nicht das Hartz-IV-Geld an, dieses ist doch nicht zum Leben? Es ist nicht gerecht, oder?“

(Arbeitslose, Ost)

„Warum verdienen wir im Osten für die gleiche Arbeit immer noch so viel weniger? Warum kostet die Betreuung von Kindern immer mehr Geld? (Ich hatte in den letzten 1 ½ Jahren dreimal eine Erhöhung).

Wie wird die gesetzliche Krankenversicherung in 10 Jahren aussehen? Hohe Kosten und Zuzahlungen = schlechte medizinische Betreuung ???“

(Arbeiter, Ost)

„Viele, viele Fragen, aber ich bin mir sehr sicher, dass mir keiner unserer aktiven Politiker eine ehrliche, sinnvolle oder erschöpfende Antwort geben würde/könnte!“

(Orchestermusiker, Ost)

„Wie können Sie Ihre Politik mit Ihrem Gewissen vereinbaren ? Die Gehälter der `Großen` steigen, jedoch der `kleine Mann` muss sehen, wie er zurecht kommt. Was sagen Sie dazu? Wenn für die Kinder und Familien nichts getan wird, wie stellen sich die `hohen Herrn` unsere Zukunft vor?“ (Elternzeit, Ost)

„Wie soll der Überalterung und der Abwanderung junger Menschen in Ostdeutschland entgegengewirkt werden?“

Die soziale Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, wie werden Sie diesen Trend stoppen?“ (Alterpfleger in Ausbildung, West)

„Warum soll es in Deutschland keinen gesetzlichen Mindestlohn geben?“ (Lackierer, Ost)

„Wie geht es mit der Familienpolitik weiter? Wann kommt es zum Mindestlohn im Niedriglohnsektor?

Wann kommt ein deutliches Signal in Bezug auf die Diäten der Politiker?

Wann werden große Konzerne (Strom, Wasser, Telefon, Gas, Kraftstoffe usw.) genauer überwacht bzw. verstaatlicht, um die Kosten für diese für die Bevölkerung konstant zu halten?“ (Schweißler, Ost)

„Warum wird alles immer teurer (stetige Preiserhöhungen z. B. bei Gas und Energie, Lebensmittel, Gesundheitsversorgung, Kindergärten, Benzin etc. etc. etc. d.h. bei lebensnotwendigen Dingen) aber Lohn/Gehalt bleiben konstant?

Fazit: die „Mittelschicht“ wird bald zur „Unterschicht“? Ist das so gewollt??“

(Baggerführer, Ost)

„Sorry, aber ich würde mich an keiner Diskussion mit hochrangigen Politikern beteiligen, da im Allgemeinen bekannt ist, dass sie allesamt eines auszeichnet: Hochrangige Politiker in diesem Land haben gelernt, alles zu können – und zwar mit dem Mund...

Die Wirtschaftsvertreter werden wohl auch künftig dafür sorgen, dass die „richtigen“ Politiker am Ruder sind, um ihre Interessen zu vertreten. Andererseits will ich mich nicht aufregen, denn ändern kann/will ich nix, engagiere mich politisch, nehme Zustände hin, wünsche mir für meinen Mikrokosmos Frieden und für meine Kinder eine glückliche Kindheit,

Wo wäre es denn besser auf der Welt? Nirgendwo denke ich, es sei denn, ich würde mit meiner Familie tatsächlich auswandern und in absolut minimal einfachen Verhältnissen leben. ... Schön wäre, wenn die Politik die Wirtschaft bestimmen könnte und nicht umgedreht, das wäre wohl der Einstieg in die sogenannte „soziale“ Marktwirtschaft. So ist und bleibt es wohl beim korrupten Miteinander der Mächtigen und Reichen.“

(Mutterschutz, Ost)

„Wie kann die Politik zur Glaubwürdigkeit zurückfinden, im Sinne des sogenannten Wählerauftrages betrieben zu werden? Welche Alternativen gibt es zum System der sich gegenseitig blockierenden Parteien?

Warum gibt es immer noch ost- und westdeutsche Wahlkampfthemen?

Können die heutige Demokratie und die Regierung die gesellschaftlichen Systeme (Arbeit, Gesundheit, Familie ...) überhaupt aktiv gestalten, oder reichen die jeweils 4 Jahre nur zu deren Verwaltung?“

(Leiter Rechnungswesen, Ost)

„Wie wollen Sie die moderne Sklaverei bekämpfen (Leiharbeiter, Niedriglöhne und und und).Wo bleibt die Anpassung der Löhne nach über 15 Jahren?“

Kraftfahrer, Ost)

„Offen gesagt, fehlt mir etwas das ´Feuer`, um hochrangigen Politikern Fragen zum Thema Ostdeutschland zu stellen, da ich keine befriedigenden bzw. neuen Antworten zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in den neuen Ländern erwarte. Mir ist leider bewusst, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der

Politik begrenzt sind, vor allem im Hinblick auf die Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland ist eben ein langfristiger Prozess, wahrscheinlich wird diese Angleichung ohnehin nicht erreicht. Insofern halte ich Aussagen der Politik, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse im gesamten Osten versprechen, für illusorisch.“  
(Verkehrsplaner, West)

„Was wird aus meiner bisher eingezahlten Rente?“ (Angestellte, Ost)

„Wann wird es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westgehältern mehr geben?“  
(Arbeitslos, Ost)

„Warum geht Ostdeutschland nicht einen komplett eigenen Weg bei der Kinderbetreuung (Komplette Steuerfinanzierung von Krippen und Kigas?)“  
(Journalistin, Ost)

„Bitte erklären Sie mir genau, was ich mir unter der sächsischen Staatsaffäre vorzustellen habe. Sind es ausschließlich sächsische Mitarbeiter oder handelt es sich nicht auch um Zugezogene?“

\*\*\*\*\*

## Anhang 3

### Identifikation mit der DDR bzw. der BRD 1988

Selbst kurz vor der Wende bedeutete eine zunehmend kritische Sicht auf die DDR nicht in jedem Falle eine Identifikation mit der BRD:

Verbundenheit von Berufstätigen, Lehrlingen und Schülern mit der DDR und der BRD Ende 1988

„Inwieweit fühlen Sie sich mit folgendem verbunden?“

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

1      2      (1+2)      3      4      5

#### *mit der DDR*

Berufstätige	23	40	(63)	26	9	2
Lehrlinge	20	38	(58)	29	10	3
Schüler 8.-10. Kl.	17	40	(57)	27	12	4

#### *mit der BRD*

Berufstätige	2	12	(14)	28	27	31
Lehrlinge	3	14	(17)	29	25	29
Schüler 8.-10. Kl.	6	22	(28)	29	24	19

14 % der Berufstätigen, 17 % der Lehrlinge und 28 % der (14-16jährigen) Schüler der POS fühlten sich rund ein Jahr vor dem Zusammenbruch der DDR mehr oder weniger stark (Antwortpositionen 1 und 2) mit der Bundesrepublik verbunden. Das waren deutlich mehr als bei den Studenten. Dennoch war auch bei diesen Teilgruppen der Jugend Abwendung von der



DDR nicht identisch mit Zuwendung zur BRD. Das wurde auch durch entsprechende Korrelationen belegt (ausf. siehe Förster in: Friedrich/Förster/Starke 1999, S.117).

## Anhang 4

### Vergleich DDR – BRD kurz vor der Wende

Vergleich ausgewählter Merkmale des Gesellschaftssystems der DDR bzw. der BRD Ende 1988

„Geben Sie bitte an, inwieweit die folgenden Merkmale

a) für die DDR und

b) für die BRD zutreffen“

Das trifft zu 1 vollkommen, 2 ,3 ,4, 5 überhaupt nicht

		1	2	3	4	5	X	D*)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	DDR	82	15	2	1	0	1,2	2,9
	BRD	2	4	16	38	40	4,1	
Beseitigung der gesellsch. Wurzeln des Faschismus	DDR	78	17	3	1	1	1,3	2,3
	BRD	5	9	28	33	25	3,6	
soziale Sicherheit	DDR	69	27	3	1	0	1,4	2,3
	BRD	2	6	37	33	22	3,7	
Beseitigung der gesellsch. Wurzeln von Kriegen	DDR	68	23	6	2	1	1,4	2,0
	BRD	7	13	32	28	20	3,4	
gleiche Bildungschancen für alle	DDR	57	31	9	2	1	1,6	1,9
	BRD	5	11	35	29	20	3,5	
Achtung der Würde des Menschen	DDR	41	41	14	3	1	1,8	1,3
	BRD	6	20	40	23	11	3,1	
Nutzung von Wissenschaft und Technik zum Wohle des Menschen	DDR	41	38	16	4	1	1,8	1,1
	BRD	13	24	34	22	7	2,9	
reale Möglichkeiten aller Bürger zur demokratischen Mitbestimmung	DDR	28	35	24	10	3	2,2	0,8
	BRD	9	27	36	20	8	2,9	
Wahrung persönlicher Rechte und Freiheiten	DDR	24	35	29	9	3	2,3	0,6
	BRD	9	22	44	19	6	2,9	
hoher Lebensstandard	DDR	15	42	33	8	2	2,4	0,5
	BRD	41	38	15	5	1	1,9	
Schutz und Erhaltung der natürlichen Umwelt	DDR	15	18	35	28	4	2,9	0,6
	BRD	22	37	30	9	2	2,3	

umfassende Information	DDR	13	36	35	12	4	2,6	0,2
über gesellschaftliche Ereignisse und Prozesse	BRD	20	34	34	10	2	2,4	

\*) D = Mittelwertdifferenz zwischen den Bewertungen der DDR und der BRD

Quelle: Friedrich/Förster/Starke (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 bis 1990, S.123

\*\*\*\*\*

**Kontakt: [prof.foerster@gmx.de](mailto:prof.foerster@gmx.de)**